Aus der Paulskirche.

Berichte

an den Schwäbischen Merkur aus den Jahren
1848 und 1849

von

Gustav Rümelin.

Herausgegeben und eingeleitet

von

H. R. Schäfer.

Stuttgart.
G. J. Göschen'sche Verlagshandlung.
1892.

Druck von Carl Rembold in Heilbronn.

Einleitung.

Bald nach dem Tode Gustav Rümelins wurde von mehreren Seiten jener Berichte gedacht, die er in den Jahren 1848 und 1849 als Abgeordneter zur Frankfurter Nationalversammlung für den Schwäbischen Merkur geschrieben hatte und die in den damaligen stürmischen Zeiten ein so außerordentliches Aufsehen in Württemberg und darüber hinaus erregen sollten. Gerne machte ich mich mit dem Gedanken vertraut, diese Einzelberichte in einen Band zu vereinigen und in Buchform herauszugeben; die Familie des Verstorbenen gab mir auf mein Ersuchen hiezu die Einwilligung, und die Redaktion des Schwäbischen Merkurs ging mir bereitwillig zur Hand; beiden Seiten fühle ich mich verpflichtet, meinen Dank auszusprechen.

Wenn freilich mehr als zwei Jahre vorübergehen mußten, ehe das Buch in die Hände der Leser kommt, so waren an der Verzögerung mehrfache Ursachen schuld; auch konnte die Herausgabe der Berichte nicht aus einem bloßen Abdruck der Zeitungsartikel bestehen, wenn man von einem Buche verlangen darf, daß es von Druckfehlern, Berichtigungen, Irrtümern, Wiederholungen u. Ä. frei zu sein habe, was sich in der ursprünglichen journalistischen Form von Korrespondenzen nicht vermeiden ließ. Sonst ist jedoch kein Wort des Textes geändert.

Es konnte sich nur fragen, ob es sich jetzt noch verlohne, diese vor mehr als vierzig Jahren entstandenen Berichte her-

auszugeben, nachdem der Gang der Weltgeschichte das in Erfüllung gebracht hat, was damals erstrebt wurde, und nachdem das Heute mit so großen neuen Fragen die Gemüter beschäftigt.

Allein eben der deutsche Einheitsgedanke ist in den letzten Jahren in geschichtlichen und politischen Werken wieder berührt worden, und es ist gewiß auch heute noch interessant, was ein bedeutender Mensch als Augen- und Ohrenzeuge jener Tage berichtet, aus denen sich im Wesentlichen trotz aller unerwarteten Wendungen unsere jetzige geschichtliche Stellung entwickelt hat. Dazu kommt, wenigstens für uns Württemberger, noch ein persönliches Moment: wir sehen in diesen Berichten die erste hervorragende Jugendarbeit eines unserer ersten Männer im gegenwärtigen Jahrhundert; nirgends haben wir so das politische Denken Rümelins beisammen wie hier; wir schauen unmittelbar hinein, wie in kurzer Zeit seine politische Auffassung sich klärte, bis sie schon im Oktober 1848 sich so kristallisirt hat, daß ihm im Wesentlichen die Richtung für sein ganzes Leben gegeben war. Wie sticht er darin von dem neben ihm so oft genannten Friedrich Vischer ab, der, damals in Frankfurt um ein Erkleckliches älter als Rümelin, doch Jahrzehnte lang suchte und schwankte, bis er zu der Erkenntnis kam, die dem klaren Geiste Rümelins mit unabweisbarer Deutlichkeit bereits feststand.

Und sollte es wirklich nicht der Mühe wert sein, ein Buch zu lesen, das bereits alle Vorzüge in sich schließt, die Rümelins schriftstellerische Arbeiten auszeichnen? Die meisterhafte Sprache, die uns den Verehrer Goethes zeigt, die lichtvolle, ruhige und doch wieder durch Bilder und Vergleichungen belebte Darstellung, die Objektivität, womit er die herantretenden Fragen ins Auge faßt, sich erst durch Beleuchtung, Abwägung des Für und Wider ein Urteil bildet, das feine Antithesenspiel, das jede langweilige Behandlung, wie sie bei Parlamentsberichten nahe liegt, verbannt. Was sein Alters- und Studiengenosse Karl Gerok am Ende von Rümelins Leben als die „bohrende Denkkraft" des Geschiedenen bezeichnet hat, das ist schon in diesem Werke ausgebildet. Es mag heutzutage für

kleinlich gelten, auf die Schreibart eines Prosabuches hinzuweisen, da unsere meisten Schriftsteller über eine regel- und kunstgerechte Behandlung unserer Muttersprache erhaben sind und zu einer Ausfeilung keine Zeit haben; wie wenig ist dagegen bei diesen Berichten von einem bloßen Zeitungsdeutsch zu bemerken!

Aber auch mit anderweitigen Berichten aus jenen Tagen zusammengehalten, wie sie der Schwäbische Merkur und außerwürttembergische Zeitungen oder Zeitschriften gebracht haben, sind diejenigen Rümelins von hervorragendem Werte und Reize, daß man ihnen so manche Unregelmäßigkeit gerne verzeiht; ja es ist wohl nicht zu weit gegangen, wenn wir behaupten, keine andere Feder habe ihre Berichterstattungsaufgabe von einer solchen Höhe aufgefaßt. Was sind das meist für trockene Aufzählungen der Thatsachen, für schwülstige Phrasen oder für kindische Ausbrüche von Haß und Befangenheit! Wie wenige dieser Verfasser würden es heute vertragen, wenn man ihre Tagesartikel zu einem Ganzen zusammenreihte! Anders bei Rümelin. Obgleich er mit ganzer Seele bei der Handlung beteiligt ist, legt er doch sofort beim Schreiben die Wage des Verstandes an; so werden seine Berichte mehr, als was sie sein wollen: es sind Abhandlungen, kritische Essays über jenes Drama von 1848/49, oft abgeschlossen für sich und eine Frage erschöpfend, im ganzen aber ungewollt zu einer einheitlichen Darstellung angelegt, wo der Schreiber von dem perspektivischen Eingang auf die stürmische Höhe und bis zum tragischen Ausklingen hinaus in reger Anteilnahme steht.

Das hat mich zur Herausgabe bewogen, der Glaube, daß es auch jetzt noch in Deutschland Leser gibt, die im frohen Gefühl dessen, was erreicht ist, doch auch gerne einen Blick in die Tage der Gährung und Dämmerung werfen, und die von einem Buche nicht bloß flüchtigen Genuß der Sinne, sondern eigenartige geistige Bedeutung fordern. Und das darf man heute, wo die einst so vielgeschmähten und gehaßten Berichte wieder ans Tageslicht kommen, von Freund wie Feind als zugegeben annehmen: sie sind, was man so vielen Büchern

mit Unrecht nachrühmt, geistreich geschrieben. Es fehlt ihnen nicht am attischen Salz, und wenn es darauf ankommt, auch nicht an Pfeffer; der echte Rümelin, der philosophische und weitschauende Denker, und dann wieder der Mann mit der warmen, ausbrechenden Seele, der Bürger mit der glühenden Vaterlandsliebe, der immer noch nicht verzweifeln will, wenn Alle verzweifeln, kommt darin zum Vorschein.

Es läßt sich nicht leugnen, daß in diesen Blättern manche Frage mit einem Idealismus aufgeworfen ist, der uns an einem Manne wie Rümelin fremd erscheint, das ist z. B. seine Stellung zur Polenfrage. Hier ist selbst der Rümelin, der später den „Realisten" gegen Shakespeare hervorgekehrt hat, in die Romantik seiner Zeit verfallen. Andererseits hat er mit Nüchternheit solche Zustände und Fragen behandelt, die heute noch zu den brennenden gehören. Der Panslavismus, der Magyarismus, das Verhältniß von Kirche, Staat und Schule, die Aufgabe Oesterreichs im Osten, ein mitteleuropäisches Zollgebiet, das Reichswahlgesetz — das sind Themen, die immer noch in der Rümelinschen Beleuchtung unsere volle Aufmerksamkeit und Verwertung für schwebende Fragen verdienen. Nimmt man dazu, daß ein junger Mann von 33 Jahren mitten in einer gährenden Bewegung diese Berichte verfaßt hat, so werden wir zur vollen Anerkennung seines selbständigen Denkens und der Reife seines Urteils gezwungen.

Aus der Stellung eines einfachen Schulmannes im Neckarstädtchen Nürtingen wurde Rümelin von den Wogen des Jahres 1848 zur Höhe eines Staatsmannes getragen, der trotz seiner Jugend in der Nationalversammlung bald die Blicke seiner Gegner wie der politisch Gleichgesinnten auf sich zog. Schon in früheren Jahren hatte er sich durch das Seherwort Paul Pfizers für die deutsche Einheit gewinnen lassen; jetzt sollte er Gelegenheit haben, für seine Anschauung in jener großen Versammlung einzutreten, die der Bundestagspräsident Graf Colloredo in seinem Schreiben selbst eine Versammlung nannte, wie unsere Geschichte sie noch niemals gesehen habe. Welche Kämpfe bevorstanden, gieng gleich zu Anfang in der

stürmischen Debatte über die Geschäftsordnung daraus hervor, daß der provisorische Vizepräsident, von Liebenau, vorschlug, einen Präsidenten mit starker Lunge zu ernennen! Unter solchen Auspizien mag Rümelin von Anfang an ein seine heißen Wünsche verwirklichender Ausgang zweifelhaft gewesen sein. Es überwog bei ihm trotz allem Freisinn des Denkens eine konservative Anlage, eine Besonnenheit, die den Boden des Möglichen und Wirklichen nicht zu verlassen erlaubte.

Als Redner in der Paulskirche ist er denn auch nur selten aufgetreten. Erwähnenswert sind immerhin zwei Reden. Die eine am 25. September 1848 über das Verhältniß von Kirche und Schule gehalten, gipfelt in dem Satze: Die Herrschaft der Kirche über die Schule soll aufhören, nicht aber die Verbindung von Kirche und Schule. Die zweite Rede, vom 22. Januar 1849, über die Reichsoberhauptsfrage, hat er selbst in den ersten Band seiner „Reden und Aufsätze" später aufgenommen und mit Vorbemerkungen versehen, die hier teilweise wiedergegeben sein sollen. Er beginnt: „Ueber das Frankfurter Parlament ist nur selten noch ein gerechtes und verständiges Urteil zu hören. Jeder publizistische Grünschnabel ergeht sich mit Behagen in abschätzigen Redensarten über die doktrinären und unpraktischen Professoren, die, statt das Eisen zu schmieden, solange es noch warm war, die beste Zeit mit langen Reden über abstrakte Freiheitsfragen hingebracht, die Begeisterung des Volkes gelähmt, sein Vertrauen verscherzt, und damit schließlich die Macht verloren haben, den widerstrebenden Regierungen gegenüber ihr Verfassungswerk durchzusetzen. Nach der anderen Lesart war die Versammlung bis ins Mark von dem Gifte umstürzender Ideen angefressen und die von ihr festgestellte Verfassung ein revolutionäres, für die Regierungen schlechthin unannehmbares Werk. Nachdem nun vollends die deutsche Einheit auf ganz anderen Wegen und in Begleitung weltgeschichtlicher Glanzeffekte fertig gebracht worden ist, ist jene Versammlung von 1848 versunken und vergessen; man glaubt auf sie wie auf eine Kinderkrankheit zurücksehen zu dürfen, die einen Augenblick gefährlich erschienen war, von der man

aber nur noch ein ganz dunkles Bild in der Erinnerung bewahrt. Das Urteil der Geschichte und Nachwelt wird wohl anders lauten."

Rümelin gibt zu, eine solche Versammlung hätte nur in der Anlehnung an die vorhandenen Regierungen etwas leisten können, fügt aber bei: „Ein großes und unvergängliches Verdienst wird dieser Versammlung nicht bestritten werden können. Sie hat den Gedanken der nationalen Einigung aus der Region nebelhafter Träumereien und zerfahrener Meinungen herausgeholt, für denselben die politische Gestalt und Formulierung gefunden und unter unsäglichen Schwierigkeiten durch die Lösung des Rätsels, wie und wie allein die Sache gemacht werden könne, das Ziel und Programm für die weitere Entwicklung gestellt."

Seine Reden über die Reichsoberhauptfrage beginnt mit einem offenen Bekenntniß zum Pfizer-Dahlmannschen Programm mit den Worten: „Meine Herren! Ich bekenne mich offen zu denjenigen, welche den Eintritt Oesterreichs in den deutschen Bundesstaat, wie wir ihn nötig haben, für unmöglich, welche die Lösung unserer Aufgabe nur in der Gründung von zwei selbständig neben einander stehenden, durch Sympathieen, Interessen und Verträge an einander geketteten Bundesstaaten für erreichbar halten. Ich will in dem engeren deutschen Bundesstaate, den wir hier zu gründen berufen sind, den König von Preußen als erblichen König der Deutschen." —

Er betont in dieser bedeutsamen Rede, nur ein starkes Deutschland unter einem preußischen Erbkaiser — das Wort Erbkönig brauchte er nur im Anfang — entspreche seinen Wünschen.

In dem stark demokratischen und großdeutsch gesinnten Württemberg war dies Bekenntnis zu Kleindeutschland und Preußens Hegemonie wie ein Funke ins Pulver geworfen. Er erzählt selbst, er sei in seiner Heimat wie ein Abtrünniger erschienen, „ich wurde überhäuft mit Kundgebungen des Mißfallens und persönlichen Bedrohungen."

Sein Festhalten an dem Gedanken der preußischen Führung war schon damals ein Beweis, wie klar ihm trotz Allem die Erkenntnis des einzigen Rettungsweges war. Schwer genug waren die Proben, welche seine Erkenntniß zu bestehen hatte. Schon am 2. Juli mußte er die Unmöglichkeit ahnen, mit dieser Versammlung zu einem Erbkaisertum zu gelangen. Eine Zeit lang freilich, nach dem Beschluß vom 30. März 1849, schien sich Deutschlands Schicksal eben und ohne Blut und Eisen vollziehen zu dürfen. Rümelin war nach seiner Rede über die Reichsoberhauptfrage die Ehre zugefallen, in die Abordnung nach Berlin gewählt zu werden. Dort war es, daß er auf die Frage Friedrich Wilhelms IV., wo Nürtingen liege, jene feinsinnige Antwort gab: zwischen dem Hohenzollern und dem Hohenstaufen; eine geistvolle Wendung, die der sonst so geistreiche König sich entgehen ließ.

Die Hoffnung der Nation trog, und man merkt die tiefe Niedergeschlagenheit über das Mißlingen der Sendung den Berichten aus jenen Tagen an. Rümelin hatte die Natur des Königs, seine unklare Romantik schon damals vollkommen durchschaut; aber die Bitterkeit, womit er sich über die verhängnißvollen Eigenschaften Friedrich Wilhelms ausdrückte, vermochte nicht, ihn seiner Ueberzeugung untreu zu machen und die Sache mit der Person fallen zu lassen. Die Person des Königs war nicht das einzige Hemmnis seiner Hoffnung; auch zum Berliner Kabinett hatte er wenig Vertrauen, und er hätte kein Mann des Geistes sein müssen, wenn ihm der preußische Militarismus und das Wrangelsche Säbelregiment nicht widerlich gewesen wäre. Dennoch sah er vom Dezember 1848 in Preußens Hegemonie das „kleinere Uebel“, aus dem vielleicht sich noch das Glück Deutschlands unter günstigen Umständen bilden konnte.

Die engbegrenzte Thätigkeit, die Rümelin als Redner entwickelte, ersetzte er reich durch die Merkursberichte, wodurch er in seinem Vaterlande wesentlich zur Aufklärung über die Lage und über Preußens und Oesterreichs Aufgabe beitrug. Es konnte nicht lange anstehen, daß ihn, der charakteristisch die

Freiheit als Herrschaft der Vernunft definierte, der von „Nesenbacher Politik“ redete, mit Beziehung auf Robert Blum von „Staatsmännern in Kalabreserhüten“ sprach und das Direktorium satirisch das apokalyptische Tier mit den sieben Köpfen und neun Zungen nannte, seine Gegner aufs Lebhafteste in der Presse angriffen. Besonders seine Schilderung der Parteiverhältnisse fand keine Gnade. Seine Entgegnung war sachlich und mit der Ruhe eines überlegenen Geistes geschrieben.

Allein die Nationalversammlung ging ihrem Ende zu; die Lage hatte sich so verändert, daß für Rümelin in Frankfurt keine Hoffnung mehr blühte. Er unterschrieb die Einladung nach Gotha und das Programm für die Dreikönigsverfassung. Heimgekehrt veröffentlichte er mit Namensunterschrift einen Aufsatz im Merkur, „Unsere Lage“, der dem Anschluß an das Dreikönigsbündnis das Wort redet, und den ich den Berichten anreihte. Wieder erfolgten von demokratischer Seite heftige Angriffe, und diesmal konnte Rümelin seine Entrüstung nicht zurückhalten, womit er seinen Gegnern die Anklage entgegenschleuderte, wie gerade sie die Nationalversammlung zu Tode gehetzt hätten.

Die Geschichte, auf die als Richterin sich Rümelin mehrmals beruft, hat ihm glänzend Recht gegeben. Er selbst drückte noch seine Freude darüber aus, daß seine Rede über das Erbkaisertum und seine Ansicht über die militärisch-politische Lage der Südstaaten nicht fehlgegriffen habe. Seine Prophezeiung, Deutschland müsse sich seine Weltstellung von Frankreich mit dem Schwert erkämpfen, ist eingetroffen; vor Allem war ihm noch vergönnt, zu erleben, wie das deutsche Reich mit Oesterreich in ein Bundesverhältniß trat.

Ich übergehe die spätere Kirchenpolitik Rümelins in seiner Eigenschaft als württembergischer Kultminister, die allerdings nicht im Einklang mit seiner in diesen Berichten ausgesprochenen Erkenntnis steht; dagegen wäre es eine Unterlassungssünde, des Mannes nicht zu gedenken, dem es vorbehalten blieb, seine Einigungsgedanken zu verwirklichen, Bismarcks. Nur sechs Tage ist dieser später als Rümelin geboren, und der deutsche Reichskanzler hat in

dem Tübinger Universitätskanzler einen seiner wärmsten Anhänger besessen; es ist ein geflügeltes Wort Rümelins, wenn er sich in einem politischen Glaubensbekenntniß unter Jugendfreunden eines Tages kurz und gut einen 'ανήρ Βιςμαρκωτατοσ nannte. Trotz dieser Verehrung für den großen Kanzler ließ er doch der Nationalversammlung die Gerechtigkeit widerfahren, in ihr einen Stein zu Bismarcks nachmaligem Aufbau zu finden, und so schreibt er zu ihrer Ehrenrettung in den späteren Vorbemerkungen zu seiner Reichsoberhauptsrede: „die Idee des kleindeutschen Reiches, mit Preußens Führerolle, mußte in der Verwirrung der Parteimeinungen allmählich Propaganda machen bei den politischen Köpfen der Nation, und wenn Bismarck, der zuerst selbst zu ihren Gegnern gehört hatte, sie nicht ergriffen und vorbereitet gefunden hätte, so wäre seine Politik und deren Erfolge unmöglich gewesen."

Das mögen sich die gesagt sein lassen, welche nur Spott für das „tolle Jahr" und die Versammlung in der Paulskirche haben; eines verdient die Frankfurter Nationalversammlung, wie Rümelin sagt, heute nur um so mehr, eine gerechte Beurteilung.

Der Herausgeber.

Nun sitzen die Herren schon zehn Tage in Frankfurt, heißt es überall und auch wohl in unserem Heimatland, und man hört nichts von ihnen. Während das bedrängte Volk seine Augen auf sie gerichtet hat, als den letzten Notanker, und mit ängstlicher Erwartung großartige Thaten und Entschlüsse hofft, sitzen sie tagelang und zanken sich über die Fragstellung, verweisen nach mehrstündigen Beratungen die Sachen wieder an die Ausschüsse, gehen bei den wichtigsten Fragen nach langem Kampf zur Tagesordnung über, und von allem dem, wozu das Volk sie berufen hat, geschieht nichts. Solche Klagen lese und höre ich von allen Seiten, und mit jedem Tag ungestümere und drohendere, und ich muß sagen, daß ich selbst auch zu den Unzufriedenen und Ungeduldigen gehörte, die, statt sich über Grundsätze herumzustreiten, lieber gleich die praktischen Aufgaben mit fester Hand ergriffen hätten. Allein darum muß ich jene Vorwürfe, daß nichts geschehen sei, oder gar, daß das deutsche Volk seine Hoffnung nicht mehr auf seine Vertreter setzen dürfe, dennoch für sehr ungerecht halten. Nicht nur bedarf überhaupt jede derartige Versammlung einige Zeit, bis die Vollmachten geprüft, die Geschäftsordnung bestimmt ist, bis die Parteien sich geschieden haben und die ganze Stellung und Aufgabe schärfer ausgeprägt ist, sondern auch das, was wirklich in dieser Zeit bei dem Prinzipienstreite entschieden worden ist, ist nicht Nichts, sondern es ist Viel, und die Versammlung hat den Weg, den sie gehen, den Charakter, den sie bewahren will, klar ausgesprochen. Der ganze bisherige Gang der Verhandlungen läßt sich kurz so zusammenfassen. Die

Frankfurt, 28. Mai.

Nationalversammlung hat die Zumutungen, sich die absolute Souveränetät in jedem Sinn beizulegen, ebenso entschieden von sich gewiesen, als sie sich die bestimmte Souveränetät im Verfassunggeben beigelegt hat. Ihr öffentliches Amt beginnt so auch mit einer Versuchungsgeschichte. Die Anträge der äußersten Linken, wir sollen den Preußen verbieten, eine Verfassung zu beraten, wir sollen die Mainzer Geschichte*) in die Hand nehmen und die preußische Besatzung aus der Stadt weisen, wir sollen uns zweier aus Frankfurt ausgewiesenen Emissäre annehmen, wir sollen eine provisorische Regierung ernennen, u. s. w., hießen nichts anderes, als wir sollen gleich vornherein uns mit revolutionärer Allgewalt bekleiden, mit Preußen Streit anfangen und die Regierungen beseitigen, indirekt die Republik proklamieren und die Revolution schüren und beschleunigen, statt sie zu leiten und zu mäßigen. Diesen Versuchungen gegenüber, deren Erfolg so zweifelhaft gewesen wäre als ihre Berechtigung, haben wir uns auf unseren Rechtsboden, das Verfassunggeben, zurückgezogen, aber hier uns auch mit aller Entschiedenheit festgesetzt. Ob die Notwendigkeit und der weitere Drang der Ereignisse noch eine weitere Gewalt als jene in unsere Hände legen wird, das wissen wir nicht; wir würden dann um so gerechtfertigter sein, sie zu ergreifen, je mehr wir gezeigt hätten, daß wir nicht mit mutwilliger Hast und ungeduldiger Gier die Hände danach ausgestreckt haben. Mäßigung ist mehr ein Beweis von Stärke als von Schwäche und steigert die Kraft gegenüber von Volk und Regierung, statt sie zu mindern. Darum lassen Sie das Vertrauen auf diese Versammlung noch nicht sinken. Es ist nichts verloren, nichts versäumt und aus der Hand gegeben. Sie hat gezeigt, daß sie in großen Fragen einig sein kann und einig sein wird. Es ist so viel Intelligenz und guter Wille hier beisammen, als vielleicht niemals in irgend einer Versammlung. Ueber die

*) In Mainz war es zwischen der preußischen Besatzung und der Bürgerwehr zum Kampfe gekommen; der preußische Gouverneur hatte den Belagerungszustand verkündet.

Parteien, die sich während der bisherigen Kämpfe gezeigt haben, obgleich sie nur in sehr unbestimmten Umrissen gezeichnet werden können, will ich das nächste Mal versuchen, Ihnen Auskunft zu geben. Das erfreuliche Ergebnis der gestrigen Verhandlungen über den Raveaux'schen Antrag*) und die von beiden Seiten gezeigte Bereitwilligkeit, sich in wichtigen Fragen zu verständigen, werden Sie gleichzeitig aus den Zeitungen näher erfahren.

Parteien müssen sein und sollen sein, so hört man überall sagen, und im Gefühle dieser Notwendigkeit wird hier ein Eifer, Parteien zu bilden, entwickelt, der kaum die allgemeinsten Bedingungen ihrer Möglichkeit abwartet. Was für Parteien aus diesen verschiedenen Einladungen in den Deutschen, Holländer oder Pariser Hof, in den Hirschgraben und in die Sokratesloge für unsere weiteren Verhandlungen hervorgehen werden, läßt sich noch nicht erkennen, und ich will Sie, statt mit Vermutungen über noch ungeborene Dinge zu unterhalten, lieber mit den verschiedenen Richtungen bekannt machen, die bis jetzt in den Verhandlungen der Nationalversammlung hervorgetreten sind. Wenn dies auch unbefriedigende Nachrichten sind und über den weiteren Gang der Dinge wenig Aufklärung geben können, so beruhen sie doch auf Thatsachen und geben wenigstens die allgemeinsten Anhaltspunkte für die Zukunft. Es wurden bis jetzt bloß Fragen über den Umfang unserer Gewalt und Berechtigung, und auch diese nur unvollständig entschieden; der Zusammenhang zwischen diesen und den eigentlichen Verfassungsfragen, über das Oberhaupt, das Verhältnis der Reichsgewalt zu den Landesregierungen u. s. w., ist aber kein so inniger, daß aus den Abstimmungen hierüber sichere Schlüsse für die

Frankfurt, 30. Mai.

*) Die deutsche Nationalversammlung als das aus dem Willen und den Wahlen der deutschen Nation hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands erklärt, „daß alle Bestimmungen einzelner deutschen Verfassungen, welche mit dem von ihr zu gründenden allgemeinen Verfassungswerk nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letzteren als giltig zu betrachten sind — ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet."

weiteren Verhandlungen gezogen werden können. Nur die äußerste Linke weiß bereits deutlich, was sie will, und hat ein über alle Hauptfragen fertiges Programm. Nach diesem soll Deutschland ein je nach dem Willen der einzelnen Völker aus Republiken oder demokratischen Monarchieen gemischter Bundesstaat sein, an dessen Spitze als gesetzgebender Körper ein aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorgegangener Reichstag, als vollziehender ein vom Reichstag gewähltes Reichsministerium unter einem Präsidenten stehen soll. Zur Verwirklichung dieser Plane soll unsere Versammlung die unumschränkteste souveräne Gewalt über Deutschland nach allen Seiten in die Hand nehmen, den Bundestag völlig beseitigen und einstweilen aus ihrer Mitte eine provisorische Centralgewalt unverzüglich schaffen. Die Führer dieser Partei sind Blum, Wesendonk, Eisenstuck, Nauwerk, Schlöffel, Vogt und andere. Die Zahl ihrer entschiedenen Anhänger möchte bis jetzt kaum 40 bis 50 betragen, wozu vielleicht noch ebensoviel solche kommen, die ungefähr das Gleiche wünschen, aber in der Wahl der Mittel weniger rücksichtslos zu Werk gehen und mit dem Bestehenden nicht so schroff abbrechen möchten. Zu letzteren gehört wohl eine ziemliche Anzahl unserer württembergischen Landsleute. Durch den Eintritt der badischen Mitglieder wird diese Partei noch ein Dutzend Stimmen weiter gewinnen. Die Anhänger derselben sind meistens Rheinländer und Süddeutsche. Der Versammlungsort ist das deutsche Haus (früher König von Preußen, aber nach dem 18. März umgetauft). Außer Robert Blum, einem sehr klugen Parteiführer und hochbegabten Redner, sind bis jetzt keine großen Talente von dieser Richtung hervorgetreten. — Wenn diese Partei der äußersten Linken sich an die Spitze der Revolution stellen und deren Sturmschritt noch beflügeln will, so steht im feindlichsten Gegensatz zu ihr die äußerste Rechte, die das revolutionäre Prinzip, auf dessen Boden die Versammlung steht, vollständig leugnet und mit allen seinen Folgerungen bekämpft, die sich streng auf den Standpunkt des bisherigen positiven Rechts stellt (auf welchem sie auch wohl unwiderlegbar ist), und das Verfassungswerk,

welches wir gründen sollen, als einen freien Vertrag zwischen 38 souveränen Staaten, oder gar nach Vinckes unglücklichem Ausdruck, zwischen 38 Nationen, zustande kommen lassen will, welche die Souveränetät unserer Versammlung in keinem Sinne gelten läßt, sondern dieselbe nur als einen der dabei mitwirkenden Faktoren betrachtet. Diese Partei, deren Grundsätze bis jetzt nur Herr v. Vincke und v. Arnim entschieden ausgesprochen haben, umfaßt kaum 20 bis 30 Mitglieder, wiewohl sich eine weit größere Zahl mehr oder weniger an sie anlehnen mag, und sie darf bei ihrem völligen Ignorieren der jüngsten Thatsachen zwar als eine in ihren Motiven sehr ehrenwerte, aber völlig unpraktische und hoffnungslose bezeichnet werden. Sie wird nicht imstande sein, dem Volk zu geben, was es will, und noch weniger, den Gang der Ereignisse aufzuhalten. — Zwischen diesen beiden äußersten Richtungen steht nun ein beiden unendlich überlegenes, in sich manigfach verschiedenes Centrum, das darin einig ist, die Revolution weder zu schüren noch zu ignorieren, sondern zu mäßigen und in der Hand zu behalten, das den revolutionären Charakter unserer Versammlung anerkennt, aber den Umfang unserer Souveränetät, so lange keine Notwendigkeit vorliegt, auf unsere nächste Aufgabe beschränken will. Ueber die Unterschiede und Gliederungen innerhalb dieses Centrums will ich ein anderes Mal versuchen, nähere Auskunft zu geben. In der heutigen Sitzung hat die Versammlung einen schönen Anfang gemacht, ihrem bisherigen Hauptlaster, der übertriebenen Redseligkeit und kleinlichen Zänkerei über Formen zu entsagen, indem sie die ganze Geschäftsordnung, wie sie vom Ausschuß vorgelegt wurde, ohne alle Beratung über das Einzelne in Bausch und Bogen angenommen hat. — In der nächsten Sitzung wird die Entscheidung über die streitigen Legitimationen, die definitive Konstituierung und Präsidentenwahl erfolgen.

Wir haben gegenwärtig vor den wichtigen Verhandlungen der Nationalversammlung für die nächsten Wochen, die uns wohl endlich mitten in unsere Aufgabe hineinführen werden, ein paar stille Tage, in welchen es noch Zeit ist zu allge- Frankfurt, 2. Juni.

meinen Bemerkungen über den Stand der Dinge, die Stimmung der Abgeordneten und die Aussichten für die Zukunft. Ich habe mich indessen vielfach bemüht, über die schwerste und wichtigste aller Fragen, die über das **Bundeshaupt**, die Ansichten vieler Abgeordneten kennen zu lernen. Die Kommissionswahlen in den Verfassungs-Ausschuß, bei welchen jeder in seiner Abteilung ein kleines Glaubensbekenntnis in dieser Beziehung ablegte, boten hiezu ein schätzbares Material. Nach allen Erkundigungen dieser Art darf man es als eine unbestreitbare Thatsache hinstellen, daß ein Kaisertum eine Unmöglichkeit ist. In einigen Abteilungen soll zwar die Mehrzahl sich für einen Erbkaiser ausgesprochen haben, in den meisten aber war entschieden das Gegenteil der Fall; in der meinigen wünschten z. B. unter 29 Abgeordneten 8 einen Kaiser. Dabei muß man noch in Rechnung nehmen, daß viele nur unter einer bestimmten Voraussetzung, daß nemlich **ihr** König oder Kaiser zu dieser Würde berufen werde, einen Kaiser wollen, dagegen die entschiedensten Gegner dieses Gedankens wären, wenn die Wahl auf einen andern fiele. Nach der in der Versammlung hierüber herrschenden Stimmung darf man es als entschieden ansehen, daß weder ein preußisches noch sonst ein Kaisertum und auch keine preußische Hegemonie durch Beschlüsse unserer Versammlung herbeigeführt werden wird. **Preußen** wird eine solche Stellung, wenn es sie je erreicht, nur dadurch erringen können, daß es sich teils durch weitere innere Umgestaltungen faktisch an die Spitze der deutschen Volksbewegung stellt, teils als Vorkämpfer Deutschlands nach außen durch glücklich geführte Kriege eine neue Stellung gegenüber von den andern Ländern und Stämmen sich erst erwirbt. Die Preußen und Oesterreicher halten größtenteils mit ihren eigentlichen Ansichten über diese Sache zurück, oder sind sie mehr oder weniger resigniert in Beziehung auf eine bevorzugte Stellung ihres Landes. Die Mehrzahl der übrigen Abgeordneten dagegen ist für eine **republikanische** Form des Bundeshauptes, sei es ein Präsident oder ein Direktorium, wobei die Bildung der Reichsgewalt nach den einen mehr in den Händen der

Regierungen bleibt, nach den andern von der Reichsversammlung abhängt. Eine befriedigende Lösung dieser Hauptfrage im Wege friedlicher Beschlüsse unserer Versammlung ist fast eine Unmöglichkeit; keiner von allen Plänen wird eine starke Mehrheit bekommen, und dies wäre in einem solchen Hauptpunkt doch notwendig. Man muß daher förmlich wünschen, daß neue Ereignisse noch neue Möglichkeiten eröffnen und die Geschichte unseren Werken zu Hilfe kommt. So wie die Verhältnisse in Deutschland faktisch sind, also unter der Voraussetzung, daß Deutschland aus zwei Großmächten und einer großen Anzahl kleinerer Staaten, unter denen auch wieder einer eine hervorragende Stellung einnimmt, besteht, ist gewiß nichts ausführbar als ein Triumvirat, gebildet von Oesterreich, Preußen und den andern zusammen, wobei wieder Bayern eine bevorzugte Stellung zukäme. Daß diese Einheit eine ganz befriedigende wäre, wird niemand behaupten, sie ist aber, wie die Sachen einmal sind, und so lange sie so sind, wie sie sind, die einzig mögliche. Die Mängel derselben könnten nur durch eine möglichst starke Stellung der Reichsversammlung und die Macht der öffentlichen Meinung beseitigt werden; unter dieser Voraussetzung aber läßt auch die Form eine Erfüllung der Wünsche zu, die wir für Deutschland nach innen und außen haben. Das Gleiche, das für die künftige Reichsverfassung gilt, ist auch auf die alsbald ins Leben tretende provisorische Centralgewalt anwendbar, und so werden diese Erwägungen gleich in den nächsten Wochen von ihrem Werte Proben abzulegen haben.

Frankfurt, 6. Juni.

Die gestrige Sitzung bot zwar keine wichtigen Beschlüsse, — denn diese konnten nur darin bestehen, die angeregten Fragen zuerst an die Ausschüsse zu verweisen, — aber doch interessante Verhandlungen dar. Sie betrafen den Zustand der Verteidigungsmittel Deutschlands und die Limburger, böhmische und posensche Wahlangelegenheit. Der erste Antrag, es soll eine besondere Kommission niedergesetzt werden, um den Zustand unserer bewaffneten Macht zu untersuchen, wurde dadurch noch bemerkenswerter, daß er von der rechten

Seite, von Auerswald (dem Bruder des preußischen Ministers) ausging und von einem preußischen General und Obersten und anderen als sehr dringlich unterstützt wurde. Es wurde nicht ausgesprochen, aber es ging doch unzweideutig aus der ganzen Verhandlung hervor, daß man namentlich in Preußen einen Krieg mit Rußland für ein nicht fernes Ereignis hält. Auch die Anträge über Organisation der Volksbewaffnung wurden an die gleiche Kommission verwiesen. Bei der Limburger Sache stellte sich heraus, daß wenn wir unsere deutschen Rechte auf Limburg, wie sich's gebührt, mit aller Entschiedenheit geltend machen, dies notwendig zu ernsten Konflikten mit Holland führen muß. — Die Verhandlungen über die Gültigkeit der Wahlen aus Deutsch-Posen wurden merkwürdig durch die unbegreifliche Stellung, welche die äußerste Linke, oder wie man zur Ehre der Partei sagen muß, ein Teil der äußersten Linken zu dieser Frage einnahm. Die Hoffnung, daß in unserer Versammlung, wie in England und Frankreich, wo die Ehre und Größe des Vaterlandes in Frage steht, alle Parteien einig sein werden, wurde bei dieser Gelegenheit von der linken Seite bitter getäuscht. Es handelte sich nur darum, daß die Abgeordneten aus dem deutschen Teil von Posen so lange Zutritt in die Versammlung haben sollen, bis über die Hauptfrage, ob die Deutschen in Posen in den deutschen Bund aufgenommen werden, entschieden sei, ein Recht, das ihnen die Geschäftsordnung ausdrücklich mit klaren Worten zuerkannte. Ein Redner aus Posen hatte die Versammlung dringend gebeten, die endgültige Entscheidung sogleich zu treffen, allein man wollte in einer so wichtigen Frage doch nicht von der gesetzlichen Form abweichen und einen Bericht der staatsrechtlichen Kommission darüber abwarten. Die Redner der Linken, Ziz, Venedey, Blum, Simon aus Trier protestierten aber gegen eine auch nur vorläufige Zulassung und sprachen sich überhaupt in einem dieser Zulassung ungünstigen Sinne aus. Daß die Deutschen in Posen vermöge eben der Volkssouveränetät, welche diese Partei sonst an die Spitze ihrer Grundsätze stellt, um Aufnahme in den deutschen Bund nach-

gesucht und die Wahlen vorgenommen hatten, sollte nicht einmal hinreichen, auch nur das Recht der einstweiligen Teilnahme an den Verhandlungen zu geben, bis die Frage definitiv erledigt würde. Wo zeigen sich denn sonst die Männer so ängstlich bemüht um das formelle Recht, das dazu noch hier auch gegen sie war? Warum sollte die einfache Bestimmung der Geschäftsordnung nichts gelten? Warum war hier von dem Willen des Volkes, der Ehre der Nation, die sie sonst im Munde führen, gar keine Rede? Man begreift es nicht, man traute seinen Ohren kaum, von der Linken eine Sprache zu hören, wie man sie früher vom Bundestag erwarten konnte. Man zerbricht sich den Kopf darüber, was diese Männer zu einer so unglücklichen, zweideutigen, unpopulären Taktik bewegen konnte. Fürchteten sie den Eindruck, den die Aufnahme des deutschen Posens in Frankreich machen könnte, und daß dieselbe ein Hindernis der Allianz mit den Franzosen werden könnte, die sie wünschen? Oder sind sie Alle von jenem Rugeschen Weltbürgertum beseelt, das für jede Nationalität schwärmt und nur die eigene gering schätzt, das gegen Polen, Böhmen und Italien gerecht sein will, und nur dem Interesse des eigenen Landes die Gerechtigkeit versagt? So viel ist gewiß: durch ihr gestriges Verhalten hat diese Partei das Zutrauen in ihre Absichten oder Einsichten erschüttert und sich beim urteilsfähigen Teil des deutschen Volkes in ein zweideutiges Licht gestellt. Dagegen hat das Centrum und die Rechte den Triumph, den ihr diese Fehler der radikalen Partei von selbst in die Hände spielten, dadurch wieder geschwächt und verscherzt, daß sie, statt den Gegner zu hören und zu widerlegen, statt eben durch Fortsetzung der Beratung seine Gründe und Absichten zu erfahren, durch ein wüstes, gewaltthätiges Geschrei nach Abstimmung, durch ein wildes nach dem Schluß der Sitzung und dem Mittagessen gieriges Gepolter, der ganzen Verhandlung ein brutales Ende machte.

Frankfurt, 8. Juni.

Die Hoffnung, es würden von uns noch vor Pfingsten einige entscheidende Beschlüsse gefaßt werden können, ist nicht in Erfüllung gegangen. Auch gestern und heute kam es zu

keinen bedeutenden Entschließungen. Zwar in den Ausschüssen herrscht die größte Thätigkeit und nach Pfingsten wird es nie mehr an vorbereitetem Stoff für die Versammlung fehlen, allein in den drei letzten Sitzungen war dies noch nicht der Fall. Gestern soll der Verfassungs-Ausschuß die Abschaffung aller Vorrechte des Adels in Beziehung auf Besteuerung und bürgerliche und politische Stellung einstimmig, also auch Lichnowsky und Vincke, beschlossen haben. Ueber die Titel ist nichts bestimmt. Dieser Beschluß, der wahrscheinlich in der nächsten Woche auch von der ganzen Versammlung mit großer Stimmenmehrheit angenommen werden wird, wird für unsere württembergischen Verhältnisse die entscheidendsten Folgen haben. — Morgen wird die Versammlung wahrscheinlich den dänischen Krieg für Nationalsache erklären und sich ihre Mitwirkung bei dem Friedensschluß vorbehalten. In große Verlegenheit setzt uns das Ansinnen des Marine-Ausschusses zur ersten Gründung einer deutschen Flotte (2 Fregatten, 2 Korvetten, 4 Schaluppen, 200 Kanonenboote), sechs Millionen Thaler von der Bundesversammlung zu verlangen. Soll der erste Schritt, durch den sich unsere Beschlüsse dem Volk, das Erleichterung von uns hofft, fühlbar machen sollen, eine Besteuerung von sechs Millionen Thalern sein? Und doch ist die Forderung selbst dringend und wohlbegründet. Ein Ausweg, den ich mich nicht bedenke hier auszusprechen und nicht näher zu begründen brauche, wäre, wenn die deutschen Fürsten sich freiwillig bereit erklärten, diese Summe aus eigenen Mitteln als außerordentlichen Beitrag in einer außerordentlichen Zeit zusammenzubringen. Es würde gewiß bei der gegenwärtigen Stimmung im Volke einen guten Eindruck machen. — Ein interessantes Zwischenspiel in den zwei letzten Sitzungen war die Verantwortung Blums wegen seiner früher in der Raveaux'schen Sache aufgestellten Behauptung, daß die preußische Regierung den anderen Regierungen den Rat erteilt habe, während der Dauer der Nationalversammlung als Gegengewicht gegen dieselbe möglichst viele Ständeversammlungen zusammenzuberufen. Die preußischen

Minister Arnim und Auerswald hatten diese Beschuldigung offiziell als eine Verleumdung zurückgewiesen. Blum, der es von einem deutschen Minister gehört zu haben auf Ehrenwort versicherte, sollte nun die Wahrheit der Sache beweisen. Er wollte weder den Namen dieses Ministers nennen, noch konnte er sonst die Richtigkeit seiner Aussage nachweisen, er verlangte aber, man solle von den betreffenden Regierungen die diplomatischen Mitteilungen verlangen. Vincke, Lichnowsky, Auerswald drangen scharf auf ihn ein; die Versammlung und der Präsident kamen seiner gewandten und in versöhnlichem Tone gehaltenen Verteidigung dadurch zu Hilfe, daß die ganze Sache fallen gelassen und zur Tagesordnung übergegangen wurde. Um so naiver wurde Blum durch Schaffrath verteidigt: Blum sei ein Volksmann. Ein Volksmann habe immer die Voraussetzung für sich, daß er die Wahrheit rede. Ein Volksmann habe also nicht nötig, die Wahrheit seiner Aussagen nachzuweisen, sondern man müsse ihm die Unwahrheit derselben beweisen, wenn man ihn widerlegen wolle. — Ueber die verschiedenen Anträge wegen der Sicherheit der Versammlung gegen äußere Gewalt ging die Versammlung einfach zur Tagesordnung über. Es gehen zwar Gerüchte, daß in der nächsten Woche eine Demonstration versucht werden sollte, allein man beschloß, im Vertrauen auf den gesunden Sinn des Volkes und die Fürsorge der hiesigen Behörden keinerlei Maßregeln zu veranlassen.

Frankfurt, 12. Juni.

Die Verhandlungen in der letzten Sitzung über die Schleswig-Holsteinische Sache*) waren die schönsten und interessantesten unter allen bisherigen; es ist noch nie so gut gesprochen worden. Den größten Eindruck machten Dahlmanns mit schwacher Stimme ohne alle äußeren Mittel vorgetragenen, aber durch Einfachheit, Kraft und Wärme tief ergreifenden Worte. Raumers Rede war sehr belehrend und verriet nach Form und Inhalt den Staatsmann und Diplomaten; aber die Russenfurcht, die er allzu offen an den Tag legte, verletzte

*) Die denkwürdige Sitzung vom 9. Juni 1848.

den jungen und um so empfindlicheren Nationalstolz so, daß er an mehreren Stellen durch Zeichen des Mißfallens unterbrochen wurde. In Waitz von Göttingen, dem Abgeordneten in Kiel, trat ein neuer bedeutender Sprecher (nicht Redner) auf. Die Abstimmung gab, im Gegensatz zur Verhandlung, ein um so unbefriedigenderes Resultat. Nachdem alle Redner den Kommissionsantrag als zu bescheiden und zu wenig sagend bekämpft hatten, und dieser auch wirklich durchgefallen war, wurde der Waitz'sche Antrag, der in der ersten Hälfte mit dem Antrag der Kommission fast gleichlautend war,*) in der zweiten aber den Zusatz enthielt, daß die Versammlung die Ratifikation des Friedens mit Dänemark sich vorbehalte, vom Präsidenten in diese zwei Teile zerlegt und jeder besonders zur Abstimmung gebracht. Wäre dies nicht geschehen, so hätte der ganze Waitz'sche Antrag, da kein milderer mehr da war, angenommen werden müssen. So aber fiel der Schlußsatz mit 200 gegen 275 Stimmen durch. Dieser Vorbehalt der Ratifikation wäre offenbar kein Uebergriff der Versammlung gewesen. Hier handelte es sich nicht um eine Lokal- sondern um eine Nationalsache und um ein Recht, das auch in anderen freien Ländern Versammlungen der Volksvertreter haben, oder wenigstens nur darum nicht ausüben, weil durch ein verantwortliches Ministerium eine genügende Bürgschaft vorliegt, was bei uns noch keineswegs der Fall ist. Bei der namentlichen Abstimmung ergab sich, daß eine viel größere Zahl für den Vorbehalt war als früher durch Aufstehen und Sitzenbleiben; und diese bedauerliche Thatsache wird wohl die natürliche Ursache sein, daß Namensaufruf noch öfters verlangt werden wird. — Nach Pfingsten soll eine

---

*) Diese erste Hälfte des Waitz'schen Antrages lautete: „Die deutsche Nationalversammlung erklärt, daß die Schleswig'sche Sache als eine Angelegenheit der deutschen Nation zu dem Bereich ihrer Wirksamkeit gehört und verlangt, daß energische Maßregeln getroffen werden, um den Krieg mit Dänemark zu Ende zu führen, daß aber bei dem Abschlusse des Friedens mit der Krone Dänemark das Recht der Herzogtümer Schleswig und Holstein und die Ehre Deutschlands gewahrt werde."

Demonstration von Seiten der Republikaner, die ihre Hoffnungen auf die Nationalversammlung fast aufgegeben haben, stattfinden. Man glaubt aber wenig daran, und noch entfernter ist man davon, sich zu fürchten. Man kann sich auch kaum denken, wie etwas erreicht werden solle. In Beziehung auf alle derartigen Besorgnisse, an denen es ja auch in Württemberg nicht fehlt, muß ich immer wieder auf eine große Thatsache aufmerksam machen, die man alle Tage wiederholen und an die Spitze aller politischen Betrachtungen stellen sollte. Es ist diese: Baden, Württemberg, ein Teil von Sachsen und die Rheinlande bilden nur ein Sechsteil von Deutschland, nur in diesem Sechsteil kann man bis jetzt sagen, daß die Verhältnisse unterhöhlt und aufgelockert sind; nur hier, wo die Uebervölkerung, Güterzerstücklung, das Stocken der Gewerbe am Größten und Fühlbarsten ist, ist ein fruchtbarer Boden für Hetzereien. Im übrigen Deutschland, namentlich in Preußen, Bayern, Hannover sind die Zustände weit fester und gesicherter; Preußen ist keineswegs in der Auflösung begriffen oder leicht in diesen Zustand zu versetzen, wie manche glauben; sondern eben durch die ungerechten Anfeindungen, durch die Gefahren von außen und innen schließt sich dieser Staat sichtbar nach kurzem Schwanken wieder fester zusammen und wird durch keinen Putsch in Baden oder Frankfurt über den Haufen geworfen. So lange in Berlin keine neue Umwälzung in diesem Sinn erfolgt, wozu es nicht den Anschein und um so weniger haben wird, je bedrohlicher unsere auswärtigen Verhältnisse sind, so lang ist jeder Versuch einer republikanischen Schilderhebung eine hoffnungslose Thorheit, die im letzten Fall nichts zur Folge haben kann, als eine Teilung Deutschlands in zwei sehr ungleiche Hälften. Der goldene Spruch unseres Uhland: Die Freiheit will ich, die uns Einheit bringt, ist die Summa aller politischen Weisheit und das untrügliche Kennzeichen eines wahren Vaterlandsfreundes. Unsere Republikaner aber wollen eben nur ihren Begriff von Freiheit durchgeführt wissen, wenn auch die Einheit darüber zu Grunde geht. Dies Ignorieren unserer deutschen Großmächte und aller Zustände im Osten und Norden

Deutschlands ist der Grundfehler unserer Radikalen und ein Beweis, daß das Maß unserer politischen Einsicht noch nicht sehr groß ist. Die Italiener, die in Sardinien auch ihr Preußen und ebenfalls an dessen Spitze eine mißliebige Persönlichkeit haben, verstehen sich offenbar besser auf die Kunst, aus einem zerstückelten Volk ein ganzes zu machen. Wenn einmal Preußen und Oesterreich Republiken werden sollten, dann werden auch bei uns alle Vaterlandsfreunde wissen, was sie zu thun haben. So aber sind alle Versuche, unserem Volk, bei dessen unendlich großer Mehrzahl die Bedingnisse einer rein demokratischen Verfassung gar nicht vorhanden sind, die Wünsche von wenigen Idealisten und sehr vielen Anarchisten aufzudrängen, nicht nur eine Thorheit, sondern ein Verbrechen.

Frankfurt, 16. Juni. Unsere gerechte Hoffnung, endlich werde die Zeit der Vorbereitungen für die deutsche Nationalversammlung vorüber sein und die der Beschlüsse und Thaten kommen, soll abermals getäuscht und unsere Geduld auf noch eine Probe gesetzt werden. Auch diese Woche geht noch vorüber, ohne daß die Versammlung irgend eine ihrer großen Aufgaben gelöst haben wird. Die Ausschüsse sind nicht fertig geworden, der Berichterstatter ist krank; über dies oder jenes hat es nachträglich noch einen Anstand gegeben; in der Druckerei wurde es verspätet. Solche Kleinigkeiten halten ein so großes Werk auf; solche Kleinigkeiten sind es, welche vielleicht auch bei uns wichtige Glieder in der Kette von Ursachen sind, aus denen wie mit Naturnotwendigkeit das Unabwendbare hervorgehen wird. In jeder Sitzung wird die Dringlichkeit irgend eines Antrages nachgewiesen; die Dringlichkeit unserer ganzen Lage und Aufgabe dagegen wird nur von Wenigen mit jener brennenden, fieberhaften Ungeduld gefühlt, welche uns Süddeutschen das Unerträgliche unserer Zustände und die ungeheure Aufregung und Spannung der Gemüter einflößt. Wir waren erstaunt, als auf Donnerstag keine Sitzung angesagt war, weil nichts von den Ausschüssen vorliege, noch erstaunter aber, als gestern Abend auch die heutige Sitzung aus demselben Grund abgesagt wurde. Viele fragten, ob denn die Anwesenheit der demo-

kratischen Vereine mit ein Beweggrund sei; andere, ob der Präsident überhaupt das Recht habe, eine Sitzung abzusagen, die nach dem Willen der Versammlung einmal auf einen bestimmten Tag angesetzt sei. Gestern Abend wurde in einigen Klubs beschlossen, eine Deputation an den Präsidenten zu schicken, um die Abbestellung rückgängig zu machen, und jedenfalls heute um 10 Uhr in der Paulskirche zu erscheinen. Ob dies geschieht und was daraus wird, läßt sich noch nicht sagen. — Wer die Geschichte von Revolutionen kennt, der weiß, wie viel an solchen Stockungen und kleinen Zufälligkeiten hängt. Wenn man sieht, wie in Deutschland gerade die wichtigsten Posten von unzureichenden Persönlichkeiten besetzt sind, wie wenig auch die Nachfolger den Aufgaben gewachsen sein werden, wenn man den Mangel an Staatsmännern bedenkt, die in solchen Stürmen zu steuern verstünden, wenn man sieht, wie schnell die besten Kräfte nach einander abgenutzt werden oder sich selbst abnutzen, und wie Ungeduld, Mißtrauen, die unerfüllbarsten Erwartungen und Forderungen im Volk zum Voraus jedes Regiment abnützen müssen u. s. w., so kann man sich fatalistischer Gedanken nicht erwehren und möchte glauben, die Revolution gehe eben wie ein Naturereignis ihren unabwendbaren Gang nach bekannten Gesetzen, und alle die vereinigten Kräfte der besten und tüchtigsten Männer seien nicht imstande, ihn aufzuhalten. Es mag unnatürlich erscheinen, solche Gedanken an eine so unbedeutende Thatsache anzuknüpfen, daß ein Werk, auf das man schon seit Jahrhunderten wartet, noch um 24 Stunden weiter hinausgerückt wurde; allein, es können einem manchmal hier solche Dinge einfallen, gerade wenn man an Kleinigkeiten sieht, in wie vielen nicht das volle Gefühl der Gefahr, in der wir stehen, lebendig ist.

Frankfurt, 18. Juni.

Endlich haben wir in der Nationalversammlung auf morgen die verhängnisvolle Beratung über die Centralgewalt auf der Tagesordnung. Tag und Nacht sind Sitzungen und Vereinigungsversuche in den Klubs; im Gefühle, daß diese Entscheidung, mag sie ausfallen wie sie will, einen großen Wendepunkt in der Geschichte unserer Revolution bilden, daß sie

jedenfalls im einen oder anderen Teile Deutschlands den größten Anstoß, vielleicht Spaltung und Bürgerkrieg erregen wird, sind alle von der gewaltigsten Spannung und Aufregung ergriffen. Der Hauptkampf am ersten Tage wird sein: Triumvirat oder Präsidium? Jenes halten sehr viele für das Notwendige und einzig Ausführbare, obgleich nur sehr wenige eine Freude daran haben und etwas Befriedigendes darin sehen. Und das kann man auch nicht. Wer kann leugnen, daß bei diesem Triumvirat die Spaltung und das Sonderinteresse der großen Staaten eigentlich unsterblich gemacht wird, daß es im Wesen nicht viel anders ist, als der alte Bundestag, daß wir auch so noch einen Staatenbund behalten, statt eines Bundesstaats, daß die ganze Einrichtung den Keim der Auflösung in sich selbst tragen muß, während dagegen bei einem Präsidium wenigstens die Hauptsache, um derenwillen wir da sind, die das Volk will, nämlich die Einheit, fest hingestellt, somit aller Spaltung, allen Sondergelüsten zum voraus ein Ziel gesetzt wird? Diese handgreiflichen und unleugbaren Wahrheiten wirken so stark, daß viele, die früher nur wegen der Unausführbarkeit an kein Präsidium Glauben hatten, den Zweifel an dieser Möglichkeit aufgeben und selbst das Unwahrscheinliche dem Unbefriedigenden vorziehen. Wenn man sieht, wie das einzige, was sich an die bestehenden Verhältnisse anschließt, die Dreiheit, etwas Verzwicktes, Kompliziertes, dem einfachen, gesunden Sinn des Volks, vollends in einer so aufgeregten Zeit, als ein unnatürlicher Gelehrtenrat Erscheinendes ist, so muß man schließen, nun so taugten eben gerade diese bestehenden Verhältnisse, wenn sie durchaus keine Einheit möglich machen, und die Nation doch eine will, selber nichts, und man muß sich eben soweit in einen Kampf mit ihnen einlassen, als es für die Einheit unumgänglich nötig wird. Ein Präsidium, das sollten alle Freunde desselben ehrlich gestehen, ist ein entweder für die beiden Großmächte oder für sich selbst lebensgefährliches Experiment; es greift das monarchische Prinzip in seinen Wurzeln an und wird, wenn es definitiv werden sollte, dasselbe entweder untergraben oder ihm selbst

unterliegen. Es wird in Preußen großen Widerspruch finden, vielleicht einen solchen, an dem das ganze Werk scheitert, es wird noch im günstigsten Falle dort neue Revolutionen machen, es wird eine Brandfackel in den Norden und Osten Deutschlands werfen. Es wird in sich selbst unhaltbar und auch nur provisorisch sein, da es in kurzem entweder in die Republik oder die Militärmonarchie oder in die alte Spaltung und Auflösung Deutschlands zurückführen muß. So stehen die Sachen, solcher Art ist die Verantwortung, die der Abgeordnete in dieser Sache auf sich nimmt. Er hat nur die Wahl zwischen zwei Uebeln, zwischen einer Schonung des Bestehenden, die keine rechte Kraft und Einheit gibt, und einem zwar kräftigen, aber gefahrvollen und verletzenden Durchgreifen. Das Triumvirat wird voraussichtlich einen, wenn auch nur schwachen Sieg erfechten. Es ist nämlich in den letzten Tagen eine sehr wichtige Aenderung in den Parteien eingetreten. Eine ziemlich große Anzahl österreichischer Abgeordneter hat sich, durch eine Deputation von Wien aus aufgefordert, entschieden zur Linken gewandt und ihr, jedoch mit Vorbehalt des monarchischen Prinzips für ihr Land, ihre Unterstützung zugesagt. Ob dieser Schritt allein aus Politik hervorgegangen und ob diese Politik eine kluge ist, wird sich zeigen. Jedenfalls ist es ein großer Zuwachs für die Linke, der Dinge möglich macht, die früher unmöglich waren, wie eben ein Präsidium. Wenn ein Direktorium durchgeht, so wird um so eifriger darauf gedrungen werden müssen, der Nationalversammlung auf die Wahl der Personen Einfluß vorzubehalten; wenn ein Präsidium durchgeht, so wird zum Ersatz für dieses Opfer den Regierungen um so mehr die Wahl überlassen werden können. So wird auf der einen Seite die Einheit, auf der andern die bestehende Gewalt bewahrt. Einen von der Versammlung gewählten Präsidenten zu wollen, heißt nichts anderes, als die Centralrepublik auszusprechen und alle bestehenden Regierungen zu vernichten. Wenn das Präsidium in der Versammlung siegt, so wird es auch in Deutschland siegen; wenn, was wahrscheinlicher ist, das Triumvirat, so wird die Nationalversammlung genötigt sein, eben dieser Frei-

heit gegenüber die Einheit um so stärker zu vertreten; insofern wird auch bei dieser Form für einige Zeit, wenigstens solange die Nationalversammlung beisammen ist, die Verwirklichung des Willens der Nation möglich, und also auch noch durchaus kein Grund sein, an der Zukunft des Vaterlandes zu verzweifeln. Alles, was wir machen können und werden, ist nur ein Uebergang; die wahre Entscheidung hängt wahrscheinlich vorzugsweise von den auswärtigen Verhältnissen ab, die in kurzem alle unsere Aufmerksamkeit und alle unsere Kräfte in Anspruch nehmen werden.

Frankfurt, 20. Juni. Es ist große Wahrscheinlichkeit, daß über die Centralgewalt ein einmütiger Beschluß zustande kommt, in welchem die Rechte ein Präsidium statt eines Direktoriums, die Linke das Vorschlagsrecht der Regierung zugestehen wird. Es liegt im Interesse der Sache allen Parteien daran, einen möglichst einstimmigen Beschluß zu fassen. Es sind im ganzen ungefähr 150 Redner eingeschrieben, von denen gestern 12 sprachen,*) so daß nach diesem Verhältnis die Verhandlungen 12 Tage dauern würden. Wahrscheinlich aber wird morgen abend Schluß der Beratung beschlossen und die Abstimmung vorgenommen. Unter den Rednern des gestrigen Tages gebührte Bassermann die Palme. — Der von dem Klub des Württemberger Hofs ausgegangene Verbesserungsantrag, dem sich auch die meisten unserer Landsleute angeschlossen haben oder anschließen werden, wird vielleicht die Vermittlung zwischen der Rechten und äußersten Linken bilden. Er geht im wesentlichen dahin, daß ein Präsident von den Regierungen binnen kürzester Frist bezeichnet und von der Nationalversammlung genehmigt wird.

Frankfurt, 22. Juni. Die Möglichkeit eines Präsidiums ist bereits zur größten Wahrscheinlichkeit geworden. Die Reden in der Nationalversammlung dauern nun schon drei Tage, jeden Tag etwa sechs Stunden, und doch hat noch nicht ein Drittel der Redner

---

*) In der außerordentlich bewegten Sitzung vom 19. Juni, wo übrigens nur die Beratung über die „provisorische Centralgewalt" auf der Tagesordnung stand.

gesprochen. Heute, als am Fronleichnamstage, ist eine Abendsitzung um vier Uhr, morgen, vielleicht sogar heute schon, wird der Schluß der Beratung bestimmt werden. Die Abstimmungen, worunter viele mit Namensaufruf sein werden, dauern wenigstens einen ganzen Tag. Das Ergebnis wird ohne Zweifel befriedigend insofern werden, als ein Beschluß durch eine sehr starke Mehrheit, die hierin von größter Wichtigkeit ist, zustande kommen wird. Der Präsident — entweder Erzherzog Johann oder Gagern — soll von den Regierungen vorgeschlagen, von der Versammlung ernannt werden. Bei dem Antrag von Schoder und anderen, der diesen Vermittlungsvorschlag enthält, sind auch andere Bestimmungen, die bei der Rechten Anstoß erregen, wie „daß der Präsident verantwortlich sein, und daß er die Beschlüsse der Versammlung ohne Veto vollziehen soll," auch wünscht die Rechte den Namen Reichsverweser.*) Wie in diesen Punkten die Abstimmung ausfallen wird, läßt sich nicht berechnen; im ganzen wird die Linke einen Sieg erfechten, wie überhaupt die ganze Versammlung nicht imstande ist, dem Drang nach links, der einmal in der ersten Periode einer Revolution immer der vorherrschende ist, zu widerstehen. Es kann sich nur darum handeln, daß die Versammlung sich von den Ereignissen weder überholen läßt, noch sie ohne Not beschleunigt, sondern mit der allgemeinen Bewegung gleichen Schritt und dadurch dieselbe in ihrer Gewalt behält. Eine mit so gewaltiger Mehrheit durch den Willen der Nationalversammlung ins Leben gerufene Centralgewalt wird der stärkste Damm gegen gesetzlose Versuche sein und namentlich auf unser engeres Vaterland eine wohlthätige Rückwirkung äußern.

Frankfurt, 25. Juni.

Nach sechsunddreißigstündiger Beratung — in sechs Tagen — ist endlich die entscheidende Frage in der Nationalversammlung zur Abstimmung reif, die am Montag stattfinden wird. So groß die Kämpfe innerhalb der Versammlung waren, so

*) Der Titel Präsident wurde von den beiden Rechtsparteien als Symbol der Republik gescheut; dafür wurden die Namen Reichsverweser, Reichsstatthalter oder Bundesdirektor vorgeschlagen.

zahlreich und unermüdlich waren die Besprechungen außerhalb derselben in den Klubs und Privatkreisen. Unerwartet hat gestern die Sache wieder eine andere Wendung bekommen. Der Punkt, der anfangs der entscheidende schien, ob die Regierungen Anteil an den Ernennungen haben sollen, wird von einem großen Teil der Rechten auf einmal aufgegeben. Der Präsident Gagern, der gestern selbst die Tribüne bestieg, sprach, ohne ein Recht der Regierungen zu bestreiten, aus Gründen der Zweckmäßigkeit für die freie und alleinige Wahl der Versammlung, weil in diesem Fall das Vertrauen des Volkes zu dem Gewählten größer sein werde. Diese Konzession wurde in der Hoffnung gemacht, daß die Wahl dann um so sicherer auf den „Kaisersohn" fallen, und dessen Stellung als eines frei vom Volke Gewählten eine um so günstigere sein werde. Die Hauptstreitfragen zwischen den Parteien sind noch die Verantwortlichkeit und das Veto. Die Rechte will einen Unverantwortlichen im Sinne der konstitutionellen Monarchie, die Linke in republikanischem Sinne völlige Verantwortlichkeit. Die Vermittlung ist, daß der Präsident zwar vor dem Gesetze wegen Vergehen belangt werden könne, aber nicht in dem gewöhnlichen Sinne der Ministerverantwortlichkeit schon vor der Majorität des Hauses, die sich gegen ihn erkläre, sich zurückzuziehen, sondern in diesem Fall nur das Ministerium zu ändern habe; ähnlich wie bei dem Präsidenten von Nordamerika, der zwar nicht heilig und unverletzlich, sondern vor dem Gesetz verantwortlich ist, aber durch kein Mißtrauensvotum entfernt werden kann. Die andere Frage, ob der Präsident die Beschlüsse der Versammlung einfach zu vollziehen oder, wie die Rechte will, ein Veto dagegen hat, soll durch ein Suspensivveto in der Art vermittelt werden, daß der Präsident einen Beschluß der Versammlung innerhalb zwei Tagen zurückgeben kann, und ihn erst dann vollziehen muß, wenn dieselbe Entscheidung noch einmal erfolgt. Auch der Name ist strittig: Präsident oder Reichsverweser. In allen diesen Fragen steht das monarchische und das republikanische Prinzip einander gegenüber. Wie die Abstimmung ausfällt, ist wieder zweifel-

haft geworden, doch darf man im ganzen die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Hauptsache mit großer Mehrheit werde beschlossen werden. Da Gagern selbst die Stellung des Reichsverwesers als eine für einen Privatmann unmögliche bezeichnet hat, und er selbst allein noch der Möglichste gewesen wäre; da unter Prinzen auch von keinem andern die Rede sein wird als dem Kaisersohne aus Steyermark, so wird die Wahl unstreitig zwar mit ziemlicher Mehrheit, aber doch nicht ohne großen Widerspruch von der Linken auf Erzherzog Johann fallen.

Endlich ist nach den heftigsten Kämpfen das Gesetz über die Centralgewalt zustande gekommen. Es ist, wie Deutschland selbst gegenwärtig, aus republikanischen und monarchischen Elementen gemischt, mit entschiedenem Uebergewicht der letzteren; es steht, wie alle unsere Zustände, in der Schwebe zwischen einer revolutionären und gesetzlichen Haltung; es ist so ein treuer Spiegel der Gegenwart, ein Provisorium, dessen Kraft und Bestand ganz von den Ereignissen der Zukunft abhängt, die niemand kennt und niemand in der Hand hat. Es wird in dem aufgeregten Südwesten Deutschlands einen unbefriedigenden, in Oesterreich einen sehr günstigen, in Preußen wenigstens einen nicht ungünstigen Eindruck machen. Die Stellung der ganzen Versammlung wie der einzelnen Parteien tritt aus den Abstimmungen klarer und schärfer als aus allen bisherigen hervor. Die ganze Versammlung ist entschieden mehr auf die linke Seite hinübergedrängt worden, als es früher der Fall war, über 400 Stimmen haben für die alleinige Wahl der Versammlung gestimmt, was noch vor acht Tagen als ein extremer Antrag der Linken erschienen war; über 500 haben den Vorbehalt eines Einverständnisses mit den Regierungen verworfen und dadurch die Vertragstheorie verlassen. Die äußerste Rechte, welche diesen Standpunkt festhielt, zählt nicht über 30. Die Linke, welche durch Verwerfung des ganzen Gesetzes als zu monarchisch ihren republikanischen Charakter entschieden an den Tag legte, beträgt ungefähr 90 Stimmen. Die 80 weiteren, welche für einen Präsidenten stimmten und die Unverantwortlichkeit verwarfen, wollen wenigstens für die

Frankfurt, 29. Juni.

Zeit des Provisoriums das republikanische Prinzip wahren und dem monarchischen nicht so entschieden präjudizieren. Es sind dies die Stimmen der gemäßigten Linken, wie sie sich nennt oder genannt wird. Die hundert weiteren Stimmen, welche wollten, daß die Centralgewalt die Beschlüsse der Versammlung zu vollziehen habe, und also der Versammlung die volle unbeschränkte Souveränetät in jeder Beziehung vorbehalten, wenn auch einen mäßigen Gebrauch davon machen wollten, bilden das linke Centrum. Die 270 Stimmen, welche diesen Paragraphen verwarfen, bilden die Rechte. Uebrigens muß man zur Beurteilung dieser Verhältnisse auch noch die zahlreichen Erklärungen zu Protokoll hinzunehmen, die bei der Abstimmung vorkamen. Weil man nämlich unpassender Weise sechs Tage lang im allgemeinen über das Ganze beraten ließ und dann auf einmal die Beratung für geschlossen erklärte, ohne daß durch die zahlreichen langen und größtenteils nicht tief in die Sache eingehenden Reden die einzelnen Punkte gehörig erörtert waren, stellte sich erst, nachdem die Reihenfolge der verschiedenen Anträge schon abgeschlossen war, das Bedürfnis von Vermittlungsanträgen heraus. Die Linke, auf den Buchstaben der Geschäftsordnung gestützt, ließ diese Vermittlungsversuche: daß die Versammlung im Vertrauen auf die Zustimmung der Regierungen allein wähle, daß die Centralgewalt nur die Gesetze, nicht auch die Beschlüsse vollziehen soll, daß sie bei den Beschlüssen wenigstens ein suspensives Veto von drei Tagen haben soll, daß unter der Unverantwortlichkeit nicht Heiligkeit und Unverletzlichkeit, sondern nur Unverantwortlichkeit für die von einem Minister kontrasignierten Regierungshandlungen zu verstehen sei, nicht mehr zu, obgleich ohne Zweifel die beiden letzten Punkte in dieser Modifikation durchgegangen wären. So konnten nun für viele die Fragen nicht so gestellt werden, daß sie durch einfaches Ja und Nein ihre Meinung ausdrücken konnten und dieselbe daher durch Erklärungen zu Protokoll näher bezeichnen mußten. So haben viele, welche die Unverantwortlichkeit im obigen Sinne verstanden, teils mit Ja, teils mit Nein gestimmt und den Sinn, den sie damit ver-

banden, zu Protokoll erklärt; sehr viele haben die Worte: im Vertrauen auf die Zustimmung der Regierungen, als das Motiv ihrer Abstimmung in einer Erklärung ausgesprochen. Die Namen derer, die auf solche Weise besondere Erklärungen abgaben, sind noch nicht bekannt, und danach ist die obige Statistik der Stimmen noch zu berichtigen. — Die stürmische Sitzung am Montag,*) die unerfreulichste und betrübendste von allen bisherigen, läßt befürchten, daß die Parteien sich von nun an noch viel schroffer und erbitterter gegenüberstehen werden; die Niederlage, welche die Rechte dabei erlitten, wird diese zu strengerem Zusammenhalten und klügerer Leitung führen, worin sie der Linken, trotz ihrer weit größeren Zahl, sehr nachsteht. Soirons Präsidium hat gezeigt, daß nur Gagern hinreichende Autorität und das Geschick hat, die Versammlung recht zu leiten; unter ihm wären die Scenen von der Abendsitzung des Montag gewiß nicht vorgekommen. Es ist daher auch dringend nötig, daß Gagern nicht durch Eintritt ins Reichsministerium als erster Minister der Versammlung verloren geht, und er soll sich auch bereits dafür ausgesprochen haben, daß er kein Ministerium annehme. Die Besetzung dieses Reichsministeriums wird bei dem Mangel an hervorragenden Staatsmännern eine sehr schwierige Aufgabe werden.

Der nächste Bericht Rümelins stammt erst vom 5 Juli. Noch am 29. Juni, dem Tage seines letzten Berichtes, war Erzherzog Johann von Oesterreich mit 436 Stimmen zum Reichsverweser gewählt worden, während auf Gagern 52 gefallen waren.

In der letzten Sitzung der Nationalversammlung hat der Antrag Blums, die Versammlung soll die deutschen Regierungen noch darüber zur Rechenschaft ziehen, daß sie gewagt haben, in einem Glückwunschschreiben an Erzherzog Johann Frankfurt, 5. Juli.

---

*) Soiron mußte wegen des Tumultes über den Heckscherschen Antrag die Sitzung auf eine halbe Stunde schließen und das Mißtrauensvotum hören, daß Präsident v. Gagern wieder den Vorsitz übernehmen solle.

ihre Zustimmung zu unserem Gesetz und unserer Wahl zu geben, einen teils lächerlichen, teils jeden, der noch einen Rest von Gefühl für Recht, Billigkeit und Anstand hat, empörenden Eindruck gemacht. Also nicht einmal das Recht sollen die Regierungen von Deutschland haben, zu einem Gesetz, das sie mit einem Schlage beinahe mediatisiert, das bisherigen Großmächten von Europa die Souveränetät nimmt und über die wichtigsten Rechte der Einzelstaaten verfügt, nachträglich ihre Zustimmung in Form einer Gratulation auszudrücken! Zu einem Schritt so tollen Uebermuts wagt man eine Versammlung von würdigen, ehrenhaften Männern aufzufordern! Ohne Zustimmung der Regierungen hätte weder Erzherzog Johann noch selbst Herr Johann Adam von Itzstein*) nur daran denken können, die Wahl anzunehmen; keine auswärtige Macht würde ohne diese Voraussetzung nur in die mindeste Beziehung mit einem deutschen Reichsverweser eingetreten sein. Unter allen Formen aber, in welchen diese Zustimmung ausgedrückt werden konnte, ist die einer Gratulation an den Gewählten die bescheidenste und anspruchsloseste. Ja selbst, wenn in dieser bescheidensten Form dennoch eine versteckte Rechtsverwahrung niedergelegt sein sollte, oder wollte, wer, der noch einen Funken von Rechtsgefühl in sich hat, könnte darin eine Anmaßung sehen? Die Versammlung hat das Gesetz und die Wahl allein in die Hand genommen, nicht aus Gründen des Rechts, sondern der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit, nicht weil die Zustimmung der Regierungen nicht stattfinden dürfe, sondern weil das Gesetz und der Erwählte eine stärkere Stellung im Vertrauen des Volkes haben, wenn die Versammlung allein entschieden hat. Ohne die Zustimmung der Regierungen wäre die Gewalt des Reichsverwesers eine rein revolutionäre, und weder ein englischer, noch selbst ein französischer Staatsmann wäre nach allen Begriffen des Staats- und Völkerrechts imstande gewesen, Gesandte von ihr anzunehmen oder an sie zu

---

*) v. Itzstein hatte bei der Wahl eines Reichsverwesers 32 Stimmen, wahrscheinlich von der äußersten Linken, auf sich vereinigt.

schicken. Statt diese unwürdige Interpellation von Blum mit Ernst und Entschiedenheit zurückzuweisen, hat Herr v. Schmerling, der Bundestagsgesandte, in ungeeigneter, witzelnder und ausweichender Weise geantwortet und dabei gegen die Linke den zwar wahren, und durch eben diese Interpellation klar bewiesenen, aber doch ordnungswidrigen und unerlaubten Ausdruck gebraucht, daß es den Herren von der Linken angenehm sein würde, wenn es zu Zerwürfnissen zwischen der Nationalversammlung und den Regierungen käme. Wer die sofortige Einführung der republikanischen Verfassung erstrebt und durch eine provisorische Regierung oder einen Vollziehungs-Ausschuß gleich ins Leben führen will, der dürfte so ehrlich sein und gestehen, daß er die Konflikte mit den Regierungen nicht eben zu vermeiden sucht. Dieser Ausdruck wurde aber eine Verleumdung genannt, und der Präsident mußte, allerdings mit Recht, denn die Absicht läßt sich nie beweisen, zur Ordnung rufen. Blum hat übrigens bei diesem ganzen Anlaß auch solche Eigenschaften, in deren unbestrittenem Besitz er bisher war, seine Klugheit und seinen richtigen Takt, in Frage gestellt.

Seit drei Sitzungen hat die Beratung über die Grundrechte begonnen. Sie steht zwar nicht an Wichtigkeit des Gegenstandes, aber doch an Interesse und Reiz der Verhandlungen hinter der über die Centralgewalt sehr zurück. Die Galerieen werden mit jedem Tage leerer; es handelt sich nicht mehr darum, dem verschollenen Bundestag Eselshuftritte zu versetzen, durch allgemeine Redensarten über Volkssouveränetät und Reaktion, Republik und Monarchie, die Kehlen und Hände des Publikums in Bewegung zu setzen, sondern um eine ernste, gründliche, praktische Beratung praktischer Fragen. Erfahrung, Gesetzeskunde, juristischer Scharfsinn sind die Eigenschaften, die hier ihr Feld finden. Daß im Punkte der Gründlichkeit eher zu viel als zu wenig geschehen würde, ließ sich von einer Versammlung, in der 300 deutsche Juristen und 80 deutsche Professoren sitzen, wohl erwarten. Wenn es so fortgeht, ist kein Ende abzusehen. Von den 48 Paragraphen sind in drei Sitzungen noch nicht zwei erledigt; über den ersten allein waren

Frankfurt, 6. Juli.

80 Redner und nicht viel weniger Verbesserungsanträge angekündigt. So lange der deutsche Grundtrieb, die Individualität, sich in solcher Weise geltend macht, so lang jeder Abgeordnete meint, er müsse bei jeder wichtigen Sache sprechen, damit seine Wähler, Freunde und Verwandten seinen Namen in den Protokollen und Zeitungen lesen, so lange nicht die in einer großen Versammlung unumgängliche Sitte herrscht, daß die Hauptfragen in den Klubs durchgesprochen und die Ansichten jeder Partei nur durch einen oder zwei Redner vertreten werden, so lange in jeder Sitzung eine solche verworrene Masse ganz ähnlicher und oft kaum für den scharfsinnigsten Haarspalter unterscheidbarer Anträge eingebracht wird, so lange nicht die große Mehrzahl der Abgeordneten den in solcher Zeit und in einer solchen Versammlung doppelt wahren Grundsatz „Reden ist Silber und Schweigen Gold" befolgt, so lange wird auch kein gedeihlicher, der Ungeduld des Volkes und den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechender Gang der Verhandlungen möglich sein. Ein guter Anfang zur Besserung ist dadurch in Aussicht gestellt, daß die verschiedenen Hauptparteien sich wahrscheinlich dahin vereinigen werden: es soll Keiner mehr einen Antrag stellen, den er nicht seiner Partei vorher vorgelegt hat und mit Zustimmung derselben einbringen kann. Auf der andern Seite muß man übrigens auch so billig sein und anerkennen, daß jeder einzelne Paragraph dieser Grundrechte ganz umfassende Gesetze in sich enthält, über deren jedes man sonst in unseren Ständeversammlungen mehrere Wochen, ja Monate beraten würde. Dies zeigt sich gleich bei dem Paragraph 2: „Jeder Deutsche darf an jedem Orte eines deutschen Staates Aufenthalt nehmen, sich niederlassen, Grundeigentum erwerben, Kunst und Gewerbe treiben, das Gemeindebürgerrecht gewinnen, vorerst unter denselben Bedingungen wie die Angehörigen des betreffenden Staates, bis ein Reichsgesetz die zwischen den Gesetzen der einzelnen Staaten noch obwaltenden Verschiedenheiten völlig ausgleicht." Das Wohl und die Selbständigkeit der Gemeinden und damit die Grundlage des ganzen Staatslebens ist hiebei aufs Innigste interessiert, und man darf wohl ein

paar Tage darüber sprechen, ehe man so tief eingreifende Gesetze für Jahrhunderte erläßt. Der obige Paragraph bildet die Mitte zwischen zwei entgegengesetzten Ansichten. Der Antrag der Linken, von Eisenstuck u. a., will sogleich eine schrankenlose Freizügigkeit und ebenso in einem alsbald zu erlassenden Gesetze die unbedingte Gewerbefreiheit aussprechen. Dadurch würden alle Bedingungen, von denen bisher die Uebersiedlung noch abhängig gemacht wurde, sogleich aufgehoben, und jeder könnte sich ohne weiteres in jeder Gemeinde niederlassen. Auf der andern Seite wurde von Hermann in München, Stahl u. a. geltend gemacht, es soll überhaupt gar kein allgemeines, für ganz Deutschland giltiges Gesetz über Heimatsrechte und Gewerbeordnung in Aussicht gestellt, sondern dies der Gesetzgebung in den einzelnen Staaten überlassen und nur bei einer etwaigen Umbildung der Gesetze für Gleichmäßigkeit der allgemeinen Grundsätze gesorgt, dagegen jetzt entschieden nur der Hauptsatz hingestellt werden, daß jeder Deutsche in jedem deutschen Staat dem Einheimischen in allen derartigen Rechten ganz gleichgesetzt sei und der Begriff des Ausländers unter den Bewohnern deutscher Länder völlig aufhöre. Diese letztere Ansicht ist gewiß die richtigste und wird vielleicht auch den Sieg davontragen. Es wird damit weder für noch gegen die Gewerbefreiheit entschieden, sondern nur der Grundsatz der Selbstregierung für Gemeinden und Einzelstaaten in solchen Beziehungen gewahrt, welche nicht notwendig zur Kraft und Einheit des Ganzen sind; es soll weder die Gewerbefreiheit noch sonst irgend eine allgemeine Theorie den einzelnen Ländern von Reichswegen aufgedrungen werden. Auch in der amerikanischen Union, dem Ideal eines Bundesstaates, ist dieser Teil der Gesetzgebung den einzelnen Staaten überlassen; in England sind sogar große Verschiedenheiten hierüber in den einzelnen Städten. Die Ansichten sind über diese Punkte allerdings sehr abweichend, aber doch wird auch bei uns in Württemberg die allgemeine Stimme sich wahrscheinlich für diese letztere Ansicht, die dem Einzelstaat im Einzelnen freie Hand läßt und nur unter Deutschen den Begriff des Ausländers aufhebt, entscheiden. Für

Württemberg hat dies Gesetz, wenn nicht der Eisenstucksche Antrag durchgeht, noch sonst der Kommissionsantrag oder der von Hermann u. a. angenommen wird, zunächst nur die Folge, daß künftig ein Hesse oder Bayer u. s. w. kein größeres Vermögen mehr haben muß, um Gemeindebürger zu werden, als ein Württemberger aus einer andern Gemeinde. Die Verhältnisse sind aber bei uns leider der Art, daß der Zudrang von Fremden nicht sehr groß werden wird. Der Eisenstucksche Antrag dagegen würde mit einem Schlage unsere ganze Gesetzgebung hierüber vernichten und jedem württembergischen oder nichtwürttembergischen Deutschen erlauben, sich ohne weiteres in jeder Gemeinde niederzulassen. Die Schwierigkeit wegen der Sorge für solche Eindringlinge, wenn sie verarmen sollten, suchte Eisenstuck durch den unpraktischen Vorschlag zu heben, daß in solchen Fällen nicht die betreffende Gemeinde, sondern der Staat die Pflicht der Verpflegung haben solle.

Frankfurt, 8. Juli.

In den Freitagssitzungen sollen nicht die Grundrechte fortberaten, sondern andere laufende Gegenstände behandelt werden; dadurch sind diese von nun an neben der schwerfälligen, langsam vorrückenden Arbeit der übrigen Sitzungen die interessanteren, für den Augenblick mehr Reiz und Abwechslung darbietenden. Gestern wurden an einer unbedeutenden Formfrage wichtige Prinzipien zum voraus ausgesprochen. Aus Veranlassung einer ganzen Masse von Anträgen und Eingaben über Kirchen- und Schulangelegenheiten hatte die Petitionskommission auf einen eigenen Ausschuß für Kirchen- und Schulsachen angetragen, um zu prüfen, wie weit außer dem, was in die Grundrechte hierüber aufgenommen worden ist, noch von der Reichsgesetzgebung in diese Verhältnisse eingegriffen werden soll. Da zeigte sich recht, wie alles, was nur von ferne an kirchliche Gegenstände anstreift, gleich die hitzigsten Kämpfe hervorruft. Da waren alsbald eine ganze Reihe von neuen Rednern, Pastoren, Rektoren, Domkapitularen, Kirchenräten, Dekanen und Bischöfen eingezeichnet; und wenn man alle hätte hören wollen, so hätte man den ganzen Tag damit zugebracht. Die einen, die Ultramontanen, wollten, man solle

gar keine solche Kommission wählen, weil man sich in Kirchen- und Schulsachen gar nicht zu mischen habe; die andern, von der Linken, drangen darauf, daß getrennte Kommissionen für Schule und Kirche niedergesetzt werden sollten, um dieses wichtige Prinzip zum voraus auszusprechen. Die Versammlung entschied, daß nur eine Kommission, und zwar nur für Schulsachen, niedergesetzt werden sollte mit einer besonderen Sektion für die Volksschule. In dieser Entscheidung liegt ausgesprochen, daß den Kirchen ihre Angelegenheiten überlassen bleiben sollen, um sie nach ihrer eigenen Verfassung zu ordnen, daß dagegen das Schulwesen nicht zu den Kirchensachen gehöre, sondern vom Staate aus zu regulieren sei. Zwar sind von dieser Schulkommission keineswegs Anträge im Sinn der vielen Eingaben von Lehrern, namentlich der Volksschule zu erwarten, nicht als ob man in der Sache nicht einverstanden wäre und die Hebung der Schulen und der Lehrer nicht für notwendig hielte, sondern weil man den Grundsatz aufstellen wird, daß das gesamte Unterrichtswesen den Einzelstaaten überlassen werden soll und alle solche Wünsche an die Ständeversammlungen der einzelnen Länder zu verweisen sind. Nur soweit das gesamte Unterrichtswesen mit der künftigen deutschen Wehrverfassung zusammenhängen wird, soll von Seite der Reichsgesetzgebung darein eingegriffen werden. Aber jedenfalls, wenn auch kein Reichsschulgesetz zu erwarten ist, so werden doch die Ideen der neuen Zeit auch in dieser Beziehung bei der Beratung den Sieg davon tragen und dadurch auch den Einzelgesetzgebungen großer Vorschub geleistet werden.

Ein zweiter, sehr verschiedener Gegenstand, war der Antrag der Militärkommission auf Verstärkung unserer bewaffneten Macht. Die Kommission, fast aus lauter Offizieren zusammengesetzt, wollte beweisen, daß wir zu einem Krieg gegen Rußland oder Frankreich gegen 700,000 Mann brauchen und bloß 450,000 Mann haben, daß es also noch um mindestens 200,000 Mann fehle. Man solle dadurch helfen, daß man das Kontingent, 1½ Prozent, nicht nach der Bevölkerung von 1819, sondern nach der neuesten Zählung

zu stellen habe, so daß wir also in Württemberg im ganzen 27,000 Mann, 6000 weiter als bisher, zur Verfügung bereit halten müßten. Preußen und Bayern würden davon weniger berührt, weil sie schon jetzt mehr als nötig haben; für die andern Staaten aber wäre es in solcher Zeit eine drückende, unerschwingliche Last, deren Notwendigkeit trotz allen für den Laien imponierenden technischen Materials nicht bewiesen wurde. Der zweite Vorschlag, man sollte 340,000 Mann nicht wirklich ausheben, sondern nur einstweilen bezeichnen und in ihrer Heimat taktisch, so weit es möglich, einüben lassen, um sie bei Ausbruch eines Krieges gleich als Ersatzmannschaft einberufen zu können, würde, weil mit geringeren Geldopfern verknüpft, weit gerechtfertigter sein. Uebrigens zeigte sich, daß überhaupt eine solche Versammlung über solche Dinge schwer urteilen kann, und es viel zweckmäßiger sein wird, die ganze Sache an die Centralgewalt und das künftige Kriegsministerium zu verweisen. In diesem Sinne wurde endlich noch Vertagung beschlossen; es hieng aber an einem Haar, so wäre der Kommissionsantrag, der den kleineren Staaten die schwersten Opfer auferlegt hätte, angenommen worden. Im ganzen sieht es überhaupt für den Augenblick friedlicher in Europa aus, als vor wenigen Wochen. Die verworrenen widersprechenden Gerüchte über die russischen Rüstungen haben keine Wirkung mehr, und auch im Innern unseres Vaterlandes scheint es seit den Pariser Ereignissen*) und der Einsetzung einer Centralgewalt, als wenn die hohe Flut der Aufregung den Gipfel erreicht hätte und die gewaltigen Wasser wieder im Sinken begriffen wären. Wenn das Sinken einmal anfängt, fürchten wir nur, daß es um so schneller und tiefer vor sich gehe, je unnatürlicher in vielen Gegenden das Aufschwellen war. Doch man lebt in so stürmischer Zeit kurzsichtig und dem Augenblick dienstbar dahin; man hält vorübergehende Schwankungen für einen verhängnisvollen Umschlag zum Steigen oder Fallen; man weiß

---

*) Die Junirevolution.

nicht, ob auf die Welle, die uns hebt oder senkt, noch eine zweite und stärkere kommt.

In der gestrigen Sitzung kam die Schleswig-Holsteiner Sache wieder zur Sprache. Es wurden schwere und gerechte Anklagen gegen den Waffenstillstand erhoben, welcher den öffentlichen Blättern nach abgeschlossen worden sein soll. Die Bedingungen sind wie sie der Besiegte vom Sieger anzunehmen hat. Schleswig und Holstein, also deutsches Land, soll von deutschen Truppen geräumt werden, das bißchen Geld, das Wrangel in Jütland erhoben, und das nur ein schwacher Ersatz für den Verlust ist, welchen die deutschen Schiffe durch die lange Beschlagnahme erlitten, soll herausbezahlt werden, bevor Dänemark die Schiffe ausliefert. Die provisorische Regierung soll aufgelöst, die schleswig-holsteinische Armee entlassen werden. Selbst Fürst Lichnowsky, der eifrigste Verfechter des Preußentums, sagte, wenn es sich wirklich so verhalte, so breche er unbedingt den Stab über solchen Waffenstillstand. Offizielle Nachrichten hat man noch nicht darüber, deswegen wollte auch die Versammlung noch keine offiziellen Schritte thun. Der Antrag, es dürfe kein Friede und kein Friedenspräliminarien enthaltender Waffenstillstand mit Dänemark ohne den Reichsverweser und das Einverständnis der Nationalversammlung beschlossen werden, ging zwar nicht in dieser Weise, aber doch seinem wesentlichen Inhalt nach in der Form einer motivierten Tagesordnung durch. Wenn dieser Waffenstillstand wirklich in Berlin angenommen worden sein sollte, so wäre die Schwäche der preußischen Diplomatie unbegreiflich, und Preußen noch immer nicht über die ärmliche und zaghafte Politik hinausgekommen, die es seit 30 Jahren zum unselbständigen Trabanten der anderen Großmächte gemacht hat. Es muß doch etwas daran gewesen sein an jenen russischen Drohungen, daß Wrangel nicht wagte, in Jütland vorzudringen und dort, wo es allein möglich war, Repressalien für die Verluste zur See zu nehmen. Dies feige und ängstliche Auftreten nach außen, das einer großen Nation so unwürdig ist, muß ein- für allemal ein Ende nehmen, und die Vertreter der Nation müssen eine

Frankfurt, 11. Juli.

kühnere und festere Politik mit allen Mitteln, die ihnen zu Gebote stehen, erzwingen.

Heute ist nun alles andere Interesse verdrängt durch die bevorstehende Ankunft des Reichsverwesers. Seit der Frühe des Morgens wogt ganz Frankfurt durch die Straßen, und die Ungeduld wurde schon auf starke Proben gesetzt. Zuerst hieß es, er komme um 9 Uhr, dann 11 Uhr, dann um 1, 3 Uhr, endlich wird berichtet, erst abends 6 Uhr werde er eintreffen. Der Senat von Frankfurt holt ihn an der Grenze ein. Das ganze Bürger- und Linienmilitär bildet Spaliere, alle Häuser sind bekränzt, heute Abend ist ein Fackelzug, morgen große Illumination. In der Nationalversammlung fand heute eine kurze Beratung über den Empfang statt; eine kleine Deputation, der Präsident mit dem Bureau und 15 Abgeordneten, empfängt ihn bei seiner Ankunft in dem Palaste des Großherzogs von Hessen, der ihm zur Verfügung gestellt ist; morgen wird er von einer größeren Deputation von 50 Mitgliedern in die Paulskirche abgeholt, wo er von dem Präsidenten angeredet wird und darauf antwortet, und dann von derselben Deputation wieder nach Hause begleitet wird. Diejenigen, welche die Wahl verweigert hatten, nehmen auch an diesem Empfang keinen Anteil; sie entfernen sich während der Verlosung der Deputation und werden morgen den Assisen in Mainz beiwohnen. Auch hier besorgt man Mißfallsbezeugungen von seiten der Roten. Doch würden sie wohl von der sehr schwarz-rot-gold gesinnten Bürgerschaft schlecht aufgenommen. Es thut wahrlich not, daß man sich immer von neuem wieder außer dem wilden Parteitreiben und dem Zank über die Tagesfragen hinausstellt und mit freiem, geschichtlichem Blick das auffaßt, was mit diesem Einzug des Reichsverwesers in Frankfurt geschehen ist; und da muß jeder sagen: daß in dem zerrissenen Deutschland durch den Gesamtwillen des Volkes eine Centralgewalt hergestellt ist, daß die Angelegenheiten der Nation durch eine Versammlung der Nation und die ihr verantwortlichen Reichsminister geleitet werden, ist etwas so Großartiges und Erhabenes, geht so weit über das hinaus, was vor sechs

Monaten die kühnsten Wünsche der eifrigsten Patrioten zu hoffen wagten, es ist ein so weltgeschichtlicher Akt, daß es weit unverantwortlicher ist als die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers, wenn diejenigen, die die Vertreter des deutschen Volkes heißen wollen, einer so großen Errungenschaft unwillig den Rücken kehren und dadurch, soviel an ihnen ist, das kaum begründete Werk wieder untergraben. Es kommt nur auf den Willen und die Ausdauer des deutschen Volkes an, so kann ihm weder das schon Errungene wieder entrissen, noch was es sonst anstrebt, irgendwie aufgehalten oder verkümmert werden. Darum ist es Pflicht jedes deutschen Mannes, dem es Ernst ist mit der Einheit des Vaterlandes, diesen Anfang derselben aus allen Kräften zu unterstützen und nach dem ersten Gesetz in allen freien Staaten sich dem Willen der Mehrheit als dem der Gesamtheit zu unterwerfen.

Von den Feierlichkeiten bei dem Empfang des Reichsverwesers*) war das Interessanteste der Hergang in der Paulskirche. Nachdem Heckscher, ein sehr gescheiter Mann, mit einem sehr ungescheiten Reisebericht die Versammlung ermüdet, viel von schönen Frauen und Jungfrauen, von erdrückenden Umarmungen, von verschiedenen Mahlzeiten gesprochen, und den König von Sachsen darüber entschuldigen zu müssen geglaubt hatte, daß der Erzherzog in Dresden allein mit der königlichen Familie, die Deputierten mit den Ministern und Gesandten in einem besondern Saale speisen mußten, holte eine Deputation den Reichsverweser in die Versammlung. Die ganze Scene war imponierend durch den Gegensatz der schmucklosen, bürgerlich einfachen Form und der unermeßlichen Wichtigkeit der Sache, ebenso bedeutend durch das, was nicht geschah und nicht gesagt wurde, als durch das Gesprochene und Geschehene. Kein

Frankfurt, 13. Juli.

*) Erzherzog Johann zog am 12. Juli in Frankfurt ein; die Zeitungen erinnerten daran, daß es auf den Tag hin 42 Jahre waren, daß der rheinische Bund geschlossen wurde, welcher das alte deutsche Reich auflöste und den Kaiser Franz II. zur Niederlegung der altdeutschen Kaiserkrone veranlaßte.

religiöser Akt, kein Eid, keine Erwähnung der Regierungen und des Bundestags, keine Uniformen; auch in beiden Reden*) nur die Sache selbst in trockenen Worten, und kein Wort für das doch so lebhaft bewegte Gefühl der Versammelten. Von der Paulskirche begab sich der Reichsverweser in die Bundesversammlung; einige Abgeordnete, ob mit oder ohne Einladung dazu, schlossen sich ihm an und drangen mit in die bis dahin jedem Ungeweihten verschlossenen Diplomatensäle ein, um der Sterbestunde des Bundestages beizuwohnen. Schmerling begrüßte den Erzherzog, dankte ihm dafür, daß er auf die Zustimmung der Regierungen den entschiedensten Wert gelegt habe, und übertrug ihm im Auftrage sämtlicher Regierungen die ganze bisherige Gewalt des Bundestages. Damit ist der Bundestag geschlossen, und da der Reichsverweser noch kein Ministerium hat, so giebt es für den Augenblick gar keine Regierung von ganz Deutschland. Gestern abend war der alte Bundespalast zu seiner eignen Leichenfeier aufs prachtvollste beleuchtet. — Das Ministerium wird vielleicht heute noch ernannt, weßwegen ich um so mehr unterlassen will, der Gerüchte darüber zu erwähnen und Vermutungen zu äußern. Es muß einem insofern angst sein vor dieser Ministerliste, weil es jedenfalls eine Liste fremder, dem Volke unbekannter, unbewährter Namen werden muß, weil wir noch keine Auswahl von Männern eines allgemein deutschen Rufes haben, denen die Nation zum Voraus mit Vertrauen entgegensieht. Wenn Gagern nicht an die Spitze des Ministeriums tritt, so ist entschieden keiner denkbar, der gleich ein allgemein günstiges Vorurteil für sich mitbrächte. Der Erzherzog hat hier gleich eine Aufgabe zu lösen, die gar nicht vollkommen gelöst werden kann; seit Wochen besinnt sich alles auf Reichsminister, und es gibt keine Namen, die allgemeinen Anklang finden. Wen auch die Wahl treffen möge, es ist bei der Neuheit unserer Verhältnisse Pflicht der Nation, die Gewählten nicht gleich mit Ausstellungen und Miß-

*) Arndt als Alterssenior der Deputation und Präsident von Gagern hielten Ansprachen an den Reichsverweser.

trauen zu empfangen. Wenn irgendwo, so hat man hier das Recht zu sagen: Tadeln ist leichter als besser machen.*)

Man hört bei uns beständig den Vorwurf gegen die Nationalversammlung, sie mache nicht vorwärts, sie greife nicht kräftig genug durch, sie solle noch ganz anders mit den Regierungen der Einzelstaaten verfahren. Im Norden und Osten Deutschlands dagegen findet man die entgegengesetzte Klage, sie schneide zu scharf in die Rechte der besonderen Lande ein, sie gehe einen allzu revolutionären Weg. Beide Vorwürfe widerlegen sich gegenseitig und sind nur ein Beweis dafür, daß die Versammlung den rechten Weg eingeschlagen hat und gerade soweit geht, als die Verhältnisse es gestatten. Daß sie in solchen Fällen, wo es sich um die Grundlage unseres ganzen Werkes, um die Ehre und Einheit der Nation handelt, auch die entschiedensten Schritte nicht scheut, hat sie gestern durch zwei verschiedenartige Beschlüsse gezeigt, einmal, indem sie unter den in Betreff der hannöver'schen Erklärung vorliegenden Anträgen den schärfsten annahm**), daß von der dortigen Staatsregierung die ausdrückliche unumwundene Anerkennung der Centralgewalt und des Gesetzes darüber zu verlangen sei; sodann indem sie das österreichische Geldausfuhrverbot für unvereinbar mit der deutschen Einheit erklärte. Der erste Beschluß ist, um dies parlamentarische Stichwort der Frankfurter Rednerbühne zu gebrauchen, von außerordentlicher Tragweite. Bei dem bekannten Charakter des Königs Ernst August

Frankfurt, 15. Juli.

*) Am 15. Juli ernannte der Reichsverweser den Abgeordneten v. Schmerling zum Reichsminister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten, den Abgeordneten Heckscher zum Reichsminister der Justiz und den preußischen Generalmajor v. Peucker zum Reichskriegsminister.

**) Hannover hatte Schwierigkeiten gegen die Anerkennung der Centralgewalt erhoben, worüber am 14. Juli große Entrüstung gegen den König von Hannover zum Ausdruck kam. Unter den Anträgen wurde der Antrag v. Wydenbrugks angenommen: Die Nationalversammlung beschließt, die Centralgewalt möge die unumwundene Anerkennung der Centralgewalt und des Gesetzes darüber von der Staatsregierung des Königreichs Hannover fordern.

ist eine einfache Unterwerfung unter diesen Beschluß kaum zu erwarten; eine Weigerung aber, wie eine Thronentsagung wird weitgreifende Folgen haben. Es läßt sich nicht sagen, wie weit bei diesem Beschluß das Gefühl mitgewirkt hat, daß den König von Hannover in dieser großen Zeit der Gerechtigkeit auch noch die Nemesis ereilen müsse, und ob man sich im andern Falle nicht bei der milderen Fassung begnügt hätte. Jedenfalls waren schon die Verhandlungen selbst ein Teil dieser Nemesis; denn die Wahrheit wurde in sehr ungeschminkten Worten gesagt. Bei dieser Gelegenheit konnte man übrigens durch die Abgeordneten aus Hannover erfahren, daß die Stimmung des Landvolks, das von der Regierung durch verschiedene Erleichterungen (den Jagdunfug ausgenommen) begünstigt worden war, für den König keineswegs ungünstig sei, und daß seine Thronentsagung dort ganz anders aufgenommen würde wie ohne Zweifel im ganzen übrigen Deutschland. Dazu kommt, daß man in Hannover überhaupt von dieser engeren Verbindung mit Deutschland materielle Nachteile erwartet, besonders größere Zölle auf Kolonialwaren, deren Verbrauch dort sehr stark ist, und daß man in der Einführung einer allgemeinen Landwehrverfassung eine drückende, für einen Ackerbaustaat mit mäßiger Bevölkerung beschwerliche Einrichtung fürchtet. Die Verhältnisse und die Stimmung sind so grundverschieden von den unsrigen, daß sich innerhalb Deutschlands kein stärkerer Gegensatz denken läßt. Hannover gehört zu den Ländern in Deutschland, in welchen man das Proletariat kaum dem Namen nach kennt.

Bei dem zweiten Beschluß, über das österreichische Geldausfuhrverbot, zeigte sich, daß die österreichischen Abgeordneten auch von der Linken die Maßregel in Schutz nehmen und einen kräftigen Beschluß abwenden wollten, obgleich die Verwerflichkeit der Maßregel selbst von allen Seiten zugegeben wurde. Man hat der Nationalversammlung schon eine gewisse Parteilichkeit gegen Preußen und für Oesterreich vorgeworfen; sie hat bei dieser Gelegenheit gegen Oesterreich die deutsche Sache ebenso kräftig vertreten. Das Interessante bei der

ganzen Verhandlung war, daß man, als sich von selbst verstehend, stillschweigend voraussetzte, was neulich bei den Beratungen über die Centralgewalt verworfen worden war, daß nämlich die Centralgewalt nicht bloß die Gesetze, sondern auch schon einfache Beschlüsse der Nationalversammlung zu vollziehen habe.

Frankfurt, 19. Juli.

Die drei letzten Sitzungen seit der Beratung über die Rüstungen boten wenig Interesse dar; die wichtigste Folge, die sie haben werden, mag die sein, daß sie die Notwendigkeit, einer solchen Beratung der Grundrechte ein Ende zu machen, vollends zur Klarheit erhoben, daß das Gefühl, so könne und dürfe es nicht fortgehen, ein ganz allgemeines geworden ist, und wo nicht die durchgreifendsten Maßregeln, doch wenigstens wesentliche Abkürzungen von jetzt an zu erwarten stehen. Ein Vertrauen darauf, daß die Mitglieder durch bloße Selbstbeschränkung und Enthaltsamkeit das richtige Maß finden werden, kann man wohl nicht fassen; dazu ist die Redseligkeit, das Antragstellfieber, das Bedürfnis, eine absonderliche Meinung über alles zu haben und sie auch geltend zu machen, die Eitelkeit und der Ehrgeiz viel zu groß. Es müssen bestimmte Beschränkungen eintreten, und überdies ist die Versammlung genötigt, ihr Urteil über solche, die unbefugt und unberufen reden, auf eine noch ungestümere Weise geltend zu machen, als es bisher schon geschehen ist.

Wichtiger als was innerhalb der Paulskirche vor sich geht, ist gegenwärtig, was sich außerhalb derselben vorzubereiten scheint, und dann gewiß auch drinnen eine starke Rückwirkung üben würde. Nach allen Nachrichten, welche den Abgeordneten aus den altpreußischen Provinzen zukommen, ist dort seit einigen Wochen eine der Revolution und der Nationalsache in ihrer bisherigen Entwicklung feindliche und gefährliche Stimmung eingetreten, von welcher in kurzer Zeit eine Aeußerung zu erwarten steht. Was man schon lange fürchten mußte und leicht prophezeien konnte, weil es sehr natürlich ist, ist eingetreten. Die systematischen Angriffe, die von der Linken und von den Süddeutschen gegen Preußen gerichtet wurden, in der

Mainzer, Raveaux'schen, Schleswiger und Posener Sache, (während z. B. die österreichische Regierung wie ein schalloses Ei behandelt und dafür, daß sie heute noch einen Gesandten in Kopenhagen hat, noch mit keinem Wort angeklagt wurde), das völligste Ignorieren aller der Ansprüche, auf die Preußen ein Recht zu haben glaubt, die Zumutung, daß Preußen seine Gesandten abruft und keine mehr von anderen Staaten annimmt, daß die preußische Armee nicht mehr unter dem Oberbefehl des Königs steht, die den monarchischen Geist in den Provinzen aufs tiefste verletzenden Vorgänge in Berlin und der dortigen Ständeversammlung, die längst gährende und bedrohliche Stimmung in der Armee — zuletzt die Wahl eines österreichischen Reichsverwesers — alles das scheint endlich den altpreußischen Geist geweckt und das preußische Nationalgefühl aufs tiefste beleidigt zu haben. Selbst diejenigen, die von den Rheinlanden, Westfalen, Schlesien und Preußen stets das Gegenteil behauptet haben, geben wenigstens von den drei letzten Teilen zu, daß die Stimmung dort für die Nationalversammlung in den letzten vier Wochen um 50 Prozent abgenommen habe. Man befürchtet einen Versuch zu einem reaktionären Schlag in Berlin, in welchem diesmal, da die Bürgerwehr auf seiten der Soldaten stehe oder wenigstens neutral bleiben würde, die Armee siegen werde. So sagt man sich hier; es sind freilich bloß Gerüchte und hoffentlich in solcher Ausdehnung ungegründet, aber sie haben einige innerliche Wahrscheinlichkeit für sich. Es stellt sich eben heraus, was freilich in Süddeutschland niemand gelten lassen will, daß sich bei der Gestaltung der deutschen Einheit die starken, auf einem geschichtlichen Nationalgefühl ihrer Völker beruhenden Staaten nicht ignorieren und noch weniger verletzen oder über den Haufen werfen lassen.

Auch von Oesterreich, so sehr dort alles durch die Wahl des Reichsverwesers gewonnen ist, erfährt man, daß die deutsche Idee doch dem Volk zu neu und fremd ist, als daß sie schon tiefe Wurzeln geschlagen hätte, und daß sie leicht, namentlich durch die Geistlichen, wieder ausgerissen werden könnte, sobald irgend ein deren Interessen verletzender Beschluß von Frank-

furt ausginge. Zu alle dem kommen nun die auswärtigen Verhältnisse, die Entscheidung über die Posener Sache, bei welcher nach einem (schwerlich begründeten) Gerüchte Frankreich eine Note gegen die Demarkationslinie eingereicht haben soll, die gestrige Entscheidung über Limburg, welche mit Holland notwendig zu ernstlichen Kollisionen führen muß und vielleicht auch nicht ohne Einmischung der europäischen Mächte erledigt wird, die durch die Gegenrüstungen zweifelhaft gewordene Stellung zu Frankreich. Durch alles das ist die Stimmung des Augenblicks schwül und gedrückt, wie am Vorabend einer Krisis. Es gibt nur einen leuchtenden Punkt unter allen diesen trüben und verworrenen Aussichten in die Zukunft, es ist nicht die erst zu schaffende, sondern schon vorhandene Einheit Deutschlands in der Nationalversammlung und Centralgewalt. Auch dies Eine wird verkümmert und von denen, die Freunde der Freiheit und Einheit sein wollen, verdächtigt; viele süddeutschen Blätter schmähen die Versammlung und den Reichsverweser auf jede Weise oder entziehen ihr wenigstens den Boden, den sie im Volke hatte; im Norden hat sie mit den entgegengesetzten Gegnern zu kämpfen; jenen thut sie zu viel, wie diesen zu wenig, und keiner von beiden Teilen ist so billig, sich auch um den andern zu kümmern. Es thut wahrlich not, daß jeder, der es mit der deutschen Sache gut meint, das Einzige, das uns zusammenhalten kann, die Nationalversammlung und Centralgewalt, im Volke nach Kräften aufrecht halte. Jeder Angriff auf die Versammlung der deutschen Nation dient der Reaktion und nur ihr.

Frankfurt, 18. Juli.

Die Verhältnisse zu Frankreich und Rußland werden, wie in ganz Deutschland, so natürlich auch hier aufs lebhafteste besprochen, seit durch die Mobilisierung von 300 Bataillonen in Frankreich die deutschen Gegenrüstungen und die russischen Truppenbewegungen in Polen und an der Donau unsere Stellung nach außen gespannter geworden ist. Man kann bei diesen Besprechungen die freilich begreifliche Thatsache bemerken, daß diejenigen, die im Westen wohnen, einen Krieg, wenn er einmal sein muß, lieber im Osten gegen Rußland, die Abgeordneten von der Oder und Weichsel ihn lieber am Rhein geführt sehen,

und daß dieser Grund auf die Urteile von ebenso großem Einfluß ist als die Unterschiede der politischen Ansicht. Eine andere Frage als die, welcher Krieg für Deutschland der wünschenswertere und volkstümlichere ist, ist die zweite, welcher der wahrscheinlichere ist und sich weniger vermeiden lassen wird. In den westlichen und südwestlichen Provinzen Deutschlands, besonders auch in Württemberg, hört man vielfach das Verlangen, es solle der französischen Republik ein Schutz- und Trutzbündnis angeboten werden; es laufen eine Menge Anträge und Erklärungen in diesem Sinne von vaterländischen Vereinen auch bei der Nationalversammlung ein. Offenbar liegen diesem Verlangen Mißverständnisse und eine Unkenntnis der wahren Sachlage zu Grunde, durch die einige Bemerkungen darüber hier gerechtfertigt sein werden. Ein Schutz- und Trutzbündnis wird ein großer Staat zwar mit einem kleinen, dessen Beschützer er dadurch wird, schließen, nie aber mit einem Staate seinesgleichen.*) Die Großmächte schließen nur vorübergehende Bündnisse für bestimmte Zwecke miteinander, nie aber ein Bündnis für alle Fälle zu einer ganz gemeinsamen Politik. Eben dadurch sind sie Großmächte, daß sie bei niemand Schutz zu suchen haben, sondern sich selbst schützen können gegen alle Welt, und daß ihre Politik mit der keines andern Staats Hand in Hand, sondern völlig ihren eigenen Weg geht, der nur vorübergehend mit der eines andern zusammenfallen kann. Wenn wir Ein Deutschland werden wollen mit 45 Millionen Einwohnern, so können wir Schutz- und Trutzbündnisse schließen mit Belgien, Holland, der Schweiz, Ungarn, Polen, auch Skandinavien und Italien, also mit Staaten, die dadurch unter unsern Schutz treten und in den Kreis unserer Politik hereingezogen werden, aber nicht mit England, nicht mit Rußland und vielleicht am allerwenigsten mit Frankreich. Dies würde nur als ein Geständnis angesehen, daß wir Frankreich wieder

*) In dieser Allgemeinheit ausgedrückt, scheint freilich der Rümelinsche Satz zweifelhaft zu sein, wie die Geschichte der letzten Jahre gezeigt hat.

zum Protektor eines rheinischen Bundes haben wollen, und würde vielleicht auch in der That zu nichts anderm führen. Und wird denn überhaupt Frankreich ein solches Bündnis, wie wir es ihm anbieten sollen, eingehen wollen und eingehen können? Können wir im Ernst von Frankreich eine Unterstützung dazu erwarten, ein einiges, mächtiges Deutschland von 45 Millionen in die Mitte von Europa hineinzustellen, das die erste Macht des Festlands, der Schirmherr der Freiheit und der kleinern Staaten von Mitteleuropa, also gerade alles das werden will, was Frankreich bisher war oder sein wollte? Wird Frankreich uns dazu behilflich sein, daß wir die eine Hand auf die Mündungen des Rheins, die andere auf die der Donau legen, daß wir Holland, die Schweiz und Belgien für das Mutterland wieder zu gewinnen suchen? Versperren wir nicht gerade Frankreich durch unsere Union die Seite, nach der es sich allein ausdehnen kann und ausdehnen will? Wir können uns unmöglich der eitlen Hoffnung hingeben, daß Deutschland die Weltstellung, nach der es strebt, erreichen wird, ohne irgend einmal mit dem Schwert darum gekämpft zu haben, und zwar am ehesten mit dem Volke, das eben diese Weltstellung bisher schon besaß und in noch größerm Umfang erringen will. Entweder müssen wir auf alle diese Pläne von der Größe Deutschlands verzichten, wenn wir der französischen Politik uns verbinden wollen, oder müssen wir so naiv sein, zu glauben, Frankreich werde ein Bündnis eingehen, das ihm die Hände bindet gegen die Nachbarn, auf welche sich alle seine Pläne der Zukunft zunächst beziehen. Nichts ist natürlicher, als daß sich die Sympathien der Deutschen dem großen Volke zuwenden, das der Vorkämpfer der politischen Freiheit ist, dessen energischem Anstoß auch wir alles verdanken, was wir an Freiheit besitzen und behaupten werden. Allein ist dies ein Grund, daß auch unsere Interessen dieselben sind? Giebt es keine Beispiele, daß auch freie Völker Krieg mit einander führen? Wenn die Interessen nicht weit stärker wären als die politischen Prinzipien, so müßten Engländer und Franzosen, Russen und Türken Freunde, Frankreich und Aegypten, England und Marokko

Feinde sein. Es versteht sich, daß Deutschland die französische Republik anerkennt, in ein freundschaftliches Vernehmen mit ihr tritt, und es auf alle Weise zu erhalten strebt, aber ändert dieses etwas an der Stellung, die Frankreichs Interessen gebieten? Wird die Bruderhand, die wir hinüberbieten, den Ehrgeiz der jungen, ausgezeichneten, kriegerischen Feldherren stillen, die dort an der Spitze stehen? Wird sie die 300 neuen Bataillone entwaffnen, durch die Frankreichs Heeresmacht auf 7—800 000 Mann erhoben wird? Wird sie Gelüste nach den Rheingrenzen, nach Belgien, nach Savoyen befriedigen? Wer wird so leichtgläubig und gutmütig sein, dies anzunehmen? Aus allem dem folgt nun aber noch keineswegs, daß ein Krieg mit Frankreich nah und unvermeidlich, sondern nur, daß es ein unschuldiger Traum ist, diese Politik eines großen uneinigen Deutschlands könne mit der französischen Hand in Hand gehen. Im Grund meinen das auch diejenigen nicht, die ein Bündnis mit Frankreich wollen, sondern sie wollen dieses Bündnis auch nur jetzt für einen bestimmten Zweck, nemlich zu einem Krieg mit Rußland für die Wiederherstellung Polens, und zwar zu einem Angriffskrieg. Dies ist eine Frage, die eine besondere gründliche Besprechung erfordert, wozu es an Anregung gleich in den nächsten Tagen nicht fehlen wird. Sie ist durch die Posener Ereignisse eine ganz andere geworden, als in den Februar- und Märztagen; sie hängt aufs genaueste mit der dortigen Demarkationslinie und damit zusammen, ob wir bei aller Sympathie für die polnische Sache die deutschen Teile von Posen, ob wir die wichtige Stadt und Festung Posen bloß darum preis- und herausgeben sollen, weil der Boden vor der Teilung Polens ein polnischer war, ein Grund, aus dem wir folgerichtig auch Westpreußen mit Danzig und den Weichselmündungen abtreten müßten. Man sagt, Frankreich werde gegen diese Demarkationslinie protestieren; es sehe darin eine vierte Teilung Polens, ja es knüpfe geradezu eine Kriegserklärung daran. Ob dies bloß schlau ausgestreute Gerüchte und Drohungen der Polen und ihrer Freunde sind, läßt sich noch nicht mit Bestimmtheit sagen. Jedenfalls ist das allein

schon ein widriger Umstand, daß die Abstimmung über die Posener Sache zum voraus schon als eine Feindseligkeit gegen Frankreich bezeichnet wird. Diese Abstimmung wird in den allernächsten Tagen erfolgen, und zwar ohne allen Zweifel im Sinne des Kommissionsantrags, daß der deutsche Teil von Posen in den deutschen Bund aufzunehmen und die Pfuelsche Demarkationslinie vorläufig zu bestätigen sei. Es war heute schon ein Plänklergefecht in der Sitzung der Nationalversammlung in dieser Sache bei einer rein formellen Frage, ob der Ausschußbericht von Wydenbruck über die Verhältnisse zu Frankreich und andern Staaten, in welchem die Anerkennung der französischen Republik und Absendung eines Gesandten nach Paris als selbstverständlich bezeichnet wird, oder der Bericht über die Posensche Sache auf die morgige Tagesordnung kommen soll. Der Präsident entschied, daß beide, der Wydenbrucksche aber zuerst, auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen. Lichnowsky protestierte lebhaft dagegen unter dem Beifall der Rechten. Manche von der Linken hegen den Verdacht gegen die Führer der Rechten, Radowitz, Lichnowsky, sie wünschen Deutschland in einen Krieg mit Frankreich zu verwickeln, um die Revolution zu bekämpfen, dagegen den Krieg mit Rußland auf alle Weise zu vermeiden. Andere gehen noch weiter und fügen hinzu, die preußische Regierung und ihre Partei stehen im geheimen Einverständnis mit Rußland, um im Bunde mit ihm den Absolutismus wiederherzustellen. Wir wollen so schwere Anklagen nicht unbewiesen annehmen und halten wenigstens die letzte für entschieden falsch; ob die erste Grund hat, wollen wir nicht entscheiden. Das zurückhaltende vorsichtige Benehmen in der Schleswigschen Sache und die Heftigkeit, mit welcher jetzt die Posensche betrieben wird, können einigen Verdacht einflößen. Die Gefahr eines russischen Krieges in Polen, die vor kurzem noch so nahe schien, ist jetzt wieder, wenn wir nicht geradezu angreifen wollen, zurückgetreten; die Anhäufung russischer Truppenteile in Polen soll nur Maske und durch ununterbrochenes Herummarschieren fingiert gewesen sein, während von Anfang an sich die Haupt-

macht nach Süden an der Donau hingezogen habe. Es ist natürlich, daß wir dort ebensowenig Uebergriffe Rußlands dulden dürfen, und daß, wenn's dort losginge, im Augenblicke auch die polnische Frage aufgenommen werden müßte.

Bei allem dem bleibt die Nähe eines Krieges, sei's nach Osten oder Westen, doch unwahrscheinlich. Die Gründe gegen einen Krieg mit uns sind in Frankreich und Rußland so stark, daß wir schwerlich angegriffen werden, und wir selbst werden nicht ohne Not angreifen wollen. Wir glauben auch, daß trotz der Rüstungen in Frankreich und Rußland die starke Erhöhung unserer Heeresmacht so, wie sie beschlossen wurde, noch nicht notwendig war, und die ganze Sache am besten der Centralgewalt überlassen worden wäre, allein daß man dann vielleicht schon nach einigen Wochen auf dieselbe Sache würde zurückkommen müssen und unsere Macht auf ein der französischen entsprechendes Maß stellen müßte, ist leicht möglich und sogar wahrscheinlich. Ueberhaupt haben ja nicht wir mit den Rüstungen angefangen, sondern unsere Nachbarn im Osten und Westen. Allein eben diese Rüstungen erschweren den Krieg und schieben ihn hinaus oder beseitigen ihn ganz; jeder bedenkt sich um so mehr, wenn er den Gegner gerüstet sieht; nach dem alten Spruch: si vis pacem, para bellum. Nur kosten dann eben diese Rüstungen ein schweres und insofern unnötiges Geld, als sich's beide Völker füglich hätten ersparen können. Die Schuld davon trifft aber immer den, der zuerst gerüstet hat.

Frankfurt, 26. Juli. In den ersten Wochen der Revolution, als der Sturm der neuen Freiheit das mittlere Europa verjüngte, hoffte man in ganz Deutschland, und freute sich darüber, daß endlich der Augenblick gekommen sei, da auch die alten Sünden gegen Polen gesühnt und dem edlen, unglücklichen Volk sein Vaterland wiedergegeben würde. Von Tag zu Tag sah man erwartungsvoll in die Zeitungen, ob nicht in Krakau, in Lemberg, in Warschau oder Wilna die weiß-rote Fahne sei aufgepflanzt worden; man war in ganz Deutschland bereit, den Polen die Hand dazu zu bieten; ein Krieg gegen Rußland für und mit Polen war nicht ein Gegenstand der Furcht, sondern des Ver-

langens; es konnte keinen volkstümlichern und folgereichern Krieg geben als dieser gewesen wäre. Allein es ging alles ganz anders als man damals erwartete. Die Bewegung schritt entweder gar nicht über die deutschen Grenzen hinaus, oder wo sie hinausschritt, geschah es in einem für Deutschland gefährlichen und feindseligen Sinn. Die größern Teile des alten Polens, der österreichische und russische, blieben ruhig; jener weil er aus Haß gegen den Adel gut österreichisch bleiben wollte, dieser, weil er, längst mißhandelt und zertreten, unter den Kanonen und der Knute seiner Bedränger gut russisch bleiben mußte. Nur der kleinste, preußische Teil blieb von der Revolution nicht unberührt. Der König von Preußen, nach den Maitagen der öffentlichen Stimme entgegenkommend, gab das bekannte, in solcher Allgemeinheit unüberlegte Versprechen einer nationalen Reorganisation des Großherzogtums Posen; unüberlegt darum, weil sich alsbald zeigte, was man teils nicht in solchem Umfang gewußt, teils nicht in Rechnung genommen hatte, daß es zwei Nationen in Posen gab, von denen die eine, die deutsche, nicht die geringste Lust zeigte, sich polnisch reorganisieren zu lassen, die andere, die Polen, alsbald durch zuchtlose Freischaren, durch Plünderung und Mißhandlung der Juden und Deutschen, durch maßlose Ansprüche aller Art bewiesen, daß sie unter nationaler Umgestaltung etwas verstunden, dem die andern die gegründetste Ursache hatten, sich nicht unterwerfen zu wollen. Es kam zum Bürgerkrieg, die polnischen Insurgenten mußten mit Waffengewalt bezwungen werden; es stellte sich heraus, daß in dem Lande zwei feindselige Bevölkerungen einander gegenüberstunden. Es blieb nichts anderes übrig, als beide zu trennen und den deutschen Teil von seiner nationalen Reorganisation auszunehmen. Dies führte zu den bekannten Demarkationslinien. Bei der Ziehung derselben kamen zwei sehr verschiedene Rücksichten in Betracht. Einmal schlug man ohne Bedenken alle überwiegend deutschen Kreise an der westlichen Grenze zum deutschen Teil, wodurch eine halbe Million deutscher Christen und deutscher Juden von Posen getrennt wurde. Ueber diesen deutschen Teil hinaus

liegt nun aber mitten in einem überwiegend polnischen Lande die Stadt Posen, der Bevölkerung nach zur größeren Hälfte, dem Grundbesitz nach zu zwei Dritteilen deutsch, dabei eine mit achtzehn Millionen deutschen Geldes erbaute Festung ersten Ranges, für die Sicherheit unserer Ostgrenze, wie ein Blick auf die Karte zeigt, unentbehrlich. Wollte man nun diesen wichtigen deutschen Platz im wohlverstandenen Interesse der Nation für Deutschland behalten, so konnte er uns nichts helfen, wenn er nur als ein abgeschnittener, vereinzelter Punkt uns gehörte, sondern man mußte notgedrungen auch die dazwischenliegenden überwiegend polnischen Kreise heranziehen und die Verbindung mit den andern Festungen Thorn und Glogau erhalten. So erklärt sich die allerdings traurige Thatsache bei dieser Teilung, daß während 500,000 Deutsche und 800,000 Polen in Posen wohnen, jetzt der deutsche Teil 800,000, der polnische 500,000 beträgt. Der deutsche Teil suchte um Aufnahme in den deutschen Bund nach; der Bundestag dekretierte sie und ordnete die Wahlen für die deutsche Nationalversammlung an, durch welche 11, man möchte fast sagen fanatisch deutsch gesinnte Abgeordnete und Ein Nationalpole, ein hochbegabter Führer der polnischen Sache, Janiszewsky, in der Versammlung erschienen. Aus Veranlassung ihrer beanstandeten Legitimation zog die Nationalversammlung die durch den Bundestag im Grund schon ganz erledigte Sache noch einmal vor ihr Forum und ist jetzt im Begriff, darüber zu entscheiden. Der Antrag des völkerrechtlichen Ausschusses geht im wesentlichen dahin, die Aufnahme in den deutschen Bund zu bestätigen, die Abgeordneten definitiv zuzulassen, die Pfuelsche Grenzlinie, vorbehältlich einer näheren Untersuchung, anzuerkennen und beiden Nationen in beiden Landen ihre Rechte zu verbürgen. Gegen diesen Antrag wenden nun die Polen oder ihre teils auf der Linken, teils unter den Ultramontanen auf der rechten Seite sitzenden Freunde ein: da nach der Geschichte und den Verträgen von 1815 das ganze Großherzogtum Posen ein polnisches Land sei, so sei diese Scheidung nichts anders, als eine neue Teilung Polens, ein neuer Gewaltstreich gegen ein unglückliches Volk,

eine Verletzung des Völkerrechts, durch die besonders die Freundschaft Frankreichs aufs Spiel gesetzt werde. Weil das doch niemand so gerade heraus sagen wollte, man solle die halbe Million Deutscher einem künftigen Polen einverleiben und die Festung Posen preisgeben, so wurde nur beantragt, die Sache noch einmal zu untersuchen, für jetzt unerledigt zu lassen, weil man nach den vorliegenden Materialien noch nicht sicher urteilen könne, und so wenigstens bis auf weiteres Zeit zu gewinnen.

Dagegen wird nun geltend gemacht: nach der Geschichte und den Friedensschlüssen sei Posen keineswegs ein Teil von Polen, sondern von Preußen, und eine preußische Provinz gerade so gut wie jede andere. Eine halbe Million deutscher Brüder, die sich an uns anschließen wollen, einer polnischen Reorganisation preiszugeben, einem künftigen Polenreiche einzuverleiben, wäre vielmehr eine neue Teilung Deutschlands. Von einem zwar durch Unrecht der Ahnen erworbenen, aber längst verjährten Besitz einen Teil herauszugeben, sei nicht ein neues Unrecht, sondern eine Sühnung des alten. Wenn man auf das alte Polen zurückgehen wollte, so müßte man auch Westpreußen mit Danzig und den Weichselmündungen herausgeben, und die Polen hätten hierauf ganz das gleiche Recht und auch ganz die gleichen Absichten. So wenig die Franzosen Straßburg, die Engländer Gibraltar, Helgoland, Malta herausgeben würden, weil die Bewohner einer andern Nationalität angehören, so wenig dürfen wir Deutsche einen Platz wie Posen preisgeben, weil eine Anzahl Polen dadurch unter deutsche Herrschaft komme. Ueberdies sei auch das übrigbleibende Herzogtum Gnesen noch groß genug, um einen Kern, einen Kristallisationspunkt für ein künftiges Polen zu bilden, um zu zeigen, ob die Polen imstande sind, einen Staat zu gründen und für fernere Möglichkeiten auszustatten. Bei aller Teilnahme für fremde Völker müsse jede Nation wenigstens so viel gesunden Volksegoismus haben, um, wenn Landsleute und Fremde gegen einander in Waffen stünden, für jene Partei zu nehmen und nicht für diese. Frankreich werde nicht protestieren,

sonst hätte es schon gegen den betreffenden Bundesbeschluß protestieren müssen, und überhaupt sollen wir uns weder von Frankreich noch sonst wem hindern lassen, in unserm eigenen Haus zu handeln, wie es unser Interesse gebietet. Ein nochmaliges Hinausschieben der Sache sei völlig nutzlos und werde nur zu einem neuen Ausbruche des Bürgerkrieges führen; eine neue Untersuchung würde ebensowenig ein zweifelloses Resultat geben und an der Hauptsache doch nichts ändern können.

Man sollte denken, daß sich diese Gründe nicht leicht widerlegen ließen, und sie sind auch von niemand widerlegt worden. Aber so versunken sind wir noch in jenen kosmopolitischen Idealismus, so fern sind wir noch von dem ABC aller nationalen Politik, nach welchem die Interessen der eigenen Nation wichtiger sind als der fremden, daß ein Ruge auf der Tribüne den Wunsch aussprechen durfte, die Oesterreicher möchten in Italien geschlagen werden, daß man in stürmischen Jubel ausbrach, nachdem Janiszewsky von seinem für ihn vollkommen berechtigten, aber doch uns feindseligen Standpunkt die Rechte Polens auf die Herrschaft über Deutsche nachgewiesen hatte. So unbegreiflich ist die Verwirrung der Gesichtspunkte, daß eine starke Minorität so geradezu wider die handgreiflichsten Interessen der Nation stimmen wird. Und doch kann man sich trotz aller dieser Gründe eines schmerzlichen Gefühles nicht erwehren; bei allem dem bleibt wahr, es ist eine neue Wunde, die dem polnischen Volke geschlagen wird. Jene polnischen Kreise, die wir bloß der Festung wegen für uns behalten, sie sind ein blutiger Einschnitt in Mark und Fleisch des polnischen Landes. Mit dem besten Gewissen können wir die deutschen Kreise an uns ziehen, aber hier folgen wir notgedrungen unsern Interessen; es ist nicht Vertrag, nicht Gerechtigkeit, es ist der Machtspruch des Stärkern.*) Man muß wohl zustimmen zu dieser Besitznahme, aber man kann nur eine schmerzliche Notwendigkeit darin erkennen; es bleibt ein Stachel in den Herzen

*) Ueber das Verhältnis von Politik und Moral hat sich Rümelin später in seinen „Reden und Aufsätzen" ausgesprochen.

der Polen zurück, der unser Verhältnis zu ihnen für immer trüben wird und vielleicht noch blutige Früchte tragen kann. Auch das ist wahr, daß diese Entscheidung in unseren Beziehungen zu Frankreich gleich von vornherein einen Mißklang bringt und ein freundschaftliches Einverständnis zum voraus erschwert, wo nicht unmöglich macht. Die Wiederherstellung Polens scheint nun wieder auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben zu sein; allein sie wird erfolgen und muß erfolgen. Wie das Volk Israel im Exil haben die Polen durch Vernichtung ihres Staates erst den wahren Wert eines Vaterlandes kennen gelernt und ihre Nationalität ist durchs Unglück nicht gebrochen, sondern erstarkt und zu einem unverlierbaren Eigentum geworden.

Für Deutschland wird diese Wiederherstellung schwerlich ein Vorteil sein. Das Verlangen nach den Weichselmündungen, nach den alten Grenzen, nach der Verbindung mit dem Meere und der angeborene Haß aller Slaven gegen Germanen werden für immer die Polen zu Feinden Deutschlands machen. Der Grund, daß Polen eine Vormauer gegen Rußland sein werde, ist ein nichtiger, wir brauchen keine Vormauer, und zudem ist ein von Rußland unterdrücktes Polen eine stärkere Vormauer als ein freies. Allein trotzdem wird, wenn die Zeit gekommen ist, Polen auferstehen und Deutschland wird die Hände dazu bieten müssen, altes Unrecht zu sühnen, wenn es auch keinen Vorteil davon hat. Wie bald diese Zeit kommt, weiß niemand; aber jetzt einen Angriffskrieg gegen Rußland für Polens Wiederherstellung zu führen, während Galizien ruhig bei Oesterreich bleiben will und das Landvolk nirgends an eine Erhebung denkt, jetzt einen großen Weltkrieg zu beginnen ohne eigenes Interesse, nur aus Aufopferung für den Nachbar, der, wenn er frei ist, unser Feind sein wird, das sind Zumutungen, die sich mit einer gesunden und natürlichen Politik niemals vertragen werden.

Das Verhältnis der Nationalversammlung zu Preußen tritt immer mehr in seiner ganzen Schwierigkeit und Bedeutung hervor. So lang dort die öffentliche Gewalt, wie in allen deutschen Staaten, in ihren Grundfesten erschüttert, so lang

Frankfurt, 29. Juli. (1. Bericht.)

im Schoß der Nationalversammlung unaufhörlich versucht wurde, sie noch mehr zu erschüttern, um, wenn der mächtigste Gegner gefallen wäre, mit den übrigen leichtes Spiel zu haben, so lang konnte man sich über die wahre Sachlage täuschen und die kühnsten Hoffnungen für eine centrale Einheit Deutschlands nähren. Dies ist jetzt augenscheinlich anders geworden. Eben diese unermüdlichen, oft verletzenden Angriffe haben den schlummernden Feind geweckt und gereizt; nach allen Nachrichten aus Preußen ist dort das besondere Nationalgefühl außerordentlich aufgeregt und glaubt sich durch die Vorgänge in Frankfurt gekränkt und bedroht. Die Regierungsgewalt ist wieder erstarkt, die radikale Partei eingeschüchtert. Man hatte um die Mitte des Monats bestimmt auf einen Zusammenstoß gerechnet und alle Vorbereitungen getroffen; die Ueberlegenheit der öffentlichen Macht war so groß, daß gar kein Versuch gewagt wurde. In den Rheinprovinzen ist zwar dieser Preußengeist sehr schwach vertreten und der rein deutsche Sinn vorherrschend, allein die konstitutionelle Gesinnung, die Furcht vor Anarchie, das Verlangen nach Ruhe und Ordnung hat auch dort eine mächtige Partei gebildet, die mit der preußischen in engster Verbindung steht. Es unterliegt keinem Zweifel mehr: Preußen steht wieder als der mächtigste Staat Deutschlands da, mächtiger als die andern zusammen, mit geordneten Finanzen, einer starken, schlagfertigen, vollkommen zuverlässigen Armee, und mit einem neben allen demokratischen Elementen festbegründeten Königstum. Nun kommen die Forderungen: die preußische Armee soll dem Reichsverweser huldigen und unter die Befehle der Centralgewalt treten, der König soll alle seine Gesandten von fremden Höfen abberufen, die fremden Gesandten sollen Berlin verlassen; über einen Krieg, den die preußischen Truppen führen, soll Preußen nichts zu sagen haben; die Gesetzgebung in allen wichtigen Dingen und die gesamte äußere Politik soll nicht mehr in Berlin, sondern in Frankfurt entschieden werden: mit Einem Worte, Preußen soll aufhören ein selbständiger Staat zu sein, es behält nur noch die Bedeutung einer großen Provinz; es geht nicht in Deutsch-

land auf, sondern unter. Diese Forderungen, die im Grunde nichts als klare Konsequenzen des Bundesstaates und der notwendigen Einheit sind, erscheinen in solcher Form von Frankfurt aus diktiert, von einem österreichischen Erzherzog angeordnet, dem preußischen Nationalgefühl unerträglich, ihre Ausführung unmöglich. Man soll ja nicht meinen, es stehe hier das deutsche Volk einem König, einer Regierung gegenüber; wenn heute alle deutschen Staaten Republiken würden, die Republik Preußen würde dieselben Ansprüche machen, wie jetzt die Monarchie, ja eher größere, denn nach allen Zeugnissen ist der König deutscher als sein Volk und persönlich zu den größten Opfern bereit. Was ist nun hier zu thun? Wo zeigt sich hier ein rettender Ausweg? Gewiß ist damit nichts ausgerichtet, daß man wieder mit eben dem blinden Preußenhaß, der in Süddeutschland üblich ist und einen großen Teil der Schuld an diesem Kampfe hat, dareinfährt, daß man in jenem preußischen Nationalgefühl nur Anmaßung, Verrat und Reaktion sieht, daß die politischen Vereine heftige Proteste hieher schicken und von der Nationalversammlung durchfahrende Gegenbeschlüsse verlangen. Diejenigen, die so unermüdlich der Versammlung ihr ungestümes Vorwärts zurufen, ohne sich um die Zustände in dem größten und mächtigsten Teile Deutschlands auch nur im Mindesten zu kümmern, ohne davon auch nur die leiseste Spur einer Kenntnis zu haben, die überall die deutsche Einheit und Einigkeit obenan stellen und doch nicht den Schatten eines Vorurteils aufgeben, nicht das allergeringste Opfer zu bringen bereit sind, die sollen nun Mittel und Wege angeben, wie diese Schwierigkeiten, die man längst voraussehen konnte, weil sie von Anfang an da waren, zu beseitigen sind, aber mögliche und wirksame Mittel, seien sie dann so radikal als sie wollen! Es liegt hier nicht der Gegensatz vor zwischen dem deutschen Volk und einer Hofkamarilla oder Bureaukratie, auch nicht der des Ganzen und eines Teils, sondern der Gegensatz zwischen den kleinen und großen Staaten, den West- und Norddeutschen, die Frage, ob, wenn Schwache und Mächtige zu einem Bunde zusammentreten, die Mächtigen unter gleichen

Bedingungen eintreten müssen wie die Schwachen. Wir Württemberger, Hessen, Badener sind in dem glücklichen Fall, daß unsere Interessen mit der deutschen Einheit ganz zusammenfallen; wir haben nichts zu verlieren, sondern bloß zu gewinnen, wir legen wenig ein und nehmen viel heraus; wir werden aus kleinen abhängigen Stätchen gleichberechtigte Glieder eines großen Reiches. Würden irgendwie unsere Interessen verletzt durch die deutsche Einheit, wir würden es um kein Haar besser machen als die andern. Zum Beispiel: die Preußen führen den Krieg Deutschlands in Dänemark, ihre Schiffe in der Ostsee werden weggenommen, ihre Häfen sind geschlossen, ihr Handel stockt; ihr Verlust, ihr Kriegsaufwand beträgt schon Millionen; sie dürfen keinen Frieden, keinen Waffenstillstand schließen, weil es ein deutscher Krieg ist; wenn sie nun mit der Forderung kämen, ganz Deutschland solle den Schaden und Aufwand tragen, weil es ein deutscher Krieg sei; wenn es hieße, Württemberg trifft davon so und soviel hunderttausend Gulden, — ich glaube nicht, daß diese Forderung gestellt werden wird, so gerecht und unabweisbar sie wäre, — aber wenn sie gestellt werden würde, ich möchte unsere Patrioten nicht auf die Probe stellen; würde es da nicht heißen, was brauchen wir den Preußen ihre Schiffe in der Ostsee zu bezahlen, was gehen uns die Kaufleute von Danzig und Pillau an? u. s. f. Ferner: in Preußen besteht Gewerbefreiheit, bei uns nicht; nach der neuen Bestimmung in den Grundrechten dürfen wir also ganz frei zu ihnen kommen und jedes Gewerbe dort treiben, sie dagegen bei uns nicht. Was würden wir sagen, wenn es umgekehrt wäre? Oder wenn wir an den Küsten wohnten, würden wir uns nicht auch gegen Schutzzölle sträuben? Als die Preußen verlangten, die kleineren Staaten sollen ihre Macht verhältnismäßig auf den gleichen Fuß bringen wie sie, wie ungerecht erschien diese Forderung? Wer so viel Unbefangenheit und billigen Sinn hat, um sich auch auf einen fremden Standpunkt zu stellen und die Interessen anderer zu würdigen, der muß bekennen, die Empfindlichkeit des preußischen Nationalgefühls, die Ansprüche des Volks, in der neuen Einheit Deutsch-

lands nicht spurlos unterzugehen, haben eine gewisse Berechtigung; sie sind nichts willkürlich Gemachtes, sondern eine nach der ganzen Lage der Dinge begreifliche Thatsache. Auf der einen Seite steht das unerschütterlich fest: an der Forderung, daß kein Staat in Deutschland ein abgesondertes Gesandtschaftsrecht haben darf, daß alle Armeen unter einer Centralgewalt stehen, daß die gesamte äußere Politik, Zoll- und Verkehrsgesetze von ihr ausgehen u. s. f., darf auch kein Jota nachgegeben werden. Mit diesen Sätzen steht und fällt der Bundesstaat; ohne sie haben wir das alte System. Jede Nachgiebigkeit ist hier ein Preisgeben der ganzen Sache. Auf der andern Seite ist das alte Dilemma ebenso unbestreitbar: entweder sollen sich Preußen und Oesterreich auflösen, und wer ein wirksames Rezept zu diesem chemischen Prozeß anzugeben wüßte, der würde sich das größte Verdienst erworben haben; oder aber, wenn dies nicht möglich ist, wenn eine völlige centrale Verschmelzung an dem deutschen Individualismus ein unübersteigliches Hindernis findet, wenn man Mühe hat, auch nur über den Staatenbund hinaus zum Bundesstaat zu kommen, wenn eine bloß provinzielle Stellung für Staaten von 16 Millionen Menschen etwas Undenkbares ist, dann müssen wir das andere Naturgesetz erkennen und uns ihm unterwerfen, daß bei einem Bunde zwischen Großen und Kleinen die Großen an die Spitze treten. Für jetzt ist übrigens die Sache wohl noch nicht so schlimm. Preußen kann und wird sich der Centralgewalt fügen; diese wird dagegen in allem nur im Einverständnis mit Preußen handeln und die möglichsten Rücksichten nehmen. Die völlige Hingebung an die deutsche Sache ist in Preußen Sache der Politik und der guten Gesinnung in gleichem Maße. So wird es über die Dauer des Provisoriums sein, wie dann weiter, das ist heute noch so schwierig und unbegreiflich wie am ersten Tag.

Frankfurt 29. Juli (2. Bericht).

Bei der Abstimmung über die Polensache ist es bunt und seltsam zugegangen; aus den verschiedenartigsten Beweggründen wurde für und wider und gar nicht gestimmt; man sah den denkwürdigen Bund zwischen Ultramontanen und

Radikalen und die Lämmer mit den Wölfen gehen.*) Den heftigsten Kampf verursachte die Abstimmung über die Frage: die Nationalversammlung erklärt die Teilung Polens für ein schmachvolles Unrecht und erkennt seine Wiederherstellung für Deutschlands heiligste Pflicht.

Dies hatte das Vorparlament ausgesprochen, und dieselben Männer, die damals zugestimmt, sollten jetzt entweder Nein sagen, während sich an der Wahrheit eines solchen Satzes nichts geändert haben konnte, oder, wenn sie abermals Ja sagten, so faßten sie einen entweder unausführbaren oder zum unmittelbaren Krieg mit Rußland führenden Beschluß. Dem Vorparlament, einer unoffiziellen Versammlung, stand es wohl an, Sympathieen in beliebiger Form auszusprechen, und zudem glaubte man damals eine Erhebung Polens nahe. Dieselben Sätze, von der Nationalversammlung beschlossen, sind etwas total anderes; denn von einem gesetzgebenden Körper ist es viel zu weit gegangen, Urteile über Ereignisse des vorigen Jahrhunderts auszusprechen. Deutschland hat keine Pflicht, Polen wiederherzustellen; es hat keine Schuld an dieser Teilung und Polen kein Unrecht zugefügt. Die heiligste Pflicht jedes Volkes ist seine Selbstentwicklung, die Wahrung seiner Interessen durch rechtliche Mittel und mit Achtung der Rechte anderer Völker. Jedes Volk ist Selbstzweck; die reine Aufopferung für ein anderes Volk, ohne eigenes Interesse, kommt im Katechismus der Völkermoral nicht vor; gegen fremde Völker gibt es nur die Pflicht, das Völkerrecht, die Verträge und Rechte jedes Staates zu achten und auf ehrliche und redliche Weise seine Interessen geltend zu machen. Man könnte es ebenso gut für unsere Pflicht erklären, die Türken aus Europa hinauszujagen, Jerusalem zu erobern, den Kaukasiern zu helfen, Irland zu befreien, von Nordamerika die Abschaffung der Sklaverei zu verlangen. Das sind auch lauter schmachvolle Unrechte gewesen. Wenn die Zeit erfüllt sein

*) Ich überlasse es dem Leser, diesen Bund bis in die jüngste Vergangenheit zu verfolgen.

wird, wird auch Polen wieder auferstehen und Deutschland dazu mitwirken, aber jetzt Krieg anfangen und nur so vom Zaun zu brechen, dazu haben wir eine viel geringere Verpflichtung, als zum Gegenteil.

Gestern früh war eine eigentümliche Leichenfeier. Die ganze Nationalversammlung erwies dem ersten ihrer Miglieder, das ihr durch den Tod entrissen wird, Dr. Wirth, die letzte Ehre. Es war ein für die Meisten sehr ungewohnter Akt; kein Geistlicher war zugegen, nicht das Mindeste weder von religiösem noch allgemein menschlichem Ritus bemerkbar. Blum hielt eine Rede, die überall eher hinpaßte, als an ein Grab; er stellte Wirth nur als Mann seiner Partei hin — was er nicht einmal gewesen zu sein scheint — pries ihn glücklich, daß er die Polen-Abstimmung nicht mehr erlebte, sprach gegen die Fürsten und das alte System und war dabei, wohl der einzige von allen Anwesenden, außerordentlich gerührt. Dann ging man wieder auseinander. Die Urteile über Wirth sind sehr schwankend und zweifelhaft; es ist billig, sie zurückzuhalten, bis ein Biograph uns die psychologischen Motive seiner Entwicklungsgeschichte enthüllt haben wird.

Heute haben in der Nationalversammlung die Reichsminister Schmerling und Peuker offiziell angekündigt, daß in Dänemark die Unterhandlungen völlig abgebrochen seien und die Feindseligkeiten wieder beginnen, daß man den Krieg jetzt mit allem Nachdruck führen und bei überlegenen Streitkräften in Kürze beendigen werde, daß zu diesem ersten deutschen Kriege Truppen aus verschiedenen Bundesstaaten, namentlich auch vom achten Armeecorps (Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt) verwendet und die Kosten vom Reichsschatz übernommen würden. Die Probe für unseren Patriotismus, von der ich das letztemal gesprochen, ist demnach schnell eingetreten, und die Befürchtung, die ich dort in gewissem Sinn aussprach, wir könnten uns bei einer solchen Probe schlecht finden lassen, nehme ich gerne als eine unbegründete und voreilige zurück. Es wird niemand bei uns die Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit dieser Forderung bestreiten, und unsere Truppen

Frankfurt, 31. Juli.

werden an Kampflust und Tapferkeit hinter keinem zurückstehen. In betreff der Kosten ist eigentlich das Richtige, daß weder die Preußen noch die Württemberger, Sachsen u. s. w. sie bezahlen, sondern die Dänen. Jene Drohung Wrangels, für jedes weggenommene Schiff solle ein Dorf in Jütland brennen, ist zwar, buchstäblich ausgeführt, barbarisch, sie enthält aber doch den einzigen Weg, uns zu unserem Rechte zu verhelfen. Solang wir keine Kriegsschiffe haben, müssen wir uns an Jütland halten, dort uns für unsere Verluste schadlos machen und dieses Land durch Kontributionen die ganze Schwere des Krieges empfinden lassen. Dies hätte schon vor vier Monaten zum Ziele geführt, und jetzt wird man hoffentlich den Mut haben, ohne nach Rußland oder England zu fragen, dies einzige Mittel zu ergreifen.

Noch war in dieser Woche die Präsidentenwahl, die lästigerweise nach der Geschäftsordnung alle vier Wochen stattfinden muß. Die Linke hat diesmal mit wenigen Ausnahmen für Gagern gestimmt, was das letztemal nicht der Fall war. Zum ersten Vizepräsidenten wurde wieder v. Soiron mit großer Mehrheit gewählt. An die Stelle des zweiten, v. Andrian, der nicht mehr gewählt werden wollte und von dem man noch die ersten Worte in der Versammlung zu hören hat, wurde Hermann von München gewählt, ein Mitglied der Gesellschaft des Württemberger Hofes.

Dann kam die Flaggenfrage, ob ein zweiköpfiger oder einköpfiger Adler, ob schwarz-rot-gold oder schwarz-gold-rot, ob der Adler seine Fänge offen habe oder ein Schwert und ein Bündel Pfeile darin, ob ein Wahlspruch (Eintracht tragt ein) angenommen werden solle oder nicht, ob neben der deutschen noch eine Landes- und Lokalflagge aufgezogen werden dürfe. Diese Punkte, bei denen die Prinzipienfrage überall in heraldischer Symbolik mit durchklang, aber doch mehr scherzweise angedeutet und im ganzen ignoriert wurde, sind in der schon bekannten Weise erledigt worden. Der Doppeladler bedeutet das alte Reich, der einköpfige etwas ganz Neues; jener mit den abgewandten Köpfen konnte auf Oesterreich und Preußen

gedeutet werden, dieser auf Preußen allein; jener zeigte nach Osten und Westen, nach Rußland und Frankreich, dieser schaut nur nach einer Seite.

Das Bündel Pfeile wollte man nicht, weil es eine Nachahmung des holländischen Wappens wäre und weil der Adler am besten seine Fänge offen habe, um zu packen, was er noch nicht hat oder was ihn angreift. Der Wahlspruch klang zu merkantilisch und einen bessern wußte man nicht. Der Antrag, man solle 38 Sterne in die Flagge aufnehmen, wurde mit Gelächter aufgenommen. Am Ende, nachdem schon abgestimmt war, bemerkte man erst, daß der Ausschuß und die Nationalversammlung einen kleinen Krähwinklerstreich begangen hatte; der Adler sollte im goldenen Felde stehen und einen goldenen Schnabel und goldene Krallen haben! Man wird nun entweder zweierlei Gold nehmen müssen, was nicht viel hilft, oder eine Einfassung von goldener Farbe, oder noch eine nachträgliche Aenderung. Quandoque bonus dormitat Homerus. —

Die Preußenfrage nimmt überall alles Interesse in Anspruch und wird auf die verschiedenste Weise besprochen. Der Reichsverweser wird über Berlin reisen und dort nächsten Sonntag der Huldigung beiwohnen. Die hiesigen preußischen Abgeordneten halten Beratungen, was sie ihrerseits thun könnten. Beckerath, der ganz entschieden deutsch gesinnt ist, ist in Berlin, um in diesem Sinne zu wirken. Camphausen wird heute hier erwartet. Die Furcht vor Anarchie und vor der roten Republik scheint beseitigt zu sein; jetzt kommen erst die wahren ernsten Schwierigkeiten, das Verhältnis zu den Einzelstaaten und besonders zu den großen unter ihnen. Hier erst bedarf es der ganzen Kraft und Weisheit der Nationalversammlung und der nachhaltigen Unterstützung aller Patrioten, um die zwei Kardinalpunkte, die Unterordnung aller Truppen unter die Centralgewalt und den Verzicht auf das Gesandtschaftsrecht, durchzusetzen; denn das sind Lebensfragen wie keine andern. Damit ist alles gewonnen und alles verloren. Ohne weiteren Kommentar füge ich noch die Notiz bei, daß nach den

Versicherungen mehrerer Abgeordneten, welchen Nachrichten zugekommen sind, die preußischen Soldaten nicht nur von der reaktionären, sondern auch von der republikanischen Partei bearbeitet wurden, um dem Reichsverweser die Huldigung zu verweigern (z. B. in Berlin und Mainz), und daß überhaupt die Berliner Radikalen auf eine Verbindung mit dem Preußentum spekulieren.

Frankfurt, 2. August. Heute soll die Adelsfrage entschieden werden. Vom Hauptprinzip in der Sache, von der großen und folgereichen Errungenschaft der Revolution, daß alle Deutschen gleich sind vor dem Gesetze, daß alle Standesvorrechte jeder Art aufgehoben sind, ist fast gar nicht die Rede; dagegen ist kein Widerspruch vorhanden, und es wird wohl einstimmig angenommen werden. Der ganze Kampf dreht sich darum: soll neben allen Vorrechten auch noch der Adel selbst, das heißt nichts anderes mehr, als sollen auch die Bezeichnungen Herzog, Fürst, Graf, Freiherr und das Von gesetzlich abgeschafft werden? Es spricht dafür die Konsequenz des Prinzips der Gleichheit, das auch keinen Schein der Ungleichheit mehr duldet, die Erwägung, daß die ganzen Maßregeln besser sind als die halben, daß mit dem Wesen einer Sache auch der Schein desselben fallen soll, daß die übrig gelassene leere Form stets das Verlangen erregen wird, sie wieder mit dem alten Inhalt zu füllen, daß der deutsche Adel durch seinen Kastengeist, durch seine freiheitsfeindlichen Bestrebungen, durch das starre und kurzsichtige Festhalten unhaltbarer Rechte die wohlverdiente Ungunst der öffentlichen Meinung auf sich gezogen hat und demnach auch die völlige Abschaffung desselben eine sehr populäre und dadurch für die Nationalversammlung und ihre Stellung zum Volke sehr vorteilhafte Maßregel wäre. Diesen wichtigen Gründen stehen nun aber auch andere Rücksichten von gleicher Bedeutung gegenüber. Es fragt sich zunächst, ob und wie weit jene Titel Teile des Namens sind. Als in Württemberg jene unwürdige Bestimmung unseres Strafgesetzbuches beraten wurde, daß der Verlust des Adels und somit der Eintritt in den Bürgerstand eine Strafe für Verbrechen sein soll, wurde von den Führern

der Opposition als Hauptgrund dagegen geltend gemacht, jene Titel und das Von seien nur Teile des Familiennamens, die das Gesetz gar nicht ändern könne. Man muß jetzt das Gegenteil beweisen, und man kann es allerdings auch beweisen. Jene Titel sind offenbar wohl ablösbar vom eigentlichen Familiennamen und sind, wenigstens bisher, nichts anderes gewesen, als Bezeichnungen eines von den Gesetzen anerkannten privilegierten Geburts- und Familienstandes. Es fragt sich aber, was sind dieselben jetzt, wenn es vor den Gesetzen gar keine Stände mehr giebt, wenn seine Worte etwas völlig Inhaltsloses sind? Offenbar sind diese Titel von nun an nichts mehr als Anhängsel des Familiennamens und Bezeichnungen der Abstammung von bestimmten Geschlechtern. Der Titel Freiherr z. B. drückt künftig nichts anderes aus, als daß der Träger desselben aus einem früher adeligen und freiherrlichen Hause abstammt. Dies ist nun aber eben ein thatsächlicher Umstand, an dem kein Gesetz der Welt etwas ändern kann, und die Frage reduziert sich darauf, ob man es gesetzlich verbieten wolle, daß jemand die Thatsache, daß er von einem früher adeligen Geschlecht abstammt, auch noch in Zukunft durch ein Anhängsel seines Namens als äußeres Zeichen ausdrücke. Wenn etwa ein Abkömmling von Schiller seinem Namen regelmäßig den Zusatz beifügen wollte: Enkel des berühmten Dichters, man würde es wohl lächerlich finden, aber doch noch seltsamer, wenn ein Grundrecht der deutschen Nation dies ausdrücklich verbieten wollte. Eine Abschaffung der Titel erscheint somit gleichsam als ein fruchtloser Versuch, einer gewissen Klasse von Bürgern ihre geschichtlichen Erinnerungen, den Zusammenhang ihrer Familien nehmen zu wollen, die Bezeichnungen eines thatsächlichen Umstandes zu verbieten. Und was wird überhaupt dadurch gewonnen? Vor dem Gesetz hat der Adel keine Geltung mehr; er ist nichts als ein bedeutungsloser Namenszusatz. Was er dagegen in der Sitte, in der Gesellschaft ist, das hängt überhaupt nicht von den Gesetzen und Grundrechten, sondern davon ab, wie weit der wahre demokratische Sinn sich im Volk entwickelt, wie weit die Deutschen ihre lächerliche

Erbschwäche, an Titeln, submissen Anreden und Unterschriften eine Freude zu haben, ablegen und sich den echten Bürgersinn aneignen werden, der den Mann nicht nach Titel und Kittel, sondern nach Einsicht und Charakter schätzt.

Wenn wir es nicht dahin bringen, so würde auch die Abschaffung der adeligen Titel nichts helfen, und zwischen einem Herrn Hohenlohe oder Pappenheim und dem Herrn So und So die gleiche soziale Kluft bleiben wie zuvor. Die Beseitigung aller Vorrechte und damit namentlich auch der Majorate und Fideikommisse trifft die Sache; der Name aber ist Schall und Rauch. In Frankreich, Belgien und auch in den Rheinlanden fühlt sich längst kein Mensch mehr durch die Adelstitel in seinem bürgerlichen Ehrgefühl verletzt, und die Gegensätze in der gesellschaftlichen Stellung sind überhaupt überall ganz andere geworden als früher. Man beruft sich auf Nordamerika, auf Norwegen, allein dort gab es gar keinen Adel, und daß man, wo keiner ist, auch keinen aufkommen läßt, versteht sich von selbst; allein wäre dort 1778 ein zahlreicher Stand von großen adeligen Grundbesitzern gewesen, jene besonnenen Männer würden sich wohl gehütet haben, ihn ohne Not zum Feind ihrer Sache zu machen. Selbst wenn diese Bestimmung durchginge, den Meisten würde es wohl gegen ihr Gefühl sein, wenn sie mit einem dieser Herrn zu sprechen hätten, ihn etwa Herr Oehringen, Herr Langenburg anzureden; sie würden etwas Gemachtes, Forciertes, ja ich möchte sagen, etwas Cynisches darin finden; es würde an den Bürger Egalité oder an jenen Franzosen erinnern, der seinen Namen de St. Janvier in Mr. Nivose verwandelt sah. Populär möchte die Maßregel allerdings für jetzt sein; allein wenn ein Eingriff in den Besitz eines andern nicht gerecht und nicht notwendig ist, so kann die Popularität kein Entscheidungsgrund für ihn sein. Und so viel Billigkeitsgefühl hat das Volk dennoch, um in kurzem zu fühlen, man sei hier zu weit gegangen, ja es würde vielleicht gerade deshalb dem Verletzten einen Teil der verlorenen Gunst wieder zuwenden. Und dann, wenn einmal Gründe der Politik geltend gemacht werden, ist es in einer

Zeit, wo die gute Sache so viele, so mächtige Gegner hat, politisch, sich einen zahlreichen und trotz seinen Verlusten und der feindseligen Stimmung des Volkes mächtigen und einflußreichen Stand ohne Not fast gewaltsam auf die Seite der Gegner zu drängen? In den Verlust seiner Vorrechte wird sich der Adel finden, weil er die Notwendigkeit erkennen muß; er hat große Opfer gebracht, aber er kann sich jetzt der neuen Bewegung anschließen, und viele sind ohne Zweifel auch bereit dazu. Ein solcher Versuch, über das Notwendige der Opfer hinauszugehen, in ihre Erinnerungen, ihr Familienrecht einzugreifen, würde ihnen aber als Ausdruck einer unnötigen Animosität erscheinen und dadurch Erbitterung erzeugen. Wir wollen von allen in Deutschland die unumgänglichen Opfer mit Entschiedenheit verlangen, aber wir wollen nicht die Gewalt, die wir in Händen haben, auch zu einem Züchtigungsrecht für Vergangenes mißbrauchen, wir wollen das Alte dahintenlassen, und den Blick vorwärts richten, wo es genug weit wichtigere Dinge zu thun gibt, als gegen Flitterwerk und Windmühlen zu fechten. —

Nachschrift. Die Abschaffung der Adelstitel wurde mit 282 gegen 167 Stimmen in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Dagegen ging sonderbarerweise ein anderer Antrag, den niemand viel beachtet hatte, unerwartet durch, die Aufhebung aller Titel, die nicht mit einem Amt verbunden sind. Es gibt also keine deutschen Hof- und Kommerzienräte mehr; und offenbar sind die Doktoren der Philosophie und Medizin, die sich ihr Diplom um schweres Geld erworben haben, dem Wortlaut nach auch mit eingeschlossen in das Verbot. Man lachte schon darüber, daß der Antrag auf Abschaffung des Adels und aller Titel die Unterschriften hatte: von Trütschler, Dr. Mohr u. s. w. Es ist zwar nichts an dem ganzen Quarke gelegen, ob es so ist oder anders, doch macht der § 6*) dadurch

*) Der Antrag des Verfassungsausschusses zu Art. 2 § 6 lautete: Alle Deutschen sind gleich vor dem Gesetze. Standesprivilegien finden nicht statt. Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich. Die Wehrpflicht ist für alle gleich.

jetzt einen schlechten Eindruck, daß er mitten unter die großen Fundamentalsätze staatsbürgerlicher Gleichheit hinein eine so kleinliche Bestimmung bringt — und die Abschaffung eines lächerlichen, aber im ganzen doch gleichgiltigen Gebrauchs als ewiges unveräußerliches Grundrecht der deutschen Nation proklamiert, eben der Nation, die bisher gerade in dieser Beziehung für das europäische Mandarinenvolk galt und jetzt durch das andere Extrem sich wieder ebenso dem Spott des Auslandes aussetzen wird.

Frankfurt, 8. August. Die zwei letzten Tage waren die wildesten und bewegtesten, seit die Nationalversammlung beisammen ist, noch weit stürmischer und — ich muß hinzusetzen — unwürdiger und beklagenswerter als jene Scenen mit Heckscher.

Man hatte sich zwar wohl gedacht, wenn die Hecker'sche Geschichte zur Beratung käme, würde es etwas lebhaft werden, und nicht ohne Galerieunfug abgehen, allein der Unfug beschränkte sich nicht auf die Galerieen. Es war vom Präsidium die Amnestiefrage vor der über die Zulassung Heckers in die Nationalversammlung auf die Tagesordnung gesetzt worden, weil die erste Entscheidung von Einfluß auf die zweite sein konnte. Der Bericht des Ausschusses ging nun aber im wesentlichen dahin: da Begnadigung zunächst Sache der Regierung des Landes sei, in welchem eine Untersuchung geführt oder eine Strafe verhängt sei, da die Nationalversammlung sich also nur in dringenden Fällen, wenn ein allgemeines deutsches Interesse vorliege, befugt halten könne, in dies Begnadigungsrecht der Einzelstaaten einzugreifen, da aber keinerlei politische Gründe für eine Begnadigung Heckers und seiner Anhänger, wohl aber sehr dringende und handgreifliche für das Gegenteil vorhanden seien, da nicht das geringste Zeichen einer Sinnesänderung bemerkbar sei, vielmehr die Absicht, bei günstiger Gelegenheit den Versuch zu wiederholen, offen zugestanden werde u. s. w., so soll über alle jene Gesuche zur motivierten Tagesordnung übergegangen werden.

Und wer kann daran zweifeln, daß dies die einzig richtige, die einzig mögliche Entscheidung der Sache ist? Man

kann ganz wohl in menschlicher und gerechter Würdigung jenes Unternehmens, in Hecker nicht bloß den Rebellen gegen den gesetzlich vertretenen Volkswillen, nicht bloß und allein den kopflosen Abenteurer, sondern auch den enthusiastischen und thatkräftigen Mann von nicht gemeinem Geiste und nicht gemeinen Absichten erkennen, man kann sogar im Angesicht der Riesenschwierigkeiten, die sich dem Werke deutscher Einigung entgegenstellen, mit ihm manchmal den Wunsch teilen, daß ein gewaltiger, alles vor sich niederwehender Sturm rasch über ganz Deutschland hinfahre und tabula rasa mache für das neue Werk und die neue Zeit; man kann bedauern, daß so reiche Kräfte der Nationalversammlung entzogen sind und namentlich zugestehen, daß die republikanische Partei allerdings edlerer und besserer Führer bedürfen mag. Allein, wie jemand die Forderung in der Nationalversammlung motivieren mag, Hecker solle nach Baden zurückkehren, solle in der Versammlung selbst Platz nehmen dürfen, das zu begreifen fällt einem schwer, und man könnte an allen Begriffen von Recht und Vernunft bei denen irre werden, die einer Versammlung von verständigen und ehrenwerten Männern das zumuten wollen.

Es kann doch kein Mensch die Wahrscheinlichkeit bestreiten, daß, wenn Hecker und seine Leute nach Baden zurückkehren würden, damit von neuem die Brandfackel in das südwestliche Deutschland geworfen, vielleicht schon in 14 Tagen, zumal bei der Entfernung des Militärs, der Aufstand von neuem auflodern würde, und wer nun einmal darin kein Glück, sondern ein Unglück zu sehen vermag, von dem erwartet man die Thorheit, seinen Gegnern selbst zu ihren Unternehmungen zuvorkommend die Hand zu bieten? Diese Zumutungen sind in der That bis zur Lächerlichkeit stark. So war dann auch das Ergebnis der Abstimmung zum voraus unzweifelhaft, und alle Versuche, durch rührende Schilderungen von der traurigen Lage der Verbannten, alle Zitate aus Goethes Iphigenie, ja selbst die Anrufung des Mitleids für die unglücklichen Frauen und Kinder konnten darin nichts ändern. Da glaubte Brentano, einer von Heckers eifrigsten Anhängern und

Freunden, auch das Motiv noch anführen zu müssen, man werde doch die badischen Republikaner nicht zurückstellen wollen hinter einen Prinzen von Preußen. Diese Aeußerung erregte nun begreiflicherweise einen furchtbaren Sturm in der Versammlung. Es war klar, daß es die fast ohne Ausnahme monarchisch gesinnten Preußen, zumal bei der gegenwärtig herrschenden Stimmung, aufs Tiefste verletzte, ihren künftigen König einen begnadigten Verbrecher genannt und unter Hecker und seine Leute gestellt zu sehen; aber auch die gerechte Entrüstung aller derjenigen mußte eine solche Rede hervorrufen, die, ohne die geringste Vorliebe für den Vertreter des Absolutismus und des preußischen Soldatengeistes, nur die Würde der Versammlung und die Eintracht unter den deutschen Stämmen im Auge haben und in einer neuen, auffallenden Verletzung des schon so oft angegriffenen Preußen gegenwärtig nur eine schwere Sünde gegen die Sache des Vaterlandes sehen konnten. Gagern, der sich, wie es scheint, wegen des Todes seines Bruders als persönlich beteiligt betrachtete, präsidierte an diesem Tage nicht, und Soiron, der, statt wie Gagern durch die imponierende Persönlichkeit zu wirken, die unglückliche Manier hat, bald durch Bitten und beschwichtigende Geberden, bald durch Ueberschreien mit seiner sonoren Stimme den Lärm zu dämpfen und die, sobald der rechte Führer fehlt, doppelt ungeberdige Versammlung zu bändigen, war dem Sturm nicht gewachsen. Nachdem er mit Mühe die Ruhe auf einen Augenblick wiederhergestellt hatte, verlangte er, der Redner solle seine Worte wiederholen, da er sie nicht recht verstanden habe. Ein da capo erschien nun der Rechten noch unerträglicher, und es fing nun zum zweitenmal ein solcher Höllenlärm an, daß Soiron nicht mehr Herr wurde und nach vergeblichen Versuchen, zum Zeichen, daß die Sitzung geschlossen sei, seinen gelben Strohhut aufsetzte. Brentano blieb mit triumphierender Miene, wie wenn das Hinauswerfen einer wüsten Rede eine Heldenthat wäre, auf der Tribüne stehen, dicht umdrängt von Freunden und Gegnern, die gegenseitig aufeinander einschrien. Die Behauptung Brentanos, daß er

thätlich angegriffen worden sei, ist eine Unwahrheit. Herausforderungen aber hatten stattgefunden und wurden von Brentano auf der Tribüne denunziert. Die Galerieen, die an diesem Tage wieder wie in den ersten Zeiten hauptsächlich aus Mitgliedern der demokratischen Vereine bestanden und auf gegebene Zeichen ihr wohldisszipliniertes Geschrei erhoben, erhöhten den Tumult und in wildem Lärmen entleerte sich das Haus. Am Nachmittag fanden nun große Verhandlungen statt, was zu thun sei. Die Mitglieder der Rechten, Vincke an ihrer Spitze, verlangten, das ganze Haus solle seine Mißbilligung darüber aussprechen; andere meinten, weil dies in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen sei und ohne Beratung, die doch womöglich vermieden werden solle, nicht angenommen werden könne, so sei ein motivierter Ordnungsruf des Präsidenten das Bessere, und man könne denselben in einer Eingabe von recht vielen Mitgliedern dazu auffordern. Beide Parteien konnten sich nicht vereinigen und führten für sich ihren Antrag aus. Vincke mit 170 anderen verlangte eine Mißbilligung des Hauses, der Klub des Württemberger Hofs, der nach seinem Standpunkt weniger die Beleidigung eines deutschen Prinzen, als das Unpatriotische, Eintrachtstörende des Ausdrucks ins Auge faßte, forderte mit dieser Motivierung den Präsidenten schriftlich zum Ordnungsruf auf.

Als nun am folgenden Tage Soiron, anfangs unter allgemeiner Stille, über die Sache sprach und nun ganz mit den ebengenannten Motiven den Redner wegen seiner unpatriotischen Aeußerung zur Ordnung rief, wurde er von der Linken durch furchtbares Geschrei unterbrochen: er dürfe nicht ohne Beratung zur Ordnung rufen, ein Einwurf, der durch die Geschäftsordnung und den bisherigen Gebrauch vollständig widerlegt war. Wie die Rechte den Tag vorher einem Redner auf der Tribüne gewaltsam das Wort entzogen hatte, so that die Linke jetzt das Gleiche gegen den Präsidenten selbst. Die Ordnung konnte abermals nicht wiederhergestellt werden, und die Sitzung wurde bis elf Uhr suspendiert. Nach Wiedereröffnung derselben erklärte Soiron die Sache durch seinen Ordnungsruf

für erledigt und gab zur Fortsetzung der Debatte über den Gegenstand der Tagesordnung Brentano wieder das Wort. Die Galerieen, die schon vorher einigemale mitgeschrieen hatten und von dem Präsidenten mit Räumung bedroht waren, empfingen Brentano mit lärmendem Vivatruf auf der Tribüne. Nun gab der Präsident Befehl, die Galerieen zu räumen. Anfangs sah alles einander an, wer zuerst fortgehen würde, und einige Minuten schien es, als wenn niemand Platz machen wollte. Da mußten die Diplomaten, die Damen, Journalisten, und wer auf privilegierten Plätzen saß, zuerst fort. Die oberen Galerieen leerten sich nur langsam. Die Sekretäre und endlich Gagern selbst gingen hinauf und trieben die Leute fort. Etwa nach 15—20 Minuten war der Befehl vollständig ausgeführt. Einige von der Linken hatten von ihren Sitzen aus zu den Galerieen hinaufgerufen, sie sollen dableiben! Durch alle möglichen Mittel nun suchten Mitglieder der Linken, als man die Debatte fortsetzen wollte, dieselbe zu verschieben und unmöglich zu machen, durch den nichtigen Einwurf, die Sitzung sei jetzt eine geheime geworden, und da dürfe eine solche Sache gar nicht besprochen werden; durch verschiedene Anträge auf Vertagung, durch das Verlangen von namentlichen Abstimmungen über Kleinigkeiten. Allein es half alles nichts, die Sache wurde zum Schlusse gebracht, trotzdem daß die Linke sich größtenteils entfernt und draußen vielfach Hoch auf Hecker von den versammelten Haufen ausgebracht wurden, bis zuletzt die Bürgerwehr einschritt und die Paulskirche umschloß. Mit 317 gegen 91 Stimmen wurde der Antrag des Ausschusses angenommen, und auch von den Verneinenden stimmten die meisten mit Nein, nicht weil sie für eine Amnestie waren, sondern weil sie die motivierte Tagesordnung mit Beifügung eines noch weiteren Motives wünschten, das die übrigen auch billigten, aber nicht ausdrücklich und noch weniger allein hervorgehoben sehen wollten.

Im ganzen sind diese Scenen wohl die letzten gewaltsamen Zuckungen einer für jetzt hoffnungslosen Sache. Es schien, wie wenn die republikanische Partei, an dem Erfolg

ihrer parlamentarischen Wirksamkeit verzweifelnd, jetzt wieder nach andern Mitteln griffe und es zum Bruch kommen lassen wollte. Allein solche Mittel können nur die Wirkung haben, die Mehrheit fester zusammenzuschließen und die Minderheit vor dem ganzen urteilsfähigen Teil des deutschen Volkes bloßzustellen. Ihrer Sache selbst wird wenig dadurch geholfen.

Ob am Donnerstag, wo die Ausschließung Heckers ausgesprochen werden wird, der Spektakel von neuem angehen wird, weiß ich nicht; ganz leer wird es schwerlich abgehen. Indessen ist seit mehreren Tagen das neue Ministerium in schweren Geburtsnöten. Ursprünglich rein aus Elementen der Rechten zusammengesetzt (Fürst v. Leiningen, Duckwitz, Beckerath), fühlte es das Bedürfnis, sich auch mit Elementen des linken Centrums aus dem Klub des Württemberger Hofes zu verstärken. Diese wollten aber nicht als bloße unselbständige Anhängsel eintreten, und so sind seit mehreren Tagen Unterhandlungen, deren Resultate wohl heute noch bekannt werden.*) In betreff des Handelsministers, Senators Duckwitz aus Bremen, dessen Stelle für unsere materiellen Verhältnisse besonders wichtig ist, bemerke ich, daß seine Ansicht, wie man hört, dahin geht, es solle das System der Wertverzollung angenommen und ein Zoll von 25 Prozent des deklarierten Wertes auf alle ausländischen Fabrikate gelegt werden; ein Vorschlag, mit dem sich unsere Industriellen wohl begnügen könnten und begnügen würden. —

*) Am 9. ernannte der Reichsverweser unter Gegenzeichnung des Ministers Peucker das folgende Reichsministerium: den Fürsten Karl v. Leiningen, Präsidenten der bayrischen Reichsräte, zum Präsidenten des Reichsministerrates, den Senator Arnold Duckwitz zum Reichsminister des Handels, Hermann v. Beckerath zum Reichsfinanzminister. Der Reichsminister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten Anton v. Schmerling wurde auf seinen Wunsch von der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten enthoben und der seitherige Reichsjustizminister Heckscher damit betraut, während Robert Mohl Reichsjustizminister wurde. Zu Unterstaatssekretären wurden ernannt: Max von Gagern, Ludwig Biegeleben, Friedrich Bassermann, Josef von Würth Gustav Mevissen, Johann Fallati, Karl Mathy, Christian Widenmann.

Die auswärtigen Verhältnisse verwickeln sich von allen Seiten immer mehr, und wenn auch nirgends eine nahe und dringende Gefahr ist, so scheint es doch, daß, wie neulich jemand bemerkte, Deutschland sich in seiner neuen Stellung, wie eine junge Studentenverbindung, vorher wird herauspauken müssen, ehe die andern Mächte ihm seine volle Berechtigung zugestehen.

Frankfurt, 12. August. Auf die stürmischen Tage folgten gestern und heute sehr ruhige und trockene Sitzungen mit langweiligen und erfolglosen Debatten über sehr interessante und folgenschwere Gegenstände, den dänischen und italienischen Krieg. Die Versammlung sollte offenbar jetzt, nachdem wir eine Centralgewalt haben, solche Regierungsangelegenheiten in ganz anderer Weise behandeln: sie sollte nicht mehr Beschlüsse fassen wie zu handeln sei, sondern die Minister nach ihrem Ermessen handeln lassen und, wenn sie gehandelt haben, sie dafür verantwortlich machen. Das ist der Brauch in andern freien Ländern. Was kann das helfen, wenn die Abgeordneten, die um kein Haar besser unterrichtet sind, als jeder andere Zeitungsleser auch, stundenlange Reden über auswärtige Angelegenheiten halten und anhören, um am Ende den Beschluß zu fassen, der von Anfang an alles weitere abgeschnitten hätte, daß nämlich die ganze Sache an die Centralgewalt zur geeigneten Erledigung zu überweisen sei? Unsere Minister können, so lange kein diplomatischer Verkehr besteht, gar keine offizielle Auskunft geben und wissen selber nicht viel mehr, als was in den Zeitungen steht. Man sagt zwar, es sei für sie von Wert, die Ansichten der verschiedenen Parteien zu hören, aber diese Ansichten werden gewiß ganz andere sein, wenn die Minister gehandelt haben, als bevor sie handeln.

Bei den Verhandlungen über den dänischen Krieg zeigte sich, daß das Interesse an dieser Sache gegen früher ziemlich nachgelassen hat, trotz dem neulichen Anlauf zu einer energischen Fortsetzung des Krieges. Wenn man sich beschwert, daß es nicht vorwärts gehe, daß man abermals Unterhandlungen angeknüpft habe, so erhält man zur Antwort, man könne bei Fortsetzung des Krieges nicht viel mehr gewinnen, als was

man schon habe und jedenfalls behalten werde, nämlich Schleswig und Holstein, durch dessen Verlust Dänemark für immer als selbständige Macht vernichtet werde. Der Schaden, den Deutschland durch die Kriegskosten, die weggenommenen Schiffe und den stockenden Handel erlitten habe und noch erleiden werde, sei viel zu groß, als daß ihn Dänemark, das die eigenen Kriegskosten nicht auftreibe, jemals ersetzen könne, auch wenn man den armen Jüten das letzte Hemd vom Leibe verkaufe; und wo nichts sei, habe nicht nur der Kaiser, sondern auch der Reichsverweser das Recht verloren. Dazu ist in Schleswig-Holstein selbst die Begeisterung mehr auf dem Papier als in der Wirklichkeit; diese Länder, die beinahe die Hälfte des ganzen dänischen Staates bilden und zwar die reichere Hälfte, sollten allein imstande sein, sich der anderen Hälfte zu erwehren. Statt dessen stellen sie ein Prozent ihrer Bevölkerung, während das übrige Deutschland zwei Prozente aufzubringen hat, und sehen zu, wie die andern Deutschen ihnen ihre Küsten schützen, während die Pommern und Preußen die ihrigen, ebenso gefährdeten, selbst zu schützen haben. So ist es im ganzen ein verdrießlicher und unerquicklicher Handel, bei dem nicht viel zu gewinnen ist. Das beste daran ist noch, daß wir die ganze Erbärmlichkeit der Stellung, die eine Großmacht ohne Schiffe hat, aufs Tiefste empfinden müssen, und daß uns dieser dänische Krieg wenigstens den Anfang einer Kriegsflotte bringen wird, zu dem wir sonst Gott weiß wann kommen würden. Wenn nicht etwa diesen Winter der Belt zugefriert, und wir auf dem Eis einen Spaziergang nach Kopenhagen machen können, so ist vorderhand nicht abzusehen, wie Dänemark die volle, wohlverdiente Züchtigung erteilt werden soll. Die Dinge stehen so, daß wir uns nicht wundern dürfen, wenn unsere kriegslustigen Landsleute ohne Kampf und Lorbeeren nach vergeblich aufgewendeten Kriegskosten wieder heimkommen sollten. —

Alles Interesse wendet sich im Augenblick von der Schleswigschen Sache ab nach Italien, wo gegenwärtig der Knotenpunkt der europäischen Politik ist und die Zukunft nicht nur

von Italien, sondern auch von Oesterreich und dadurch von Deutschland entschieden werden soll. Die italienische Frage ist offenbar die schwierigste von allen; die schleswigsche, posensche, limburgsche stehen in gar keinem Vergleich dazu. Sie ist besonders dadurch schwierig, weil Deutschland zwar großes Interesse bei der Entscheidung hat, aber doch nur mittelbar beteiligt ist, weil die noch so ganz rätselhafte und unergründliche Stellung des künftigen Oesterreichs dabei mitentschieden werden soll, weil hier abermals die unabweisbaren Ansprüche einer fremden Nationalität mit unsern handgreiflichen Interessen in Konflikt kommen, weil das schon vorher gespannte Verhältnis mit Frankreich bei dieser Gelegenheit sich leicht in einen völligen Bruch verwandeln kann. Nur wenige Gesichtspunkte lassen sich mit Sicherheit feststellen und werden die allgemeine Grundlage unserer Politik bilden müssen. Wir müssen vor allem die nationalen Ansprüche der Italiener achten: die Lombardei und Venedig sollen nicht wieder Provinzen eines fremden Staats, Radetzky nicht zum zweitenmal ein Herzog Alba werden; es wäre ebenso ungerecht als kostbar*) und verderblich für uns, wenn noch fernerhin deutsche Truppen als Unterdrücker eines edlen, seiner nationalen Einigung mit demselben Rechte wie wir zustrebenden Volkes in Italien verwendet werden sollten.

Dagegen wollen wir auch nicht so thöricht sein, einen wohlerworbenen und rechtmäßigen Besitz nur dazu preiszugeben, daß er Fremden zu Teil und eine Waffe unserer Gegner würde; nur dazu, daß französische Filialrepubliken dort errichtet werden, wie in den 90er Jahren, oder daß Karl Albert, statt den wohlverdienten Lohn seiner Perfidie zu empfangen, jetzt als Besiegter den glänzenden Preis des Siegers gewinne und gerade die Städte und Festungen, aus denen wir ihn so eben verjagt haben, als gefährlicher Nachbar zu Angriffspunkten und Schutzwehren gegen uns mache. Wenn die österreichischen Kriegsschiffe ein Teil der deutschen Flotte, das

---

*) Soll wohl: kostbillig heißen.

adriatische Meer auch ein deutsches werden soll, so können wir Venedig, den einzigen Kriegshafen, den Oesterreich dort hat, wenigstens solange Pola nicht befestigt ist, nicht preisgeben und noch weniger in feindliche Hände kommen lassen. Wir können nicht zugeben, daß die Reihe starker Festungen am Mincio, um die schon soviel edles deutsches Blut geflossen ist, statt eine Vormauer des südlichen Deutschlands zu sein und die Alpenpässe zu decken, als furchtbare Waffe sich gegen uns selber kehren. Noch weniger aber dürfen wir dulden, daß Frankreich und England im Namen eben dieser italienischen Nation, deren Freiheit und Selbständigkeit in ihnen ihre gefährlichsten Gegner hat, solche Forderungen an uns stellen und dem siegreichen Oesterreich die Früchte des Sieges entreißen wollen, um sie sich zuzueignen. Wenn Frankreich soviel an einem einigen Italien liegt, warum giebt es nicht Korsika heraus, das so gut zu Italien gehört, wie Venedig und Mailand? Warum England nicht Malta? Soll Oberitalien unter französischen, Neapel und Sizilien unter englischen Einfluß kommen, und wir sollen mit unserm Blut und Geld wie sonst die Zeche bezahlen? Wenn England nach dem Besitze von Sizilien, Frankreich nach Savoyen lüstern ist, mit welchem Recht können sie von Oesterreich die Lombardei für Italien verlangen? Wenn irgend jemand ein Recht hat, bei diesem Frieden mitzuwirken, so ist es Deutschland, das mehr dabei beteiligt ist, als die andern alle, das überhaupt in Zukunft nicht mehr den stummen Zuschauer machen soll, wenn die europäischen Angelegenheiten von den Großmächten geordnet werden, am wenigsten nach Kriegen und Siegen, die mit deutschen Truppen ausgefochten wurden. Wir müssen daher darauf dringen, daß bei der Friedensvermittlung diesmal Deutschland auch ein Wort mitspreche und nicht das letzte, und daß es bei diesem ersten Anlasse gleich die ganze Stellung geltend mache, die es in Zukunft in Europa einnehmen wird. Als die befriedigendste Lösung der Schwierigkeiten bei diesem Frieden erscheint für jetzt, daß die Lombardei und Venedig auch in Zukunft ein Teil des österreichischen Staatenbundes bleiben, aber so, daß sie, wie

Ungarn, eine eigene freie Verfassung auf nationaler Grundlage haben, daß sie sowohl mit Oesterreich und Deutschland als dem übrigen Italien in eine politische und merkantilische Verbindung eintreten, daß Venedig und die Festungen am Mincio und der Etsch Schutz- und Vormauern für Deutschland bleiben, daß Italien von der österreichischen Schuld einen entsprechenden Anteil übernehme, und daß Oesterreich von Karl Albert Entschädigung für seine Kriegskosten erhalte. Was dann weiter daraus wird, ob diese Verbindung von Italien mit Oesterreich eine dauerhafte ist, ob Oesterreich sich überhaupt als Föderativstaat erhalten kann, ob das österreichische Italien sich noch enger an das Mutterland oder an Oesterreich anschließen wird, das müssen wir der Zukunft überlassen. Die Einigung Italiens ist jedenfalls noch weit schwieriger als die von Deutschland. Der Gegensatz der Einzelstaaten ist dort viel schroffer und das nationale Band im Bewußtsein der Völker viel schwächer. Italien wird wohl noch lange nach Metternichs Wort ein „geographischer Name" bleiben.

Morgen wird der größte Teil der Abgeordneten zu den Kölner Festlichkeiten*) abreisen, und die Sitzungen sind bis Donnerstag ausgesetzt. Dieses Fest, zu dem die glänzendsten Vorbereitungen gemacht werden, hat aber eben durch das Zusammentreffen des Reichsverwesers und der Nationalversammlung mit dem König von Preußen, dem mächtigsten Gegner, Vorkämpfer oder Erben des einigen Deutschlands eine weit höhere politische Bedeutung als ein paar Sitzungen. (Der König ist bereits in Koblenz eingetroffen, um dort den Reichsverweser zu empfangen.) Es ist namentlich beabsichtigt, durch glänzende Demonstrationen der rheinischen Städte dem König die entschieden deutsche Gesinnung seiner Rheinlande auf eine Weise nahezulegen, die ihren Eindruck auch für die Zukunft nicht verfehlen soll. Wir haben zur Beschwichtigung des Gewissens für diese Ferien, wie die vakanzlustigen Lehrer in ähnlichen Fällen, die Rechnung gemacht, daß, weil am Mitt-

*) Zur sechsten Säkularfeier der Grundsteinlegung des Domes.

woch und Samstag nach der Regel keine Sitzungen sind, am Dienstag ein katholischer Festtag ist, und wir für den Montag heute Sitzung gehalten haben, eigentlich keine Sitzung ausfällt. Die Stadt Köln hat alle Abgeordneten als ihre Gäste eingeladen; sie werden in den Häusern einquartiert. Die Kölner Dampfschiffahrtsgesellschaft stellt uns ihre Schiffe zur Disposition; am ganzen Rhein hinunter, wo wir vorüberfahren, werden glänzende Begrüßungen stattfinden. Diese Tage werden ein seltsames Gegenstück zu den trüben Bildern der letzten Sitzungen in der Paulskirche sein.

Der heutige Tag der Reise nach Köln nahm durch die schlechten Anstalten, die der Präsident mit dem Bureau getroffen hatte, einen sehr verdrießlichen Anfang. Zuerst fuhren wir nach Kastel, während das Dampfschiff in Biebrich lag; dann mußte das souveräne deutsche Volk zwei Stunden auf seinen Reichsverweser und seine Minister warten, weil diese erst mit dem zweiten Zug von Frankfurt abgereist waren; dann noch eine halbe Stunde auf das Gepäck und die Nachtsäcke dieser Herren, so daß einem die demokratische Galle sehr lebhaft erregt werden konnte. Ferner war bloß Ein Schiff gerüstet, während zwei nötig waren, und das zweite, auf dem der größte Teil der Abgeordneten war, blieb zurück und bekam von den Empfangsfeierlichkeiten nichts zu sehen, die nur dem ersten Schiff galten, in welchem der Reichsverweser, der Präsident, die Minister, die Deputation und eine Anzahl anderer Abgeordneten und die Damen waren. Der Empfang am Rhein war nun aber in der That über alle Erwartung. Die ganze Bevölkerung stand an dem Rheinufer, und wir machten unter ununterbrochenem Jubelruf, Schießen und Musizieren die schöne Fahrt. In den katholischen Orten wurde mit allen Glocken geläutet; die Geistlichen standen in pontificalibus am Ufer; das Volk sang geistliche Lieder. Stundenlang harrte die geduldige Menge auf den Augenblick, in welchem in einer Entfernung von ein paar hundert Schritten ein Dampfschiff vorüberfuhr, von dem sie, ohne es selbst zu sehen, nur wußten, daß der Reichsverweser und die Nationalversammlung darauf

Köln, 13. August.

war. In Koblenz war der Empfang am glänzendsten und großartigsten. Das Militär stand zwar teils am Ufer, teils auf allen Rändern der Festung Ehrenbreitstein und der Forts und kanonierte tüchtig, doch war es ohne Gewehre, und das Hurra tönte nur sehr schwach herüber, nur eine kleine Anzahl schwang sehr lebhaft ihre Pickelhauben. Die Bürger dagegen wetteiferten auf alle Weise überall, gerade dem Militär gegenüber die glänzendste Demonstration zu machen. Die ganze Bürgerwehr stand unter den Waffen; die Ufer und alle Fenster waren gedrängt voll Menschen; das Böllerschießen, Peletonfeuer und Lebehochrufen nahm kein Ende. Wir hielten einen Augenblick an, die Generalität, nach ihr der Chef der Bürgerwehr, bewillkommneten den Reichsverweser mit einer Anrede. Dann stiegen wir aus und gingen an den Spalieren der Bürgerwehr hinunter; diese ließen den Reichsverweser, Gagern und an mehreren Orten die Linke leben. Aehnlich doch nicht ebenso großartig war es in Bonn und Köln; hier war es schon ziemlich dunkel, als wir ankamen. Die Festlichkeiten nahmen auf preußischem Gebiet eher zu als ab, und die deutsche Gesinnung der Rheinländer hat sich hier aufs unzweideutigste dargestellt. In Köln war das Militär gar nicht aufgestellt; man sieht deutlich, daß zwischen dem Militär und der Bevölkerung ein Gegensatz besteht, und daß das Ganze zugleich eine antipreußische Kundgebung sein soll. Eins ist unverkennbar und kann die reine Freude an dieser Aufnahme etwas trüben: Die Huldigungen galten nur zur Hälfte dem einigen Deutschland, zur andern aber der Konfession des Reichsverwesers, und sie stehen im innigsten Zusammenhang mit dem Widerwillen der katholischen Rheinländer gegen das protestantische Preußentum. Wäre der Reichsverweser Protestant, die Aufnahme wäre eine ganz andere gewesen, während auf der ganzen Reise die protestantischen Orte ebenso eifrig dem katholischen Oberhaupt ihre Huldigungen darbrachten, nur daß dieselben keinen kirchlichen Charakter trugen. Das drängt sich einem auch hier wieder unwillkürlich auf: der Gegensatz zwischen den beiden Konfessionen und Großmächten ist viel stärker und

tiefgreifender als der zwischen Republik und Monarchie. Die größten Schwierigkeiten der deutschen Einheit liegen nur hier.

Köln, 14. August.

Wir hatten heute den ganzen Tag nichts zu thun, als ein Konzert anzuhören und einer dreistündigen kirchlicher Ceremonie zur Dekoration zu dienen, von der wir nichts sahen und hörten, und die ohne uns ebenso gut vor sich gegangen wäre. Die Meisten fangen an einzusehen, daß es unpassend und überflüssig war, in Masse hieher zu kommen und daß wir besser in Frankfurt säßen und an den Grundrechten berieten. Abends um 6 Uhr kam der König; er soll auf dem ganzen Wege, auch in den Rheinlanden, besonders in Düsseldorf, aufs allerfestlichste empfangen worden sein, fast überall mit schwarzweißen Fahnen. Auch hier war die Menge mindestens ebenso zahlreich und eifrig im Hochrufen als gestern beim Reichsverweser; dazu kam heute das Militär, das in glänzender Parade stand. Es wurde bemerkt, heute sei besonders die Bourgeoisie, gestern mehr die niedern Volksklassen und die Schuljugend thätig und hörbar gewesen. Ich weiß nicht, ob dies richtig ist. Der Reichsverweser war dem König bis an die Brücke entgegen gegangen, in preußischer Uniform; dort umarmten sie sich und gingen zu Fuß in die Wohnung des Königs, der Erzherzog zur Rechten des Königs. Um 7 Uhr ging die Deputation der Abgeordneten und wer sich sonst anschließen mochte, etwa 80 Abgeordnete, zum König, der sie zuerst zu empfangen wünschte. Gagern redete ihn an: Die Nationalversammlung sei auf die Einladung des Dombauvereins hieher gekommen, um dieser Feier beizuwohnen. Ein größeres und schwierigeres Werk, als diesen Dom habe sich die deutsche Nation vorgesetzt, das auch nicht ohne Teilnahme und Opfer von allen vollendet werden könne. Die Nation rechne darauf, daß auch der König bei seinen bekannten deutschen Gesinnungen dazu nach Kräften mitwirken werde. Darauf wurden die Deputierten dem König vorgestellt. Dann antwortete dieser etwa folgendes: Er schenke dem Werk der Nationalversammlung die größte Teilnahme, wie die deutsche Einheit schon sein Jugendgedanke gewesen sei; sie könne auf

seine Unterstützung rechnen. Eins möchte sie nicht vergessen: daß es auch Fürsten in Deutschland gebe, und daß er auch einer davon sei.

Der Fackelzug sollte zuerst zum Reichsverweser, dann zum König, dann zum Erzbischof, dann zu Gagern gehen. Der König fuhr nun aber, vielleicht um diese Kollision zu vermeiden, um 7 Uhr nach Brühl, wo er übernachtete.*) Der Fackelzug fand dennoch statt, obgleich dem Reichsverweser und Gagern schon am ersten Abend einer gebracht worden war.

Frankfurt, 23. August. Die Kölner Domfahrt in ihrer halb politischen, halb kirchlichen Bedeutung bildete den entsprechenden Uebergang zu den jetzt begonnenen Verhandlungen von Staat und Kirche, diese schwierigste und folgenschwerste Frage für Deutschlands Zukunft. Die Parteien stellen sich in dieser Sache ganz anders als sonst. Unter den Gegnern einer vollständigen Trennung sind die meisten Mitglieder des Verfassungsausschusses, die die Sache nicht nach abstrakten Prinzipien, sondern in staatsmännischem Geiste von der praktischen Seite beurteilen, wie Dahlmann, Welcker, Römer, Bassermann, alle freisinnigen Katholiken, besonders aus Oesterreich und Bayern, die in der Staatsgewalt den einzigen Damm gegen die Hierarchie finden, wie Jordan von Marburg, Tafel von Zweibrücken (ein katholischer Geistlicher), Beisler (bayrischer Kultminister), die Protestanten aus katholischen Ländern, die neben einer ganz unabhängigen Hierarchie nicht bestehen zu können glauben, wie Bauer, protestantischer Geistlicher aus Bamberg. Für die volle Durchführung des Prinzips der kirchlichen Selbstregierung sind in erster Linie die entschiedenen Katholiken, Döllinger, Lasaulx, Dieringer, Lichnowsky, die protestantischen Pietisten, wie Hoffmann, dann aber alle diejenigen, welche das moderne Staatsprinzip in seiner ganzen Reinheit und Konsequenz rücksichtslos durchführen wollen und das Ver-

*) Ist nicht ganz richtig; der König trat mit dem Reichsverweser auf den Balkon gemeinschaftlich, als der Fackelzug ankam, und fuhr erst nachher nach Brühl.

trauen haben, daß die volle Freiheit und nur sie mit der Hierarchie fertig werden könne, wie der größte Teil der Linken, besonders alle liberalen Rheinpreußen, die einen im Interesse der Religion, edle Schwärmer, wie Zittel, der für sein Ideal einer neuen protestantischen Kirche, als einer sittlichen Lebensgemeinschaft, unumschränkte Freiheit will, die andern als vollkommene Heiden, die das religiöse Element und seine Bedeutung für Staat und Volk ganz ignorieren, wie Vogt. Männer von so entgegengesetzten Gesinnungen müssen offenbar von dieser Trennung des Staats und der Kirche ganz entgegengesetzte Folgen erwarten. Die einen hoffen eine Erweiterung der Kirchengewalt, die andern eine Vernichtung derselben. Wer rechnet richtiger? Die einen wollen, um für neue, kleine Religionsgesellschaften die völlige Freiheit zu gewinnen, auch die alten und großen, an denen ihnen nichts gelegen ist, ganz frei lassen. Die andern lassen, um ihre große Kirche sicher zu stellen, sich's gefallen, was sonst wider ihren Sinn ist, daß auch neuen kleinen Sekten die neue Freiheit zu Teil werde. Wer denkt hier praktischer?

Wir finden, um es gerade heraus zu sagen, das einzige Hindernis, das Prinzip der vollen Trennung zu verwirklichen, in dem katholischen Begriff von Kirche, in ihrem absolutistischen Charakter, ihren unbegrenzten Ansprüchen, ihrer völligen Ausschließung aller demokratischen Elemente,*) ihrer Abhängigkeit von einem auswärtigen Oberhaupt. Oder wer kann sagen, daß zu einem Vereine von 24 Millionen Menschen, der mit der strengsten hierarchischen Gliederung von einem italienischen unverantwortlichen, unerreichbaren Haupte geleitet wird, zu einem Verein mit einem Kirchengut von viel hundert Millionen und dem Anhängsel von Klöstern und geistlichen Orden, mit der Leitung des gesamten Jugendunterrichts, des Armenwesens und dem entschiedensten Einfluß auf die Familie, der Staat sich ganz indifferent verhalten und keine andere Stellung haben soll als zu einer Kasinogesellschaft oder einem Verein für

---

*) Ist nicht recht verständlich.

Altertumskunde? Wenn die Zeit gekommen sein wird, daß in der katholischen Kirche das nationale und demokratische Element auch zu seiner Berechtigung gelangt ist, dann wird auch die Selbstregierung derselben unbedenklich und wünschenswert sein; denn alsdann ist es in Wahrheit dasselbe Volk, das sich regiert in Staat und Kirche, und eine feindselige Stellung beider ist undenkbar oder ungefährlich. Aber eine Korporation wie die jetzige katholische Kirche ist eine dem Staat ebenbürtige Macht, der gegenüber er die Pflicht der Selbsterhaltung, den Standpunkt der Notwehr hat. Denn im Begriff und in den Konsequenzen der römischen Kirche liegt der theokratische und nicht der Rechtsstaat.

Nun wendet man uns ein: wie wollt ihr diese Hierarchie brechen, diese Umwandlung der katholischen Kirche herbeiführen? durch die Bureaukratie, die polizeiliche Bevormundung wie bisher? kann dies irgend auf andere Weise geschehen, als durch die Freiheit, durch das Volk selbst? ist nicht jeder Versuch, durch Staatsaufsicht dies zu bewirken, ein fruchtloser, ein Rest des abgelebten Systems?

Wir antworten: allerdings nur durch das Volk und zwar nur durch das katholische Volk, durch die Freiheit. Aber wie soll sich denn die freiere Richtung unter den Katholiken, die so allgemein verbreitet ist, geltend machen? durch Indifferentismus, durch Spaltungen, durch innere, das ganze Vaterland erschütternde Kämpfe? Innerhalb der katholischen Kirche giebt es gar keinen Ausgangspunkt für die Freiheit; derselbe muß außerhalb gesucht werden. Vom politischen Boden, wo sie errungen ist, muß die Freiheit und Demokratie auch den kirchlichen Boden, wo sie noch vollständig fehlt, zu erringen suchen. Die bloße formlose Freiheit, das allmähliche Durchsickern der Aufklärung durch alle Schichten der Gesellschaft wird zwar auch, aber nur sehr langsam und vielleicht nach blutigen Revolutionen das Ziel erreichen. Die Masse, besonders des Landvolks, wird sich schwer oder niemals durch einen rein geistigen Prozeß befreien. In den Urkantonen herrscht bei dem äußersten Maß von denkbarer Demokratie der Je-

suitismus; in Amerika greift er jeden Tag mehr um sich; in dem vielgepriesenen Belgien gedeihen Hand in Hand mit der bürgerlichen Freiheit die Klöster und Orden und die Einflüsse der Geistlichkeit. Und doch herrscht dort die städtische Bevölkerung vor und das Volk hat nicht durch eine entgegenstehende Konfession den fortdauernden Reiz, sich seiner besondern Kirche bewußt zu sein. Die Freiheit ist überhaupt nicht nur ein formelles Thunkönnen, was man will, so daß uns eine Jesuitenrepublik lieber sein müßte als ein josephinischer Despotismus, sondern sie ist auch die Herrschaft der Vernunft, die Propaganda der Aufklärung. Eine freiwillige Knechtschaft ist ein schlimmerer Zustand als eine aufgezwungene Freiheit. Und welches Recht hat man denn, von dem Staate der Zukunft für die Religionsfreiheit dieselben Gefahren zu fürchten wie von dem der Vergangenheit? Das bisherige Verhältnis von Staat und Kirche war ein Bund zur gemeinsamen Unterdrückung der Geister! Wie kann man dasselbe auch fernerhin besorgen? Und wie viel Wahres bleibt an den Behauptungen, daß die katholische Kirche bisher in Deutschland unterdrückt gewesen sei, übrig, sobald man einmal nicht schon da Unterdrückung findet, wo nur nicht die unbeschränkte Herrschaft war? Auch glaube man ja nicht, daß mit dieser Bewilligung die ultramontane Partei befriedigt, die Eintracht für immer hergestellt sei! Der müßte die Partei schlecht kennen, der das hoffen wollte. Gleich in der nächsten Woche würde die Forderung gestellt, die Schule ganz der Kirche zu überlassen, alle Fonds von Schulen und Stiftungen herauszugeben u. s. f. Hier ist so lang kein Friede denkbar, als bis wir auf dem Standpunkt der vergangenen Jahrhunderte angelangt wären, bis es, wie Döllinger naiv sagte, in Deutschland wieder wird, wie es gewesen. Schon ein einziger Grund sollte ausreichen, ein Verzichten auf das Patronatsrecht des Staats und die Verwaltung des Kirchenfonds abzuraten; die Stellung der Kirche zur Schule. Eine vollständige Trennung ist auch hier eine praktische Unmöglichkeit. Wenn man auch bestimmen wird, daß die Geistlichen als solche nicht Schulaufseher sind, so werden

sie es dann doch wieder, nur nicht als solche, in den meisten Fällen werden. Und dieser Unterschied des als solcher und nicht als solcher steht eben auf dem Papier und hat wenig praktische Bedeutung. Der Staat hat schon aus diesem Grund das höchste Interesse dabei, gebildete, einsichtsvolle und patriotisch gesinnte Geistliche zu haben, und ein wichtiges Recht nicht einem abstrakten Prinzip zu lieb aufzuopfern. Denn, daß der künftige Staat dies Recht in einem dem Willen der Kirchengenossen entgegengesetzten Sinn, auf eine sie ausschließende Weise gebrauche, daß er nicht in Wahrheit dennoch den Kirchen ihre Selbstregierung überlassen werde, nur mehr im Wesen als in der Form, dies zu besorgen ist nicht der mindeste Grund vorhanden. Namentlich wäre es ratsam, wenn in protestantischen Ländern einer katholischen Minorität hier die weitgehendsten Zugeständnisse gemacht würden.*) Für die protestantische Kirche ist diese ganze Frage nicht von so großer Bedeutung, weil sie das, was sie mit Recht will, unter allen Umständen zu erreichen Hoffnung hat, weil von ihr für den Staat niemals Gefahr drohen kann eben wegen des demokratischen Prinzips, das in ihr wie in dem modernen Staat gleichmäßig liegt.

Das Endresultat der Abstimmungen ist bis jetzt unberechenbar; die Reden und Debatten sind hier von großer Wichtigkeit und bestimmen noch manchen für und wider; die Ultramontanen schaden ihrer Sache durch ihr Auftreten; denn es wird einem ganz unheimlich dabei zu Mute, wenn man denkt, daß man mit ihnen das Gleiche wollen soll. Die Hierarchie steht im Bunde mit den Theoretikern gegen die scheinbar inkonsequenten Praktiker! Die eine oder andere Entscheidung wird für Deutschland von wichtigen Folgen sein.

Frankfurt, 30. August. Noch immer ist die Kirchenfrage auf der Tagesordnung und noch immer ihre Entscheidung sehr ungewiß und

*) Diese schon hier ausgesprochene und nachher von Rümelin als württembergischem Kultusminister („Konkordatsminister," wie er genannt wurde) praktisch vertretene Ansicht, hat auch fatal in sein Leben eingegriffen und seinen Sturz im Jahre 1861 herbeigeführt.

zweifelhaft. Je mehr Redner von der ultramontanen Partei auftreten, desto mehr Anhänger verliert ihre Sache; vielen von der Linken fängt es an, bange zu werden vor diesem Bündnis mit ihren Gegenfüßlern, die früher unter dem unfreien Polizeistaat, wenigstens in den katholischen Ländern, nichts von einer Trennung vom Staat wissen wollten, jetzt aber die Einwirkungen des freien Volksstaats ängstlich von sich abwenden. Gegen die protestantische Kirche liegt in dieser radikalen Trennung insofern ein Unrecht, als man in demselben Augenblicke, in welchem man ihr die vollkommene Selbstregierung gibt, ihr ganzes bisheriges Kirchenrecht mit einem Schlage vernichtet, ohne sie gefragt zu haben, ob eine so vollständige Vernichtung der alten Grundlage in ihrem Wesen und ihrem Willen liegt. Eine rein demokratische Verfassung, wie sie die protestantische Kirche nach völliger Vernichtung des bisherigen Systems bekommen muß, halten wir insofern für kein Glück, als wenigstens in religiösen Dingen die freiere Ansicht bei der Minderheit ist, als die Mehrzahl am Alten hängt und dadurch die Minderheit zum Austritt nötigen kann, was sicher ein Unglück für beide Teile ist; denn der große Kampf zwischen dem modernen sittlich praktischen Vernunftglauben und dem alten dogmatischen Kirchentum soll in Deutschland nicht durch Bildung von aristokratischen Sekten, sondern innerhalb der beiden großen Kirchen selbst ausgefochten werden. Eine rein demokratische Kirche wird aber immer, wie die Beispiele der Calvinisten aus Schottland, Amerika, Holland und der Schweiz zeigen, einen ascetischen und exklusiven Charakter annehmen. Trotz der Konsistorialverfassung war im Deutschprotestantismus mehr wahre geistige Freiheit, als in den reformierten Kirchen und Sekten mit ihrer Presbyterialverfassung zusammen. Wir sehen in dem Einfluß der Staatsgewalt auf die Kirchen, wenn dieselbe in die Hände freisinniger und staatskluger Männer kommt, wie in der Zukunft zu hoffen steht, ein Hauptmittel, um den in Deutschland bevorstehenden religiösen Kampf auf dem Wege der friedlichen Reform und nicht auf dem der gewaltsamen, für die Einheit des Vaterlandes verderblichen Erschütterungen durchzuführen.

Man sagt, das sei eben wieder der alte Polizeistaat und die Bureaukratie; der alte Polizeistaat ist es jedenfalls nicht, sondern der neue, und wenn man alles Zuvorkommen und Leiten schon zum voraus als Polizeithätigkeit in ein gehässiges Licht stellen will, so soll man überhaupt lieber alles Regieren auf einmal verweisen und im Staat bloß einen Civil- und Kriminalkodex als das einzig Notwendige zulassen. —

Im ganzen wäre es vielleicht besser gewesen, wenn diese kirchlichen Fragen nicht gerade jetzt zu allen übrigen Schwierigkeiten, die ohnedies groß genug sind, hinzugekommen wären. Die Aussichten, wie es weiter gehen soll, sind trüb und verworren. Preußen in seiner beobachtenden zuwartenden Stellung scheint mehr daran zu denken, der Centralgewalt Verlegenheiten zu bereiten, um, wenn sie daran scheitert, an ihre Stelle zu treten, worin es sich sehr verrechnen dürfte, als daß es offen und rückhaltslos mit ihr einen Weg ginge, die einzige Politik, die im wahren Interesse Preußens liegt.

Die österreichische Regierung, in dem freilich entschuldbaren Bemühen, die ganze Monarchie zusammenzuhalten, bekämpft die ungarische Selbständigkeit durch die Kroaten, schließt sich, um die Slaven zu gewinnen, nicht mit Entschiedenheit an die deutsche Sache an und erwartet von dem Triumvirat Radetzky, Jellachich und Windischgrätz eine Restauration von Thron und Reich, womit zum voraus nur eine Allianz mit Deutschland, kein Aufgehen in demselben vereinbar ist.

Die Reichsgewalt, sowohl die Nationalversammlung als das Ministerium, wird im Norden als revolutionär verdächtigt und mit Mißtrauen angesehen, im Süden und Westen der Schwäche und Unthätigkeit angeklagt, ist in Oesterreich oft kaum dem Namen nach bekannt, jedenfalls nur von einer bestimmten Partei respektiert, und von den Großstaaten Deutschlands nicht unterstützt. Und statt diesen Verhältnissen ihre ganze Kraft und Aufmerksamkeit zuzuwenden, ist die Nationalversammlung in ihren Grundrechten vergraben, und kein Mensch sieht ein, wie darüber hinauszukommen ist. Der große Fehler lag hier darin, daß man diese Grundrechte überhaupt in solcher Ausführlichkeit

jetzt schon festsetzte. Man hätte in der Art, wie im Vorparlament, nur gleichsam die Ueberschriften von künftigen Reichsgesetzen, Freiheit der Person, der Presse, Religion, der Vereine, des Bodens, Gleichheit vor dem Gesetz und ähnliches proklamieren und die weitere Ausführung teils den Landesgesetzgebungen, teils künftigen Reichstagen vorbehalten sollen. Man könnte und sollte dies jetzt noch thun; denn zu einer Annahme ohne Debatte wird sich die Versammlung noch schwerer entschließen. Daß der Partikularismus in Deutschland mächtig im Wachsen ist, und daß die Reaktion sich seiner bedienen will, läßt sich nicht leugnen, und daraus folgt auch die Notwendigkeit für die Nationalversammlung, schärfer und energischer aufzutreten und lieber alles aufs Spiel zu setzen, als das Prinzip der Einheit und des Bundesstaats preiszugeben.

Seit einigen Wochen macht sich bei vielen Mitgliedern infolge der eingetretenen Verhältnisse allmählich die Ueberzeugung geltend, es sei jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo nur Kraft und Kühnheit nach Innen und Außen die deutsche Sache retten könne. So lang man fürchten mußte, durch eine mehr gegen den Besitz und die ganze gesellschaftliche Ordnung als für die Freiheit und Einheit Deutschlands kämpfende Bewegung, durch ein aufgebotenes Hilfscorps von Lumpen und Taugenichtsen im günstigsten Falle zu einer rheinischen Winkelrepublik à la Blanqui und Baboeuf zu gelangen und einen um so stärkeren Rückschlag von Norden und Osten zu veranlassen, so lange mußte man gerechtes Bedenken tragen, die Aufregung im Südwesten Deutschlands noch durch einen revolutionären Terrorismus von hier aus zu steigern; zumal da ganz bestimmt die reaktionäre Bewegung, die jetzt in Preußen herrscht, unmittelbar dadurch hervorgerufen worden wäre, mit dem großen Unterschied, daß sie dann vor dem Urteil der Mit- und Nachwelt als eine gerechtfertigte dagestanden wäre, während jetzt nach der besonnenen und gemäßigten Haltung der Mehrheit in der Nationalversammlung jeder billige und einsichtige Freund des Vaterlandes in der undeutschen Haltung der preußischen Staatsregierung eine ebenso unkluge als an sich verdammens- Frankfurt, 3. Sept.

werte Politik sieht. Gerade darum, weil die Nationalversammlung den Weg des Friedens und der Verständigung in echt deutscher Weise versucht hat, wäre sie um so mehr berechtigt, wenn es so weit kommen sollte, lieber die stärksten Kräfte und Leidenschaften in Bewegung zu setzen, als die vom deutschen Volk übertragene Aufgabe wieder unerledigt fallen zu lassen. Denn jedes denkbare Uebel wäre geringer als dieses. Aus dieser veränderten Stimmung erklärt sich der sonderbare improvisierte Anlauf gegen das Reichsministerium in der Sitzung vom letzten Freitag. Wernher von Nierstein, ein Mitglied des Württemberger Hofs, stellte ohne Wissen seiner Partei einen Antrag, dessen Annahme einen Sturz des Ministeriums hätte zur Folge haben müssen. Es geschah gerade nicht in dieser Absicht, aber in dem Gefühl, daß eine ängstliche und rücksichtsvolle Politik weder nach außen noch im Innern zum Ziele führen könne und daß die Versammlung diese Ueberzeugung in irgend einer Form aussprechen solle. Die Form, in der dies am Ende geschah, hatte zwar eher den Schein eines Vertrauensvotums als des Gegenteils, aber es lag doch in diesem Stedmannschen Antrag wenigstens das Urteil, daß Verzögerungen stattgefunden haben, wenn man die Minister auch von aller Schuld dabei freisprechen wolle. Ein Ministerium von einigen Wochen, das kaum seine Bureaux eingerichtet, das die größte Mühe hat, nur Leute zu finden, die einen Gesandtschaftsposten annehmen, ehe es Gelegenheit hatte, sein Programm vorzulegen, gleich wieder über den Haufen zu werfen, wäre weder klug noch gerecht gewesen, und hätte namentlich im Ausland das ohnedies geringe Zutrauen zur deutschen Centralgewalt noch mehr erschüttert.

Ein neuer schlimmer Vorfall ist nun der dänische Waffenstillstand. Die Bedingungen desselben und die Art, wie er zu stande gekommen, sind noch nicht vollständig und noch nicht offiziell bekannt, deswegen muß man sein Gesamturteil noch suspendieren. Aber der eine Umstand, daß ihn Preußen abgeschlossen hat und nicht die Centralgewalt, reicht hin, um den Stab über ihn zu brechen. Schon das ist

unwürdig genug, daß der Minister des Auswärtigen erklären mußte, nach Nachrichten aus Berlin sei ein Waffenstillstand abgeschlossen in einem von Deutschland geführten Kriege, dessen Bedingungen ihm noch unbekannt seien. Und dann, wenn es sich bestätigen sollte, ein Waffenstillstand auf sieben Monate, also gerade bis zum Wiederbeginn der Schiffahrt! sich also die Hände zu binden gerade über die Zeit, in welcher wir den Dänen schaden können, aber sie nicht uns, und so auch den immerhin möglichen Glücksfall eines strengen Winters preiszugeben, in dem wir, wie einst Karl Gustav von Schweden, zu Lande nach Kopenhagen rücken könnten!

Frankreich, England und Rußland stehen auf der Seite unserer Gegner! Es scheint, Deutschland soll in die gleiche Lage kommen wie Frankreich 1792, und entweder auf alle seine gerechten Ansprüche verzichten, oder gegen ganz Europa in die Schranken treten.

Mit dem dänischen Waffenstillstand steht es schlimmer und ernsthafter, als irgend jemand denken sollte. Preußen war von der Centralgewalt beauftragt, in ihrem Namen den Waffenstillstand auf die Bedingungen des Vertrags von Bellevue mit Hinzufügung von drei ausdrücklichen Punkten abzuschließen. Preußen hat diesen Auftrag überschritten, indem es nicht im Namen der Centralgewalt, sondern in seinem eigenen und des deutschen Bundes Namen handelte; indem es in die Aufhebung aller von der bisherigen provisorischen Regierung erlassenen Gesetze und Verordnungen willigte, den ausdrücklichen Worten des Mandats zuwider; indem es die Einsetzung einer rein dänisch gesinnten Regierung unter Moltkes Präsidium zuließ und somit die ganze bisherige Bewegung in den Herzogtümern desavouierte und preisgab; indem es für die in den Herzogtümern zurückbleibenden Truppen nicht die Stellung unter dem Befehl eines deutschen Kommandanten vorbehielt, was in der Vollmacht des Reichsverwesers ausbedungen war. Zu diesen Abweichungen kommt noch eine förmliche Verhöhnung, indem der vom Reichsverweser nach Berlin und Schleswig zur Teilnahme an den Verhandlungen

Frankfurt, 5. Sept.

abgesandte Max Gagern hieher zurückkam, ohne auch nur von den Bedingungen des abgeschlossenen Waffenstillstandes unterrichtet worden zu sein. Der Abgesandte von Deutschland wurde förmlich und auf eine beschimpfende Weise ignoriert. Die Erbitterung über dieses Verfahren Preußens ist grenzenlos! Man entschloß sich gestern, nicht in der ersten Aufregung einen unwiderruflichen Schritt zu thun, wird aber heute über den verhängnisvollen Antrag des Ausschusses beraten und entscheiden, daß die Ausführung des Waffenstillstandes unmittelbar zu sistieren und dem Rückmarsch der Truppen bis zur definitiven Entscheidung Einhalt gethan werde. In dieser Entscheidung liegt natürlich zugleich auch die Verwerfung des ganzen Waffenstillstandes und damit die Gefahr eines vollkommenen Bruches mit Preußen und eines europäischen Krieges. Wie diese Abstimmung ausfällt, nächst der über die Centralgewalt die wichtigste seit unserem Zusammensein, ist noch zweifelhaft. Der Württemberger Hof, Westendhall und die Linke werden für Sistierung stimmen; das Kasino oder rechte Centrum und die Rechte dagegen; es werden aber manche auch von dieser Seite, namentlich die preußenfeindlichen Ultramontanen abfallen, so daß der kühnere Entschluß viel Wahrscheinlichkeit, jedenfalls eine sehr große Minderheit für sich hat. Mit dieser Entscheidung, wenn sie so ausfällt, treten wir in ein zweites Stadium der Revolution, und der fünfte September kann ein weltgeschichtlicher Tag für Deutschland werden. Wenn der Kampf gegen Preußen aufgenommen und mit den Mitteln geführt werden soll, mit denen er allein geführt werden kann, wenn mit Wiederbeginn des dänischen Krieges zugleich eine europäische Einmischung dazukommt, dann sind wir genau da, wo Frankreich 1792 war, nur daß unsere Vendée zehnmal größer ist als die französische, und dann müßten wir entweder auch zu ähnlichen Mitteln greifen wie damals, oder auf das Werk, das man uns aufgetragen hat, verzichten. Dann müssen und wollen wir eine zweite Revolution machen, stärker und durchgreifender als die erste war, eine deutsche einheitliche Revolution, bei der kein Ehrenmann sich ausschließen darf. Viel-

leicht aber und sogar wahrscheinlich wird die Sache nicht auf dieses Extrem getrieben werden; Preußen wird wieder einlenken, vielleicht sein Ministerium wechseln und sich scheuen, es bis zu offenen Feindseligkeiten gegen Deutschland kommen zu lassen. Zunächst hängt alles daran, und ist ein für die Zukunft entscheidender Vorgang, ob Wrangel den Befehl, die Zurückziehung der Truppen einzustellen, vollziehen wird oder nicht. Alles ist in einer sehr ernsten, feierlich aufgeregten Stimmung und fühlt, daß die Tage gekommen sind, in welchen sich Deutschlands Zukunft entscheiden wird.

Frankfurt, 6. Sept.

Die entscheidende Krisis ist eingetreten, der verhängnisvolle Befehl an Wrangel beschlossen und das Ministerium, das die Sache zur Kabinettsfrage gemacht, durch eine Mehrheit von 17 Stimmen zum Rückzug genötigt. Hiemit stehen wir vor den Pforten einer neuen Epoche der Revolution, die vielleicht auswärtigen Krieg und innere Spaltung und im Gefolge derselben zwar schwere Prüfungen, aber auch auf irgend einem Wege den von den Besten der Nation einmal auf unverlierbare Weise ergriffenen Gedanken der Einheit zur Wirklichkeit bringen wird. Daß der Waffenstillstand ein für Deutschland unwürdiger, nur durch die Furcht vor Frankreich und Rußland veranlaßter, daß das Benehmen Preußens gegen die Centralgewalt ein ganz unentschuldbares war, daß demnach die Nationalversammlung einen kräftigen Beschluß ihrer eignen und des Volkes Ehre schuldig war, kann niemand in Abrede stellen. Obgleich das Ministerium oder Heckscher große Fehler in der Sache gemacht hat, wäre es doch besser und den meisten erwünschter gewesen, wenn die Sache als gemeinschaftliche Verletzung der Reichsgewalt, der Nationalversammlung sowohl als des Reichsverwesers und Ministeriums behandelt worden wäre, und die Minister im Einklang mit der Versammlung sich zu den nötigen Schritten zu entschließen den Mut gehabt hätten. Wenn sie den Antrag der Nichtratifikation an die Versammlung gestellt hätten, so hätte unser ganzes Auftreten in der Sache mehr Kraft und Nachdruck gehabt. Die Minister wollten aber die Verantwortlichkeit der Ausführung nicht übernehmen,

d. h. sie hatten nicht den Mut, das Notwendige zu thun, oder vielmehr sie glaubten, daß zu der Ausführung dieses Beschlusses Maßregeln nötig werden könnten, die ihren Gesinnungen und politischen Ansichten widersprächen und besser von einem Ministerium der Linken ausgeführt würden. Ueber das neue Ministerium läßt sich im Augenblick noch nichts Bestimmtes sagen. Es wird wahrscheinlich auch nur ein Uebergang zu einem noch radikaleren sein und zunächst mehr aus dem linken Centrum genommen werden, als das bisherige. Mohl und Duckwitz könnten von dem alten bleiben; Mohl war in dem Ministerrate gegen Ratifikation des Waffenstillstands gewesen, hatte sich aber in der solidarischen Verbindlichkeit von seinen Kollegen nicht trennen wollen und tritt mit ihnen ab, da er sonst als der einzig Zurückgebliebene das neue Ministerium hätte bilden müssen, was er nicht auf sich nehmen wollte.

Die Stimmen des Württemberger Hofes haben die Sache entschieden und das Ministerium gestürzt, obwohl letzteres nicht in der Absicht und den Wünschen der Partei lag. Die gestrige Mehrheit ist so klein und unter sich so verschieden, daß mit ihr keine Regierung regieren kann. Es ist für jetzt noch kein anderes Ministerium möglich, als ein aus den Centren mit starkem Ueberwiegen des linken Centrums zusammengesetztes. Jedenfalls erhält das neue Ministerium, namentlich das des Auswärtigen, eine außerordentlich schwierige Stellung, wenn es nur den gestrigen Beschluß der Nationalversammlung ausführen will, vom Uebrigen noch gar nicht zu reden. Dahlmann, der gestern abend zum Reichsverweser berufen, ist in Beziehung auf alle nationalen Fragen und auf das Prinzip der Einheit sehr scharf und konsequent und hat auch in dieser Sache wesentlich zur Entscheidung mitgewirkt. Ein Ministerium zu bilden, wäre ihm aber unmöglich. Hiebei werden Männer aus dem Württemberger Hof, Mohl, Wurm, Compes, Fallati, Zell, Rieser, Giskra, Biedermann, zunächst in Betracht kommen, vielleicht auch jetzt der eine oder andere aus Westendhall. Große Entscheidungen in der unmittelbar nächsten Zeit sind wohl noch

nicht zu erwarten. Den Bruch mit Preußen wird man von beiden Seiten eifrig zu verhindern bemüht sein. Man wird unterhandeln, Preußen wird entgegenkommende Schritte thun und vielleicht noch irgend ein neues Abkommen getroffen. Aber es hilft nicht auf die Länge, einmal muß die Sache zur Entscheidung kommen.

Die in meinem letzten Bericht ausgesprochene Vermutung, man werde jetzt von verschiedenen Seiten daran arbeiten, in der Nationalversammlung wieder eine Vermittlung und Ausgleichung zu stande zu bringen, um vorerst den Bruch und das hohe Fahrwasser der Revolution zu vermeiden, bestätigt sich. Es ist große Geschäftigkeit von seiten der in der Minorität gebliebenen Partei, und wir fürchten, sie möchte bei der definitiven Entscheidung über den Waffenstillstand wieder den Sieg davon tragen. Es sind von der rechten Seite immer 50—60 beurlaubt, während von der Linken durchschnittlich eine kleinere Anzahl abwesend ist. Alle Beurlaubten sind schleunig einberufen, und da die Majorität überhaupt eine sehr kleine war, kann schon dies Mittel von Einfluß sein. Die Linke und das linke Centrum werden wohl fest bleiben, aber die zahlreichen Volontärs vom rechten Centrum, deren Stimmen die Sache vollends entschieden haben, werden aufs eifrigste bearbeitet. Mir ist es nun zwar wohl begreiflich, wie jemand, der den Waffenstillstand verwerfen will, doch nicht für die Sistierung stimmen wollte, weil er darin auch schon vor Kenntnis der Urkunden ein entschiedenes Urteil über das Ganze sah, und darum ist es auch billig, sein Urteil über die einzelnen Abstimmungen noch zurückzuhalten, aber das Umgekehrte, daß jemand für Sistierung stimmt und dann den Waffenstillstand schließlich anerkennt, das ist kaum erklärlich, und doch ist dieser Fall bei vielen nicht unwahrscheinlich.

Frankfurt, 10. Sept.

Die Besetzung des Reichsministeriums wird, wie es scheint, bis zur Hauptentscheidung hinausgezogen, und dann, wenn diese ausfällt, wie man von jener Seite hofft, so haben wir vielleicht, mit Ausscheidung von Heckscher und Schmerling, das alte Ministerium wieder. Indessen bleibt schmählicher

Weise der neuliche Beschluß unvollzogen; die Schuld davon fällt auf Dahlmann; denn die alten Minister, die augenblicklich nach der Sitzung ihre Entlassung eingaben, konnten nicht mehr dazu gezwungen werden; Dahlmann hätte entweder selbst sogleich ein Portefeuille, wenn auch nur auf ein paar Stunden, übernehmen und den Beschluß ausführen oder einen andern hiefür vorschlagen sollen. Dahlmann hat überhaupt, trotz seiner ergreifenden und vielentscheidenden Reden, in der Sache keine glänzenden staatsmännischen Eigenschaften gezeigt und sich mehr nur von seinen schleswig-holsteinschen Sympathieen vorübergehend von dem Standpunkt des starren Doktrinärs abbringen lassen. Diese Nachrichten lauten sehr untröstlich für diejenigen, die endlich den Tag der ernsten Entscheidung gekommen glaubten, und stechen grell ab gegen den freudigen Enthusiasmus, mit dem die wichtige Abstimmung bei uns aufgenommen wurde.

Hier ist große Spannung auf die Nachrichten von Berlin, und der Sturz des dortigen Ministeriums, wenn auch aus anderm Grunde erfolgt, ist jedenfalls ein für uns günstiger Umstand und bringt dort die Linke, die, wenn auch noch nicht ganz deutsch, doch deutscher als alle andern Richtungen ist, ans Ruder. Das neue Ministerium hat auch jedenfalls in der Waffenstillstandsfrage freie Hand und erleidet durch Nachgeben keine Niederlage. Ueberhaupt sieht wohl jedermann ein, unser Kampf gegen Preußen kann kein anderer sein, als daß wir das preußische Volk auf unsere Seite allmählich herüberziehen und mit dem Gedanken der Einheit bei ihm Propaganda machen. Andere Exekutivmaßregeln haben wir zur Zeit nicht und brauchen wir auch nicht; ich habe die feste Ueberzeugung, daß ein Bürgerkrieg jetzt und später unmöglich ist, daß das Nationalgefühl bereits stark genug ist, um dies Aeußerste nicht mehr zuzulassen.

Wie man hört, hat der Reichsverweser eine vollkommene Erkenntnis der gegenwärtigen Lage. Zu Dahlmann, der anfangs die Bildung eines neuen Kabinetts ablehnte, sagte er mit Recht einfach, er sei dazu verpflichtet und könne das

Verlangen nicht zurückweisen. Ueberhaupt ist der Reichsverweser nicht bloß der treuherzige, einfache, populäre Steiermärker, wofür er gewöhnlich allein gilt, sondern zugleich ein grundgescheiter, sogar schlauer Mann, der die Zeitbewegung wohl begreift, und wohl auch weiß, was sie ihm bringen soll. Als er in Köln mit dem König von Preußen zusammen war, sah die Menge hier nur den Gegensatz zwischen dem schlichten Biedermann und dem überlegenen, geistreichen, vielgewandten, genialen aber unzuverlässigen Fürsten der Romantik. In Wahrheit war der Gegensatz ein umgekehrter, der zwischen dem klaren, scharfsinnigen und vielleicht ein hohes Ziel fest ins Auge fassenden Mann und dem verschrobenen, aber gutmütigen Menschen, der bei viel Talent nicht weiß, was er will und soll.

Die Frau Reichsverweserin ist eine einfache, sehr populäre Frau, die selbst auf den Gemüsemarkt geht und den Sachsenhäuserinnen die Hand reicht, die aber außerordentliches Heimweh nach Steiermark haben soll.

Zwischen die Spannung und die Intriguen in den Waffenstillstandshandel hinein wurden in der Nationalversammlung ohne viel Teilnahme die wichtigen Kirchenfragen entschieden, und endlich einmal ein freilich ungenügender und unpraktischer Beschluß zur Abkürzung der Grundrechtsberatung gefaßt. Bei solchen Abstimmungen, wo eine Menge Anträge und Aenderungsvorschläge hinter einander zur Abstimmung kommen, geht es oft sehr sonderbar zu, und der Zufall hat so vielen Anteil daran als die Ueberlegung. Wenn man auf solche Abstimmungen nicht ganz genau und gewissenhaft vorbereitet und zum voraus fest entschlossen ist, was gerade nicht immer der Fall zu sein scheint, namentlich nicht bei vielen sogenannten Stegreifrittern, die zu keiner Gesellschaft gehören, so ist man ein Spiel des Zufalls und handelt leicht nur nach einer augenblicklichen Anregung.

Frankfurt, 13. Sept.

Bei der Kirchenfrage war offenbar im ganzen kein rechtes und tieferes Verständnis der Sache vorhanden; die vielen und langen Reden darüber gingen entweder vom Standpunkt des Theologen, der seine Kirche im Auge hat, oder des Juristen

und Philosophen, der auf einem Prinzip herumreitet, aus, nur wenige von dem rein praktischen Boden, auf welchem man zehnmal lieber inkonsequent ist, als daß man ohne Not gefahrvolle Versuche mit dem Gefühl und Bewußtsein des Volkes macht. Eine praktisch-wahre Auffassung der Sache wird man nur in den wenigsten der gehaltenen Reden finden, und die vielgepriesene deutsche Gründlichkeit zeigt sich mehr auf der Breite als in der Tiefe. Bei der Abstimmung fiel zuerst das erste Minoritätsgutachten der Ultramontanen mit Glanz durch, und gleich darauf wurde der Künzersche Antrag*), der ganz dasselbe mit andern Worten sagte, angenommen. Denn daß, wenn jede Religionsgesellschaft ihre Angelegenheiten selbst ordnet und verwaltet und nur wie jede andere Gesellschaft unter den Staatsgesetzen steht, damit jedes besondere Verhältnis des Staats zur Kirche, also z. B. die Ernennung der Geistlichen, die Verwaltung des Kirchenguts aufgehoben ist, daß eine Kirche so gut wie eine Dampfschiffahrtsgesellschaft ihre Diener anstellt und entläßt, ihr Vermögen verwaltet, wird wohl niemand bestreiten können. Die Hauptpunkte, um die es der kirchlichen Partei zu thun war, sind damit bewilligt, und dennoch waren viele, die dafür gestimmt hatten, des guten Glaubens, diesmal habe man doch die Ultramontanen recht durchfallen lassen. Diese Art der Trennung zwischen Staat und Kirche, wie sie hiemit gegeben ist, als völlige Zusammenhangslosigkeit so mächtiger Korporationen mit dem Staat, ist nur darum kein so großes Unglück, weil sie eine Unmöglichkeit ist und dieser Paragraph hoffentlich eben auf dem Papier stehen oder bei der zweiten Abstimmung wieder umgeändert wird. — Aehnlich wird es auch mit der Schulfrage gehen; es ist auch hierüber zu wenig Sachkenntnis in der Versammlung, als daß nicht die

*) Der Antrag Künzer und Genossen zu § 14 des Entwurfs der Grundrechte lautete: Jede Religionsgesellschaft, — Kirche — ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig, bleibt aber, wie jede andere Gesellschaft im Staate, den Staatsgesetzen unterworfen.

allgemeinen Schlagwörter der Tagesweisheit, Trennung, Aufhebung u. s. w. den Sieg erfechten sollten.

Indessen sind große Unterhandlungen in der Waffenstillstandsfrage, und es ist wohl noch niemand imstande, das Ergebnis der morgigen Abstimmung vorauszusagen. Die Genehmigung des Waffenstillstands nach dem Minoritätsantrag des Ausschusses ist unwahrscheinlich; ob man aber nicht zwischen Genehmigen und Nichtgenehmigen noch etwas Mittleres, eine Suspension oder so etwas herausbringt, das dann am Ende die Majorität erhält, läßt sich noch nicht sagen. Jeder solche Vermittlungsantrag ist allerdings nur ein Antrag auf Verwerfung in anderer Form; denn logisch giebt es einmal zwischen A und non A nichts Mittleres. Die Unausführbarkeit der beiden schmachvollsten Bedingungen, die sich bereits gezeigt hat, ist ein Erleichterungsgrund für die Verwerfung; denn der Waffenstillstand ist bereits thatsächlich verworfen.

Ein Ministerium wird vor der Entscheidung nicht mehr gebildet werden. Heermann aus München hat den Auftrag dazu erhalten, wird ihn aber nur dann ausführen, wenn die Hauptentscheidung morgen nicht in Widerspruch mit der letzten tritt und der Stillstand verworfen wird.

Vielleicht interessiert es den Leser einige statistische Notizen über die Abstimmung vom 5. September zu erfahren.

Es stimmten	für Sistierung,	gegen,	abwesend:
Aus Oesterreich	53	42	29
„ Preußen	43	116	23
„ Bayern	31	31	8
„ Sachsen	20	—	4
„ Württemberg	24	2	2
„ Hannover	6	14	3
„ Baden	13	1 (Soiron)	4
„ Kurhessen	6	2	3
„ Großh. Hessen	8	—	1
„ Mecklenburg	5	2	1
„ Schlesw.-Holstein	10	—	1
„ Braunschweig	—	4	—

Frankfurt, 19. Sept.*) früh 9 Uhr. (1. Bericht.)

Nach einer stündigen Waffenruhe, in welcher Abgeordnete von der Linken vergeblich von den Reichsministern eine Kapitulation und Abzug der Truppen**) zu erwirken suchten, fing gestern abend der Kampf wieder an. Es traf viele Artillerie von Mainz und Darmstadt ein; die Barrikaden wurden zusammengeschossen und im Sturm genommen; es wurde mit Kartätschen in die Schnur- und Döngesgasse geschossen. Abends um 9 Uhr waren alle Barrikaden diesseits des Flusses bis auf eine genommen. In Sachsenhausen sollen sich die Insurgenten noch halten. Gestern abend um 11 Uhr hörte man schießen; die Nacht durch blieb es ruhig. Heute früh um 6 Uhr und jetzt um 9 Uhr hört man wieder Schüsse. Lichnowsky und Auerswald wurden vor der Stadt am Allerheiligenthor von einem Haufen überfallen, in einen Keller geschleppt und dort zerschossen und zerhackt. Auerswald blieb gleich tot. Lichnowsky starb um 11 Uhr an unzähligen schweren Wunden. Es hat noch kein tolleres, scheußlicheres Unternehmen gegeben als dieses. In der Dönges- und Schnurgasse sah man eine große rote Fahne; es sollen viele Franzosen dabei sein. Das Nähere über den jetzigen Stand der Dinge konnte ich noch nicht erfahren.

Frankfurt, 19. Sept. (2. Bericht) nachmittags.

Der Aufstand ist seit heute früh vollständig unterdrückt; noch in der Nacht wurden alle Barrikaden genommen. Die Stadt ist in Belagerungszustand versetzt und das Kriegsrecht verkündigt. Es werden alle Häuser durchsucht, und jeden Augenblick bringt man wieder einen, den man aus dem Keller oder irgend einem Versteck hervorgeholt hat. Tote liegen im Spital bis jetzt über 20; im ganzen sollen 70—80 von den Soldaten

---

*) Dieser erste, in der Sonderausgabe vom 20. Sept. des Schw. Merk. an der Spitze stehende Artikel wurde unmittelbar nach der Mordthat niedergeschrieben. — Am 17. Sept. war auf der Pfingstweide bei Frankfurt von den Radikalen beschlossen worden, zur That gegen die „Verräter" in der Nationalversammlung zu schreiten.

**) Die tags zuvor mehrere tausend Mann stark mit der Eisenbahn von Mainz nach Frankfurt gekommen waren.

getötet oder schwer verwundet worden sein, doch weiß man noch nichts Bestimmtes darüber. Die Truppen haben sich ausgezeichnet gehalten. Die Frankfurter Bürgerwehr dagegen hätte gestern früh bei etwas mehr gutem Willen das ganze Unglück verhüten können, wenn sie das Errichten von Barrikaden, das den ganzen Morgen ruhig und ungestört vor sich ging, während die noch nicht zahlreichen Truppen um die Paulskirche standen, nicht zugelassen hätte. Statt dessen sah sie gemütlich und schadenfroh zu, schimpfte über die Preußen, die von Mainz hergeholt waren, um für sie ihr Leben zu wagen, und ist so die mittelbare Ursache der ganzen Schändlichkeit. Mittags, als zwei neue Bataillone Preußen angekommen waren, wurde der Befehl zum Angriff gegeben und bis 5 Uhr waren mehrere Barrikaden genommen. Die Preußen, die hier ihre Mainzer Gegner vor sich hatten, kämpften mit der größten Hitze. Die hessische Infanterie, die die Fahrgasse erstürmte, soll sich ebenfalls vortrefflich geschlagen haben. Die abends noch von Offenbach und Darmstadt angekommene und über die neue schnell zum Transport eingerichtete Eisenbahnbrücke herbeigeschaffte Artillerie entschied den Kampf. Die Zahl der Barrikadenkämpfer oder „Civilisten", wie heute ein preußischer Soldat sehr charakteristisch zu mir sagte, kann nicht mit annähernder Sicherheit angegeben werden, weil sie sehr schwankend war. Anfangs standen hinter jeder Barrikade sehr viele, oft mehrere Hunderte, meist unvollständig bewaffnet; später, als es zum Kanonieren kam, hielten nur noch wenige aus, die sich mit großem Heldenmut verteidigten. Sie bestanden aus zwei sehr heterogenen Elementen: aus jungen fanatischen Anhängern der roten Republik, wozu wohl die Mehrzahl der Turner aus Mainz und Hanau gehörte, und aus der Hefe des Volkes, raub- und skandalgierigen Proletariern, die davon liefen, als es ernst wurde, aber um so schlimmer gehaust hätten, wenn die Entscheidung anders gefallen wäre.

Das Anerbieten von einer Deputation Abgeordneter, sich für die Ruhe zu verbürgen, wenn man das Militär zurückziehe, muß, einer solchen Schar gegenüber, zum Mindesten ein

sehr gewagtes genannt werden. Die Weigerung Schmerlings, auf eine Kapitulation einzugehen, so sehr sie gestern geschmäht und getadelt wurde, wird heute nur noch von wenigen derer, die gestern klagten, angegriffen.

Alle Begriffe von Menschlichkeit übersteigend ist der scheußliche Meuchelmord von Lichnowsky und Auerswald. Es ist eine That, der die französische Revolution kaum etwas gleich Schauderhaftes entgegenstellen kann, und wenn heute ein Fremder sagte, der deutsche Pöbel sei der bestialischeste unter allen civilisierten Nationen, so hat man im Angesicht einer solchen Thatsache kaum den Mut, zu widersprechen. Lichnowsky war durch und durch Aristokrat von Gesinnung und Benehmen im guten wie im schlimmen Sinne des Wortes, aber keiner seiner politischen Gegner leugnet ihm ab, daß er ein ehrenhafter ritterlicher Mensch von dem höchsten Mute und von großen Geistesgaben war. Man darf wohl mit Buttler sagen: es ist doch schade um den edlen Jüngling.*) Sein Leichnam liegt im Hospital, zerschnitten, zerhauen, am Kopf, den Armen und im Unterleib aufs scheußlichste zugerichtet. Auerswald war nach allgemeinem Zeugnis ein Mann von mittleren Geistesgaben, aber von großer Herzensgüte, der auch mit Männern aller Parteien gut stand und allgemein aufs tiefste betrauert wird. Vor einem halben Jahre war er noch als einer der freisinnigsten Offiziere geächtet und zurückgesetzt, jetzt hat ihn das souveräne Volk mit Prügeln totgeschlagen. Beide wollten, wie man sagt, entweder der württembergischen Artillerie entgegenreiten oder, wie andere meinen, Hanau zu rekognoszieren, ob kein Zuzug käme. Sie wurden in der Nähe des Allerheiligenthors überfallen, in einen Keller geschleppt und dort auf so kannibalische Weise getötet. Die That wird in Preußen einen furchtbaren Eindruck machen.

Es hat auf der Welt noch nichts wahnsinnigeres und schändlicheres gegeben als diesen Aufstand. Er war offenbar

---

*) Rümelins Landsmann, Friedrich Theodor Vischer, giebt von Lichnowsky eine wesentlich andere Schilderung, wonach sein Charakter in sittlicher Beziehung gerade kein ehrenhafter war.

gegen die Nationalversammlung selbst gerichtet und ohne das Militär wäre die Paulskirche gestern der Schauplatz der größten Schändlichkeiten geworden. So schlecht verstehen es die Deutschen, eine Revolution zu machen. Diejenigen, die voran stehen und den Gedanken der deutschen Einheit durch Ernst und Beharrlichkeit verwirklichen sollten und könnten, ohne Blutvergießen, die treten feige zurück und überlassen tollen Jünglingen und bestialischem Gesindel die Aufgabe, für die Einheit und Freiheit Deutschlands zu streiten. Solche Aufstände müssen es dahin führen, daß eine Soldatenherrschaft als eine ersehnte Wohlthat angesehen wird. Vermutlich sind in diesen Tagen auch anderwärts ähnliche Vorfälle eingetreten, für die wohl der Ausgang der hiesigen ebenfalls entscheidend sein wird. — Nachschrift. Heckscher wurde auch in Höchst mißhandelt und befindet sich in Mainz. Der alte Jahn wird ebenfalls vermißt, doch scheint dieser geflohen zu sein.

Man ist hier sehr gespannt auf die Nachrichten von Baden und Württemberg; besonders unser engeres Vaterland gilt als das unterwühlteste, haltungsloseste Land in ganz Deutschland; jedermann fragt, was man denn eigentlich bei uns wolle, welche Stellung die Regierung einnehme, was für Männer an der Spitze der Bewegung stehen, welche Haltung die Bürgerschaft habe? Man muß gestehen, daß diese Fragen leichter gestellt als beantwortet sind. Jeden Tag heißt es: in Stuttgart soll es ja losgebrochen sein; auf den heutigen Sonntag ist wieder der Ausbruch angesagt oder auf das Volksfest.*) Frankfurt, 23. Sept.

Die hiesigen Ereignisse haben vielleicht manchen zur Besinnung gebracht und wenden ein weiteres tolles Unternehmen ab; auch werden wie gewöhnlich die intellektuellen Führer, wenn die Sache auf dem Punkte des Losbrechens ist, sich wieder zurückziehen und davon abmahnen. An dem Ausgang, wenn es wirklich

---

*) Ein großes alljährlich bei Cannstatt abgehaltenes landwirtschaftliches Fest. — Der Schwäb. Merkur machte die Bemerkung: zum Glück ist die Ruhe nicht gestört und auch keine ernstliche Störung derselben mehr zu befürchten.

zum Losschlagen kommt, ist nicht zu zweifeln; die Soldaten werden in ganz Deutschland siegen; und alle diese Unternehmungen in ihr Gegenteil umschlagen. Die Bürgerwehren zeigten sich an den meisten Orten als ganz unausreichend für die Tage der Gefahr, und so reisen wir durch die klägliche Haltung der Bourgeoisie und den unsinnigen Bund zwischen Proletariat und Republikanismus so schnell wie die Franzosen dem Militärstaat entgegen.

Die Nationalversammlung ist in einer schweren Krisis begriffen; es läßt sich nicht leugnen, sie hat durch ihre zwischen Nord- und Süddeutschland vermittelnde Haltung, durch ihren universal-deutschen Charakter die partikular-deutschen Richtungen im Süden und Norden zurückgestoßen und im Süden vollends durch den letzten Beschluß einen großen Teil des Vertrauens eingebüßt, während sie im Norden und in Oesterreich dies Vertrauen noch nie recht besaß. Ihre Lage war nie schwieriger und hoffnungsloser, und dennoch wird sie diese Krisis überstehen und das Werk, das die Nation ihr anvertraut hat, vollenden. Traurig genug ist es, daß in Süddeutschland die Centralgewalt und die Mehrheit der Nationalversammlung ihre Autorität jetzt darauf begründen muß, daß sie dem tollen Treiben ein Ende macht und den unverständigen Parteien die Köpfe zurechtsetzt. Die Nationalversammlung wird, nachdem man die von ihr dargebotene Freiheit ungenügend befunden, in Süddeutschland als Beschützerin der Ordnung und Retterin vor der Anarchie ihre Bedeutung gewinnen. Das wird zuverlässig einst die unparteiische Geschichte sagen, daß die Schwierigkeiten, ein einiges Deutschland herzustellen, gerade so gut von dem Unverstand und Sondergeist der Süddeutschen, von ihrem blinden Preußenhaß, von ihrer völligen Unkenntnis der Verhältnisse in andern Teilen des Vaterlandes ausgegangen sind, als von der unredlichen Politik Preußens, von der indolenten und völlig passiven Stellung Oesterreichs.

Hier werden wesentliche Veränderungen in der Stellung der Parteien vor sich gehen und die Gegensätze stärker hervortreten. Man wird die Grundrechte ganz fallen lassen und

auf die großen Fragen über das Oberhaupt und die Verfassungsform gleich in den nächsten Wochen losgehen. Die Centralgewalt in ihrer bisherigen Form als die machtlose theoretische Gebieterin über die praktischen Machthaber ist unhaltbar; Preußen und Oesterreich werden sich ihr erst dann fügen, wenn sie wissen, welchen Anteil in der definitiven Gestaltung sie selbst daran haben werden. Aber den puren, blinden Gehorsam wird man von ihnen nie erzwingen; was von Anfang an bestand, aber dann wieder in den Hintergrund trat, steht jetzt wieder in seiner ganzen Bedeutung vor uns. Die Fragen über die Gestaltung des künftigen Deutschlands und die Stellung der Einzelstaaten werden jetzt mitten im Heerlager und Belagerungszustand eifriger besprochen als je.

Heute früh wurde wieder Generalmarsch geschlagen. Diesmal erschien die Bürgerwehr. Es war von der Linken eine Demonstration angekündigt; ein feierliches Begräbnis der unschuldig gefallenen „Volksmänner". Zimmermann sollte die Rede halten. Der Ministerrat verbot es, und der Leichenzug, der durch Zuzug von außen vergrößert werden sollte, wurde verhindert. Es ist viel Militär dem badischen Oberland zu, doch rückt von allen Seiten Ersatzmannschaft nach, z. B. zehntausend Preußen aus Kreuznach.

Bei der Abstimmung über die Schulfragen*) zeigte sich abermals, wie unfähig eine große Versammlung ist, im einzelnen Gesetze in der Weise zu machen, daß sie aus einer Reihe von Anträgen und Aenderungsvorschlägen nach Belieben eine Anzahl annimmt und eine andere verwirft. Da kommt am Ende ein monströses Quodlibet von guten und schlechten Bestimmungen zusammen, die kein Ganzes bilden

Frankfurt, 27. Sept.

*) Bei dieser Gelegenheit hielt Rümelin eine längere Rede und verteidigte den von ihm mitunterzeichneten Minoritätsantrag des Ausschusses für Schulwesen und Volkserziehung; er that unter anderem den bezeichnenden Ausspruch: Die Herrschaft der Kirche über die Schule soll aufhören, nicht aber die Verbindung; die Kirche soll nicht herrschen, sondern mitarbeiten."

oder gar sich offen widersprechen. Bei dem Schulwesen hätte man sich darauf beschränken sollen, den allgemeinen Grundsatz klar hinzustellen, daß der Staat für Schulen zu sorgen hat, und daß ihm die Gesetzgebung und Aufsicht über das ganze Unterrichtswesen zusteht. Alle einzelnen Bestimmungen, wie dies Recht in den einzelnen Ländern auszuüben sei, mußten wegbleiben und die Reform des Schulwesens der natürlichen Entwicklung desselben überlassen bleiben. Statt dessen stehen jetzt eine Reihe solcher singulären Sätze in den Grundrechten, die vielfach störend und verletzend in geordnete Verhältnisse eingreifen werden. Die Bestimmung „das ganze Unterrichts- und Erziehungswesen ist der Beaufsichtigung der Geistlichkeit als solcher enthoben" ist ein ungeeigneter Ausdruck für den richtigeren und wichtigeren Satz, daß die öffentlichen Schulen von den einzelnen Religionsgesellschaften unabhängig sein sollen. Die Bestimmung, daß die Gemeinden die Lehrer zu wählen haben, ist in solcher Allgemeinheit und Schärfe für den Lehrerstand und damit auch für die Schule höchst nachteilig und dabei ein Widerspruch gegen den zugleich angenommenen Satz, daß die Lehrer die Rechte der Staatsdiener haben. (Man hätte der Versammlung bei dieser Gelegenheit die Schulmeisterswahl zu Blindheim*) vorlesen sollen.) Daß die Gemeinden die Lehrer zu bezahlen haben, hat da, wo dies bisher schon der Fall war, keine Bedeutung, und wo es nicht der Fall war, wo der Staat oder ein Patron die Verpflichtung hat, entweder gar keinen Sinn oder greift es verletzend in bestehende Rechtsverhältnisse ein. Daß das Schulgeld in Volksschulen aufgehoben ist, ist dem Prinzip nach richtig, gehört aber nicht in die Grundrechte und ist für die Lehrer insofern nachteilig, als sie zu der so dringend nötigen Verbesserung ihres Gehaltes nur um so schwerer und später kommen werden, wenn die durch Gemeindeumlagen für Schulzwecke aufzubringende Summe verdoppelt wird. Man hätte diese Maßregel und den Zeitpunkt, wo sie in jedem Lande

*) Eins der besten schwäbischen Dialektlustspiele; eine vorzügliche Satire auf das Recht der Gemeinden, ihre Lehrer selbst zu wählen.

eintreten kann, der Gesetzgebung des Einzelstaates überlassen sollen. So geht es bei diesen Grundrechten; bei aller Gründlichkeit kommt doch oft etwas ganz Ungründliches im einzelnen heraus. Die große Mehrzahl der Versammlung verstand von der Sache nichts und hatte in gegenwärtiger Zeit auch keine Lust, sie näher kennen zu lernen, und so hatte beim Abstimmen der Zufall und das augenblickliche Urteil einen großen Anteil an der Entscheidung. Man kann bei solchen Abstimmungen oft sehr lebhaft an ein bekanntes Distichon von Schiller*) erinnert werden.

Die letzten Ereignisse haben in der Parteistellung bereits die Folge gehabt, daß der Württemberger Hof sich von den linken Fraktionen, mit denen er in der Waffenstillstandsfrage zusammenging, insofern getrennt hat, als er entschlossen ist, das Reichsministerium bei den notwendigen energischen Maßregeln zur Erhaltung der Ordnung kräftig zu unterstützen, während die Linke jeden Tag mit Interpellationen und dringlichen Anträgen gegen diese Maßregeln, die als Reaktion bezeichnet werden, ankämpft. Im Prinzip und in den Verfassungsformen wird jede Partei ihre Grundsätze festhalten, aber zur Kräftigung der Centralgewalt, die jetzt sich als eine wirkliche Macht zu erweisen und dadurch auch für die Zukunft an Bedeutung zu gewinnen Gelegenheit hat, wird das gesamte rechte und linke Centrum, im ganzen zwei Dritteil aller Stimmen, fest zusammenhalten und so eine kräftige Regierung möglich machen; die Linke dagegen scheut sich nicht, jeden Tag durch Anträge zu Gunsten der „Volksmänner des Septemberaufstandes" Sympathieen für ein Unternehmen auszudrücken, das unleugbar und offen gegen die Nationalversammlung, die

---

*) Es ist nicht ganz klar, welches Distichon Schillers gemeint ist; ich denke entweder (Majestas populi)

Einzelne Wenige zählen, die übrigen Alle sind blinde
Nieten; ihr leeres Gewühl hüllet die Treffer nur ein;

oder (An G. G.)

Jeder, sieht man ihn einzeln, ist leidlich klug und verständig;
Sind sie in corpore, gleich wird auch ein Dummkopf daraus.

gesetzliche Vertreterin des deutschen Volkes, und gegen das Leben und die Freiheit einzelner Mitglieder gerichtet war. Man scheut sich nicht, dies Attentat mit allen seinen Schändlichkeiten als einen unbedeutenden, zwecklosen und zufälligen Krawall darzustellen, der nur vom Reichsministerium selbst dadurch provoziert worden sei, daß man habe Truppen kommen lassen und sie auf die Anträge der Deputation beim Reichsverweser nicht gleich wieder zurückgezogen habe.

Frankfurt, 1. Okt.

Eine baldige definitive Festsetzung der Reichsverfassung und Reichsgewalt ist die einzige Rettung Deutschlands aus der Anarchie und Verworrenheit seiner gegenwärtigen Zustände. Unter den verschiedenen Plänen und Entwürfen hiezu ist ein bis jetzt nur in kleineren Kreisen besprochener, der vielleicht eine Zukunft hat. Es ist der alte Satz: Preußen geht in Deutschland auf, in einer neuen oder wenigstens bestimmteren und anschaulicheren Form. Die Grundzüge sind folgende: Alle deutschen Staaten mit Ausschluß Oesterreichs bilden das eigentliche Deutschland (mit 33 Millionen). Der König von Preußen wird König von Deutschland und residiert in Frankfurt. Ganz Preußen wird unmittelbares Reichsland, steht unmittelbar in Gesetzgebung und Verwaltung unter dem Reichsministerium und der Reichsverwaltung. Der Berliner Reichstag und das preußische Ministerium hören auf; es giebt nur noch Provinziallandtage. Alle Staaten unter 300000 Einw. könnten ebenfalls sogleich für Reichsland erklärt werden. Die Reichsgewalt hat ausschlirßlich den Oberbefehl über das Heer und den diplomatischen Verkehr. Es giebt kein Staatenhaus, sondern nur neben der Volkskammer einen nach anderen Grundsätzen gewählten Senat für die Gesetzgebung. Dafür beschicken die Bundesstaaten unter Bayerns Vorsitz durch Bevollmächtigte einen Reichsrat, der bei bestimmten wichtigeren Gegenständen mit den Reichsministern einen erweiterten Ministerrat bilden und — ohne entscheidende Stimme — an die verantwortlichen Minister Gutachten abgeben kann. Dieser deutsche Bundesstaat im wahren Sinne tritt nun in ein näheres völkerrechtliches Verhältnis in einen Staatenbund ein mit der gesamten

österreichischen Monarchie und vielleicht in nicht allzuferner Zukunft mit Holland, Belgien und der Schweiz. Die Grundlagen dieses weiteren deutschen Bundes sind: Alle weiteren Bundesstaaten dürfen sich nie bekriegen und müssen alle Streitigkeiten unter einander durch gesetzlich festzustellende Schiedsgerichte abmachen. Sie garantieren sich gegenseitig ihre Besitzungen und stehen in einem ewigen Schutzbündnisse mit einander. Sie bewilligen sich diejenigen Handelsvorteile, die sie den meistbegünstigten Nationen bewilligen. Sie vertreten sich, wo sie es im einzelnen Fall für passend finden, gemeinsam im Ausland. Sie setzen bestimmte Kontingente fest, die jeder Staat bei gemeinsamen Bundeskriegen zu stellen hat. Sie gewähren sich gegenseitig freies Auswanderungsrecht und überhaupt alle diejenigen Beziehungen, in welchen befreundete Nationen mit einander stehen. Dieser weitere deutsche Staatenbund würde 70—80 Millionen Menschen umfassen und die Prinzipien der Völkerfreiheit und des Friedens als die europäische Centralmacht gemeinsam vertreten und aufrecht halten. Die mannigfachen Vorteile und ich möchte sagen das Große und Bedeutende eines solchen Planes müssen sich jedem aufdrängen und bedürfen keines besonderen Nachweises. Die Hauptschwierigkeiten sind, daß eben so nicht das ganze Deutschland beisammen ist, daß Oesterreich den Einfluß auf das übrige Deutschland, den es bisher mit Preußen geteilt hat, nicht wird aufopfern wollen, daß das deutsche Element in Oesterreich isoliert und bloßgestellt wird, daß Bayern in dieser Gestaltung der Dinge sich allzu unterordnet und die selbständige Stellung, auf die es Anspruch macht, nicht gewahrt finden wird. Dazu kommt die Abneigung der katholischen Länder gegen ein protestantisches Reichsoberhaupt, die Vorurteile in Süddeutschland gegen Preußen und die Stimmung gegen die Persönlichkeit des jetzigen Königs, wiewohl man in Wahrheit sagen könnte, auf solche Weise sei Deutschland nicht preußisch, sondern Preußen deutsch, endlich vielleicht der schwierigste Umstand, die Parteileidenschaften, der allgemeine Mangel an politischer Einsicht und der Unverstand der Menge in aufgeregten Zeiten.

Der Hauptpunkt bleibt jedoch immer die Stellung Oesterreichs.

Man hat jetzt, wie man hört, von seiten der Centralgewalt die österreichische Staatsregierung zu einer offenen Erklärung darüber aufgefordert, ob und wie weit sie sich zu einer innigen Vereinigung mit Deutschland verstehen könne. Die Unmöglichkeit einer völligen bundesstaatlichen Einheit steigt mit der Unwahrscheinlichkeit einer Auflösung des österreichischen Gesamtstaates. Wenn Oesterreich ganz bei Deutschland bleiben will, so giebt es keine Form für die Einigung, als die Trias, d. h. den Staatenbund und den überwundenen Standpunkt des Bundestages. Alle andern Formen sind noch ungenügender und unausführbarer. Wer noch daran denkt, daß Staaten, wie Oesterreich und Preußen, die rein untergeordneten, willenlosen Diener eines Frankfurter Präsidenten oder Scheinkaisers werden können, der sehe in die englischen und französischen Journale, wo diese Ansicht geradezu als der Standpunkt politischer Kindheit bezeichnet und lächerlich gemacht wird. Im ganzen und einzelnen mag sich am obigen Plane vieles ausstellen lassen, aber wer etwas Besseres weiß, der sag' es.

Frankfurt, 15. Okt. Lassen Sie mich über die unwürdigen Vorfälle in der Paulskirche und ihre Behandlung, sowie über das traurige, wenn auch gerechtfertigte Gesetz zum Schutze der Versammlung ohne weiteres weggehen. Iliacos intra muros peccatur et extra (gesündigt wird in Trojas Mauern so gut wie draußen), obwohl die Sünden sich sehr ungleich verteilen auf beiden Seiten. Man darf sich durch solche Dinge nicht irren lassen; man muß, ohne darnach umzusehen, den Staub von seinen Füßen schütteln und auf dem vorgezeichneten Weg weiter gehen. Wichtiger für die Zukunft Deutschlands als die hiesigen Verhandlungen sind die Ereignisse in Wien, die auch hier, wie überall, auf die verschiedenste Weise beurteilt werden. Es treffen bei den dortigen Parteien so mannigfaltige und ungleiche Interessen zusammen, daß es sehr schwer ist, einen sicheren Standpunkt einzunehmen. Der Hof, der Adel, die Geistlichkeit, die Schwarzgelben, die Armee, die Böhmen und Kro-

aten auf der einen, die Schwarzrotgoldenen, die Demokraten, die Legion, die Roten, das Proletariat und die Magyaren auf der andern Seite. Die Hauptfrage, von der alles andere abhängt, bleibt immer die: kann und soll Oesterreich ein Gesamtstaat bleiben? Ist es wahrscheinlich, und sollen wir vom deutschen Standpunkte die Auflösung wünschen oder nicht? Und diese Frage hängt von der weiteren ab: wird Oesterreich, wenn es zusammenbleibt, ein Slavenstaat werden, in welchem das deutsche Element unterdrückt zu werden Gefahr läuft, und werden im Falle einer Auflösung die deutsch-österreichischen Provinzen in der Weise, wie wir es wünschen, zu Deutschland kommen? Ich kann nicht anders als diese beiden Fragen verneinen. Es ist nicht wahr, daß Jellachich für das Slaventum gegen das Deutschtum kämpft, sondern er kämpft für die Erhaltung eines österreichischen Bundesstaates, in welchem alle Nationen gleichberechtigt sind; er kämpft darum, daß die Kroaten und Slaven in Ungarn mit dem deutschen Oesterreich in Verbindung bleiben und bei einer Lostrennung Ungarns nicht den Magyaren preisgegeben werden; er sieht im Zusammenhang mit Wien die Bürgschaft für die Unabhängigkeit seiner Nation und streitet also dafür, von den Deutschen nicht getrennt zu werden, demnach für und nicht gegen ein deutsches Interesse. Die Gefahr, daß die Slaven in Oesterreich zur Herrschaft über die Deutschen und Ungarn kommen werden, ist ganz aus der Luft gegriffen. Die Slaven sind ja gar keine zusammengehörige Nation wie etwa die Deutschen, die Franzosen, sondern sie sind ein Völkerstamm wie die Germanen, Romanen. Polen und Czechen verhalten sich nicht wie Schwaben und Franken, sondern wie Spanier und Italiener, wie Deutsche und Schweden, wie Ungarn und Finnen; sie verstehen einander nicht, außer wenn sie deutsch sprechen; sie hängen nicht mit einander zusammen, außer über Wien. Die deutsche Bildung, das deutsche Kaiserhaus, die Armee, die Hauptstadt sind die Bande, welche die verschiedenen Slavenvölker überhaupt dort in Berührung miteinander bringen. Der Panslavismus ist eine Abstraktion, ein Professorengedanke, was sich in dem

einen Umstand schlagend herausstellte, daß man auf dem Prager Slavenkongreß in deutscher Sprache verhandeln mußte, um überhaupt verhandeln zu können. Die Böhmen wollen den österreichischen Gesamtstaat, weil sie von Frankfurt Gefahr für ihre Nationalität fürchten, weil sie dort nichts gelten würden, in Wien und in der Verbindung mit den nichtdeutschen Provinzen die Bürgschaft ihrer Freiheit und ihrer materiellen Wohlfahrt sehen. Die Polen wollen ihn, weil sie, von Wien getrennt, solange es kein großes Polen giebt, nur Rußland in die Arme fallen oder ein haltloser unselbständiger Zwitterstaat sein würden. Die Südslaven in Ungarn, die Wallachen, die Sachsen in Siebenbürgen, alle sehen in der Auflösung des Kaiserstaates Gefahr für ihre ganze politische Existenz. Nur die Magyaren nicht. Dieses Volk, das von den Eigenschaften, welche eine Nation groß machen, mehr den Uebermut, das trotzige Selbstgefühl, als die soliden Unterlagen der Größe, den Fleiß, die Ausdauer, die Bildung und Betriebsamkeit hat, das gerne nach Art der Türken die Rolle des Eroberers fortspielte und vom Schweiße seiner Leibeigenen, von slavischer Arbeit, von der misera contribuens plebs, dem elenden, steuernden Volk, sich nähren ließe, das die deutschen Einwanderer, die deutschen Freistädte fürchtet, das nur wünscht die Trennung und nur die verworrene, kurzsichtige Politik, wie sie den Wiener Studenten und in der ersten Kindheit der Freiheit zu verzeihen ist, im Bunde mit Kossuthschem Golde, hat eine so unnatürliche Allianz wie die zwischen den Wienern und Magyaren zustande gebracht. Kann das im Ernst jemand für den Sinn dieser Wiener Bewegung halten, daß Wien aufhören soll, die alte Kaiserstadt in Zukunft, der Mittelpunkt für 36 Millionen Menschen, die berühmte, hoffnungsreiche Weltstadt des europäischen Morgenlandes zu bleiben? Wie soll die Lösung Ungarns aus dem Reichsverband im Interesse der Oesterreicher und vollends der Wiener liegen? Eine deutsche Partei in dem Sinne, wie wir es uns denken, die das deutsche Oesterreich zu einem von Frankfurt aus regierten Land, Wien zu einem verlorenen Grenzposten machen, die mit uns einen vollkommenen

Bundesstaat bilden wollte ohne alle Selbständigkeit, ohne eigene Vertretung im Ausland, ohne den Oberbefehl über ihr Heer, die alle besonderen Ansprüche auf die nichtdeutschen Provinzen aufgäbe, die giebt es in Oesterreich nicht und wird es nie geben. Man sagt, Oesterreich sei ein durch Zufall, durch Heiraten und Erbschaften zusammengewürfelter Staat ohne Sinn und tiefere Bedeutung, der nichts Besseres thun könne, als in seine disparaten Elemente sich wieder aufzulösen. Das ist gewiß ein sehr oberflächliches und ungeschicktes Urteil. Dorthin an die Ufer der Donau, wo die größte deutsche Stadt an der Grenzscheide von vier Nationen in einem vorspringenden Winkel deutscher Zunge liegt, hat die Geschichte eine handgreifliche Aufgabe gelegt, deren Lösung bis jetzt kaum begonnen hat. Dort soll in einem großen freien Völkerbund auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Nationen, nicht durch äußere Herrschaft, sondern durch friedliche, neidlose Propaganda der Bildung, des Handels, der Kolonisation, der geistigen Ueberlegenheit das deutsche Volk seine Eroberungen machen. Es fragt sich nur, geschieht dies leichter und besser, wenn Oesterreich sich auflöst und seine deutschen Provinzen uns zufallen, oder wenn es als mächtiger Kaiserstaat beisammen bleibt? Wir haben oben die Frage nur vom Standpunkt der österreichischen Völker aufgefaßt, wie stellt sie sich vom rein deutschen aus? Diese wichtigere Seite der Sache behalten wir uns für eine besondere Betrachtung vor.

Das Urteil über die neueste Wiener Revolution, deren Ausgang wohl nie zweifelhaft sein konnte, muß nach verschiedenen Seiten hin verschieden ausfallen. Der Unwille gegen den Hof und einen Minister, die auch eine gute und gerechte Sache wie die Erhaltung der Monarchie mit den alten, schlechten Mitteln auf Schleichwegen betrieben, statt offen und ehrlich im Willen und Interesse der Völker, die ja dasselbe wollen, zu handeln, ist ein gerechter, und man kann niemanden das Mißtrauen verdenken, daß eine solche Partei nicht bloß in diesem Sinne das Alte erhalten wolle. Dagegen die Verbindung der deutsch-demokratischen Partei mit den Magyaren

läßt sich nur aus der Verwirrung aller Verhältnisse, aus politischer Kurzsichtigkeit und daraus erklären, daß überhaupt den Anarchisten jedes Mittel und jeder Verbündete willkommen ist. Die völlige Ablösung Ungarns, die Herrschaft der Magyaren über die Deutschen und Slaven in Ungarn streitet offen gegen die deutschen Interessen, und wenn es heute gelänge, müßten wir morgen anfangen, das Verlorene wieder zu gewinnen. Eine deutsche, im reinen Sinne des Wortes schwarz-rot-goldene Bewegung ist die Wiener Revolution in keinem Falle; man könnte sie eher eine schwarz-gelb-rote nennen, denn auch die Roten in Oesterreich sind Schwarzgelbe und nicht in unserem Sinne deutsch.

Frankfurt, 24. Okt. Die österreichische Frage ist bereits in drei Sitzungen der Nationalversammlung durchgesprochen und wird noch eine oder zwei in Anspruch nehmen, ohne daß die Abstimmung über den § 2, sie mag ausfallen wie sie will, die Sache entscheiden wird, denn die Erhaltung oder Auflösung eines so großen Reiches, das Schicksal von 38 Millionen Menschen hängt nicht von einer einfachen Abstimmung in der Paulskirche ab. Um so interessanter, wichtiger und notwendiger aber sind die Beratungen; sie sind die ersten, die den Nerv der Sache, wegen der wir hieher gekommen sind, treffen, und lassen sicherere Schlüsse über die zukünftige Gestaltung Deutschlands ziehen als alles Bisherige. Als unzweifelhaftes Ergebnis derselben, besonders der vielen Reden von österreichischen Abgeordneten der verschiedensten Farben, erschienen mir und manchen anderen ungefähr folgende Sätze: Die Erhaltung des österreichischen Kaiserstaates liegt im Interesse und entschiedenen Willen aller österreichischen Völker, außer den Italienern und Magyaren, und auch bei den letzteren zwar nicht in ihrem Willen, aber doch in ihrem wohlverstandenen Interesse. Das Gegenteil ist daher wo nicht unmöglich, doch höchst unwahrscheinlich, und wenn es je eintreten sollte, nur vorübergehend, weil die getrennten Teile nur danach streben würden, das Verlorene wieder zu gewinnen, weil namentlich die 6 Millionen Slaven im deutschen Oesterreich auch dann nicht nach einer Verbindung mit Deutschland, sondern

mit den übrigen Slaven hinstreben müßten. Aber selbst wenn eine solche Trennung Oesterreichs möglich wäre, läge sie nicht im Interesse Deutschlands, weil dann die außerdeutschen Länder Oesterreichs, die nur durch Oesterreich mit Deutschland zusammenhängen, nach Auflösung dieser Verbindung genötigt wären, ein südslavisches Reich zu gründen, das dem übermächtigen westlichen Nachbar gegenüber bei Rußland Schutz suchen und die Rolle der Moldau und Wallachei im großen spielen müßte, weil dann nicht bloß die untere, sondern auch die mittlere Donau für uns verloren wäre, weil wir die reichsten und schönsten Länder Europas mit 20 Millionen Verbündeter aufgeben, um 12 Millionen für unsern deutschen Bundesstaat zu gewinnen, von welchen die eine Hälfte ihre Sympathieen außerhalb der deutschen Grenze hätte und nur mit Waffengewalt unterworfen und erhalten werden könnte, die andere aber bei aller deutschen Gesinnung doch in ihrer neuen Stellung keinen Ersatz für die verlorene alte Herrlichkeit einer selbständigen europäischen Macht finden und uns darum doch auch nur halb und mit halbem Herzen angehören würde. Daß aber die reine Personalunion nur in der absoluten Monarchie ein wirkliches Band zweier Staaten, in der konstitutionellen einer Trennung ganz gleich zu achten ist und über kurz oder lang zu ihr führen muß, wer könnte darüber im Zweifel sein? Wenn nun so Oesterreich ein Gesamtstaat bleiben, und d. h., wenn es die Ministerien des Aeußern, des Krieges, des Handels und der Finanzen gemeinsam haben soll, wenn es noch fortan eine österreichische Armee und Flotte und kaiserliche Gesandte haben soll, wie ist es dann möglich, daß die deutschen Länder von Oesterreich in den deutschen Bundesstaat eintreten, dessen Wesen eben auch gerade darin besteht, daß Heer und Flotte, der diplomatische Verkehr, die Zoll- und Handelsgesetzgebung gemeinsam sind, und der Einzelstaat die Verfügung darüber verliert? Kann auch ein Fuß zwei verschiedenen Menschen zum Gehen dienen? Können die deutsch-österreichischen Truppen Teile der deutschen und österreichischen Armee sein? Wir ließen uns gerne etwas Kompliziertes gefallen und wissen, daß es eine einfache Form

der deutschen Einigung nur für die deutschen Staatsmänner mit den Kalabreserhüten*) oder beim Bierglas giebt, aber bis zum vollkommenen Widerspruch darf die Unklarheit doch nicht gehen. Niemand kann zwei Herren dienen, und ein solch deutsch-österreichisches Bundesland wäre ein Zwittergeschöpf, das Deutschland mehr lähmen und schwächen als stärken müßte. Wir wollen nicht sagen, es sei unmöglich, eine Form zu finden, durch welche Deutsch-Oesterreich mit Deutschland und dem nichtdeutschen Oesterreich zugleich in Staatseinheit trete, aber bis jetzt ist diese Quadratur des Zirkels nicht gefunden, so viele sich auch noch täglich und stündlich darum abmühen. Und so kommen wir eben wieder auf den schon früher hier entwickelten Gedanken zurück, der auch bereits viele Anhänger sogar unter den Oesterreichern selbst gefunden hat, daß das zu einem enggeschlossenen Bundesstaat vereinigte Deutschland — ohne Oesterreich — mit dem gesamten österreichischen Kaiserstaat in eine innige, nicht völkerrechtliche, sondern staatsrechtliche, durch eine förmliche Verfassung besiegelte Bundesgemeinschaft unter Oesterreichs Vorsitz eintritt, gegründet vor allem auf ein allgemeines, für 72 Millionen gleiches Reichsbürgerrecht (im Sinne des § 2 der Grundrechte) auf vollkommene Freizügigkeit, auf gemeinsame Zoll- und Handelsgesetzgebung, auf ewigen Frieden, gegenseitige Garantie des Besitzstandes und eine gemeinsame europäische Politik u. s. w. Wenn der große Gedanke, ein Zollgebiet für 70 Millionen zu schaffen, zur Verwirklichung käme, der zwar schwer, aber nicht unausführbar ist, und seine größten Schwierigkeiten im Verteilungsmaßstab der Einnahmen und der Tabaksregie hat, so läge darin ein so ungeheurer Schritt zur Einigung eines mitteleuropäischen Deutschen Reiches, die Aussicht, ein neues Deutschland an der unteren Donau zu gründen, wäre so gesichert, daß allein diese Hoffnung jedes Opfer wert ist. Es handelt sich vor allem darum, dies Band zwischen Oesterreich und Deutschland so innig als möglich zu machen, Oesterreich dabei alle möglichen Ehrenvor-

*) Zielt auf Blum, der einen Kalabreserhut trug.

züge einzuräumen und diesen weiteren Verband zu einem wirklichen, unauflöslichen, staatsrechtlichen Bunde zu erheben. Die stärksten Einwendungen gegen diesen Plan sind, daß wir so 12 Millionen des deutschen Bundeslandes nicht in die gleich enge Verbindung hereinziehen, und daß wir keine Garantie dafür haben, ob in einem solchen Oesterreich nicht dennoch das Slaventum überwiege, daß wirklich eine mit uns gemeinsame Politik dort möglich wäre. Man sagt, ein konstitutionelles Oesterreich sei entweder ein unmöglicher Staat oder müsse er ein slavischer werden, weil die Slaven die Mehrheit seien. Und das ist wahr, ein rein und vollkommen konstitutioneller Staat kann Oesterreich nicht werden, weil ein Reichstag, in dem sechs Sprachen gesprochen werden, ein Unding ist. Oesterreich kann nur Land- nicht Reichsstände haben, und die Stelle der letzteren muß ein aus allen Provinzen von Regierung und Ständen gemeinsam gewählter Senat vertreten, der mit dem Reichsministerium die ganze Centralgewalt ausübt. Die Bürgschaft, daß hier das Slaventum nicht vorherrschen werde, liegt in denselben Gründen, die dies bisher verhindert haben, und im noch neuen dazu, nämlich dem innigeren Anschluß an Deutschland, und eben in der Freiheit und Gleichberechtigung aller Nationen, die dem gebildetsten, fleißigsten, relativ zahlreichsten, schon jetzt in allen Städten die Mehrzahl bildenden Volke ein geistiges Uebergewicht sichert. Und, muß man fragen, wer bürgt uns denn im andern Fall dafür, daß die Slaven uns befreundet bleiben, daß der Weg zur unteren Donau uns offen steht? So paradox es scheinen mag, so ist's doch wahr, daß die 7 Millionen Deutsche besser im stande sind, jene slavischen Länder für Deutschland zu gewinnen, als die 40 Millionen. In der Verbindung mit Oesterreich sehen sie keine Gefahr, die mit Deutschland dagegen würde sie in Rußlands Arme treiben. Und dann fragt sich's am Ende: was ist klüger und vorteilhafter, 7 Millionen Brüder aus dem engsten Verband in einen etwas loseren zu entlassen, um zugleich 30 weitere Millionen in diesen loseren Verband hereinzuziehen, oder diese 7 Millionen im nächsten Verbande festzuhalten und das andere darüber zu verlieren, zumal wenn eben

diese 7 Millionen durch ihren Beitritt auch schon dies engere Band loser machen. Es ist wahr, es würde ein Schmerzenstag in ganz Deutschland sein, wenn unsere teuren Brüder aus Oesterreich, die mit solchem Jubel im April begrüßt wurden, die Paulskirche wieder verließen, und immer muß man unwillkürlich von neuem sinnen und denken, ob dies nicht abzuwenden wäre. Aber man muß sich auch klar gestehen, daß man nur unter verschiedenen Uebeln die Wahl hat, daß es keine vollkommen befriedigende Form der deutschen Einigung geben kann. Ja, wer eine wahrhaft einheitliche, mögliche Form für die 70 Millionen auffände, eine Monas statt des Dualis, wir wollten ihn wie einen Heiligen verehren und jedes andere Projekt zehnmal unter den Tisch werfen. Allein nicht die Einheit ist's, die diesem Doppelstaat gegenübersteht, sondern die Dreiheit. Darüber kann niemand im Zweifel sein, daß nur von zwei Formen die Rede sein wird, entweder von der obigen oder, wenn Oesterreich ein Bundesstaat bleibt, von der Trias (Oesterreich, Preußen und ein wechselnder Wahlfürst von den Kleinen), und zwar von einer Trias, in welcher ein Glied wieder seine besondere außerdeutsche Stellung hat. Wer darin etwas Genügendes findet, dem müssen wir weichen; aber wir finden dies nicht, und eine dritte Möglichkeit giebt es nicht. Wir müssen noch einmal sagen: Wer etwas Besseres weiß, der sag' es; aber die Kritik ist leicht, die Kunst ist schwer. Es handelt sich darum, etwas Rechtes zu schaffen, und zwar bald. Das glauben wir jedenfalls, in London, Paris und Petersburg würde man unser Projekt für das gefährlichste halten, und in einer Trias nicht viel anderes erblicken als die alte Bundesakte. Wir wollen aber etwas schaffen, worüber man in Paris und Petersburg keine Ursache sich zu freuen hat.

Frankfurt, 27. Okt. Die heutige Abstimmung, in welcher der § 2 und 3 des Verfassungs-Entwurfes ohne alle Vor- und Zusätze mit großer Mehrheit angenommen, also auf dem Papier die Auflösung der österreichischen Monarchie ausgesprochen wurde, läßt so viele Deutungen zu, daß ein Kommentar dazu sehr nötig ist. Nur die Minderzahl derer, welche für die Para-

graphen und gegen alle Zusätze stimmten, wollte damit die Auflösung und staatliche Trennung Oesterreichs von seinen nichtdeutschen Ländern als eine unabweisbare Forderung Deutschlands hinstellen, die mit allen Mitteln verwirklicht werden müßte. Die Meisten, und besonders auch die Mitglieder des Verfassungs-Ausschusses und dessen Berichterstatter, waren sich dessen wohl bewußt, daß diese Paragraphen auf Oesterreich keine unmittelbare und vollständige Anwendung finden könnten, glaubten aber, es sei nicht Deutschlands sondern Oesterreichs Sache, dies auszusprechen. Es ist, wie wenn ein Gläubiger tausend Gulden von jemand zu fordern hat, von dem er wohl weiß, daß er sie nicht zahlen kann. Er wird darum doch nicht zum Schuldner sagen: zahl du mir nur 500, sondern er wird seine Forderung auf 1000 stellen und es dem Schuldner überlassen, Anträge auf Nachlaß zu stellen. Ebenso sollte das volle Recht Deutschlands auf die deutsch-österreichischen Lande und die Konsequenz des Bundesstaates, der für uns notwendig ist, hingestellt und es Oesterreich überlassen werden, im Wege der Unterhandlung einen uns genügenden Ersatz anzubieten. Der Gagernsche Antrag*) ist deswegen keineswegs beseitigt und hat gewiß seine Zukunft, aber man trug Bedenken, von deutscher Seite die Initiative zu einem solchen Abkommen zu ergreifen, ehe die Unmöglichkeit der völligen bundesstaatlichen Vereinigung vorliegt. Zwischen der ersten und zweiten entscheidenden Lesung wird und muß viel in der Sache geschehen. In Oesterreich kann die Abstimmung leicht einen schlechten Eindruck machen, wie auch die hiesigen Oesterreicher meistens nicht damit zufrieden sind. Man wird es auffallend finden, daß wir hier die offenkundigen Verhältnisse der österreichischen Monarchie völlig zu ignorieren scheinen. Die meisten Oesterreicher wissen nicht

*) „Oesterreich bleibt in Berücksichtigung seiner staatsrechtlichen Verbindung mit nichtdeutschen Ländern und Provinzen mit dem übrigen Deutschlande in dem beständigen und unauflöslichen Bunde. Die organischen Bestimmungen für dieses Bundesverhältnis, welche die veränderten Umstände nötig machen, werden Inhalt einer besonderen Bundesakte.“

klar zu sagen, was sie eigentlich wollen, und wer kann es am Ende in Wahrheit sagen, er wisse es? Sie gleichen den Kindern, die, wenn man sie fragt, ob sie Aepfel wollen oder Birnen, zu beiden ja sagen. Sie wollen eben österreichisch bleiben und deutsch, beides in unzertrennter Person. Und zuletzt steckt in diesem kindisch scheinenden Wunsch gerade die volle Wahrheit; wir müssen sehen, wie wir beiden Forderungen genügen und einen Bau gründen, in dem nicht nur 45 Millionen Platz haben sondern 70. Man sagt zwar, wir sollen vorher unser eigenes Haus bestellen, ehe wir für die Fremden sorgen; allein es ist hier wie bei Wallenstein, der 30000 nicht aufbringen zu können erklärte, wohl aber 60000. Der große Bund ist leichter als der kleine. Man lasse sich nur nicht durch die Worte: völkerrechtliches Verhältnis, Staatenbund, inniger Anschluß täuschen, als ob irgendwie eine Trennung von Oesterreich darin liege. Mit den Worten Bundesstaat und Staatenbund wird viel doktrinäres Spiel gespielt; das Leben spottet der Schulbegriffe, und wenn wir mit Oesterreich Ein Handelsgebiet und Ein Reichsbürgerrecht haben, dann sollen die Professoren des Staatsrechtes die Sache Bundesstaat oder Staatenbund nennen, oder wie sie wollen; es wird eine thatsächliche Einigung von der großartigsten Wirkung und unabsehbaren Folgen sein.

Frankfurt, 29. Okt. Man spricht schon lange von Mediatisieren und sogar von großartigem Mediatisieren; morgen wird nun aus Anlaß eines Minoritätsgutachtens zu § 5 in der Nationalversammlung ein kleines Vorpostengefecht über den Gegenstand stattfinden, das mit einer Verweisung an den Ausschuß bis auf weiteres endigen wird. Jedermann fühlt und weiß, daß der Territorialbestand Deutschlands, wie er aus Napoleons Machtsprüchen und den Wiener Beschlüssen hervorgegangen, ein unnatürlicher und unhaltbarer, daß zwischen Staaten von 16 Millionen und 6000 Einwohnern ein vernünftiger Bund nicht möglich ist, daß so kleine Staaten nur als städtische Republiken, nicht aber als ländliche Monarchieen in einer Zeit, wo man über patriarchalische Zustände hinaus ist, einen Sinn haben,

daß 38 Gesetzgebungen auf einem verhältnismäßig kleinen Raum nach allen Beziehungen störend und widersinnig sind. Wenn man nun aber auch mit diesem Grundsatz näher an die Sache herantritt, so hat sie doch noch sehr große, wenigstens im jetzigen Augenblick nicht zu beseitigende Schwierigkeiten. Es handelt sich nämlich entweder um ein Mediatisieren, d. h. um ein Einverleiben der kleineren Staaten in die benachbarten größeren, oder um ein Immediatisieren, d. h. um die Gründung eines unmittelbaren Reichsgebietes. Im ersten Falle fragt es sich vor allem, ob das im Interesse der deutschen Einheit wäre, die Mittelstaaten zu vergrößern, dem Sonderleben, das gerade hier am gefährlichsten werden kann, noch neue Kräfte zuzuführen, und ob die Einigung nicht vielmehr weit leichter zu erreichen gewesen wäre, wenn Deutschland aus lauter kleinen Staaten bestünde. Und dann wollen das die kleinen Staaten gar nicht, württembergisch, sächsisch, hessisch u. s. w. werden. Fragt man einen Lippe-Detmolder, einen Anhalter, einen Waldecker u. s. w. darüber, er gerät ganz außer sich und will lieber des Teufels werden als hannöverisch oder kurhessisch oder auch preußisch. Es ist auch natürlich, daß es für sie die größten materiellen Nachteile hätte, ihre verhältnismäßig sehr bedeutenden Domänen dem Nachbarlande abzutreten und dafür dessen meist größere Steuersätze anzunehmen und den Hofhalt und die Beamten u. s. w., von welchen diese kleinen Residenzen allein leben, zu verlieren. Und wenn diese kleinen Staaten es einmal nicht wollen, mit welchem Rechte wollte die Nationalversammlung sie durch einen Machtspruch dazu zwingen? Sie kann wohl die Souveränetät aller Teile zum Wohl des Ganzen beschränken, aber nicht dem einen nehmen und dem andern geben. So etwas kann im Wege der Waffengewalt bei einem Friedensschluß geschehen, aber eine Versammlung von Vertretern aller deutschen Länder kann nicht die einen wider ihren Willen vernichten und sie andern zuteilen. Von einem Mediatisieren in diesem Sinne also kann gar keine Rede sein, und es muß den kleinen Einzelstaaten überlassen bleiben, ob sie sich untereinander verbinden oder einem Nachbar anschließen wollen.

Diese Vereinigungsversuche scheitern zwar gewöhnlich an den Sonderinteressen der einzelnen Städte, und das Schauspiel, das uns Blaufelden, Gerabronn und Langenburg*) im kleinen gaben, würde sich in etwas vergrößertem Maßstab zwischen Weimar, Gotha, Altenburg, Meiningen und Rudolstadt wiederholen. Allein wenn auch nicht für die Verwaltung und Besteuerung, so ist doch eine Vereinigung für die Gesetzgebung in Kreis- oder Landtagen unerläßlich und nicht allzuschwer ausführbar. Diese könnte ihnen auch nötigenfalls förmlich auferlegt werden. Es ist wenigstens ein unerträglicher Gedanke, daß z. B. die Reihe von Gesetzesentwürfen, welche durch die Grundrechte und die Reichsverfassung notwendig werden, in Thüringen auf einem Raum halb so groß als Württemberg in acht Versammlungen mit achtfachen Kosten und achtfach geringeren Einsichten sollen beraten werden. — Zwischen den hessischen Ländern sind Einleitungen zu einer Vereinigung bereits getroffen.

Ganz anders als mit dem Mediatisieren verhält sich's mit der Gründung von unmittelbarem Reichsland. Das ist ein weit fruchtbarerer und größerer Gedanke. Nur steht diese Frage in so innigem Zusammenhang mit der zukünftigen Form der Reichsgewalt, daß sie sich, bevor diese endgültig bestimmt ist, gar nicht behandeln läßt. Bekommen wir nämlich die Centralgewalt in Form einer Trias oder auch nur eines wechselnden Oberhauptes, so haben reichsunmittelbare Länder gar keinen Sinn, und kein Staat wird Lust haben, Reichsland zu werden. Was soll eine dreiköpfige Reichsgewalt mit etwa 1½ Millionen (denn höher würde sie es in diesem Falle nie bringen können) unmittelbaren Unterthanen in einer Menge zerstückelter, verschiedenartiger Länderfleckchen, deren gemeinschaftliche Gesetzgebung und Verwaltung ein geographisches Unding und für die Reichsgewalt eine Last wäre, ohne daß ihre positive Gewalt dadurch erhöht würde? Reichsländer sind nur dann von Wert, wenn sie groß genug sind oder werden können,

*) Württembergische Kleinstädte, die sich um den Sitz der Bezirksämter stritten.

um der Schwerpunkt des ganzen Reiches zu werden, und stark genug, um allen Sondergelüsten von Einzelstaaten entgegen zu treten. Dies wäre nur bei dem früher hier angeregten Projekt, ganz Preußen zum Reichsland zu erklären, denkbar, und in diesem Fall wäre es auch von Wert, alle kleinen Staaten bis zu einer gewissen Bevölkerung gerade mit dem Reichsland zu verbinden. Allein im gegenwärtigen Augenblick Sigmaringen, Liechtenstein, Lippe, Homburg unter die unmittelbare Verwaltung des Reichsministeriums zu stellen, dem Reichsverweser als ihrem Landesherrn huldigen zu lassen, wäre widersinnig und für die Einigung des Ganzen von keinem erheblichen Moment. Die Agenten der kleinen Staaten erheben schon ein Zetergeschrei darüber, daß der Verfassungsausschuß den 13 kleinsten (von Lippe abwärts, ausgenommen die freien Städte) keine besondere Vertretung im Staatenhaus einräumen will. Den Oberbefehl über ihre Truppen bekommen sie ohnedies nicht, und so wird dann am Ende von selbst das Verhältnis der kleinen Staaten zur Reichsgewalt ein ganz ähnliches werden, wie das der standesherrlichen Besitzungen zu den Staaten, denen sie einverleibt sind, d. h. die wirkliche Gewalt des Landesherrn wird sich auf die Ernennung von ein paar Beamten beschränken.

Frankfurt, 31. Oktober.

Zu näherem Verständnis der neuesten Wiener Revolution und der österreichischen Stimmungen kann ich aus guter Quelle ein nicht unwichtiges Zeugnis mitteilen. Es befindet sich seit einigen Tagen eine Deputation von Wien hier, an ihrer Spitze ein Vorsteher des Wiener Gemeinderates, um den Rat und die Vermittlung nicht etwa des deutschen Reichsverwesers, sondern des Erzherzogs Johann von Oesterreich nachzusuchen. Der Ausschuß, den die Nationalversammlung für die österreichischen Angelegenheiten niedergesetzt hat, sah sich veranlaßt, jenen Vorsteher zu einer Sitzung einzuladen, um aus seinem Munde nähere Aufschlüsse über die dortigen Verhältnisse zu erfahren. Derselbe erklärte sich zu jeder Auskunft bereit, nachdem er zur Vorsorge, um nicht etwa anzu-

stoßen, vorausgeschickt hatte, daß er zur demokratischen Partei in Wien gehöre und durch diese erst in den Gemeinderat gekommen sei. Auf die Frage, welchen Charakter die Wiener Bewegung habe, ob sie eine demokratische sei oder nationale, antwortete er, sie sei in ihrem Ursprung keineswegs eine demokratische, und noch mehr würde man sich täuschen, wenn man sie für eine deutsch-nationale halte; sie sei in ihrer Entstehung eine von ungarischem Gold bezahlte Emeute gewesen; was es jetzt sei, wisse er selber nicht zu sagen. In welchem Zustande er Wien verlassen habe, ob Anarchie dort herrsche? ob man das Einrücken des Militärs fürchte? Es komme darauf an, was man unter Anarchie verstehe, und es lasse sich darauf nur mit einzelnen Thatsachen antworten. Es seien etwa 50 Fälle von Gelderpressungen bei Bäckern, die angewiesen waren, unentgeltlich ein gewisses Quantum Brot auszuteilen, zur Anzeige gekommen, indem nicht Brot, sondern der Wert desselben verlangt worden sei. Von einem Bekannten von ihm habe man ein schönes Reitpferd geholt und einen Empfangschein dafür gegeben u. s. w. Im ganzen wünsche die Bürgerschaft, daß die Stadt in die Hände des Militärs komme und auf längere Zeit eine starke Besatzung habe, jedoch nur von deutschen Truppen, keine Polen und Kroaten. Wie man über das Einrücken von Reichstruppen urteilen würde? In Wien würde man es befremdlich finden, jedoch nicht gerade schlecht aufnehmen, wenn Preußen oder Bayern kämen; in den Provinzen dagegen würde eine große Gährung entstehen, und man würde es wie einen feindlichen Einfall betrachten. Was man wohl über den § 2 und 3 der Verfassung urteilen werde? Man werde nicht günstig darüber urteilen, doch werde wohl nicht eben viel die Rede davon sein. — In welches Verhältnis zu Deutschland man denn überhaupt treten wolle? Ja man wolle gern ganz deutsch sein, aber österreichisch wolle man natürlich auch bleiben.

Dies ist dem Sinne nach das Wesentliche aus diesen merkwürdigen Aeußerungen, bei welchen der Wert eines klassischen Zeugnisses noch durch die innere Wahrscheinlichkeit der

Sache erhöht wird. Bald werden noch weitere Belege nachkommen über diese glorreiche Wiener Revolution, auf die so glänzende Hoffnungen gesetzt waren, die mit solchem Ungestüm ausgebeutet werden sollte. Hat man doch die Frechheit gehabt, an demselben Morgen, an welchem man hier noch nichts weiteres als die Zeitungsnachricht wußte, daß in Wien ein Aufstand ausgebrochen, Bürgerblut geflossen und ein Kriegsminister erschlagen und halb nackt an eine Laterne gehängt sei, den dringlichen Antrag in die Versammlung zu bringen, es solle dem heldenmütigen Volke von Wien der Dank des Vaterlandes ausgesprochen werden!

In der nächsten Sitzung ist die Präsidentenwahl. Es wird wahrscheinlich keine Aenderung eintreten. Das Gerücht, daß Gagern zurücktreten wolle, war nicht unbegründet, allein er wird jetzt wohl noch einen Monat bleiben. Indessen hofft man, daß Beseler, bisher Mitglied der provisorischen Regierung in Schleswig-Holstein, Bruder des bereits in der Nationalversammlung sitzenden Beseler, der Professor der Rechtswissenschaft in Greifswalde ist, für Neergard gewählt werde, und ihm werden von denen, die ihn kennen, so große Eigenschaften zuerkannt, daß er jetzt schon als Abwesender zum künftigen Präsidenten designiert ist.

Frankfurt, 11. Nov.*)

Es ist vielleicht manchem Leser erwünscht, einmal über den Stand der hiesigen Klubs und Parteien einen kurzen Ueberblick zu erhalten. Es sind dies zum Teil Dinge, die jedermann hier weiß, die jeder Korrespondent stillschweigend als allgemein bekannt voraussetzt, die aber eben darum selten ausdrücklich zu lesen sind. Auch haben sich die Verhältnisse seit dem 18. September hierin wesentlich geändert; besonders sind die Namen der Klubs wegen des Wechsels der Versammlungslokale so veränderlich, daß dem Fernerstehenden die Orientierung schwerer werden muß. Man zählt in der Nationalversammlung gegenwärtig acht Klubs, in welche sich alle Abgeordneten bis auf etwa 30 sogenannte Stegreifritter verteilen. Wenn

---

*) Siehe den späteren Angriff auf diese Korrespondenz S. 127.

man auf der linken Seite anfängt, so kommt 1. der Donnersberg mit 25—30 Mitgliedern (Simon von Trier, Ziz, Wesendonk, Schlöffel, Zimmermann von Stuttgart u. s. w.); 2. der deutsche Hof, gegen 50 Mitglieder (Vogt, Blum, Rösler von Oels u. s. w.); 3. die Westendhall, 40 Mitglieder (Simon von Breslau, Schoder, Venedey, Reh u. s. w.). So weit rechnet man die Linke, deren gemäßigte Fraktion die Westendhall sich nennt. 4. Der Württemberger Hof, ungefähr 36 Mitglieder (Zell, Mittermeier, Giskra, Wydenbrugk u. s. w.). Dieser Klub bildet ein linkes Centrum. 5. Der Augsburger Hof, vor kurzem aus dem Württemberger Hof ausgeschieden, 45 Mitglieder (Biedermann, Riesser, Mohl, Wurm, Wernher u. s. w.); 6. der Landsberg, 40—50 Mitglieder (Jordan von Marburg, Jordan von Berlin, Löw, Wichmann u. s. w., fast lauter Norddeutsche); 7. das Kasino, 120 Mitglieder (Beseler, Bassermann, Welcker, Dahlmann, Waitz, Beckerath). Diese drei Klubs 5—7 bilden das eigentliche Centrum, die entscheidende Majorität in allen Fragen. 8. Café Milani, die Rechte, aus etwa 50 Mitgliedern bestehend (Vincke, Radowitz, Schwerin, Detmold, Lassaulx, Rotenhan, Mühlfeld u. s. w.). Soweit die Wirksamkeit der Nationalversammlung darin besteht, Ueberstürzung und Anarchie abzuwehren, erscheint diese Partei der Rechten eben als Alliierter und Anhängsel des Centrums, und die Unterschiede können weniger heraustreten; sie bestehen hauptsächlich im Vereinbarungsprinzip. Eine reaktionäre Partei, d. h. eine solche, die nicht ehrlich und aufrichtig die konstitutionelle Monarchie mit allen ihren Konsequenzen und die Verwandlung des deutschen Staatenbundes in einen Bundesstaat erstrebt, giebt es in der Nationalversammlung gar nicht, und die so häufig gehörte Behauptung, daß die äußerste Rechte eine in ihrer Art ebenso extreme Partei sei als die äußerste Linke, so daß die Wahrheit von beiden Enden gleich weit entfernt wäre, ist vollkommen und nach allen Teilen unwahr. X

Die obengenannten acht Klubs, deren Unterscheidungen von einander oft fließend und unbestimmt sind, zerfallen seit dem 18. September, der die Parteistellungen viel entschiedener

gemacht hat, in drei größere Gruppen, deren Charakter sich durch ihr Verhältnis zur Revolution bestimmt. Die eine will nämlich den Schlund der Revolution schließen, ihren Strom in ein gesetzliches, friedliches Bett hinüberleiten, und die Errungenschaften des Frühlings in einer geordneten, dauerhaften Verfassung sicher stellen. Sie besteht aus den früheren Oppositionen, aus der alten liberalen Partei und zählt fast alle Führer der politischen Freiheit in den letzten Jahrzehnten in ihren Reihen. Sie will die volle konstitutionelle Monarchie im Gesamt- und Einzelstaat, ungefähr nach dem Muster des belgischen Staates; sie will weder den Centralstaat noch den Staatenbund, sondern die Einheit in allem Notwendigen, im übrigen die Selbständigkeit der Einzelstaaten. Die anarchischen Bestrebungen, durch welche die Revolution zu einem permanenten Zustand gemacht werden soll, bekämpft sie mit Kraft und Entschiedenheit. Diese Partei bildet zum Heile unseres Vaterlandes eine starke, geschlossene Mehrheit, die, unbekümmert um alle Verdächtigungen und sicher, daß sie den Willen der großen Mehrheit des deutschen Volkes vertritt, das ihr aufgetragene Werk im Laufe dieses Winters, allen Hemmnissen und Angriffen zum Trotz, durchführen kann. Sie gebietet über nahezu zwei Dritteile aller Stimmen, hat ihren Schwerpunkt in den drei Fraktionen des Centrums und übt durch das aus ihr genommene Reichsministerium die vollziehende Gewalt in Deutschland aus. Ihr steht feindlich die Partei derjenigen gegenüber, die in den Errungenschaften des März nur einen ungenügenden Anfang der Freiheit sehen und eine Reihe von weiteren Revolutionen für notwendig halten, um ihr Ideal von Freiheit, die demokratisch-soziale Föderativrepublik, herbeizuführen. An einer Mehrheit in der Nationalversammlung nach so vielen vergeblichen Versuchen verzweifelnd, sieht sie nun außerhalb derselben ihr Heil und kann nur von weiteren Erschütterungen der gesetzlichen Gewalten in den Einzelstaaten, besonders in Wien und Berlin, eine Verwirklichung ihrer Bestrebungen hoffen, weswegen sie den Verteidiger des 18. Septembers, des Wiener Aufstandes, der Berliner

Exzesse, des sächsischen Partikularismus u. s. w. macht. In Verfassungsfragen will sie eine republikanische Spitze und vollständige Centralisation. Sie besteht aus den zwei Fraktionen der Linken und gebietet über nicht ganz 100 Stimmen. In der Mitte zwischen diesen beiden schroff geschiedenen Parteien steht nun eine dritte, welche in keiner der zwei genannten Richtungen entschieden ist, die Revolution weder fortsetzen noch schließen will, wenigstens weder in einem noch im andern Sinne unzweideutige Schritte thut. Sie tadelt zwar die Aufstände und Gewaltthätigkeiten, aber auch die Mittel, durch die ihnen allein begegnet werden kann; sie verabscheut den 18. September, den Struveschen Aufstand u. s. w., bekämpft aber das Ministerium in allen Maßregeln, die zur Erhaltung der Ordnung notwendig sind; sie mißbilligt die Exzesse der Linken, stellt sich aber dem Centrum viel schroffer und feindseliger entgegen; sie sieht in dem Balken in des linken Bruders Auge einen Splitter, in dem Splitter in des rechten Bruders Auge einen Balken. Sie hält sich dicht an der Grenze der Revolution, ohne sie zu überschreiten und ohne sich von ihr zu entfernen. Es ist die deutsche Gironde, nur weit geringer an Zahl, Talent und Aussichten; es sind die Aristokraten der Linken, die idealen Republikaner, die das Alte bekämpfen und doch das Neue nicht herbeiführen, weil sie vor den Mitteln eine Scheu haben, durch die es allein herbeigeführt werden kann. Würde es dahin kommen, wohin es nicht kommen wird, daß wir auch in Deutschland den Taumelkelch der politischen Thorheiten austrinken und die Tragödie von 1792 nachäffen sollten, so wäre diese Gironde die erste, die, von der „Frakturschrift der Freiheit" gezeichnet, von dem Strom der Volksgewalt zur Seite geschleudert würde.

Frankfurt, 18. Nov. Das Gefühl, daß wir uns zum zweitenmal in einer gefahrvollen Krisis der deutschen Revolution befinden, ist in allen Gemütern vorherrschend. Die Berliner Ereignisse stellen wieder, wie vor zwei Monaten die Waffenstillstandsfrage, die ganze bestehende Ordnung in Deutschland, die Einheit des Vaterlandes und am Ende die ganze fernere Wirksamkeit der

hiesigen Versammlung in Frage. Dazu kommt nun noch die unglückselige Gewaltthat in Wien, die wie eine absichtliche Verhöhnung der Nationalversammlung, wie eine thatsächliche Beantwortung der §§ 2 und 3 unserer Verfassung aussieht. Unsere Lage war, seit wir hier sind, noch nie so kritisch und Besorgnis erregend. Die Linke sucht natürlich die Berliner Konflikte in ihrem Sinne auszubeuten und bringt jeden Tag dringliche Anträge gegen den König und für die Landesversammlung ein. Man wirft der hiesigen Versammlung Unthätigkeit und Indolenz in den wichtigsten Lebensfragen Deutschlands vor; unsere Schuld sei es, daß Wien bombardiert worden, Blum umgekommen sei; wir sollen durch unsere Beschlüsse die preußische Verwirrung lösen, und uns in ganz Deutschland an die Spitze der Revolution stellen, die uns sonst überflügeln und vernichten werde. Diese Vorwürfe einer mutlosen Unthätigkeit, die jeden Tag der Mehrheit von der Minderheit gemacht werden, finden im ganzen Reich ein weitverbreitetes Echo. Und doch, wenn man sich keinen Illusionen hingeben will, wenn man den wahren Umfang der Macht unserer Versammlung erkennt, so ist eben diese scheinbare Unthätigkeit, diese besonnene und abwartende Haltung, die sich scheut, unausführbare Beschlüsse zu fassen und das Geheimnis ihrer eng begrenzten Gewalt zu verraten, die einzig wahre, die einzig mögliche Politik. Oder wer kann sagen, daß, wenn wir in Beziehung auf Wien andere Beschlüsse gefaßt, andere Reichskommissäre gesandt und alles das gethan hätten, was die Linke wollte, daß dann Windischgrätz anders gehandelt haben würde, als er gehandelt hat? Was hilft das Beschließen, wenn die materiellen Mittel, um im äußersten Fall dem Beschluß Nachdruck zu geben, fehlen? Würden die preußischen oder bayrischen Truppen in Oesterreich eingerückt sein, wenn man es hier befohlen hätte, und wäre das der rechte Weg gewesen, die Einheit Deutschlands zu begründen, wenn man vor ganz Europa die Einigung mit einem Bürgerkrieg eröffnet hätte? Die Allmacht der Versammlung in diesem Sinne ist ein Traum, ein Vorurteil, dessen Grundlosigkeit man sich offen gestehen muß. Ihre Macht ist

eine moralische, sie beruht auf der Mäßigung, auf der Vertretung des Rechtes der wahren Freiheit, des wahren Volkswillens. Aber daß es, solange die Centralgewalt eine ideelle und die wahre Gewalt noch in den Händen der Einzelstaaten ist, solange keine definitive Form der Einheit gefunden ist, gegen die zwei Großmächte Deutschlands keine Exekutionsmittel giebt, das sollte man sich offener und ehrlicher gestehen, als es der Fall ist. Wir können Oesterreich, das so stark ist als das gesamte übrige Deutschland, nicht mit Gewalt zwingen, in einem weiteren Umfang deutsch zu sein, als es selbst sein will. Es kann hier auf dem Weg der Unterhandlung und Verständigung durch die Centralgewalt weit mehr geschehen, als durch einseitige Machtsprüche der Versammlung. So konnte man auch in der preußischen Sache vorerst nichts weiter thun, als ein gerechtes schiedsrichterliches Votum abgeben, was in den Beschlüssen vom Dienstag geschehen ist. Wenn die Berliner Versammlung über das Anerbieten unserer Vermittlung mit Hohngelächter zur Tagesordnung übergeht, wenn auf beiden Seiten die Stimme der Vernunft und des Rechtes nicht mehr Gehör findet, so hilft es zu nichts, den ersten gemäßigten Beschlüssen ungemäßigte nachzusenden. Die zunächst allein mögliche Politik ist hier, die Entscheidung abzuwarten, und im einen oder andern Fall auf die Seite des Besiegten zu treten und dem Sieger den Mißbrauch des Sieges unmöglich zu machen. Ein vollständiger Sieg der Berliner Versammlung würde für die Bedeutung der hiesigen verderblich sein, über Deutschland das Unheil einer Spaltung und eine Partei vorübergehend ans Ruder bringen, die in Deutschland keine Zukunft hat. Ueberhaupt hat die Versammlung der Krone gegenüber weder das klare, unzweifelhafte Recht auf ihrer Seite, noch liegt es im Interesse der hiesigen Versammlung, in einseitiger Weise eine gefährliche Rivalin zu begünstigen, die von rechtswegen hätte gar nicht zusammentreten sollen, und die es in Zukunft gar nicht geben darf, wenn in Deutschland eine vernünftige Verfassung zustande kommt. Denn das Beste wäre, wenn Preußen gar keine Gesamtverfassung, sondern nur Provinzialstände be-

käme und die Landesversammlung mit dem Parlament zusammenfiele. Solange diese zwei mächtigen gesetzgebenden Körperschaften in Deutschland nebeneinander stehen, ist eine Eifersucht und Spaltung unvermeidlich. Die Politik gebietet, auch diese Seite der Sache ins Auge zu fassen.

Frankfurt, 24. Nov.

Gestern abend kam Simson von Berlin zurück, um sogleich mit Gagern wieder abzureisen. Wir haben also unsere letzte Karte, den Präsidenten selbst, ausgespielt. Wie man hört, stehen sich nach Simsons Aussagen beide Teile noch ganz schroff entgegen und das Ministerium will nicht nachgeben, die Nationalversammlung noch weniger. Man soll eine Octroyierung im Sinne haben, was aber ein Unglück wäre und wahrscheinlich noch verhindert werden kann.

Frankfurt, 27. Nov.

Es sind seit einigen Tagen Abgeordnete der Berliner Versammlung hier, Rodbertus, Schulze, Gierke u. s. w., um auf die Ansichten der hiesigen einzuwirken und den Eindruck der Bassermannschen Darstellung, der in Preußen weit größer war als hier, zu entkräften. Schon das Erscheinen solcher Deputationen, nachdem noch vor 14 Tagen jede Vermittlung der deutschen Nationalversammlung zurückgewiesen worden, ist ein Beweis des eingetretenen Umschlages in der Stimmung und des veränderten Standes der Dinge. Schon jetzt ist es nicht mehr zweifelhaft, daß die noch vor acht Tagen so beängstigende Krisis überwunden werden wird, und ein extremer Ausgang nach der einen oder anderen Seite hin unmöglich ist. Die Krone hat sich an der Haltung des Volkes überzeugen müssen, daß der Gedanke an eine Reaktion ein Wahnsinn wäre, und die Versammlung muß ebenso einsehen, daß die Gelüste, Konvent zu spielen, im deutschen Volke keinen Boden finden. Durch den unwürdigen Versuch, um einer zweifelhaften Rechtsfrage willen, die materiell von keiner Bedeutung sein konnte, den ganzen Fortbestand des Staates und aller gesellschaftlichen Ordnung dranzusetzen und die Gefahr eines Bürgerkrieges hervorzurufen, hat sie die Sympathieen des größeren und besseren Teils des Volkes mit Einem Schlage verloren, und die von Kirchmann bezeichneten Friedensbedingungen haben in ganz

Preußen den stärksten Rückschlag der monarchischen Gesinnung bewirkt. Die von der hiesigen Versammlung aufgestellten Grundlagen einer Vermittlung, der König soll sein Ministerium ändern und in die Rückverlegung nach Berlin willigen, sobald die Versammlung zu den nötigen Schutzmaßregeln zustimmt, die Steuersuspendierung soll null und nichtig sein, erweisen sich bereits als ein sachgemäßer und gerechter Ausspruch, der nicht mit Reichstruppen ausgeführt zu werden braucht, sondern seine Verwirklichung in sich selber trägt. Gagern wird vermutlich seine Anwesenheit in Berlin nicht nur dazu benützen, die augenblicklichen Konflikte lösen zu helfen, sondern auch für die definitive Entscheidung des Verhältnisses von Preußen und Deutschland einleitende Schritte versuchen. Er würde dies wohl in dem Sinne seiner Rede über die österreichische Frage thun; er gehört zu denjenigen, welche die Unterscheidung eines engeren und weiteren Reichsverbandes für notwendig halten, und in dem engeren eine Verschmelzung von Preußen und Deutschland auf eine schon früher hier angedeutete oder ihr ähnliche Weise herbeiführen möchten, in dem weiteren dagegen unter Oesterreichs Vorsitz ein der alten Bundesakte verwandtes, doch innigeres Föderativverhältnis erstreben. Nach dieser Idee dürfte Preußen überhaupt keine besondere Reichsverfassung, sondern nur Provinzialstände haben, und der gefährliche Berliner Doppelgänger müßte ganz beseitigt werden. Dies könnte jedoch nicht durch eine Auflösung oder weitere Vertagung der dortigen Versammlung, sondern nur dadurch geschehen, daß wir hier rasch vorwärts machen und den Berlinern bald etwas Fertiges vorlegen können, das sie befriedigt. Der Verfassungsausschuß ist jetzt mit allem fertig bis auf den Abschnitt vom Reichsoberhaupt und steht nun mittelbar vor dieser schwersten und entscheidendsten Frage, die man von Anfang an vor sich hatte, aber jetzt nicht länger hinausschieben kann, obwohl sie um nichts leichter geworden ist. Es ist weniger Sache noch weiterer Erwägungen, als des Entschlusses, mit dem letzten Wort herauszutreten, das, mag es ausfallen, wie es will, einen Sturm von Mißbilligungen und Schwierigkeiten heraufbeschwören wird. Denn die Mängel

eines jeden Projektes aufzufinden, ist nirgends leichter als hier. Das obige Projekt läßt auch noch die Modifikation zu, unter welcher es viele Freunde gewinnt und andere abstößt, daß in dem engeren Reichsverband neben Preußen, das den erblichen Vorsitz führt, zwei wechselnde Wahlfürsten aus den übrigen treten und so in einer andern Form von Trias das Bundeshaupt bilden. Wenn diese Modifikation die Bedingung wäre, unter welcher Bayern und die Mittelstaaten die Gefahr einer dereinstigen Verschlingung beseitigt sähen und bereitwillig auf die Idee eingingen, so würden die Nachteile derselben durch die Möglichkeit einer raschen und nahen Entscheidung überwogen. Auf die besondere Aufforderung des Verfassungsausschusses wird die Frage vom Oberhaupt vorher in den Klubs durchgesprochen, ehe der Ausschuß Vorschläge macht, damit er die Ansicht der Majorität schon vorher kennt und die Versammlung speziell vorbereitet findet.

* * *

Hatten Rümelins Korrespondenzen, die unter dem Zeichen △ erschienen, von Anfang an ganz außerordentliches Aufsehen erregt, so waren seine politischen Gegner nicht wenig auf den „Dreieckskorrespondenten" erbost, den sie bald genug in Rümelins Person entdeckt hatten. Ganz besonders hatte sein Bericht vom 11. November, worin er eine Charakterisierung der drei Hauptparteien gab, den Unwillen seiner Gegner hervorgerufen. Es ist auch nicht zu leugnen, daß in diesem Artikel die Zusammenstellung etwas willkürlich ist; an diesem schwachen Punkte setzten die Gegner ein, und ein Wortführer derselben brachte einen weitläufigen scharfen Angriff gegen Rümelin, den der Schw. Merkur in seiner Nummer vom 29. November 1848 an die Spitze des Blattes setzte.

Dieser Angriff auf Rümelin enthielt im wesentlichen folgende Punkte, wenn man von den persönlichen Vorwürfen und Invektiven, wie z. B.: die Charakterisierung der Parteien nach Rümelin habe unter den württembergischen Abgeordneten nur Heiterkeit erregt, — Rümelin habe für den Antrag zu § 2 und 3, den er tags zuvor ein Meisterstück politischen Unverstandes genannt habe, selbst gestimmt u. ä., absieht. Rümelins „positive Unrichtigkeiten" fangen schon mit einer falschen Darstellung der Centrumspartei an. Der Einsender wendet sich an

Rümelin selbst, der die Charakterisierung des Centrums, welches zum Heile des Vaterlandes in der Paulskirche tage, mit „der kolossalen Unrichtigkeit" einleite, daß dasselbe fast alle Führer der politischen Freiheit in den letzten Jahrzehnten in seinen Reihen zähle: Ich frage Ihren Korrespondenten, ob Murschel, Rödinger, Römer, Schott, Tafel, Uhland in jenem Centrum sitzen, und ob diese Männer zur alten liberalen Partei und den Verfechtern der politischen Freiheit in Württemberg gehörten, oder wie es nach jenem merkwürdigen Artikel den Anschein gewinnt, die Herren Fallati, Gförer, Hoffmann, R. Mohl, Rümelin, Wurm, welche allein unter allen württembergischen Abgeordneten mit dem Centrum stimmen?" Ebenso weist der Einsender nach, daß auch bei den anderen deutschen Staaten „nicht fast alle früheren Verfechter der politischen Freiheit im Centrum sitzen, sondern daß eine mindestens gleich große Anzahl, worunter die bedeutendsten Namen, mit der linken Seite stimmen".

Der zweite Hauptangriff richtet sich dann gegen Rümelins Satz, daß das Centrum aus den früheren Oppositionen, aus der alten liberalen Partei bestehe. Hier will der Opponent nicht mit der Zusammenstellung von Namen antworten, sondern auf die Thatsachen hinweisen, daß die Linke in den vier Hauptfragen, nämlich den infolge des Aufstandes in Baden und Frankfurt getroffenen Maßregeln, dem Gesetze zum Schutze der Nationalversammlung, den Wiener und Berliner Angelegenheiten, gerechter und unparteiischer gestimmt habe als das Centrum, welches nur der Kamarilla der Reaktion in die Hände gearbeitet habe.

Die Antwort Rümelins auf den Angriff seiner Gegner erfolgte unter dem alten Dreieckszeichen.

* * *

Frankfurt, 30. Nov. Mein neulicher Bericht über den Stand und Charakter der Parteien in der Nationalversammlung hat eine Erwiderung gefunden, auf die Sie mir, als dem angegriffenen Teil, wohl auch noch ein Wort der Entgegnung gestatten werden. Zwar hat jene Erwiderung, dem litterarischen Brauch und Anstand zuwider, sich nicht darauf beschränkt, den Inhalt meines Artikels zu widerlegen, sondern auch den vorausgesetzten oder vermuteten Verfasser mit gehässigen Bemerkungen angegriffen; ich werde jedoch wie sonst, so auch hier, niemanden auf das Gebiet der

Persönlichkeiten folgen, so leicht es wäre, jene Angriffe zurückzuweisen. Ich habe in jenem Artikel eine einfache, bekannte und oft gesagte Thatsache ausgesprochen, daß es hier, wie in Deutschland überhaupt, drei Parteien gebe, von welchen die eine die Revolution schließen und die Früchte derselben durch Gesetz und Verfassung dem Volke sichern wolle, die zweite, unzufrieden darüber, daß die Revolution vor den Thronen stehen geblieben, eine zweite, verbesserte und vermehrte Auflage derselben wünsche, während die dritte zwischen diesen beiden Standpunkten hinfluktuiere und in der Meinung, die richtige Mitte zwischen beiden zu bilden, nur dem Umsturz in die Hände arbeite. Diese meine Behauptung, die für niemanden verletzend sein sollte oder konnte, hat nun, wie es scheint, böses Blut gemacht; mein Gegner will dadurch zwar nur in eine heitere Stimmung versetzt worden sein, hat sich jedoch auch zu einer angelegentlichen Widerlegung derselben bestimmen lassen, ohne daß seine Ausführungen für mich etwas anderes als eine Bestätigung meines Urteils enthielten. Besonders hält er sich an die zufällige statistische Bemerkung, die an sich unabhängig von jener Unterscheidung ist, daß zu der Partei des Centrums fast alle früheren Führer der liberalen Partei in Deutschland gehören, und will darin zu meinem Erstaunen eine „kolossale Unrichtigkeit" aufdecken. Ich dachte dabei nur an das, was jedermann weiß und wissen kann, daß die früheren Oppositionshäupter in ganz Deutschland seit dem März entweder Minister in den Einzelstaaten und demnach die Leiter der so viel geschmähten und bedrängten Regierungen sind, oder hier, als Abtrünnige und Reaktionäre verschrieen, im Centrum der Nationalversammlung sitzen. Ich dachte dabei in Preußen an Beckerath, Vincke, an Camphausen und Hansemann, in Baden an Bassermann, Welcker und Mathy, in Hessen an Gagern, an Jordan und Wippermann, in Nassau an Hergenhahn; ich konnte in Sachsen an Oberländer, Todt und Pfordten, in Bayern an Thon-Dittmar, Closen, Lerchenfeld und außerdem noch an Dahlmann, Arndt, Gervinus, Beseler u. s. w. denken. Ich sah in diesen Männern die bekannten alten Führer der Parteien, nicht

aber in den von meinem Gegner bezeichneten Namen Brentano, Peter, Eisenstuck, Schaffrath, Wigard u. s. w. In Beziehung auf Württemberg war ich allerdings von einer andern Voraussetzung ausgegangen, als er, indem ich die Mitglieder des Märzministeriums auch als im wesentlichen mit den oben genannten Männern gleichdenkend annahm, sie mir wenigstens als aufrichtige Anhänger der konstitutionellen Monarchie dachte und jedenfalls dazu ebenso gut berechtigt zu sein glaubte, als wenn ich sie mit ihren versteckten oder offenen Gegnern in Eine Klasse gerechnet hätte. Wenn ich somit alle Namen, die mir entgegengehalten werden, vergleiche, so sind es entweder nicht die Namen von früheren Führern, sondern von einfachen Mitgliedern der früheren Opposition, oder es sind neue, erst seit dem März oder nicht lange vorher bekannter gewordene Männer, wie Raveaux, H. Simon, Venedey u. s. w. Jene kolossale Unrichtigkeit, die mir so übermütig ins Gesicht geschleudert wird, reduziert sich also darauf, daß, — abgesehen von der ganz individuellen Stellung eines hochverehrten Landsmannes — von allen früher bekannten und hervorragenden Häuptern der Opposition in den Einzelstaaten nur Herr v. Itzstein zu einer von dem hiesigen Centrum entschieden abweichenden Richtung gehört und mein Ausdruck „fast alle" somit buchstäblich gerechtfertigt erscheint. Ich sehe überhaupt nicht ein, warum sich mein Gegner gegen die handgreifliche und dabei so unverfängliche Thatsache sperrt, daß die Führer der hiesigen Linken meist junge, erst seit der Revolution hervorgetauchte Namen sind. Oder wer hat vor dem März von Vogt, Zitz, Simon von Trier, Wesendonk, von Raveaux, Venedey, Schoder viel in Deutschland gesprochen? und liegt denn in dieser Neuheit des Ruhmes ein so empfindlicher Vorwurf? Daß gerade in Württemberg viele Mitglieder der früheren konstitutionellen Opposition im Augenblick, da das Ziel erreicht war, sich ein neues, fernes Ziel aufsteckten und den Schein erregten, als ob ihre frühere Stellung nur eine vorläufige Maske gewesen wäre, wie sollte mir das unbekannt geblieben oder mir in den Sinn gekommen sein, eine für mein Vaterland so wichtige und ver-

hängnisvolle Thatsache, vollends gegenüber den Lesern dieser Zeitung, abzuleugnen?

Mein Gegner sagt ferner von der Partei, welcher er das Wort redet, daß sie für die Ordnung ebenso wie für die Freiheit sei, und beides nach oben und unten mit gleicher Energie vertrete. Er führt als Beleg dafür das Verhalten bei dem Frankfurter Belagerungszustand, dem Gesetz zum Schutze der Nationalversammlung, bei den Wiener und Berliner Ereignissen an. Leider verbietet es der Raum, an eben diesen Beispielen die Richtigkeit meines Urteils im einzelnen nachzuweisen und die angebliche Unparteilichkeit meiner Partei in dem Kampf zwischen Gesetz und Aufstand ausführlicher zu zeichnen. In allen diesen Fällen und noch vielen dazu zeigte sie sich gerade so, wie ich in jenem mißfälligen Artikel gesagt. Das ist es eben: man mißbilligt die Unordnung und Gewalt, man hat vor Lichnowskys und Latours Ermordung, vor den schimpflichen Scenen in Berlin u. s. w. großen Abscheu, man bedauert alle vorgefallenen Roheiten, aber man läßt es auch bei diesem Bedauern bewenden. Wenn es nun dann endlich dahin gekommen ist, daß das schwer verletzte Ansehen der Gesetze nur noch mit Waffengewalt hergestellt werden kann, daß die gewöhnlichen Mittel nicht mehr ausreichen, weil die Bürgerwehren ihre Pflicht nicht thun, die städtischen Obrigkeiten terrorisiert sind u. s. w., wenn also außerordentliche Maßregeln notwendig werden, die ihrer Natur nach immer eine Suspendierung des ordentlichen Zustandes sein müssen, dann tritt die Partei mit aller Energie auf und erhebt ihren Alarmruf über Unterdrückung der Volksfreiheiten, dann verfolgt sie mit der peinlichsten Kritik jede Polizeimaßregel und bestürmt mit dringlichen Anträgen die Versammlung. Heißt das etwa unparteiisch und gerecht nach beiden Seiten sein, wenn mein Gegner in der preußischen Sache die Auflösung der Berliner Bürgerwehr, die sich vollkommen unfähig und ungeneigt zur Erhaltung der Ordnung und zum Schutze der Versammlung gezeigt hatte, die Verkündigung des Belagerungszustandes für die

offenbarsten Rechtsverletzungen erklärt, in der Steuersuspendierung dagegen, dieser unerhörtesten und revolutionärsten aller Maßregeln, nur eine angebliche Rechtsverletzung sieht? Waren etwa die Anträge von Rappard und anderen etwas anderes, als die unverkennbarste Parteinahme für die Versammlung und gegen die Krone; konnte man viel anderes darin erblicken, als die Ausführung der von den Herren Jakoby und Waldeck gewünschten und bestellten Schritte? Wurde in der Wiener Sache nicht von Anfang an nach allen Seiten für die aufständische Stadt und gegen die Kaiserliche Regierung Partei genommen? Man konnte dies thun und konnte sehr bedeutende Gründe dazu haben, aber nur soll eine Partei, die es thut, sich dann auch dazu bekennen und nicht noch auf den Schein Anspruch machen, als ob sie die erhabene Rolle der Gerechtigkeit nach beiden Seiten vertrete. Mein Gegner wird wohl nicht leugnen, daß seine Partei von Anfang an in systematischer Opposition gegen das Reichsministerium steht, und wird ihr dies sogar zur besonderen Ehre anrechnen. Als ob daran irgend jemand zweifelte, daß die Stellung der Centralgewalt weder im Innern noch draußen eine solche ist, wie wir alle sie wünschen müssen! Ich mute auch niemanden zu, alle einzelnen Handlungen des Ministeriums zu rühmen oder an allen Erklärungen des Herrn v. Schmerling ein besonderes Wohlgefallen zu haben, aber das ist fürwahr eine wohlfeile, schlechte und unpatriotische Kunst, die Mängel der Sache, die notwendige Schwäche und Beschränktheit einer provisorischen, aller materiellen Grundlagen von Macht entbehrenden, auf den guten Willen und die Uebereinstimmung der Einzelregierungen angewiesenen, von der irregeleiteten, in sich völlig geteilten, öffentlichen Meinung wenig unterstützten Gewalt stets nur auf die Personen zu schieben, die zufällig an der Spitze stehen! Es gehört wenig Mut und wenig Weisheit dazu, solche Anträge zu stellen, die dem Unkundigen glänzend und energisch, dem Kundigen phantastisch und fabelhaft erscheinen müssen, bei dem großen Haufen aber jedenfalls ihr Glück machen, wie etwa: man solle ein Reichsheer nach Oesterreich senden und don-

nernde Befehle nach Berlin schicken. Wir wären begierig, wenn Deutschland einmal das traurige Experiment eines Ministeriums Simon, Venedey u. s. w. durchzumachen hätte, wie sie es angreifen würden, eine preußische und bayerische Armee nach Oesterreich zu bringen, was dabei herauskäme, und was Mit- und Nachwelt dazu sagen würde, wenn wir im Bunde mit Kossuth und Karl Albert das starke Bruderreich im Osten zertrümmern wollten. Würden vielleicht England, Frankreich oder gar die Türkei und Walachei, aus denen man so gerne Stoff zu Anklagen gegen das Ministerium schöpft, in diesen Personen größere Garantieen der gesicherten Existenz des neuen Reichs finden, als in dem jetzigen? Die Heldenthat ist nicht groß, die Centralgewalt auf alle Weise in den Staub herunterzuziehen, und wenn dies durch die üblichen Mittel bei der großen Menge erreicht ist, eben darauf einen neuen Vorwurf, eine neue Waffe gegen das Ministerium zu gründen. Fulminante Beschlüsse in die Welt hinaus zu schicken, zu deren Ausführung man Freischaren und Barrikaden nötig hätte und doch auch damit nichts ausrichten würde, ist lächerlich, und man hat ohnedies schon leere Worte genug gemacht. Daß aber die Centralgewalt nichts Verderblicheres thun könnte, als zu diesem letzten Mittel, der rohen Volksgewalt, zu schreiten, daß man dem Partikularismus keine gefährlichere Waffe in die Hand geben könnte, als wenn man die Einzelstaaten zu den Trägern der Ordnung und gesetzlicher Freiheit machte, darüber sollte kein Kundiger im Zweifel sein. Aus diesen und ähnlichen Erwägungen hat die Fraktion des Centrums, der die Angriffe meines Gegners besonders gelten, beschlossen, in allen Verfassungsfragen ihr altes Prinzip zu verfolgen, das Ministerium aber, das, wenn auch in Beziehung auf einzelne Persönlichkeiten, doch nicht in den Grundzügen des Systems ein anderes sein könnte, über die Dauer des Provisoriums zu stützen und zu erhalten, dagegen durch rasche Beratung der Verfassung so bald als möglich eine definitive und faktische Gewalt in Deutschland zu schaffen. Gegenüber von diesen Grundsätzen appelliert mein Gegner am Ende gar noch an das Gewissen derjenigen,

die sich dazu bekennen, und an das Urteil der Geschichte. Ich nehme beide Provokationen an und hoffe bis jetzt noch zuversichtlich, die Geschichte werde einst dem deutschen Volke nachrühmen, daß es ohne ein Interregnum blutiger und anarchischer Zustände die Früchte einer glücklichen Revolution durch die ausdauernde Mäßigung und Besonnenheit seiner Vertreter für lange Zeit gesichert habe.

Frankfurt, 9. Dez. Unter den vielen Schwierigkeiten, die sich aufs neue von allen Seiten auftürmen, und die um so ernstlicher sind, je mehr sie nicht, wie sonst, von der tollen Leidenschaft verblendeter Volkshaufen, sondern von der berechneten Haltung der effektiven Gewalten drohen, steht die österreichische Angelegenheit darum oben an, weil sie das Verfassungswerk am unmittelbarsten berührt. Durch das offiziell mitgeteilte Programm der österreichischen Regierung, das ohne Zweifel demnächst durch einen Beschluß des Kremsierer Reichstags noch überboten werden wird, ist die Antwort auf § 2 und 3 der Verfassung als gegeben zu betrachten. Oesterreich wird ein Gesamtstaat bleiben, mit eigener Vertretung im Ausland, mit Einheit der Armee, des Zollgebiets, der höheren Verwaltung; die deutsch-österreichischen Provinzen werden durch eine Realunion mit den nichtdeutschen so eng verbunden bleiben als früher. Daraus folgt für diejenigen, die wissen, was sie wollen und was Deutschland notthut, nicht, daß § 2 und 3, sondern daß der § 1 abgeändert wird, der den Umfang des deutschen Bundesstaates bestimmt; es muß klar ausgesprochen werden, daß in den engeren Bundesstaat, der für Deutschland notwendig ist, Oesterreich nicht eintreten kann und demnach das Verhältnis Oesterreichs zu Deutschland durch eine besondere Bundesakte im Wege der Unterhandlung reguliert werde. Solange dieses nicht geschieht, kommen wir aus der unwahren und unerträglichen Stellung nicht heraus, in welcher wir, von der Voraussetzung aus, daß Oesterreich zum Bundesstaat gehöre, der Centralgewalt die Ausführung von Beschlüssen übertragen, die kein Ministerium in der Welt ausführen kann, solange dort die Grundlage des ganzen

Verhältnisses geleugnet wird. Entweder muß man, wie die Linke konsequenterweise will, Oesterreich mit Gewalt erobern und dem Bundesstaat einverleiben, oder muß man auf das Gebiet der Verhandlung übertreten mit einem Staate, der den Charakter einer einheitlichen europäischen Großmacht nicht aufgeben will und kann. Die nächsten Folgen dieser nicht länger verkennbaren Wahrheiten sind, daß man hier zwar die Verfassung für den engeren Bundesstaat ungestört fortberät, aber gleichzeitig mit Oesterreich über die Grundlagen eines weiteren Reichsverbands in Unterhandlung tritt und hiezu die Centralgewalt ausdrücklich ermächtigt. Eine weitere Folge ist, daß Schmerling als Oesterreicher das Ministerium des Innern nicht mehr länger behalten kann und wahrscheinlich Gagern als Ministerpräsident und Minister des Innern eintritt. Ob Schmerling ganz austritt oder das Ministerium des Aeußern, das übrigens gegenwärtig leider noch von geringerer Bedeutung ist, beibehält, ist ungewiß. Es haben über alle diese Punkte in den letzten Tagen lebhafte Besprechungen in den Klubs stattgefunden, deren Ergebnis in kürzester Zeit ans Licht treten wird. So sehr bei diesen Beratungen die Ansichten über die Gestaltung der Spitze Deutschlands im einzelnen auseinandergehen, so sehr sich bei jedem Schritte neue Schwierigkeiten ergeben, so drängt sich doch der Grundgedanke, der noch vor einigen Monaten fast wie eine Paradoxie angesehen wurde, mit jedem Tag mehreren auf, daß sich Deutschland als wahrhafter Bundesstaat unter preußischer Hegemonie konstituieren müsse. Man sagt, es sei ein geheimer Bund vorerst zwischen Bayern, Hannover, Hessen-Darmstadt abgeschlossen, um einem erblichen Vorsitz Preußens entgegenzutreten; auf der andern Seite stehe Preußen mit einigen norddeutschen Höfen in Unterhandlung. Jedenfalls kann die deutsche Reichsverfassung leicht in Gefahr geraten, wieder den Diplomaten in die Hände gespielt zu werden, und es wird alles davon abhängen, ob die so vielfach gegen die hiesige Versammlung verhetzte öffentliche Meinung verblendet genug ist, sie auch dann im Stich zu lassen, wenn die gemeinsame Sache in ernstliche Gefahr kommt.

Daß man über die Wendung der Dinge in Preußen hier sehr besorgt und unzufrieden ist, läßt sich denken, da auch, abgesehen von allem andern, jedenfalls die Beibehaltung des Ministeriums ein direkter Widerspruch mit den hiesigen Beschlüssen ist. Die Sache ist aber noch zu neu, und neben der Verfassung nehmen für den Augenblick die österreichische Angelegenheit und die damit in Verbindung stehende Ministerkrisis die Aufmerksamkeit so in Anspruch, daß sich noch gar nicht bestimmen läßt, was von hier aus in der Sache geschehen wird. Die Verfassung und die Grundrechte schreiten indessen sehr rasch vorwärts; es wird fast gar nicht mehr diskutiert, außer in den Klubs, sondern nur abgestimmt. Die Anträge des Verfassungs-Ausschusses gehen meist durch; nur in der Adelsfrage glaubte man den Sätzen: „Vor dem Gesetze giebt es keinen Unterschied der Stände. Alle Standesvorrechte sind abgeschafft", noch den vollkommen tautologischen, dem Inhalte nach selbstverständlichen, die Form der Fassung aber verunstaltenden Satz hinzufügen zu müssen: Der Adel als Stand ist abgeschafft. Daß es keinen Adelsstand vor dem Gesetze giebt, war schon gesagt; ob es einen noch fernerhin im sozialen Gebiet giebt, das hängt ja nicht vom Gesetz, sondern von der Sitte ab. Bei den Grundrechten tritt überhaupt, wie früher, die Gefahr ein, sie dadurch nach Form und Inhalt verderbt zu sehen, daß viele nicht den Mut haben, einen Antrag, dessen Inhalt einmal unter den Forderungen des Zeitbewußtseins steht, bloß darum abzulehnen, weil er entweder nicht in die Grundrechte gehört oder, unrichtig gefaßt, überflüssig, mißverständlich ist. Die Abschnitte über Kirche und Schule sind in der zweiten Redaktion wesentlich verbessert, wenn sie nicht wieder durch die Annahme improvisierter Anträge verunstaltet werden.

* * *

Auf Rümelins Abwehr gegen den von seinem Gegner gemachten Angriff schwieg letzterer nicht, sondern brachte noch einmal einen längeren Artikel, der in dem Satze gipfelt, Rümelin vertrete eben eine

Richtung, „welche aus Gründen höherer Politik Recht zu Unrecht und Unrecht zu Recht mache.“ Rümelin entgegnete nicht, sondern ignorierte den neuen Angriff und fuhr ruhig in seinen Korrespondenzen weiter.

* * *

Die Oberhauptsfrage und mit ihr die österreichische wird mit jedem Tag schwerer, je näher die Notwendigkeit ihrer Lösung kommt. Manche verzweifeln schon daran und flüstern sich in geheimer Angst ins Ohr: wir bringen die Sache nicht fertig und das deutsche Volk nicht unter Einen Hut. Die alten Parteien zersetzen sich an dieser Frage und bilden sich neu nach Stämmen oder gar nach Konfessionen. Ein Teil der schwarzgelben Oesterreicher will sich sogar mit der Linken verbinden, die sich jedoch bis jetzt patriotisch genug zeigte, ein solches Bündnis zurückzuweisen. Die Stellung der österreichischen Regierung und vieler Abgeordneten ist unverkennbar eine zweideutige. Sie wollen ihren Staat ganz unabhängig von uns gestalten, aber uns nicht dasselbe erlauben. Deutschland soll in Oesterreich nichts zu sagen haben, wohl aber Oesterreich in Deutschland. Sie wollen eine ganz selbständige europäische Großmacht sein, aber darum den alten Einfluß auf das Reich an Preußen abzutreten, das fällt ihnen nicht ein. Sie thun nichts dazu, die deutsche Einheit zu schaffen, wohl aber viel, sie zu verhindern. Und da muß es sich nun zeigen, ob im deutschen Volk und der hiesigen Versammlung politischer Takt und Sinn genug ist, um aus all dieser Halbheit und Verworrenheit herauszutreten, einen kühnen Entschluß zu fassen und durchzuführen. Wenn wir nur einmal soweit wären, daß die öffentliche Meinung, die Presse, die Einzelnen aus allgemeinen Phrasen von der deutschen Einheit heraus und unmittelbar an die Sache, an die Form und Gestalt der Verwirklichung heranträten. Nichts ist leichter, als mit der Kritik die Mängel eines jeden Planes aufzudecken, sich nur an diese Mängel und Schwierigkeiten zu halten, und dabei entweder gar nichts Positives oder irgend ein querköpfiges Nebelbild für sich

Frankfurt, 16. Dez.

in petto zu halten. Das halten wir für den Anfang der Erkenntnis in dieser Sache, daß man alle Gedanken an ein periodisches Wahloberhaupt, an einen Turnus, an ein auf die Kreisverfassung basiertes Bundesdirektorium, an einen gewählten Präsidenten u. a. aufgiebt, und nur die zwei einzigen und günstigsten Möglichkeiten gegen einander abwägt: mit Oesterreich die Trias, ohne Oesterreich die preußische Hegemonie. Denn eine der beiden Großmächte der andern, wenn auch nur zeitweise, unterzuordnen, geht ein für allemal nicht an. Wir wollen nun die Trias keineswegs unbedingt verdammen, und wenn am Ende nichts anderes möglich wäre, so müßte man sich eben dazu bequemen und sehen, was sich durch die Kraft und Ausdauer des Volkes noch daraus machen ließe, aber daß sie uns im besten Falle nichts anderes brächte, als einen großen schwerfälligen Landeskomplex, von einer starken Defensivkraft, aber unfähig zu jeder rührigen und energischen Politik nach innen und außen, das wird niemand zu leugnen imstande sein. Wie kann man sich bei einer monarchischen Trias diesen Widerspruch in sich selbst, die Formen des konstitutionellen Staates, die Ernennung und Entlassung eines Ministeriums, die Verantwortlichkeit desselben vor einem Parlament irgendwie anschaulich denken? Wie sollen die Gesandten ernannt, bei wem die auswärtigen beglaubigt werden; wie geht es an, daß Oesterreich dann noch seine besonderen daneben hat? Welche Garantieen hat man da, daß in einem Kriegsfall die beiden Großmächte nicht ihre eigenen Wege gehen? Wo sind die Zwangsmittel, wenn eine von beiden ihre Pflichten nicht erfüllt? u. s. f. Wir verkennen ebensowenig die großen Mängel und Schwächen des zweiten Projekts. Das Ausscheiden Oesterreichs aus dem deutschen Bundesstaat wird immer ein blutiger, Mark und Bein jedes Deutschen erschütternder Schnitt, eine nie heilende Wunde sein; wir geben zu, daß wir keine Bürgschaft dafür haben, ob und wie weit der weitere Reichsverband mit Oesterreich, den man bei diesem Ausscheiden im Auge hat, wenigstens in der nächsten Zukunft zustande kommt, ob nicht sogar vorübergehend das Verhältnis ein feindseliges werden kann; es ist

nicht undenkbar, daß Oesterreich immer ein geheimer Verbündeter von Bayern und den Mittelstaaten bleiben und dadurch deren Widerstandskraft gegen die Centralgewalt erhöhen wird, die ohnedies stark genug sein wird. Wir fühlen das schmerzliche Gewicht aller dieser und vieler anderer Gründe und Schwierigkeiten, und dennoch sagen wir: dieser Weg allein ist der wahrhaft politische, der hoffnungsreichste Ausweg aus diesem Labyrinth, unter vielen großen Uebeln das kleinste. Das allein gibt eine im In- und Ausland verständliche Form der Einigung, die das Volk ergreift und in sein Bewußtsein aufnimmt (und daran liegt außerordentlich viel). So allein wird man sagen: Hier ist deutsches Land, hier sind deutsche Schiffe, deutsche Krieger; hier gilt deutsches Recht und Gesetz; hier herrscht deutsche Sprache und Bildung. So allein wird das Ausland Respekt vor uns haben, wenn sich an das Gewicht der 16 Millionen Preußen 17 Millionen andere Deutsche anhängen und zu einer gegliederten, starken Einheit verbinden; es wird ein Reich sein so groß wie Frankreich, weder an Bildung, noch an Tapferkeit und Gewerbfleiß seiner Bewohner hinter ihm zurückstehend. Es kehrt immer die Frage wieder: Was ist besser, 34 Millionen in einem engen, oder 45 Millionen in einem lockeren Verband? Was ist wahrscheinlicher, daß aus dem einigen Deutschland ein ganzes, oder daß aus dem ganzen ein einiges wird? Was drückt schwerer, ein Ganzes auf zwei Schwerpunkte verteilt, oder zwei Dritteile des Ganzen auf Einem Punkte ruhend? So groß die Schwierigkeiten in diesem Falle sind, so sind sie doch nicht unüberwindlich. Die Fürsten der Mittelstaaten, besonders Bayern, werden sich dagegen sperren, allein sie sollen bedenken, daß sie auf die Souveränität, auf die Königstitel u. s. f. nach der Geschichte kein göttliches und kein menschliches Recht besitzen, daß sie beides durch einen, wenn auch noch so entschuldbaren Verrat gewonnen haben um den Preis einer Knechtschaft, die zehnmal drückender war, als was ihnen jetzt zum Wohle des Vaterlandes angesonnen wird, daß alles, was sie haben, am Ende nichts anderes ist, als wie der Dichter sagt, von der Fürsten Trug

zerklaubt, von Kaiser und von Reich geraubt. Das Volk müßte freilich noch einen höheren Grad von politischer Reife zeigen, als seit dem März der Fall ist, und die Presse müßte einsehen, daß man der Einheit des Vaterlandes keinen schlechteren Dienst thun kann, als wenn man systematisch die Nationalversammlung mit Kot zu bewerfen sucht. In betreff dieser Versammlung ist soviel gewiß: wenn sie in der Oberhauptsfrage das Richtige trifft und anzubahnen weiß, so wird ihr Name groß sein und sie wird einen Glanzpunkt bilden in Deutschlands Geschichte, wenn ihr aber dies nicht gelingt, so ist alles, was sie sonst gethan hat, gleich Null, und sie wird versunken und vergessen sein im Buche der Geschichte, mit allen ihren Grundrechten, Interpellationen, guten und schlechten Reden und Beschlüssen.

Schmerling ist nun endlich aus- und Gagern eingetreten. Daß Schmerling die Unterhandlungen mit Oesterreich nicht leiten konnte, war natürlich; sein völliger Austritt aus dem Kabinett aber nicht notwendig; wenigstens war es nicht recht, daß dazu dieselbe Mehrheit mithalf, für deren Unpopularität Schmerling nur eine Art von Blitzableiter war, die ihm nichts vorwerfen kann und nichts vorzuwerfen weiß, als daß seine Manier im Parlament etwas Mißfälliges hatte, die seine Energie, Gewandtheit und Ehrenhaftigkeit sonst immer anerkannte und noch anzuerkennen vorgiebt. Und manche haben dazu mitgewirkt, denen man wohl zurufen dürfte: Das war kein Heldenstück, Oktavio! Die einen meinen, er müsse fort, weil, und die andern obgleich er ein Oesterreicher sei. Solange aber noch hundert Oesterreicher in der Versammlung sitzen, sollte man nicht sagen: es dürfe keiner im Ministerium sein. Niemand wird darin einen glücklichen Anfang zu Unterhandlungen mit Oesterreich sehen.

Bei den Abstimmungen über die Kompetenz des Oberhauptes und des Reichstages zeigte sich auch die falsche Tendenz, demokratischen Prinzipien zuliebe die oberste Exekutivgewalt zu schwächen und die gesetzgebenden Körper stark zu

machen. Wenn wir ein gutes Oberhaupt bekommen, unstreitig das Allerwichtigste im Bundesstaat, so wird es ein viel stärkerer Vertreter der Einheit und Centralisation sein, als der Reichstag, letzterer vielmehr nach echt deutscher Weise der Herd von Sonderbestrebungen und gegenseitigen Eifersüchteleien werden. Wer es gut mit der Einheit meint, der statte das Oberhaupt mit aller Fülle der Herrschergewalt aus, nicht aber das vielköpfige Volks- und Staatenhaus, vorausgesetzt, daß wir eine Monas an die Spitze bekommen. Das absolute Veto, ein wesentliches Merkmal einer starken Gewalt, im Bundesstaat viel notwendiger als im Einzelstaat, ist leider unterlegen, obgleich sich's hier, wie Dahlmann ganz richtig sagte, nicht um die Freiheit handelt, sondern um die Macht.

Frankfurt, 18. Dez.

In der heutigen Sitzung zeigte sich die Auflösung und Zersetzung der alten Parteien und die Bildung von zwei ganz neuen Heerlagern auf eine ebenso überraschende als betrübende Weise. Die Krisis ist da und mit ihr die neue Spaltung Deutschlands, mit ihr die Unmöglichkeit einer befriedigenden Lösung. Es waren zwar nur Form- und Nebenfragen, aber die neuen Parteikombinationen traten aufs klarste dabei hervor. Bayern, Oesterreicher, Rheinpreußen haben sich mit der Linken verbunden und bilden im Verein mit ihr eine ganz nahe an die Majorität hingrenzende Minorität. Dreimal mußte gestimmt werden, bis Simson eine absolute Mehrheit als Präsident erhielt; der Gegenkandidat war Kirchgeßner, ein unbedeutender Mann und solcher Stellung keineswegs gewachsen, aber — Bayer und Mitglied des Württemberger Hofs. Der zweite Kampf war darüber, an welchen Ausschuß die Vorlage des Ministeriums Gagern gewiesen werden sollte, ob an den Verfassungsausschuß, den sogenannten Biedermannschen, den staats- und völkerrechtlichen, oder an den österreichischen (in welchem fast lauter Oesterreicher sitzen), oder endlich an einen neu zu wählenden. Das letztere ward angenommen, und bei den morgenden Wahlen in die Abteilungen wird sich der Kampf von neuem und im kleinen entspinnen. Es sind jetzt in Beziehung auf die Hauptfrage zwei Parteien da: die eine will

den engeren Bundesstaat ohne Oesterreich fertig machen und mit Oesterreich ein besonderes durch eine eigene Unionsakte zu regelndes Verhältnis, im Sinne der Vorlage Gagerns; die andere Partei, aus den verschiedenartigsten Bestandteilen gemischt, hat kein positives Projekt einer deutschen Verfassung, will aber jedenfalls Oesterreich nicht fahren und das Ministerium nicht aufkommen lassen. Wie weit sich übrigens die verschiedenen Fraktionen der Linken in diese neue bayerisch-österreichische Politik einlassen, darüber läßt sich nach den heutigen Vorgängen noch nichts sagen; denn das Heutige war mehr eine Verbindung der Oesterreicher mit der Linken, als umgekehrt. Nun sind wir dahin gekommen mit der deutschen Einheit, daß es heißt: Preußen oder Oesterreich, Nord- oder Süddeutschland, Habsburg oder Hohenzollern, Unitarier oder Triarier u. s. f. Bereits tritt die Leidenschaft und der Haß hervor, und wir sind wieder auf dem besten Weg, es gerade so zu machen, wie es die Deutschen in allen Wendepunkten ihrer Geschichte gemacht haben. Während wir hier uns in zwei feindliche Lager teilen, ist an den fürstlichen Höfen rühriges Leben, die alten Sonderbündeleien und Intriguen kommen wieder hervor; man hat Ursache, von dem einen und andern Hof zu glauben, daß er hinter dem Rücken seines Ministeriums Unterhandlungen anspinnt. Nächstens wird man daran denken, die Sache in einem Diplomatenkongreß mit den auswärtigen Mächten zu verhandeln. Die süddeutsche Presse spricht von einem Rheinbund; das Volk hat, wie ein thörichter Knabe, sein bischen Pulver zu kindischen Feuerteufeln verbraucht; es fehlt allenthalben an einer gesunden, vernünftigen, öffentlichen Meinung. Die Menge ist abgehetzt und hat das Treiben der Wühler satt. So stehen die Dinge zum Schlusse des Jahres 1848, und ein Teil schiebt dem andern die Schuld davon zu. Vielleicht wird es im kommenden Jahre heißen: quod medicamenta non sanant ferrum sanat. (Was Arznei nicht bessert, heilt das Eisen.) Das größte Uebel aber ist der Mangel eines intelligenten patriotischen Mittelstandes.

Die neue Liga von Oesterreichern und der Linken hat heute bei der Wahl des neuen Ausschusses einen vollkommenen Sieg erfochten; von den 15 Gewählten sind nur 4 aus der bisherigen Mehrheit und mit der Gagernschen Idee im wesentlichen einverstanden, 9 sind aus den verschiedenen Fraktionen der Linken und 2 von der bisherigen, jetzt übergegangenen Rechten. Da beide Parteien alle Kräfte angestrengt hatten, ist eine Niederlage des Gagernschen Ministeriums, nach dieser Vorwahl zu schließen, nicht unwahrscheinlich. Und wenn dies geschieht, wenn das Ministerium abtritt, was dann? Jene Koalition der entgegengesetztesten Elemente kann kein neues bilden; sie kann keinen Tag in Deutschland regieren. Wenn also die Parteistellungen sich nicht von neuem ändern, so ist es mit der Centralgewalt und dadurch auch mit der Nationalversammlung zu Ende. Die deutsche Sache kommt in andere und nicht in bessere Hände. Ja wenn nur diese neue Koalition irgend etwas bieten würde, wenn sie uns eine Möglichkeit zeigte, Oesterreich in einen Bundesstaat hereinzuziehen, wenn sie irgend eine annehmliche Form der Einigung der unsrigen entgegensetzen würde, wenn sie noch neue und weitere Mittel wüßte, als mit Oesterreich entweder Krieg zu führen oder zu unterhandeln! Aber das ist es eben, die neuen Verbündeten können nichts machen, sondern bloß viel verderben; sie können den Ausbau der Verfassung unmöglich machen, aber nichts dafür gewinnen. Sie handeln im Interesse der alten traditionellen Politik des habsburgischen Hauses. Die Sachen liegen offen da. Das Ministerium Stadion will zunächst Ungarn niederwerfen, der Sonderstellung dieses Landes für die Zukunft ein Ende machen, Oesterreich als Bundesstaat mit Provinzialständen und Verwaltungen, aber mit einer sehr starken, durch keinen Reichstag, sondern höchstens einen Senat kontrollierten Centralgewalt konstituieren; dann aber als neu verjüngte Macht auch wieder mit ihrem ganzen Gewicht auf Deutschland drücken und den alten Einfluß dort wieder ausüben. Darum lehnt es nun vorderhand, bis die Dinge in Oesterreich im Reinen sind, die Zumutungen von Frankfurt

Frankfurt, 19. Dez.

aus einfach ab und geht seinen eigenen Weg. Es will aber uns nicht auch unseres Weges gehen lassen, sondern fürchtet durch eine rasche Konstituierung Deutschlands von Preußen überflügelt zu werden, und wünscht deswegen wo möglich vor uns seine Verfassung fertig zu machen. Darum denkt es nicht daran, seine Abgeordneten hier nicht mehr sitzen zu lassen und von dem Mitbau einer Verfassung zurückzurufen, von der es erklärt hat, daß sie für Oesterreich nicht gelten werde; im Gegenteil schickt es täglich neue dazu, und wir würden uns nicht wundern, wenn nach Neujahr die noch fehlenden 60 Mitglieder aus Böhmen und Mähren auch hier einträfen. Wenn wir jetzt hier schnell unser Verfassungswerk zu stande brächten, so könnte Oesterreich, das in Ungarn und Italien vollauf zu thun hat, keine wirksame Einsprache erheben. Darum gilt es vor allem Zeit und Verzögerung, und dazu wirkt nun die neue Liga mit, und jeder Teil meint, der andere sei der Dupierte. Der wirklich Dupierte ist aber das deutsche Volk, die edle Germania, die abermals wieder vielleicht auf lange Zeit ihr Haupt verhüllen mag. Ja wenn das einen Sinn, eine Möglichkeit hätte für den, der Politik und Geschichte nicht bloß mit der Phantasie treibt, was man uns dagegen vorhält, ein großes habsburgisches Kaisertum in Wien über 70 Millionen Menschen von der Nordsee bis ans schwarze Meer oder nach Kleinasien hinein! Aber das ist ein Traum, ein trügerisches Irrlicht. Man kann Preußen nicht wieder zerschlagen, hinunterdrücken und in Bande legen; die Idee des freien und verjüngten Deutschlands ist einmal in diesem Staate verkörpert und wird mit ihm stehen und fallen. Oesterreich kann sich nicht diejenigen Institutionen geben, durch die es an die Spitze eines freien, deutschen Völkerbundes treten könnte. Es wird immer retardierend auf Deutschland wirken und die Freiheit und Einheit zugleich lähmen müssen. Aber da wird immer die kurzsichtigste Gefühlspolitik getrieben, da donnert Herr Venedey seine windigen Phrasen von der Tribüne, da sind diejenigen gar Verräter am Vaterland, die der Notwendigkeit sich beugen und lieber nach einem großen Etwas

streben, als nach einem Nichts, das sich für ein Ganzes ausgibt.

Für den Süddeutschen ist die Entscheidung in dieser Sache doppelt und dreifach schwer; natürliche Sympathieen und Antipathieen, Rücksichten der Sicherheit und materiellen Wohlfahrt ziehen auf die eine, die Idee eines großen Vaterlandes aber auf die andere Seite. Die Sache mag werden, wie sie will: das südwestliche Deutschland wird in einer unsicheren, zweideutigen, jedem deutschgesinnten Manne schmerzlichen Lage sein.

1849.

Frankfurt, 5. Januar.

Man hatte gehofft, die Feiertage werden eine heilsame Pause sein, in welcher die unnatürliche neue Koalition durch den Abfall vieler indessen zur Besinnung Gekommenen geschwächt und im Angesicht des letzten Entscheidungskampfes eine starke zuverlässige Mehrheit neu gebildet werden könnte. Daß diese Hoffnung nun eine irrige gewesen, läßt sich zwar noch keineswegs sagen, aber jedenfalls hat sie durch die Verhandlungen in der gestrigen Sitzung einen ziemlichen Stoß erlitten, und manche zweifeln schon, ob in der Versammlung politische Einsicht, Kraft und Selbstverleugnung genug ist, um dem letzten schwersten Teil ihrer Aufgabe gewachsen zu sein. Eine zehnstündige Sitzung mit fünf namentlichen Abstimmungen darüber, unter welchen Motiven über den Wesendonkschen Antrag, die preußische Verfassung für null und nichtig zu erklären, zur Tagesordnung überzugehen, d. h. in welcher Form in der Sache nichts zu thun sei!

Die wichtigsten und handgreiflichsten Motive, daß wir nämlich selbst, wenn wir wollten, gar nicht die Macht hätten, einen solchen Annullierungsbeschluß irgendwie zur Ausführung zu bringen, und daß, selbst wenn wir diese Macht hätten, es unsinnig wäre, im jetzigen Augenblick mit dem preußischen Volk und Staat einen neuen Bruch herbeizuführen, diese Gründe

standen in keiner Motivierung und könnten in keiner stehen. Und statt nun einen Antrag, den der Antragsteller selbst zurückgenommen und für unausführbar erklärt hatte, einfach und rasch zu beseitigen, statt sich offen zu gestehen, es liege hier allerdings ein Staatsstreich vor, aber ein heilsamer, unvermeidlicher und vom Volk durch Vornahme der Wahlen allgemein acceptierter, statt sich's ehrlich zu bekennen, man habe oft in ungeschickter Weise nach kleinen Mücken geschlagen und müsse nun hier eine große fliegen lassen, wurde nun von den Fraktionen des Centrums und der Linken eine Reihe von: in Erwägung, daß u. s. f. beigebracht, durch welche in der Hauptsache nicht das Mindeste bewirkt, wohl aber der Samen zu neuen Verwicklungen ausgestreut werden konnte. Nichts kann dem Ansehen einer Versammlung nachteiliger sein, als solche Verhandlungen, in denen das Bewußtsein der unzulänglichen Macht mit hohlen Redensarten übertüncht wird, und doch führen gerade diejenigen solche Scenen herbei, die über die Macht und das Ansehen dieser Versammlung die weitgehendsten Theorieen aufstellen. Es war gestern abend nach einer körperlich und geistig so abspannenden Sitzung eine gedrückte Stimmung; doch haben solche Vorfälle auch immer wieder ein Heilmittel in sich: man fühlt, so dürfe es nicht weiter fortgehen, und man müsse unter allen Umständen wieder zu einer geschlossenen Mehrheit kommen.

In der österreichischen Frage läßt sich ebenfalls noch gar nichts Bestimmtes sagen. Der Ausschuß, wiewohl die linke Seite in entschiedenster Majorität darin ist, ist bis jetzt zu keinem Beschluß gelangt; er wird ohne Zweifel die Vorlage des Ministeriums verwerfen, aber nicht imstande sein, irgend etwas Positives dafür aufzustellen. Die Note des österreichischen Ministeriums*) bildet ein neues Stadium in der Sache und ist darum gut, weil sie vielleicht manchem die Augen

*) Diese von Schwarzenberg unterzeichnete und am 28. Dezember 1848 ausgestellte Note spricht aus: Oesterreich ist heute noch eine deutsche Bundesmacht. Diese Stellung, hervorgegangen aus der natur-

öffnen wird. Wie es scheint, bereut die österreichische Regierung, in dem Programm von Kremsier so ehrlich gewesen zu sein; nachdem sie hier durch die Koalition der Bayern und Oesterreicher mit der Linken einen unerwarteten Bundesgenossen gefunden hat, nimmt sie das frühere Programm im wesentlichen zurück und tritt mit dem Anspruch, an die Spitze des deutschen Bundesstaates, wie er aus der Vereinbarung mit den Regierungen hervorgegangen sein werde, zu treten, offen auf, ohne dabei das Geringste von dem, was in dem Programm über die Selbständigkeit Oesterreichs und seine Verbindung mit den nichtdeutschen Ländern gesagt ist, zurückzunehmen. Sie will in den Bundesstaat nicht eintreten, aber ihm vorstehen. Schmerling, der neue Bevollmächtigte Oesterreichs, ist nun offen zu den Gegnern der deutschen Sache übergetreten, schon durch seine Erklärung in Wien, daß er zwar Deutscher, aber vor allem Oesterreicher sei, und es scheint bereits die neueste Note des österreichischen Ministeriums sein Werk, obgleich er mit der offiziellen Mitteilung derselben zögerte, nachdem er gesehen, welchen Eindruck sie gemacht hat. Der Inhalt einer mehrstündigen Unterredung Schmerlings mit Gagern wurde bis jetzt nicht bekannt. Für Montag steht der Ausschußbericht über die Vorlage des Ministeriums auf der Tagesordnung; jedenfalls beginnt schon in der nächsten Woche die Feuerprobe unserer Versammlung.

Der Bericht des Verfassungsausschusses über das Reichsoberhaupt wurde heute ausgeteilt. Zu dem § 1: die Würde des Reichsoberhaupts wird einem der regierenden deutschen

---

gemäßen Entwicklung tausendjähriger Verhältnisse, gedenkt es nicht aufzugeben. Wird das Verfassungswerk zu einem gedeihlichen Ziele geführt, so wird Oesterreich in diesem neuen Staatskörper seine Stelle zu behaupten wissen. Eine Folgerung ist ferner daraus, daß Oesterreich eine gesandtschaftliche Verbindung nur durch den von ihm ernannten Bevollmächtigten, nicht mit einem solchen des Ministeriums zu Frankfurt als statthaft erklärt. Eine gedeihliche Lösung der deutschen Frage sei nur auf dem Wege der Verständigung mit den deutschen Regierungen zu erreichen, unter denen die Kaiserliche den ersten Platz einnehme.

Fürsten übertragen, sind drei Seiten voll Minoritätsgutachten gestellt, im ganzen sieben verschiedene Systeme. Der Erbkaiser hat zehn Stimmen für sich, ebensoviel ein auf sechs Jahre zu wählender.

Frankfurt, 7. Januar. Eine Majorität von zehn Mitgliedern des österreichischen Ausschusses ist nun zu dem Beschlusse gekommen, daß unter Verwerfung der Gagernschen Vorlage das Reichsministerium aufgefordert wurde, den Eintritt von Deutsch-Oesterreich in den deutschen Bundesstaat herbeizuführen und zu diesem Behufe in Unterhandlungen zu treten. Berichterstatter ist Venedey. Eine Minorität von fünf Mitgliedern will die vom Ministerium verlangte Ermächtigung einfach erteilt wissen. Man sprach davon, Gagern habe in einem Schreiben an den Ausschuß seine frühere Ansicht wesentlich modifiziert; das indessen veröffentlichte Schreiben enthält aber gar keine wesentliche Aenderung; es ist nur auf die indessen faktisch durch die österreichische Note veränderte Sachlage Rücksicht genommen. Ob das Ministerium eine Majorität findet, ist immer noch zweifelhaft; groß wird sie in keinem Falle werden; sie hängt wesentlich davon ab, ob und wie weit die Linke pessimistisch denkt und handeln will. Die Beratung, die von Gagern mit einer Rede eröffnet werden soll, wird erst am Dienstag beginnen können und mehrere Tage dauern. Wenn die Abstimmung ein reines Resultat liefert und nicht wieder einen nichtssagenden, die Sache nur aufs neue hinausschiebenden Beschluß zu Tage fördert, so ist ein sehr großer Schritt damit vorwärts gethan, sei es nun zum Guten oder zum Schlimmen.

Von großem Werte ist, daß dem Mißverständnis, als sei von einem Ausschließen Oesterreichs aus dem deutschen Bundesstaat die Rede, überall entgegengetreten und das vorausgestellt werde, wie Gagern thut, daß das alte Verhältnis von Oesterreich und Deutschland als zu Recht bestehend und unauflöslich angesehen werde, daß aber das Verhältnis der übrigen Staaten unter sich ein noch engeres sein könne und müsse, als mit Oesterreich bei seiner Verbindung mit nichtdeutschen Ländern möglich sei, daß daher Oesterreich in eine Sonderstellung zu

Deutschland einzutreten habe, die durch eine besondere Unionsakte neben der deutschen Verfassung und als Bestandteil derselben festzustellen sei. Man darf sich nur denken: wenn bisher die Staaten des Zollvereins sich unter sich verständigt hätten, sie wollen auch ihre Gesandten und Konsuln mit einander ernennen, sie wollen in Beziehung auf Eisenbahnen, Post u. s. f. gemeinschaftliche Gesetze machen, sie wollen auf gemeinsame Kosten Schiffe bauen u. s. f., wäre denn das ein Bruch der Bundesakte gewesen, würde das Verhältnis zu Oesterreich dadurch rechtlich alteriert worden sein? Und so und nicht anders verhält sich die Sache. Die deutschen Staaten fühlen das Bedürfnis, einen noch engeren Bund mit einander zu schließen, als bisher; Oesterreich kann diesen engeren Bund nicht mit schließen, also bleibt in Bezug auf Oesterreich der alte fortbestehen, und es sind Unterhandlungen anzuknüpfen, wie auch dieser alte Bund noch enger geschlossen werden kann, und welche neue Form der Einigung nach Auflösung des Bundestages dafür zu finden ist; ja selbst das Recht Oesterreichs, an der Spitze dieses weiteren Bundes zu stehen, läßt sich erhalten und liegt im Interesse Deutschlands. Statt dessen heißt es aber immer nur: ihr wollt 12 Millionen von Deutschland losreißen, damit die §§ 2 und 3 in ihrer schulgerechten Form stehen bleiben. Allein diejenigen, die jene Sonderstellung Oesterreichs nicht zulassen, die einen Bund wollen, in welchem Oesterreich so gut Platz hat, wie jeder andere, die reißen allerdings nichts von Deutschland los, aber sie bringen gar kein Deutschland zustande, keine einheitliche Leitung des Ganzen, keine Kraft nach Außen. Wenn nur diese trivialen, unleugbaren Wahrheiten entweder anerkannt oder widerlegt würden, aber sie werden einfach ignoriert. Es heißt aber, man müsse vor allem das Ganze beisammen haben, das Weitere werde sich dann schon geben. Wie soll und kann sich's aber geben? Wie kann durch Reden, Anträge und Unterhandlungen die gewaltige, geschichtliche Lage der Dinge anders gemacht werden? Die Schwierigkeiten kommen dadurch nicht weg, daß man jetzt die Augen vor ihnen zumacht. Man wird dann mit Oesterreich von neuem unterhandeln über seinen Eintritt in den

Bundesstaat und wird von neuem finden, was man jetzt leugnet, daß es nicht eintreten kann und nicht will, als unter Bedingungen, die das Wesen des Bundesstaates wieder aufheben. Und täusche man sich doch ja nicht über die Möglichkeit eines habsburgischen Kaisertums! Dieser Norden von Deutschland mit 25 Millionen Menschen, dem Süden an Reichtum, Kraft und Bildung überlegen, läßt sich nie wieder hinunterdrücken. Ja, wenn es kein Preußen gäbe, wenn es lauter kleinere Staaten wären! aber das war einmal der Gang und Wille der Weltgeschichte, und sie wird das begonnene Werk nicht unterwegs wieder fallen lassen. Die Stimmung in Hannover, Braunschweig, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Kurhessen und einem großen Teil des Großherzogtums Nassau, in Thüringen ist mit sehr großer Entschiedenheit für die preußische Hegemonie. (Vorgestern wurde in Hanau ein Toast auf die hohenzollernschen Kaiser in demselben politischen Vereine mit Begeisterung aufgenommen, dessen Mitglieder das Bild des Preußenkönigs im März vorigen Jahres in eine Kuhhaut eingenäht hatten.) Im Königreich Sachsen ist noch großer Kampf und Widerstreit in der öffentlichen Meinung; aber die Idee macht die Runde durch das deutsche Volk und wird in dem größeren und mächtigeren Teil Deutschlands durchdringen.

Frankfurt, 7. Januar. 2. Bericht

Einer der wichtigsten und wirksamsten Gründe gegen ein preußisches Oberhaupt, der auch von den Gegnern der Sache gehörig ausgebeutet wird, ist die Rücksicht auf die materiellen Interessen Süddeutschlands. In einem Bundesstaat, welchem Oesterreich nicht unmittelbar angehört, sagt man, seien die Süddeutschen in der Minderheit und werden darum auch nicht imstande sein, den Schutz der inländischen Arbeit durch genügende Zölle durchzusetzen. Wenn diese Besorgnis wirklich begründet wäre, so würden wir das größte Gewicht darauf legen und Anstand nehmen, für einen Plan zu sprechen, der die materielle Wohlfahrt des Volkes so unmittelbar gefährdet. Denn über die Einheit und Freiheit geht noch das Leben und die Existenz, und einem verarmten Volk ist auch mit einem großen Vaterlande nicht geholfen, noch dem Vaterlande mit ihm. Wenn

der in den letzten Wochen bekannt gewordene Zolltarif der Freihändler bei uns einen bitterbösen Eindruck macht, so ist das niemanden zu verargen; denn ein Gefühl von Schmerz und Zorn muß uns ergreifen, wenn wir sehen, wie man in unseren Forderungen nur den Ausdruck irgend einer gelehrten volkswirtschaftlichen Theorie, nicht aber den Notschrei eines schwerbedrängten Volkes findet und solchen Bedürfnissen solche Anerbieten gegenüberzustellen wagt. Doch ist auch wieder zu bedenken, daß hier nur die Stimme von Privatpersonen, und zwar meistens von Kaufleuten und Gutsbesitzern der Seeplätze vorliegt, daß nach kaufmännischem Brauch zuerst viel gefordert wird, um dann auch mit weniger vorlieb zu nehmen; sowie daß umgekehrt auch von den Schutzzöllnern übertriebene Forderungen gestellt werden, die für die Küstenländer ebenso unerträglich wären. Das ist eben das Traurige, und doch auf der andern Seite auch das, was noch eine Aussicht auf Verständigung eröffnete, daß beide Teile einander noch gar nicht kennen und verstehen, so viel auch schon über die Sache gesprochen und gestritten worden, daß jeder dem andern seine Theorie als die alleinseligmachende anempfiehlt, daß es bei so vielen noch an dem Anfang der Erkenntnis fehlt, nämlich an der Einsicht, wie hier zwei entgegengesetzte Interessen der Küsten- und Binnenländer vorliegen, die weder bloß nach dem einen, noch bloß nach dem andern System, sondern allein durch Verständigung, durch beiderseitiges Nachgeben, durch Unterhandlungen wahrhaft sachverständiger und vernünftiger Männer im einzelnen versöhnt werden können. Die Freihändler haben gegen uns Unrecht, weil sie von unseren gewerblichen Zuständen, unserer Uebervölkerung, von dem Bedürfnisse neuer Erwerbszweige gar keine Kenntnis haben, weil sie einer unmittelbaren praktischen Forderung nur jene theoretischen Gründe, die überall für die Freiheit und gegen die Beschränkung sprechen, gegenüberstellen, weil sie gegen die künstliche Bevorzugung unnatürlicher Industriezweige auf Kosten des Publikums eifern, wo wir bloß eine billige und vorübergehende Unterstützung einer ebenso natürlichen als notwendig gewordenen Industrie wünschen.

Aber auch wir schaden unserer Sache, wenn wir nicht anerkennen, daß die Küstenländer bei hohen Zöllen allerdings Schaden leiden und Opfer zu bringen haben, daß es in ihrem Interesse nur liegt, gegen den Ueberfluß an Bodenerzeugnissen den sonstigen Bedarf da umzutauschen, wo er am wohlfeilsten ist, und für Schiffahrt und Handel vollkommene Freiheit der Bewegung zu haben, daß unsere Verheißungen einer großartigen Ausfuhr von Manufakten so lange etwas Lächerliches und Großsprecherisches haben, als wir nicht einmal auf dem eigenen Markt imstande sind, mit den Fremden zu konkurrieren und eben darum Schutz für unsere Industrie nötig haben. Es ist ferner ganz unrichtig, zu meinen, es handle sich hier nur um den Gegensatz von Norden und Süden, von Küsten- und Binnenländern; der Unterschied in den Interessen der verschiedenen Industriezweige selbst ist bekanntlich eben so groß; diejenigen, welche Rohstoffe und Halbfabrikate verbrauchen, die Spinner und Weber, die Eisenerzeugenden und Eisenverarbeitenden u. s. f. stehen sich ja eben so schroff innerhalb der industriellen Gebiete Deutschlands entgegen. Es ist ferner irrig, die Hauptschwierigkeit der Zolleinigung bloß in den Zöllen auf Fabrikate zu sehen; daran liegt den Freihändlern gar nicht einmal so viel, als man bei uns oft meint, und viele von ihnen würden sich einen Zoll von 20—25 Prozent gefallen lassen; das Schwierigere und in die Interessen der Hannoveraner, Hanseaten, Schleswig-Holsteiner, in den Haushalt jedes einzelnen tief Einschneidende sind unsere Zölle auf Kolonialwaren, von denen die Konsumtion dort mindestens doppelt so stark ist als bei uns. Das könnte uns natürlich auch recht sein, Zucker und Kaffee wohlfeiler zu kaufen, wenn die Finanzen es zuließen, und wenn es überhaupt ratsam wäre, die Konsumtion von überseeischen Waren, solange wir kaum einen kleinen Teil derselben mit Fabrikaten bezahlen können, noch weiter zu steigern. Der größte und gefährlichste Irrtum aber ist, daß wir überhaupt auf die Wirkung von Schutzzöllen viel zu weitgehende Hoffnungen setzen, und uns daran gleichsam als an einen letzten Notanker halten, durch den auf einmal alles anders würde; ein Hauptgrund unserer gewerb-

lichen Zustände, die Konkurrenz der Maschine mit der Handarbeit, wird ja dadurch nicht im mindesten geändert; durch die Vermehrung der Fabrikbevölkerung werden unsere sozialen Zustände nicht gefahrloser, und überhaupt sollte man, statt die Not des Volkes als ein politisches Hetzmittel nach allen Seiten zu benützen, endlich so viel einsehen, daß eine wesentliche und namhafte Aenderung der materiellen Volkszustände weder durch Aenderungen der Staatsverfassung oder der Besteuerung, noch durch Regierungsmaßregeln irgend einer Art, sondern allein durch Erhöhung der sittlichen und intellektuellen Volkskräfte und durch die heilende Macht der Zeit möglich ist. Und wer das nicht zugiebt, der versteht entweder nichts von der Sache oder meint er es nicht gut. Es soll nun damit gar nicht gesagt werden, daß uns nicht sehr viel an dem Schutz der inländischen Arbeit gelegen sei, und wir alles daran setzen müssen, genügende Zölle zu erringen. Eine Verständigung darüber mit den nördlichen Staaten mag nun allerdings ein schweres Werk werden, aber unmöglich ist sie nicht; ja sie wird leichter sein, als man uns glauben macht, sobald man anfangen wird, nicht über das System im allgemeinen, sondern über die einzelnen Tarifsätze nach den Erfahrungen und Gutachten sachkundiger Männer zu verhandeln, und sobald die endgiltige Entscheidung nicht mehr von dem Zustandekommen eines einstimmigen Beschlusses unter 25 Regierungen, sondern von einem deutschen Parlamente abhängt. Und ein solcher Parlamentsbeschluß wird und kann zu stande kommen in einem die Interessen der industriellen Teile Deutschlands befriedigenden Sinne. Preußen ist keineswegs als solches Vertreter des Freihandels, sondern es hat innerhalb seines Gebietes gerade denselben Gegensatz, wie ganz Deutschland, und ist eben dadurch gerade auch hierin zum Führer berufen. Schlesien, Sachsen, die Rheinlande, die westfälische Mark und ein Teil von Brandenburg steht auf unserer Seite; die Bewohner der Küstenländer, in deren Interessen niedrige Zölle liegen, sind ungefähr ein Viertel der Gesamtbevölkerung Deutschlands und also in einem Reichstag auf alle Fälle in der Minderheit. Was nun endlich die Zollvereinigung

mit Oesterreich betrifft, so ist das unter allen Umständen, die Verfassungsfrage mag gelöst werden wie sie will, eine Frage für sich; und diejenigen, welche mit Oesterreich in einem weiteren Bundeskreise stehen wollen, haben das Ziel einer Zolleinigung gerade so im Auge, wie diejenigen, die das nicht wollen. Daß die jetzige Differenz mit Oesterreich auch hierin eine Verzögerung machen könnte, daran ist etwas Wahres; doch ist ebenso gewiß, daß in solchen Dingen die Interessen mächtiger sind, als vorübergehende Bestimmungen, und daß ein starkes und einiges Deutschland auch hierin mehr erreichen wird, als ein zerrissenes, auf die Vereinbarungen der Kabinette angewiesenes. Ich kann nach allem diesem in der politischen Verbindung mit Preußen um so weniger eine Gefahr für die materiellen Interessen sehen, als diese Verbindung ja gerade durch den Zollverein bereits faktisch besteht und es niemanden einfallen wird, diesen Verein wieder aufzulösen, sondern nur zu erweitern, was wir ebenso eifrig wollen, als irgend jemand, und auch ebenso sicher zu erreichen hoffen, als durch die Erneuerung des alten Bundestages oder einer Abbreviatur desselben.

Frankfurt, 14. Januar. Nach dreitägiger Schlacht siegte Gagern gestern abend mit 261 gegen 224 Stimmen. Der Ausgang war noch am Tage vorher zweifelhaft gewesen, und man verdankt ihn besonders einer Anzahl bayerischer und rheinpreußischer Abgeordneten aus dem Pariser Hof, die übertraten. Welcker stimmte gegen das Ministerium, Radowitz, Schmerling und einige Oesterreicher enthielten sich der Abstimmung. Gagerns Rede war das Bedeutendste, was bis jetzt in der Paulskirche und wohl überhaupt in einer deutschen Versammlung gehört worden ist. Es wäre viel verloren gewesen, wenn das Resultat anders ausgefallen wäre; es ist aber jetzt nicht gleich viel gewonnen, sondern es ist eine Reihe solcher Siege notwendig, um das Werk durchzuführen. Morgen kommt gleich der Abschnitt über das Reichsoberhaupt zur Beratung. Es ist sehr schwer zu prophezeihen, wie es weiter geht; doch ist einmal ein guter Anfang gemacht.

Was sind das doch für lächerliche und armselige Gründe, mit denen man das Volk bei uns gegen ein erbliches monarchisches Oberhaupt an der Spitze Deutschlands einzunehmen sucht! Nun machen sie, heißt es, zu den 34 noch einen 35. Oberkönig, als ob an jenen nicht schon übrig genug wäre! Man kann es kaum glauben, daß diejenigen, welche einer preußischen Erbvorstandschaft eine noch weitere Zersplitterung Deutschlands, eine Vermehrung der Monarchieen entgegenhalten, wirklich thöricht genug sind, ernstlich an eine solche Gefahr zu denken, und doch muß man dies von ihnen voraussetzen, wenn man nicht noch einen schlimmeren Vorwurf gegen sie erheben will. Diese Gefahr liegt vielmehr so ferne, daß, wenn jemand den entgegengesetzten Einwand erheben und sagen wollte, eine solche Erbmonarchie sei für das Fortbestehen der Einzelstaaten zu gefährlich und werde konsequent im Laufe der Zeiten zu einer einheitlichen Monarchie führen müssen, eine ganz befriedigende Antwort hierauf weit schwerer sein würde. Wer in der That das Verschwinden von Kleinstaaten, denen alle Bedingungen staatlicher Existenz fehlen, wer jene großartige Mediatisierung, von der zur unrechten Zeit so viel die Rede war, herbeiführen will, der soll nicht auf die Seite der roten Demokraten stehen, nicht einen Strohmann von republikanischem Präsidenten an die Spitze stellen — denn eine gegen das monarchische Prinzip an sich gerichtete Bewegung wird nicht den Kleinsten unter den Kleinen von seinem Fürsten- und Landgrafenthron herunterreißen, — sondern er soll an die Spitze Deutschlands eine Gewalt berufen, die in sich selbst alle Bedingungen einer Gewalt vereinigt. Oder wer kann nach den vorliegenden Erfahrungen noch ferner daran denken, daß irgend ein „unbescholtener" Deutscher,*) den die Wahl der Versammlung oder des Volkes auf einige Jahre als Bundespräsident nach Frankfurt berufen würde, daß Herr Johann Adam v. Itzstein, daß selbst Deutschlands bester Mann im stande wäre,

Frankfurt, 15. Januar.

---

*) Wie es in einem Minoritätsgutachten der Linken über das Bundeshaupt heißt.

gegenüber von den Staatsgewalten in Wien und Berlin aus einer papiernen Centralgewalt eine wirkliche zu machen? Aber es giebt freilich Leute, für die es keine Geschichte und keine Erfahrungen giebt.

Ein anderer Grund gegen die Verbindung mit Preußen, der häufig vom Standpunkt der südwestlichen Länder aus geltend gemacht wird und auch viel Scheinbares hat, ist unsere Lage zwischen Frankreich und Oesterreich, durch welche Oesterreich unser natürlicher Beschützer und wir genötigt seien, mit dieser Macht und nicht mit Preußen in dem innigsten Bunde zu stehen. Allerdings ist Oesterreich unser Beschützer und kann — seine Stellung zum Bunde mag werden, welche sie will — nie zugeben, daß ein neuer Rheinbund unter französischem Protektorat an seiner Westgrenze entstehe; aber eben in dieser isolierten Lage zwischen Oesterreich und Frankreich lag auch bisher unsere ganze Schwäche, das Gefährliche unserer Stellung; eben das machte uns zum Kriegsschauplatz zwischen beiden Staaten; eben darum behandelte uns Oesterreich als ein Vorwerk seines Reiches, das man dem vorrückenden Feind im Notfall überläßt. Und welcher Art dieser Schutz Oesterreichs war, sieht man am deutlichsten daran, daß von deutschem Geld nicht eine deutsche, sondern eine österreichische Festung an der Ostgrenze unseres Staates gebaut wird. Allein gerade dann, wenn wir ein Glied eines starken norddeutschen Reiches würden, müßte ja diese isolierte preisgegebene Stellung ein Ende nehmen. Der Schutz von Oesterreich wäre uns in zweiter Linie durch die Natur der Dinge immer gesichert, und dazu käme in erster Linie ein Schutz vom nördlichen Deutschland, das gegen Frankreich eine ebenso starke Angriffsposition hat, wie dieses gegen das südwestliche Deutschland. Ein Krieg zwischen Frankreich und Oesterreich müßte demnach entweder bloß in Italien geführt werden, oder wäre derselbe zugleich ein Krieg gegen Norddeutschland und eben dadurch Frankreich genötigt, seine Hauptarmee und den Hauptschauplatz des Krieges an den Mittelrhein zu verlegen und dort seine eigenen schwachen Seiten zu schützen. Der Krieg am Oberrhein wäre eine Nebenpartie

des Ganzen, und die süddeutschen Staaten sogar allein, ohne Hilfe Oesterreichs, die ja für den Notfall immer vorauszusetzen ist, wären im stande, ihre Grenzen zu decken. Führt ferner Frankreich bloß Krieg gegen Deutschland und nicht gegen Oesterreich, so ist es derselbe Fall; denn dies Deutschland, wie wir es uns denken, könnte immer nur im Norden und nicht im Süden bezwungen werden und das Gros einer französischen Armee müßte immer die Grenzen von Lothringen und der Champagne decken. Aus denselben Gründen wird ferner gerade Oesterreich stärker dadurch, wenn die zwischen ihm und Frankreich gelegenen Länder nicht von ihm geschützt zu werden brauchen, sondern Glieder eines starken, befreundeten, einheitlichen Deutschlands sind. Seine Westgrenze ist dadurch ohne sein Zutun geschützt und es kann um so leichter mit seiner Macht nach der Richtung wirken, von der es seinen Namen hat und in der seine geschichtliche Aufgabe liegt. Die Kriegsjahre von 1795—1809 sind ein schlagender Beweis für die obigen Behauptungen, denn nur die Neutralität oder die Unterwerfung Norddeutschlands war es, was jedesmal den französischen Heeren den Weg durch Süddeutschland nach den österreichischen Erbländern möglich machte. Wenn diese Gründe richtig sind — und sie scheinen mir so natürlich, daß es auch dem Laien gestattet sein muß, sie geltend zu machen, — so liegt darin ein sehr wichtiges Motiv für die Regierungen der südwestdeutschen Staaten im Interesse der Sicherheit ihrer Länder für künftige Kriegsfälle, die hier beabsichtigte Gestaltung der deutschen Verfassung zu fördern. —

Gegen die obige Auseinandersetzung liegt Eine Einwendung sehr nahe, als sei da immer nur von Oesterreich, Preußen, Württemberg, Baden u. s. f., aber nicht von einem einigen Deutschland die Rede, bei welchem alle jene Voraussetzungen und Möglichkeiten von selbst wegfielen. Das ist aber allerdings unsere Ansicht, daß wenn wir nicht neben Oesterreich ein starkes Deutschland unter preußischer Führung, sondern mit Oesterreich einen lockeren Staatenbund machen — und ein anderer ist nicht möglich, — für den Kriegsfall das Land auseinander-

reißen, die natürliche Macht der Interessen in den Einzelstaaten überwiegen und gegen die Wiederkehr ähnlicher Vorgänge wie in der früheren Kriegsgeschichte Deutschlands keine Bürgschaft vorliegen wird. Auch das muß ich noch hinzufügen, daß Norddeutschland durch die Verbindung mit den südwestlichen Staaten an Stärke wenig gewinnt, sondern der Vorteil mehr auf Seite der letzteren ist, daß ein Norddeutschland bis an die Mainlinie gegen Frankreich eine kleinere Grenze und eine stärkere Angriffsstellung hat. Die Dinge stehen aber in Wahrheit so, daß, wenn die Idee der zwei unierten Bundesstaaten Deutschland und Oesterreich nicht verwirklicht werden könnte, zwar ein Deutscher Bund im alten Sinne des Wortes möglich bliebe, in der That aber Deutschland in drei Teile gespalten würde, in ein norddeutsches Reich mit etwa 25 Millionen unter preußischer Hegemonie, in einen österreichischen Gesamtstaat und in die südwestlichen Staaten Bayern, Württemberg und Baden, deren politische Stellung notwendig eine schwankende, unsichere und haltlose würde und für deren Bewohner der Preis unserer Revolution, das Bewußtsein, einem großen nationalen Ganzen anzugehören, mehr verloren ginge, als für irgend ein anderes deutsches Land. In ganz Nord- und Mitteldeutschland ist die Sache bereits fertig; es fehlt nur noch an uns.

Frankfurt, 17. Januar. Die ganze Woche wird über die zwei ersten Paragraphen des Entwurfs vom Reichsoberhaupt beraten; man ist stillschweigend von allen Seiten übereingekommen, der Erörterung über diese entscheidende Hauptfrage einmal wieder bis zur Ermüdung freien Lauf zu lassen. Ueber das mutmaßliche Ergebnis der Abstimmung läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen. Nach dem, was man über die Stärke der verschiedenen Parteien in dieser Sache hört, wird ein aus mehreren bestehendes Direktorium mit etwa 150 gegen mehr als 300 in der Minderheit bleiben. Von den 300, die ein einheitliches Oberhaupt wollen, sind etwa 100 für einen republikanischen Präsidenten, 200 für einen Monarchen. Von den 150 direktorialen wird eventuell, wenn ihre Ansicht einmal abgelehnt ist, ein großer Teil auch

für ein einheitliches monarchisches Oberhaupt stimmen, so daß der Satz: „die Würde eines Reichsoberhauptes wird einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen," wie im Verfassungsausschuß, so auch in der Versammlung auf eine ansehnliche Mehrheit hoffen kann. Die Erblichkeit wird mit etwa 200 gegen 280 in der Minderheit bleiben; ob diejenigen, welche ein monarchisches Wahloberhaupt auf Lebenszeit, auf 6 oder 12 Jahre, oder einen Turnus zwischen Preußen und Oesterreich wollen, sich für eine dieser Formen vereinigen, und dadurch einer dieser Anträge durchgeht, ist ungewiß, aber nicht unmöglich. So viel steht fest: keine von allen Ansichten ist an sich schon in der Majorität, und ein Beschluß kann bloß zu stande kommen, wenn die Anhänger einer Ansicht eventuell sich auch für eine andere erklären. Ein preußisches Erbkaisertum wird wenigstens für jetzt, und so lange das Verhältnis zu Preußen noch nicht klarer vorliegt, als es der Fall ist, nicht durchgehen. Dagegen sind viele von denen, die einen Turnus oder einen Wahlkaiser auf Zeit oder Lebenszeit wünschen, darüber einig, daß jedenfalls zunächst und für die erste Wahl der König von Preußen gewählt werden solle. Daß somit Preußen wenigstens für die nächste Zeit an die Spitze treten wird, hat schon jetzt große Wahrscheinlichkeit für sich. Es ist dies zwar ohne Erblichkeit ein neues Provisorium, bei welchem namentlich eine Neutralisation des preußischen Staates, ein Verzicht auf einen eigenen Berliner Reichstag u. s. f. nicht denkbar ist und die größeren Einzelstaaten jedenfalls einen hohen Grad von Selbständigkeit behalten; aber es wird doch einmal eine starke Centralgewalt geschaffen, und die Stellung Oesterreichs zu einem deutschen Bundesstaat muß in kürzester Zeit klar und unzweifelhaft vor Augen liegen. Insofern hätte man wenigstens kein Recht, hierin ein desperates Resultat zu sehen. So lange keine Verständigung mit Oesterreich erreicht ist, wenn namentlich Oesterreich selbst erklärt, es wolle in dem engeren Bundesstaate bleiben und sich den Bestimmungen desselben unterwerfen, kann es natürlich niemanden einfallen, dies zu verweigern; im Gegenteil müßte es jedem Deutschen das

Erwünschteste sein, sobald die Möglichkeit vorhanden ist; auch hat weder die Nationalversammlung noch irgend jemand sonst das Recht, einen Teil des deutschen Bundesgebietes wider dessen Willen auszuscheiden, wenn er sich bereit erklärt, dem Willen der Mehrheit sich zu fügen. Aber diese Erklärung ist noch nicht ergangen; ja sie wird und kann nicht ergehen. Auf ein besonderes Gesandtschaftsrecht, auf selbständige Heerverfassung wird Oesterreich nie verzichten wollen und können. Es ist jedoch zu hoffen, daß Oesterreich seine Macht und Stellung nicht dazu benützen wird, bloß uns unseren Bundesstaat zu verderben und unmöglich zu machen, und was von den begonnenen Unterhandlungen zwischen Gagern und Schmerling verlautet, spricht, wenn es begründet ist, dafür, daß ein Verständnis mit Oesterreich über eine Sonderstellung, die es neben und außer dem engeren Bunde einnimmt, zu stande kommt. Ein Verzweifeln an einem befriedigenden Ausgang ist daher in keiner Weise gerechtfertigt; aber auch die Hoffnung auf eine nahe und volle Lösung unserer Aufgabe ist wieder mehr in die Ferne gerückt.

Frankfurt, 25. Januar*). So wenig unerwartet auch das Resultat der letzten Abstimmungen über Erblichkeit der Kaiserwürde u. s. f. war, und so viel Ursache man hat, die Hoffnung auf ein endliches Gedeihen nicht aufzugeben, so ist doch die gewöhnliche Folge solcher resultatloser Sitzungen eine gedrückte Stimmung bei der Mehrzahl der Versammlung. Und dazu ist um so mehr Grund vorhanden, weil nicht das eine Prinzip gesiegt hat und das andere unterlegen ist, sondern weil das Resultat überhaupt in jeder Beziehung ein rein negatives war. Es gibt nur zwei fertige und geschlossene Ansichten in der Sache: ein republikanischer Präsident und ein monarchischer Erbfürst; alles, was

*) Nachdem in der wichtigen Sitzung vom 23. Januar das Minoritätsgutachten: „Die Kaiserwürde ist erblich im Hause des Fürsten, dem sie übertragen worden; sie vererbt im Mannesstamm nach dem Rechte der Erstgeburt", wofür Rümelin stimmte, mit 263 gegen 211 Stimmen verworfen worden war. Am 22. Januar hatte Rümelin seine Rede über die Reichsoberhauptfrage gehalten. S. Einl.

dazwischen liegt, ist verworren, unklar, zufällig; man kann sich dann die Sache so denken oder so; keine von allen Möglichkeiten wird viele befriedigen; jede zählt dann nur ein paar Freunde und Anhänger, die dann im einzelnen auch wieder auseinander gehen. Es giebt aber besonders für den Deutschen keinen größeren Mangel einer Staatsverfassung als die Unverständlichkeit, als Formen, die zu kompliziert sind, als daß sie jemals das Bewußtsein der Massen erfüllen könnten. Man kann aus der gegenwärtigen Lage nur herauskommen durch äußere Ereignisse, oder durch einen entscheidenden Erfolg der Unterhandlungen mit Oesterreich oder auch durch entscheidende, entgegenkommende Schritte der Einzelregierungen. Oesterreich wird sich aber wohl hüten, ganz klare und bestimmte Auskunft zu erteilen; es stellt die zwei widersprechenden Forderungen nebeneinander auf, in den Bundesstaat einzutreten, aber zugleich den Weg der Vereinbarung unter den Regierungen einzuhalten, d. h. keinen wahren Bundesstaat aufkommen zu lassen; und es wird keinen von beiden Ansprüchen so leicht aufgeben, wenn es nicht durch energische Schritte der Nationalversammlung und durch die Haltung der Einzelstaaten dazu gezwungen oder durch äußere und innere Verwicklungen auf den früheren Standpunkt zurück gedrängt wird, den es im Programm von Kremsier eingenommen hatte. Daß gerade Herr v. Würth, der eifrigste Stocköſterreicher und Preußenfeind unter allen, zu der Sendung nach Wien verwendet wurde, macht es wahrscheinlich, daß Schmerling auf seinem Standpunkt, vor allem Oesterreicher und dann erst in zweiter Linie Deutscher zu sein, noch fest beharrt. Die Regierungen der Klein- und Mittelstaaten können zwar, bei einer oberflächlichen, kurzsichtigen Berechnung sich für gesicherter halten, wenn Oesterreich in dem Bundesstaate bleibt, und das heißt für uns immer, wenn kein Bundesstaat zu stande kommt. In Wahrheit sind aber diese kleineren Staaten verloren, wenn kein starkes und einiges Deutschland fertig wird; der Fäulnis- und Auflösungsprozeß, dessen Anzeichen bereits sichtbar sind, wird seinen unaufhaltsamen Fortgang nehmen, die Regierungen werden entweder ganz radikalen Kammern ohnmächtig preis-

gegeben sein, oder unter dem Beistand fremder Bajonette zum früheren Absolutismus zurückkehren müssen. Und in beiden Fällen mögen sie zusehen, wie weit sie damit kommen. Die besten Bürger aber werden keine Teilnahme an dem Schicksal des kleinen Vaterlandes haben und ihre Blicke über die engen Grenzen der Heimat hinaus auf das Ganze richten; gerade diejenigen, auf die eine Regierung sich am meisten zu stützen hat, werden kein Interesse an dem Fortbestehen des Staates, dem sie angehören, nehmen und seiner Auflösung, wenn sie auch dazu nicht mithelfen, doch mindestens nicht wehren wollen. Es treten dann wieder Zustände ein, wie sie in Italien sind und in Deutschland früher waren; die kleinen Staaten schleppen ihr ärmliches Dasein weiter fort, bis die nächste größere Krisis sie über den Haufen wirft. Diese Gefahr ist zunächst in den süddeutschen Ländern größer als in den norddeutschen, bei denen ein festeres Zusammenschließen unter Preußens Vorsitz jedenfalls zu stande kommen wird, wenn auch die süddeutschen nicht mithalten. Manche scheinen schon daran zu denken, daß die süddeutschen Staaten sich ebenso mit Oesterreich verbinden sollen, wie die norddeutschen mit Preußen; man findet nachgerade, daß wir nicht bloß gegen England, sondern auch gegen die norddeutsche Industrie Schutzzölle nötig hätten, und die naheliegende Konsequenz daraus wäre, daß wir aus der politischen und merkantilen Verbindung mit Norddeutschland austräten und mit Oesterreich einen süddeutschen Bundesstaat abschlössen, der mit Norddeutschland in jenem Unionsverhältnis stände, das zwischen Deutschland und Oesterreich von unserer Seite beabsichtigt wird. Der Plan ist noch zu wenig klar hervorgetreten, als daß es schon von Interesse wäre, ihn näher zu beleuchten, und wäre jedenfalls bedeutend genug, um nicht nur so im Vorbeigehen gebilligt oder verworfen zu werden. Aber bezeichnend genug ist es, daß man anfängt, solche Plane zu machen.

Da spricht man immer noch von einem habsburgischen Kaisertum über ein Siebzigmillionenreich und sendet Adressen dafür hieher; da stellt man die Sache dar, wie wenn es bloß preußische Intrigue und die Kaprice einiger Stuben-

gelehrter wäre, die Sonderinteressen und Theorieen zu lieb ein preußisches Kleindeutschland konstruieren wolle und dagegen glänzende, unermeßliche Hoffnungen, das adriatische Meer, die reichen Donauländer, Kolchis, Kleinasien, eine unabsehbare Zukunft leichtsinnig preisgebe. Ich weiß in der That nicht, ob es nach allem, was schon darüber geschrieben und gesprochen ist, noch zulässig und nötig ist, gegen dies Phantom eines einheitlich gegliederten, centraleuropäischen Bundesreiches zu Felde zu ziehen. Denn ein Phantom ist's, nicht mehr und nicht weniger, ein schöner Traum, der vor der wachen und besonnenen Prüfung nur wenige Augenblicke Stand hält, eine Fata Morgana, die uns mit trügerischen Nebelbildern über die unabweislichen Bedürfnisse der Gegenwart täuscht. Glaubt man denn, wenn dies erreichbar wäre, es hätte hier niemand daran gedacht, es wäre nicht eine große Partei hier gebildet, die für den großartigsten Gedanken mit allen Kräften thätig wäre? Selbst unter den österreichischen Staatsmännern, die doch das nächste Interesse daran hätten, ist kein einziger, der an eine solche Möglichkeit glaubt; die Oesterreicher haben in Masse gegen das Kaisertum gestimmt, weil sie die Unmöglichkeit eines habsburgischen Kaisertums erkennen; es ist nicht einmal eine, wenn auch nur kleine Partei dafür, sondern es sind vereinzelte und verlorene Stimmen, die an dem hoffnungslosen Plane hartnäckig festhalten. Denn ganz abgesehen davon, daß Preußen die völlige Unterordnung unter ein monarchisches Oberhaupt, das reine Verpuffen seiner bisherigen Geschichte und Stellung nie zugeben, daß das Ausland die Bildung eines Siebzigmillionenreiches auf alle Weise zu verhindern suchen wird, daß ein aus Deutschen, Magyaren, Kroaten, Czechen, Italienern, Polen u. s. f. zusammengesetzter Reichstag ein unlebensfähiges Monstrum wäre, könnte nicht einmal Oesterreich selbst seine Länder einer deutschen Majorität, einer Centralregierung unterwerfen, die es nicht selber, nicht allein und ausschließlich bildet. Und wenn Preußen und Bayern, wenn das gesamte nichtdeutsche Oesterreich, wenn Europa ein solches Reich nicht will, wo sind denn dann die Kräfte, die es fertig bringen sollen?

Wir wollen ja alle Vorteile und Aussichten jenes Planes auch, aber nur in der möglichen und erreichbaren Form einer Union von zwei Bundesstaaten, die neben ihrer staatlichen Selbständigkeit zu gegenseitigem Schutz, zu einem Zoll- und Handelsbund, zu einträchtiger Politik nach außen verbunden sind; wir wollen in diesem weiteren Verband Oesterreich gerne die Ehrenvorzüge zugestehen, die ihm die Bundesakte und die deutsche Geschichte zuweisen; Oesterreich selbst soll bestimmen, wie innig diese Union sein soll, denn die Schwierigkeiten liegen ja alle nicht auf unserer, sondern auf seiner Seite. Allein eine solche Union erklärt man für unmöglich, während eine völlige Verschmelzung möglich sein soll; in jenem Fall fürchtet man eine Verbindung Oesterreichs mit Rußland, eine Unterdrückung der Deutschen durch die Slaven, während man kein Bedenken trägt, eine Macht, die sich ebensogut mit Rußland verbinden könnte, an die Spitze des deutschen Volkes zu stellen. Wir haben nie zu denen gehört, welche die Freiheit höher als die Einheit achten, wir haben uns nie dazu hergegeben, die preußische Politik oder gar das Ministerium Brandenburg irgend jemanden anzupreisen, aber wer das nicht einsieht, daß in Preußen die wesentlichsten Freiheiten und Grundlagen des konstitutionellen Lebens trotz dem jetzigen Ministerium unverlierbar gesichert sind, und eine erfolgreiche Reaktion von dort nie mehr ausgehen kann, daß Oesterreich dagegen bereits wieder ganz in die alte Bahn eingelenkt hat, das alte Spiel spielt, wie seit 34 Jahren, daß es eine freiheitliche Entwicklung Deutschlands nie fördern, sondern immer aufhalten wird, ja ich möchte beinahe sagen, aufhalten muß, wer im Angesichte dieser offenkundigen Thatsachen doch Oesterreich an die Spitze eines deutschen Bundesstaates stellen will, der mag es zwar mit der Freiheit herzlich gut meinen, aber er sorgt herzlich schlecht für sie. Das österreichische Kabinett will, daß wir hier nichts Rechtes zustande bringen, es will die ganze Frage zu einer Sache der Kabinette machen, es wühlt und schafft an den kleineren deutschen Höfen und findet bei mehreren willige Aufnahme; zu der Masse bezahlter und unbezahlter Kräfte, die wissentlich bei dem großen

Intriguenspiel mitwirken, kommt eine große Zahl unbewußter, redlicher Männer dazu, die es ganz gut meinen, aber zu spät einsehen werden, in wessen Diensten sie thätig gewesen sind. Beckeraths Wort: das Warten auf Oesterreich ist das Sterben der deutschen Einheit, könnte noch zu einem traurigen Kassandraspruch werden.

Was sodann den republikanischen Präsidenten betrifft, der bei uns so viele Freunde zählen soll, so handeln diejenigen, die überhaupt Republikaner sind, ganz konsequent, wenn sie auch an der Spitze Deutschlands keinen Monarchen wollen, und mit Gründen gegen sie zu streiten, wäre ganz zwecklos, wie aber viele sagen können, in den Einzelstaaten wollen sie die Monarchie lassen, aber an der Spitze des Ganzen soll des Gleichgewichts wegen ein demokratischer Wahlpräsident stehen; wie jemand darin eine lebensfähige Form der deutschen Einheit erkennen kann, das ist von jeher über meine Fassungskraft gegangen; es liegt darin ein politisches Urteil, dessen Prädikate man sich hüten muß, auszusprechen, wenn man nicht diejenigen verletzen will, die sich dazu bekennen. So kommt man eben von allen Seiten immer wieder auf das Mögliche, das Ausführbare zurück und auf die Frage, welches Uebel das kleinste sei unter vielen Uebeln. Die preußische Note, was man auch über sie sagen mag, ist jedenfalls geeignet, uns vorwärts zu bringen. Ihrem wesentlichsten Inhalt nach ist sie eine Umschreibung und Bestätigung des Gagernschen Programms. Der Kaisertitel, der darin abgelehnt zu werden scheint, betrifft nicht die Sache selbst, sondern die Form derselben. An dem Namen Kaiser haben wir auch immer Anstoß genommen, und viele haben ihn nur in Ermanglung einer besseren Form einstweilen angenommen; es wäre ein förmliches Verdienst um das Vaterland, wenn jemand einen guten und bezeichnenden Ausdruck fände. So wichtig jedoch auch hierin der Name und die Form ist, so wird es doch darüber zu keiner ernstlichen Differenz kommen; die Regierungen mögen sich über Form und Courtoisie verständigen, wenn sie nur das Wesen und die Sache von uns annehmen.

In diesen Tagen ist auch eine österreichische Note eingelaufen, deren Inhalt noch nicht genau bekannt, im ganzen aber ein unbestimmter und hinausschiebender ist; vor einigen Wochen soll Oesterreich in Berlin und München u. s. f. den Vorschlag gemacht haben, man solle der Frankfurter Versammlung ein Ende machen und die Verfassungsfragen von seiten der Regierungen in die Hand nehmen. Mehrere Fürsten und Regierungen, die vor kurzem noch zu patriotischen Opfern geneigt waren, führen offenbar eine andere Sprache; die Ratschläge von Wien scheinen überall auf fruchtbaren Boden zu fallen.

Frankfurt, 10. Februar. Es sind gegenwärtig wieder jene ruhigen Tage, welche bei den Alten die halzyonischen hießen, weil die Eisvögel im Vorgefühl der kommenden Stürme sie noch benützt haben sollen, ihre Eier auszubrüten. Während das nahe Aequinoktium nicht bloß auf dem Meere, sondern auch zu Lande Stürme bringen wird, haben wir hier halbe Feiertage und füllen die Zeit bis zum 19., an welchem die zweite Lesung der Verfassung beginnen soll, mit minder wesentlichen Dingen aus, teils um den Regierungen noch eine Frist zur Mitteilung ihrer Ansichten zu lassen, teils auch, um für uns selbst einen günstigeren Wind abzuwarten. So hat die Nationalversammlung die früher ohne dringenden Grund zurückgestellten Teile der Grundrechte wieder aufgenommen, und worüber im vorigen Sommer Tage und Wochen lang gestritten und am Ende vielleicht irgend eine Ungeschicktheit beschlossen worden wäre, das wird jetzt ohne Antragfieber und Redewut, ja selbst ohne Teilnahme nach den Anträgen des Ausschusses erledigt. Die unerquickliche Beratung über die sozialen und nationalökonomischen Fragen hatte nur einen einzigen Lichtpunkt, nämlich eine vortreffliche Rede, in welcher Moritz Mohl die Unhaltbarkeit der modernen Finanzträumereien von einer progressiven Einkommenssteuer, die alle anderen indirekten und direkten Abgaben überflüssig machen soll, das Unsinnige einer Garantie der Arbeit von seiten des Staats u. s. f. und die Unzweckmäßigkeit, derlei Dinge vollends Grundrechte zu nennen, schlagend nachwies.

In betreff der Demarkationslinie in Posen hat man eine leidige Sache zum Schluß auch noch in einer leidigen Form abgemacht, weil man nichts Besseres vorliegen hatte und doch nicht das Ganze noch einmal hinausschieben wollte. Dieses Herzogtum Gnesen ist eine klägliche politische Schöpfung; der Grundfehler, der sich nicht mehr gut machen ließ, war jenes unüberlegte und unausführbare Versprechen einer national-polnischen Reorganisation für ein halb polnisches und halb deutsches Land. Das Beste wäre gewesen, ganz Posen in den deutschen Bund aufzunehmen, und dahin wird es wohl auch noch kommen, obgleich man dies hier nicht beschließen konnte, solange die Polen selbst es nicht wünschen, und nicht ein unerfüllbares Versprechen lieber gar nicht als ärmlich und kümmerlich erfüllt sehen wollen.

Alle diese anderweitigen Fragen sind aber gar nicht imstande, ein rechtes Interesse neben der über das Oberhaupt zu gewinnen, die alles andere mit Recht verschlingt. Die Lösung derselben ist noch so schwer und fernliegend als jemals. Die Nationalversammlung ist darüber zerrissen und in sich gespalten, gerade so und in dem gleichen Verhältnis wie die Nation selbst; die ganze Tiefe unserer Wunden tritt erst jetzt hervor, da sie geheilt werden sollen. Die Versammlung ist im Augenblick gar nicht imstande, etwas darin zu thun und vorwärts zu kommen; eine wesentliche Aenderung der Stimmenverhältnisse ist nur durch das Eintreten äußerer Ereignisse denkbar; denn eine Majorität ist gar nicht anders möglich, als wenn ein Teil der Linken auf unsere Seite übertritt, und dazu ist gar keine Aussicht vorhanden. Umgekehrt würden zwar viele bereit sein, ehe das Ganze scheiterte, lieber mit der Linken zu gehen, wenn nur irgend eine Hoffnung und Möglichkeit vorhanden wäre, Deutschland unter einen Präsidenten zusammenzubringen. So ist denn die Entscheidung jetzt weniger in unsern als in den Händen der Kabinette, die aber noch viel weniger als wir imstande sein werden, sich zu einigen. Die einlaufenden Noten sind es, statt unserer Beschlüsse, von denen man die Weiterentwicklung der Sache zu erwarten hat. Jetzt ist das Tages-

gespräch die österreichische; sie ist nicht bloß, wie man gesagt hatte, unbestimmt und hinausschiebend, sondern sie tritt, wenn man den Maßstab der diplomatischen Sprache gehörig würdigt, sowohl der Nationalversammlung, den Grundlagen des bisherigen Verfassungswerkes, als der preußischen Regierung offen und drohend entgegen; sie nennt die Verfassung, wie sie aus der ersten Lesung hervorgegangen, nicht die eines Bundes, sondern eines Einheitsstaates; sie verwirft die Unterscheidung eines engeren und weiteren Verbandes und läßt nur den weiteren für alle Glieder zu; sie erklärt ein einheitliches Oberhaupt, das nicht der österreichische Kaiser ist, für unmöglich, sei es nun ein erbliches oder Wahloberhaupt oder gar ein Präsident; sie verzichtet in nichts auf den engsten Zusammenhang zwischen den deutschen und nichtdeutschen Provinzen, bietet überhaupt gar nichts Bestimmtes an; es „schwebt" der kaiserlichen Regierung in nebelhaften Umrissen ein großer mitteleuropäischer Staatenverein vor, der nicht nur alle österreichischen Länder, sondern auch Dänemark und die Niederlande umfaßt. Daß dieser Verein nur ein völkerrechtliches, fast ausschließlich auf gegenseitigen Schutz und vielleicht einige Handelsbeziehungen beschränktes Band sein könnte, ohne eine Volksvertretung, ohne gesetzgebende und ausübende Gewalt an der Spitze, liegt auf der Hand. Ueberhaupt wird diese Note wenigstens das Gute haben, daß niemand mehr sagen kann, Oesterreich wolle und könne in einen Bundesstaat eintreten, wie wir ihn nötig haben, und es sei mit Oesterreich ein wesentlich anderes Verhältnis möglich, als das alte mit einigen zweckmäßigen Verbesserungen und Erweiterungen. Wem auch nach dieser Note noch nicht die Augen aufgehen, um was es sich handelt, wer auch jetzt noch nur jene allgemeine Gefühlspolitik treibt, die Bedeutung der beiden Großmächte in Deutschland und die Stellung einer jeden zu uns und zu einander verkennt und mit allgemeinen Phrasen eine deutsche Verfassung machen zu können glaubt, der muß einen dichten Schleier vor den Augen haben. Der Bruch zwischen Oesterreich und Preußen liegt offen zu Tage; es sind zwei feindliche Lager,

in welchen es heißt: hie Welf, hie Waiblingen; zu den vielen Exempeln des Zwiespalts in der deutschen Geschichte kommt nun der größten eines hinzu. Wir aber aus Kleindeutschland, die weder für Preußen, noch für Oesterreich, noch gegen eines von beiden stehen wollen, wir, die wir nicht aus Interesse und Sympathie, sondern trotz derselben nicht aus Leidenschaft, sondern aus Vernunftgründen auf eine von beiden Seiten treten zu müssen glauben, wir können dem ausbrechenden Zwiespalt nur mit Bekümmernis und Trauer über des großen Vaterlandes Schicksal zusehen, wir nehmen an der Erbitterung, an den blinden Vorurteilen auf beiden Seiten, an den schwarzweißen und schwarzgelben Thorheiten keinen Anteil; und doch, wenn irgendwo, so gebietet hier die Vernunft, nach Solons Vorschrift Partei zu nehmen. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge ist es nicht wahrscheinlich, daß Preußen und Oesterreich in Deutschland wieder Einen Weg gehen können, was schon bisher unnatürlich und nur dadurch möglich war, daß Preußen seine Bestimmung verkannte und unter den 33 Metternichschen Unterfürsten den ersten und ergebensten machte; die übrigen Staaten müssen daher auf die eine oder andere Seite treten. Preußen soll, nach glaubwürdigen Aussagen, wenn hier keine Einigung erfolgt, entschlossen sein, mit denjenigen Staaten, die dazu bereit sind, einstweilen den deutschen Bundesstaat nach den Grundlagen der hiesigen Verfassung abzuschließen und ins Leben treten zu lassen; dies würde zunächst statt eines Deutschlands ein Norddeutschland bis an die Mainlinie geben, wenn sich auch Hannover und Sachsen noch eine kurze Zeit lang widerspenstig zeigen sollten. Bayern würde eine selbständige Stellung zu behaupten suchen; Württemberg und Baden ständen isoliert oder nur so, daß das Verhältnis eines weiteren Staatenbundes auch sie umfassen könnte, oder müßten sie sich an Oesterreich oder Norddeutschland anschließen. Dieser oder ein ähnlicher Ausgang hat, so wie jetzt die Dinge liegen, mehr Wahrscheinlichkeit für sich, als die gleichmäßige Vereinigung aller Staaten unter einem Direktorium oder Aehnlichem.

Frankfurt, 19. Februar. Es liegt eine eigentümliche Naivetät darin, wenn auch jetzt noch, nachdem die große Einheitsfrage seit Monaten vor dem Richterstuhl der öffentlichen Meinung steht und der Widerspruch zwischen dem ganzen und dem einigen Deutschland, zwischen den Bedürfnissen des österreichischen Gesamtstaates und des deutschen Bundesstaates längst zu Tage liegt, dennoch alles dies einfach ignoriert und uns zugerufen wird: machet ein einiges und ein ganzes Vaterland, machet einen starken Bundesstaat mit Oesterreich. Man durfte wenigstens von den berufenen Stimmführern des öffentlichen Urteils so viel Gerechtigkeit, so viel Kenntnis der Sachlage erwarten, daß sie nicht auch jene oberflächliche Auffassung des großen Haufens teilten, als ob wir hier unter den vielen möglichen Formen des Bundesstaates just aus Eigensinn, Pedanterie, Sonderzwecken, aus konfessionellen oder Gott weiß welchen anderen Rücksichten diejenige herausgelesen hätten, bei welchen 12 Millionen deutscher Brüder ausgeschlossen würden. Die rein sachlichen und objektiven Gründe unserer Partei hätten wenigstens erkannt, gewürdigt und widerlegt werden sollen, ehe man andere Motive, als die der reinen Vaterlandsliebe, dahinter gesucht hätte. Und wenn das am grünen Holze geschieht, wenn ein solches Verkennen und Ignorieren der großen Schwierigkeiten und Widersprüche in unserer Aufgabe sich in den gesetzgebenden Körpern zeigt, wie soll dann die große Masse der Nation ein richtiges Urteil gewinnen. Wenn jemand sagt: lieber etwas an der politischen Einheit aufgeben als an der geographischen, lieber an der Festigkeit des Zusammenhangs als an dem Umfang, nun so ist wenigstens die Frage richtig gestellt, es läßt sich dann vieles für und wider sagen, und die Entscheidung für das eine oder andere wird jedem schwer werden; wenn aber dieses traurige Entweder Oder, dieser Abgrund, vor dem wir stehen, gar nicht erkannt, nicht gewürdigt, wenn gerade, als ob nichts geschehen wäre, einfach das Widersprechende zusammen gefordert wird, dann müssen sich die ohnehin trüben Aussichten auf einen glücklichen Ausgang nur noch mehr verdüstern. Hier wenigstens ist die österreichische Partei einst-

weilen zu der Erkenntnis gelangt, daß, um Oesterreich im Bunde zu erhalten, nicht nur die §§ 2 und 3 wegfallen, sondern auch in den Bestimmungen über das Gesandtschaftsrecht, die Einheit des Heeres, die Gründung einer deutschen Flotte, vor allem aber über ein einheitliches Oberhaupt, manche Aenderungen getroffen werden müssen; ein Direktorium von sieben oder neun, in dem Oesterreich und Preußen je zwei Stimmen haben und im Vorsitz alle drei Jahre abwechseln, ist der positive Vorschlag, den die Kommission jener Partei gemacht hat. Ich will nicht über die Form des Oberhauptes, nicht über das Wesen des Bundesstaates streiten, sondern nur zwei Dinge nennen, die einen sicheren Prüfstein der bundesstaatlichen Organisation ausmachen; es ist die einheitliche und ausschließliche Vertretung nach außen und das Bestehen einer den Vertretern der Nation verantwortlichen Bundesgewalt. Wenn beides unverkümmert erhalten, wenn es insbesondere möglich bleibt, daß der Wille der Nation durch Volks- und Staatenhaus das entscheidende Triebrad der ganzen Verfassung wird, dann sind wir zu jeder sonstigen Konzession geneigt. Allein das ist es eben, daran zeigt sich eben, daß das Wesen und nicht bloß die Form der Sache in Frage steht. Ich will dies zunächst an dem Gesandtschaftsrecht nachweisen. Oesterreich wird auf eine eigene Vertretung im Ausland unter keinen Umständen verzichten; das ist eine unzweifelhafte, von keinem Oesterreicher abgeleugnete Thatsache; man sagt dabei, für seine deutschen Provinzen werde es dann eben durch die deutschen, für seine nichtdeutschen durch besondere Gesandte vertreten. Diese Unterscheidung ist aber die reinste Illusion, wenn die beiden Bestandteile nicht auch sonst staatlich auseinander gehalten, wenn jene Gesandten von dem in Wien residierenden Gesamtministerium des Reiches ernannt und instruiert werden, wenn sie die bewaffnete Macht der ganzen Monarchie hinter sich stehen haben. Man wird dann im Ausland die Gesandten von Oesterreich mit vollkommenstem Recht gerade so ansehen wie bisher, nämlich als die Vertreter von 38 Millionen Menschen und 600,000 Soldaten. Führt

man aber jene Bedingungen durch, sollen jene Gesandten wirklich nur Ungarn, Galizien u. s. f. vertreten, so müssen sie von einem ungarischen u. s. f. Ministerium ernannt und demselben, sowie einem ungarischen Landtag verantwortlich sein, mit anderen Worten, so müssen die Verhältnisse der Personalunion und jene §§ 2 und 3 in Kraft treten, die Oesterreich für unmöglich, deren Forderung es für eine Feindseligkeit erklärt. Jedenfalls aber kommt dazu, daß, wenn Oesterreich seine eigenen Gesandten neben denen von Deutschland hat und vermöge seiner Stellung in Deutschland an der Ernennung und Instruktion auch dieser deutschen Gesandten den gleichen Anteil wie Preußen hat, das keine besonderen Gesandten im Ausland hält, dies eine Ungleichheit in der Stellung beider Staaten erzeugt, die Preußen nie zugeben und ertragen wird. Preußen würde aufhören, ein europäischer Staat zu sein, während Oesterreich es bliebe, und dennoch würde es auch innerhalb Deutschlands seine Bedeutung durch Oesterreich neutralisiert sehen. Unter diesen Bedingungen wird also Preußen gar nie auf ein eigenes Gesandtschaftsrecht verzichten, und daß, wenn es also neben deutschen Gesandten im Ausland auch noch österreichische und preußische, folglich auch bayerische u. s. f. giebt, damit alles zusammen und der ganze Begriff von Deutschland verloren geht, das wird von keiner Seite geleugnet werden. Man widerlege diese Gründe, man zeige uns in klaren und verständlichen Formen, wie es werden soll und kann, wie diese Widersprüche zu beseitigen sind; wir wollen dem den aufrichtigsten Dank sagen, der es zu thun imstande ist; allein man mache nicht die Augen zu vor den Widersprüchen, wie der Vogel Strauß, als ob sie damit verschwänden; man beschränke sich nicht aufs Räsonnieren und Protestieren, sondern lege selbst Hand an das Werk.

Oesterreich hat in dem an die Königreiche mitgeteilten Vorschlag für jeden der sechs Reichskreise eine eigene diplomatische Vertretung verlangt, und wenn es nur dieser Eine Punkt wäre statt vieler, worin Oesterreich nicht nachgeben

könnte, so reichte das Eine vollständig hin, die Idee des Bundesstaates zu vernichten. —

Daß aber bei einem Direktorium auch keine lebensfähige Form der Nationalrepräsentation, kein verantwortliches Ministerium möglich, daß überhaupt damit die Grundformen des monarchischen und republikanischen Freistaates unverträglich wären, hoffe ich ebenso beweisen zu können.

Ein gutes Wahlgesetz zu machen ist unter allen Umständen eine der schwersten Aufgaben der Gesetzgebung; ein solches aber für 38 Staaten auf einmal zu entwerfen, in welchen die größte Verschiedenheit der Zustände, der Gesetze, und vor allem noch keine gleichmäßige Gemeindeverfassung und Besteuerung besteht, grenzt nahezu an die Unmöglichkeit. Man hat auch hier nur die Wahl, unter verschiedenen Uebeln sich für das kleinste zu entscheiden. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht aller hat zwar jedenfalls immer die treibende Gewalt eines großen, humanen, idealen Gedankens, und wenn man auch nicht vom Rechte des einzelnen, sondern vom Rechte des Staates und des Gemeinwohls ausgeht, so werden immer gewichtige Gründe der Klugheit und Zweckmäßigkeit gegen jede Beschränkung sprechen, da eine solche stets etwas Willkürliches und Verletzendes haben muß. Aber dennoch sind die Gefahren einer allgemeinen Berechtigung weit größer, als ihre Vorteile; und zwar sind es weit mehr Gefahren für die Freiheit als für die Ordnung, die dasselbe mit sich führt. Nach der inneren Notwendigkeit der Dinge, wie nach dem lauten Zeugnis der Geschichte mag es im Anfang und Verlaufe einer Revolution wohl kommen, daß die Masse von den Demagogen beherrscht wird und bestehende Ordnungen gewaltsam über den Haufen wirft; weit unzweifelhafter aber ist es, daß sie am Ende einer solchen Bewegung, in den eitlen Hoffnungen, die man ihr vorspiegelte, getäuscht, überdrüssig und für die Knechtschaft reif, sich den Gewalthabern willenlos hingiebt und zum Verräter der errungenen Freiheit wird. Wenn es auch in stürmischen Zeiten die Leidenschaft ist, von der die Menge geleitet wird, so ist es in

Frankfurt, 21. Februar.

dem normalen Zustand das nächste, bornierte Interesse, der lokale Einfluß, dem sie unterliegt; wie dort die Volksschmeichler und Wühler, so sind es hier die Beamten, die Schultheißen, die Geistlichen, die wenigstens in den Landbezirken die Wahlen in Händen haben. Hinter dem zweifelhaften und vorübergehenden Sieg, den die Entscheidung der Massen der Partei des Umsturzes in Aussicht stellt, steht die zweifellose, dauernde und vollständige Niederlage. Wenn es die Aufgabe einer guten Verfassung ist, das Gesetz und die Verwaltung des Staates zum Ausdruck des wahren Volkswillens, der wahren öffentlichen Meinung zu machen, so ist ein Unterschied anzuerkennen zwischen dem physischen und dem politischen Volke. Es ist nicht die einfache Mehrheit aller erwachsenen Männer, worin die herrschenden Gedanken einer Zeit und eines Volkes ihren Ausdruck finden; sondern es ist der allgemeine und unabänderliche Gang der Geschichte, daß die Ideen und geistigen Triebräder eines Zeitalters einen der Zahl nach kleineren Teil der Gesellschaft früher und reiner durchdringen als die Uebrigen, und daß zwischen dem, was die trägere Masse erfüllt, und den Anschauungen der geistig Erregteren und Fortgeschritteneren ein Unterschied, wo nicht ein Widerspruch ist. Wer ist imstande, diese Thatsache zu leugnen, und wer kann dann die Berechtigung der Konsequenzen in Abrede ziehen, welche die Gesetzgebung daraus zu ziehen hat? Auf religiösem Gebiete wenigstens wird jedermann zugeben müssen, daß die einfache Kopfmehrheit am Alten hängt, allen Neuerungen abhold ist, und daß, wenn sie gehörig bearbeitet würde, allen, welche die Vernunft über das Dogma stellen, nicht bloß das Handwerk legen, sondern auch vor die Häuser und Leiber rücken möchte. In politischen Dingen behaupte ich geradezu, daß der wahre Ausdruck dessen, was die Mehrheit der erwachsenen Männer von ganz Deutschland darüber denkt, weder die Republik noch die konstitutionelle Monarchie, sondern der Absolutismus ist, daß die Masse, wenn auch nicht im Augenblick, doch für die Dauer in einem Grade konservativ und indolent ist, wie es kein Freund politischer Freiheit wünschen kann, daß die wirklich reaktionäre Partei

am klügsten und wirksamsten handelt, wenn sie für das allgemeine Wahlrecht streitet.

Wenn man nun aber jenen Unterschied zwischen dem politischen und physischen Volk im ganzen zugiebt, so entsteht erst die eigentliche praktische Frage, wie dieser Unterschied durch ein Gesetz zu finden und zu bezeichnen sei, und es ist vollkommen zuzugeben, daß bei der Beantwortung der Frage, was denn der wahre Volkswille und wie er zu finden sei, eben wieder der Parteistandpunkt hervortritt und man einem sophistischen Zirkel des Beweises nicht entgeht, indem die Lösung von der subjektiven Auffassung abhängt, und eine objektiv gültige Entscheidung am Ende nur wieder in der Entscheidung einer Mehrheit einer verfassunggebenden Versammlung liegt, während man doch gerade die Gründe sucht, von denen sich diese Mehrheit bestimmen lassen solle. Auch liegt eben hierin ein Grund, konstituierende Versammlungen, wenn es nur irgend möglich ist, aus allgemeinen Wahlen hervorgehen zu lassen, da nach den Grundsätzen des Repräsentativsystems dann die notwendigen Beschränkungen als aus dem Willen der davon Betroffenen selbst hervorgegangen anzusehen sind und für die völlige Neugestaltung der Verhältnisse zu der Urquelle jeder Verfassung, dem Gesamtwillen des Volkes, zurückgegriffen werden soll. Anders aber ist es, wenn es sich darum handelt, einer neuen Verfassung die Garantie der Dauer und Stetigkeit mitzuteilen, deren jede politische Schöpfung bedarf. Hier treten nun die verschiedenen Prinzipien der Vertretung als Hauptmittel zu diesem Zweck hervor. Ob man die Lösung des Rätsels noch einmal in der Vertretung nach Ständen — natürlich des Berufs, nicht der Geburt — und nach Interessen finden wird, wer kann das sagen? Daß aber für jetzt, da die Grenzen dieser Stände und Interessen so fließend und unbestimmt, für den präzisen Ausdruck der Gesetzgebung unerreichbar sind, da noch kein Mensch imstande war, die Idee in bestimmter Gliederung praktisch und ausführbar darzustellen, dieser Gedanke noch ein unreifer ist, darf mit Entschiedenheit behauptet werden. Jedenfalls war der Plan des Verfassungsausschusses, den Un-

terschied der Stände in der Art zu Grund zu legen, daß gewisse Klassen als solche von der Vertretung ausgeschlossen sein sollen, der unglücklichste von allen, die man haben konnte. Kein System ist an sich richtiger und natürlicher, keines schließt sich besser an die gesamte Gliederung des öffentlichen Lebens an, und keines hat vielleicht eine größere Zukunft, als dasjenige, welches die Landesvertretung aus einer gesunden Gemeinde-, Bezirks- und Kreisverfassung hervorgehen läßt, welches denjenigen, der im kleinen Kreise das Vertrauen seiner Mitbürger verdient und durch wiederholte Wahl Beweis davon gegeben hat, auch zum größeren beruft, und so nicht Stand, nicht Besitz, sondern die wirkliche Tüchtigkeit und Tugend zur Bedingung für die höhere politische Berechtigung macht. Allein dieses System setzt eine schon seit Jahren gültige Gemeinde- und Bezirksverfassung mit periodischer Wahl der Vertreter voraus; es bedarf für die größeren Gemeinden, da die Zahl der Vertreter nicht im gleichen Verhältnis mit der Bevölkerung wachsen kann, hiefür einer anderweitigen Ergänzung; und wenn so nicht einmal die Verhältnisse der Einzelstaaten dafür reif sind, so ist es vollends unmöglich, das Wahlgesetz für das Reich darauf zu gründen, zumal da in großen Teilen Deutschlands, wo die Hof- und Gutswirtschaft über die Dorfwirtschaft vorherrscht, eigentliche Gemeindeverbände in unserem Sinne noch nicht bestehen und auch nie in gleicher Weise sich bilden können. So bleibt denn am Ende nichts übrig, als das alte, seit Solon und Servius Tullius und bei den meisten freien Völkern der Neuzeit geltende System des Zensus. So sehr sich jetzt der Haß und die Angriffe der radikalen Partei darauf richten, und so viel Unvollkommenheiten es auch in jeder Fassung haben mag, so ist doch bis jetzt nichts anderes gefunden worden, was ausführbar wäre und in gleichem Grad eine gewisse Bürgschaft für stetige und geordnete Zustände giebt. Das Beispiel von England, Holland, Belgien und Norwegen, den einzigen unter den freien Völkern Europas, bei welchen Ordnung und Stetigkeit mit der Freiheit verbunden ist, zeigt, daß wir Deutsche bei weit größerer politischer Unmündigkeit nicht nötig haben,

ein Mittel für entbehrlich zu halten, welches sich bei reiferen und erfahreneren Völkern als eine Stütze der Freiheit bewährt hat. Im einzelnen das richtige Maß zu treffen, zumal für ganz Deutschland, ist freilich schwer. Der in der Nationalversammlung eingebrachte Vorschlag, nach welchem entweder ein Grundbesitz von 350 Gulden Wert oder ein Einkommen von diesem Betrage oder ein Steuersatz von 5 fl. 15 kr. das Wahlrecht giebt, ist in den beiden letzten Sätzen für Süddeutschland zu hoch, während die erste Bestimmung bei uns eine sehr ausgedehnte Berechtigung bewirkt und den größeren Teil aller selbständigen Bürger mit hereinzieht. Da der ausschließende Zensus keine Hoffnung hatte, durchzudringen, so wurden auch verschiedene gemischte Systeme, zum Teil dem württembergischen ähnlich, vorgeschlagen. Die Mehrheit hat aber alle diese Vorschläge zusammen verworfen oder wird sie noch verwerfen, und so bleibt nun nur noch übrig, durch indirekte Wahlen die Gefahren der allgemeinen Berechtigung zu vermindern. Das Bemerkenswerteste bei der gestrigen Abstimmung war, daß auch diejenigen österreichischen Abgeordneten, welche sonst in allen Freiheitsfragen mit der Rechten stimmten und zum Teil zu den äußersten Fraktionen derselben gehörten, gegen jede Beschränkung des Wahlrechtes stimmten, und daß so wirklich der Verdacht nahe gelegt wird, als ob jener Pakt „um jeden Zoll Oberhaupt eine Konzession an die Demokratie" wenigstens von der einen Seite vorläufig erfüllt würde.

Es ist eben nicht zu verwundern, wenn viele anfangen, an einer erträglichen Lösung der Einheitsfrage zu verzweifeln und namentlich der Nationalversammlung die Fähigkeit absprechen, mit der Sache ins reine zu kommen. Eine Versammlung, die in den wichtigsten Fragen keine Majorität mehr herausbringt, muß notwendig ihre Bedeutung in den Augen der Nation einbüßen, und wenn es vollends unnatürliche Verbindungen von Minoritäten, die sich sonst im Prinzip gegenüberstehen, sind, woran das Verfassungswerk scheitert, wenn die politischen Parteien von den landsmannschaftlichen so durchkreuzt sind, daß in keiner bedeutenden Frage mehr der Erfolg

Frankfurt, 26. Februar.

sich voraus bestimmen läßt, so muß dies auch der sittlichen Achtung und Würde den größten Abbruch thun. Und trotz alledem, und so sehr die radikale Partei längst aufgehört hat, von der Nationalversammlung etwas zu hoffen, ist diese doch zur Zeit noch das einzige Band, welches die Nation zusammenhält, und schon ihr formelles Beisammensein ist von ungeheurer Bedeutung. Gienge sie ohne ein Resultat auseinander, so wäre die letzte Hoffnung auf einen friedlichen Ausgang dahin und Deutschland faktisch in einige Staatengruppen aufgelöst. Allein so schlimm steht auch die Sache noch nicht, es ist kleinmütig, jetzt schon die Hoffnung aufzugeben, und auch von der Versammlung darf man erwarten, daß sie in den letzten entscheidenden Augenblicken, wie früher, den patriotischen Mut und die Kraft finden wird, um einen ehrenhaften Ausgang zu finden, wo keiner mehr da zu sein schien. Die gestern überreichte Kollektivnote von 29 Regierungen mit 23 Millionen Menschen begründet doch einstweilen einen ansehnlichen Kern und Anfang eines neuen Deutschlands, und es wird sich zeigen, wie lang die kleineren Königreiche imstande sein werden, sich der deutschen Sache zu entziehen. Es ist durch diese im wesentlichen zustimmende Erklärung ein großer Schritt vorwärts gethan. Sodann ist auch die Lage von Oesterreich derart, daß eine Veränderung der Stellung zu Deutschland, ein Zurückgehen auf den Standpunkt des Ministerialprogramms vom 27. November gar nicht unter die unmöglichen Vorkommnisse gehört, so drohend auch für den Augenblick die Haltung des Kabinetts ist. Denn wie hoch man die Hilfsquellen der Monarchie auch anschlagen mag, so ist es doch eine unbegreifliche Ueberhebung von Oesterreich, ein Mut der Verzweiflung, wenn es dem übrigen Deutschland, wenn es Preußen mit Drohungen gegenübertritt. Eine Macht, die russische Hilfe braucht, um mit den eigenen aufrührerischen Unterthanen fertig zu werden, um die Hauptstädte ihrer Provinzen zu schützen, die den größeren Teil ihres Reiches mit Waffengewalt sich erst unterwerfen oder unterworfen halten muß, die über 8000 Quadratmeilen Landes den Belagerungszustand verhängt hat, die am Rande eines

Staatsbankerottes steht, deren fruchtbarste Provinzen so verheert und ausgesogen sind, daß sie für viele Jahre kaum die Armeen werden erhalten können, die nötig sein werden, um dieselben im Gehorsam zu erhalten, eine Macht, die ohne mit irgend einem auswärtigen Feinde von Bedeutung zu thun zu haben, ein Bündnis mit ihrem natürlichen und größten Gegner geschlossen, sich ihm ganz in die Arme geworfen hat, eine solche Macht hat keine Ursache, unbegründete Ansprüche, denen alle Gegenleistung fehlt, in drohender Haltung geltend zu machen. Denn an jenes Aeußerste, das viele bereits in Aussicht stellen, können wir nicht glauben; daß Oesterreich daran dächte, im Bunde mit Rußland gegen Deutschland Krieg zu führen, daß dasselbe Kabinett, das in jeder Note seine deutschen Gesinnungen anrühmt, uns die Russen ins Land bringen sollte, um die deutsche Einheit in seinem Sinne zustande zu bringen. Allein selbst dies noch undenkbare Aeußerste könnte doch keine andere Folge haben, als daß das übrige Deutschland sich mit Frankreich verbünden müßte, und daß der Preis dieses Bündnisses ein wiederhergestelltes Polen und die Befreiung von Italien wäre. Ob in einem solchen Kriege Rußland neben den Donaufürstentümern auch noch Siebenbürgen als Lohn für seine Hilfe in Anspruch nehmen wird, oder Galizien, und ob es imstande wäre, diese Ansprüche durchzusetzen, das kann freilich kein Mensch sagen, aber Thorheit wäre es, zu glauben, daß Rußland ein uneigennütziger Bundesgenosse von Oesterreich sein kann. So weit ist es also schon gekommen, daß Oesterreich die Hand seines natürlichsten Verbündeten wegstößt und von dem Erbfeinde seine Provinzen schützen läßt. Wie anders könnte alles stehen, welche Stellung hätte Oesterreich in Deutschland bereits gewonnen, wenn eine aufrichtige, natürliche, sittliche Politik dort herrschte, wenn es die geschichtliche Notwendigkeit, die Union mit dem unter Preußens Prinzipat verbundenen Deutschland, statt widerwillig abzulehnen, erkannt und ergriffen hätte, statt jetzt durch ein russisches Bündnis seine Unabhängigkeit und seine Ehre aufs Spiel zu setzen und vielleicht den Keim seines Unterganges selbst auszustreuen. Bei aller ruhmwürdigen

Haltung der österreichischen Armee lassen sich doch heutzutage keine dauernden politischen Schöpfungen auf die Gewalt gründen, und die inneren Schwierigkeiten der Konstitution von Oesterreich sind so unendlich groß und können noch so unerwartete Wendungen herbeiführen, daß eine Veränderung seiner deutschen Politik rasch eintreten könnte. Und sobald dies geschehen wäre, sobald Oesterreich auf den Standpunkt jenes Ministerialprogrammes zurückträte, so wäre auch der deutsche Bundesstaat augenblicklich fertig.

Man versichert so oft, daß das südwestliche Deutschland durch seine materiellen Interessen, seinen Handel u. s. f. weit mehr an Oesterreich als an Norddeutschland gewiesen sei. Es wäre gut, wenn das jemand auch einmal beweisen würde, und zwar mit Thatsachen und Zahlen. Einstweilen werden wir daran, daß der Neckar in den Rhein und der Rhein in die Nordsee fließt, und an einigen anderen Binsenwahrheiten der Art festhalten.

Frankfurt, 2. März. Die Freunde des neuen Direktoriums, dieses apokalyptischen Tieres mit sieben Köpfen und neun Zungen, trösten uns immer damit, die wahre Gewalt werde im Reichstag beruhen und auf die Form des Oberhauptes gar nicht soviel ankommen, da ja jedenfalls nur durch verantwortliche Minister regiert werden könne. Wir glauben aber vielmehr, daß bei einem vielköpfigen, aus lauter Vertretern der Einzelstaaten zusammengesetzten Reichsoberhaupt eine parlamentarische Regierung unmöglich, der Reichstag nicht viel mehr als ein Petitions- und Postulatenlandtag wird. Man verkennt hier ganz die wesentlichen Unterschiede zwischen dem Bundesstaat und Einzelstaat. Wenn in letzterem der konstitutionelle Monarch genötigt ist, dem nachhaltigen Volkswillen sich in allen Dingen zu fügen, so liegt der Grund hievon keineswegs darin, daß theoretisch die Gewalt so ungleich verteilt wäre, sondern darin, daß hier die faktische Notwendigkeit der Uebereinstimmung zwischen beiden Faktoren vorliegt. Es muß hier fortregiert, es muß unter allen Umständen eine in voller, umfassender Thätigkeit begriffene Maschine unterhalten und fortgeleitet

werden; man kann bei einem tiefgreifenden Widerspruch die Sache nicht einfach auf sich beruhen lassen, sondern die Regierung muß am Ende nachgeben, um überhaupt bestehen zu können, aus dem unabweislichen Trieb der Selbsterhaltung. Dies ist aber ganz anders bei einem Bundesstaat, vollends einem neu zu begründenden, der seinen Wirkungskreis auf Kosten der Bedeutung der Einzelstaaten erst zu erringen hat. Hier liegt keineswegs jener physische Zwang für die Faktoren der Reichsgewalt vor, sich zu verständigen; es handelt sich da nicht um so große Summen, die unter allen Umständen aufgetrieben werden müssen, es muß hier nicht eine große im Gang begriffene Maschine auf jede Bedingung hin erhalten werden, sondern es kann ganz wohl dabei sein Bewenden haben, daß man sich eben nicht einigen konnte. Die Folge ist dann einfach die, daß etwas, was die Reichsgewalt thun sollte, nicht geschieht und den Einzelstaaten überlassen wird, daß es beim Alten bleibt, daß der Partikularismus siegt. Jene Unmöglichkeit des Nichtsthuns, des Garnichtregierens, die im Einzelstaat zur Nachgiebigkeit zwingt, findet sich da gar nicht. Diese Gefahr, daß wenig zustande kommt, daß keine positive schöpferische Thätigkeit der Reichsgewalt möglich ist, wird nun natürlich erhöht und förmlich in die Verfassung mit aufgenommen, wenn das Oberhaupt aus den Repräsentanten der Einzelstaaten besteht. Der Ursprung des Mandates wird bei jeder politischen Institution auch die Richtung bezeichnen, in welcher dasselbe ausgeübt wird. Der Vertreter von Oesterreich wird im Direktorium österreichische, der von Preußen preußische, der von Bayern bayerische Politik treiben. Für die Vertretung der Partikularinteressen ist zudem schon das Staatenhaus da; wenn nun auch die vollziehende Gewalt, wenn zwei Faktoren grundgesetzlich das Sonderleben vertreten, so wird und muß das Volkshaus ohnmächtig sein und überdies gerade wie jetzt auch durch den großen Gegensatz zwischen Oesterreich und Preußen zerrissen werden. Und wenn im Einzelstaat das Ministerium regiert und der Monarch seinen Namen dazu giebt, so wird hier in Wahrheit das Direktorium regieren und der Minister

zur Erfüllung einer leeren Formalität seinen Namen beisetzen; es wird immer welche geben, die dazu bereit sind, und es wird keine Kunst sein, die Verantwortlichkeit zu übernehmen, wenn die ganze Regierung sich im wesentlichen auf Verkehrserleichterungen, auf einige Gleichmäßigkeit in der Gesetzgebung, Münze, Maß und Gewicht, auf Ueberwachen der stehenden Heere u. s. f. erstreckt. Was können jene Sieben für ein Ministerium ernennen, außer ein unschuldiges, farbloses; wie wollen die Minister eine bedeutende Maßregel beschließen, wenn jene Sieben oder ihre Majorität ein Veto einlegt? Und wird eine zustimmende Majorität eine Bedeutung haben, wenn etwa Oesterreich und Preußen zusammen oder nur eines von beiden in der Minorität sind? Es wird thatsächlich nichts Positives zustande kommen, als worüber sich Oesterreich und Preußen verständigt haben; und das wird zur Folge haben, daß eine große, rührige, um sich greifende, dem Nationalgefühl entsprechende Politik nicht möglich ist, daß der Bund von selbst allmählich zu einer rein defensiven Haltung zurücksinkt, wie bisher, und höchstens da Energie entfaltet, wo es gilt, das monarchische Prinzip in den Einzelstaaten zu stärken. Vielleicht würde man anfangs, nachdem das Volk in so großen Hoffnungen so bitter getäuscht sein würde, eifrig bemüht sein, der öffentlichen Meinung zu genügen, aber auf die Dauer würde auch der beste Wille der Natur des Institutes unterliegen. Oesterreich wird die alte Rolle wieder spielen; es wird die Interessen der Einzelstaaten verfechten, es wird Preußen im Schach halten, es wird nichts Bedeutendes zustande kommen lassen und seine eigene Bedeutung außerhalb des deutschen Bundesstaates in seiner europäischen Stellung haben. Dies liegt so sehr im Interesse dieser Macht, wenn sie am Bundesstaat teilnimmt, daß nicht nur die Metternichsche, daß jede Politik von Oesterreich darauf zurückkommen wird. Einem solchen Direktorium gegenüber, dessen mächtigstes Glied ein Interesse dabei hat, überhaupt keine starke Bundesgewalt zustande kommen zu lassen und die Bedeutung der Einzelstaaten zu erhalten, wie soll da das Volkshaus eine wirksame Thätigkeit haben? Im Einzelstaat liegt

die treibende Gewalt der Volksvertreter in ihrer Gewalt, zu hemmen.*) Hier aber könnte das Volkshaus nur einige unbedeutende Gesetze beraten und Anträge stellen; das wirksamste Mittel, die Steuerverweigerung, fiele größtenteils weg und träfe weniger die Regierung als die Nation, den Bundesstaat selbst. Das Direktorium, als Inhaber aller Gewalt in den Einzelstaaten, könnte zudem die wenigen Mittel, deren es bedarf, für sich selbst aufbringen. Wenn es wahr ist, daß die Stärke der Bundesgewalt und die Einheit Deutschlands synonyme Begriffe sind, die Bundesgewalt aber nur auf Kosten der Partikularsouveränität stark werden kann, so heißt es, diese Gewalt und damit die Einheit Deutschlands im Prinzip untergraben und vernichten, wenn dieselbe in die Hände derjenigen gelegt wird, die nach ihrer Stellung und der Quelle ihres Mandats den Partikularismus vertreten. Umgekehrt liegt das ganze Geheimnis, eine Gewalt stark zu machen, darin, wenn ihr Inhaber seine ganze Bedeutung, seine Ehre, sein Interesse darin hat, von den gesetzlich ihm zustehenden Befugnissen den umfassendsten Gebrauch zu machen. Diese Bedingungen finden sich in einem aus Monarchieen bestehenden Bundesstaat im vollsten Maße dann bei einander, wenn die Gewalt Einem Monarchen, und zwar erblich, und wenn sie demjenigen unter den Monarchen übertragen wird, der die Macht, die Hilfsmittel, die Ansprüche eines Großstaates als Mitgift zubringt, welcher nach seiner Zusammensetzung und geschichtlichen Stellung mit dem Ganzen, das er von nun an vertritt, schon vorher die gleichartigsten Interessen hatte und den natürlichsten und kräftigsten Krystallisationskern bildet. Wer aber immer nur auf den Umfang des Gebietes allen Nachdruck legt und dies für die erste Forderung erklärt, den erinnern wir daran, daß das deutsche Reich vor hundert Jahren noch größer war als jetzt, daß Lothringen und Burgund noch dazu gehörte und Deutschland noch nichts weiter war, als was es jetzt ist und dann auch in Zukunft bleiben wird, ein geographischer Name.

*) Ist nicht ganz deutlich.

Frankfurt, 11. März. Nach endlosem Zögern und Verschleppen sind wir nun doch in den letzten Tagen der Entscheidung um vieles näher gerückt. Die Verschiedenheit der Ansichten reduziert sich ja am Ende darauf, daß die einen die Absichten des Olmützer Kabinetts und die Unmöglichkeit eines Eintritts Oesterreichs in den Bundesstaat etwas früher, die andern etwas später erkennen. Auf die Dauer aber kann niemand sich dieser Kette von schlagenden Beweisen, die nacheinander zum Vorschein kommen, verschließen. Das neueste Glied in dieser Kette, die Auflösung des Kremsierer Reichstages und Octroyierung einer Verfassung ist jedenfalls ein großes, entscheidendes Ereignis. Wenn man auch zur Stunde den Inhalt dieser Verfassung noch nicht kennt, wenn auch in betreff der Stellung zu Deutschland irgend eine unbestimmte, vieldeutige Klausel darin aufgenommen sein mag, so ist doch nicht zu bezweifeln, daß in dieser Verfassung ein österreichischer Gesamtstaat mit centraler Regierung und Gesetzgebung vorausgesetzt und die Fragen, ob Oesterreich aus einem oder mehreren Staaten besteht, ob die deutschen Provinzen unter der Gesetzgebung des deutschen oder österreichischen Reichstages stehen, ob die deutschen Truppen Bestandteile der deutschen oder der österreichischen Armee sind u. s. f., darin endgültig entschieden werden. Eine Verfassung kann unmöglich solche Lebensfragen länger im unklaren lassen, wenn sie auch durch irgend ein „Unbeschadet der Beziehungen zum deutschen Bund" oder eine ähnliche Formel für die Zukunft einen willkommenen Anhaltspunkt näherer Verbindung, für jetzt aber vielleicht einen neuen Vorwand der Intrigue und Zögerung hinwirft*). Die Abgesandten der großdeutschen Partei, Hermann, Heckscher und Somaruga, werden heute zurückerwartet, und es ist ihnen die Nachricht vorausgeeilt, daß sie unverrichteter Dinge wieder kommen, daß das Ministerium dort abermals jede bestimmte Erklärung verweigert hat. Infolge dieser neuen Wendung soll gestern schon in einer Versammlung

*) In der neuen österreichischen Verfassung war übrigens Deutschlands mit keiner Silbe gedacht.

österreichischer Abgeordneter die Frage verhandelt worden sein, ob sie nicht unter einem Protest gegen das österreichische Ministerium aus der Nationalversammlung ausscheiden sollen. Wenn nun auch nach den bisherigen Vorgängen an der Ausführung eines solchen Beschlusses noch sehr zu zweifeln ist, so wäre es jedenfalls im Interesse der deutschen und österreichischen Ehre endlich an der Zeit, daß die Mehrzahl der österreichischen Abgeordneten — denn wir geben manche rühmliche Ausnahme zu — durch einen unzweideutigen Schritt einmal aus ihrer zweideutigen Stellung heraussträten und nicht länger den Verdacht auf sich ruhen ließen, als ob sie nur die dienstwilligen Stimmen des kaiserlich königlichen Bevollmächtigen wären und den Umtrieben des Olmützer Kabinettes gegen das Zustandekommen eines deutschen Bundesstaates hier nach Kräften sekundierten. Daß die Abgeordneten Oesterreichs hier für die Erhaltung Oesterreichs im Bunde kämpfen, ist ihre natürliche Pflicht und Ehre, und niemand würde es einfallen, sie darum zu tadeln, aber sie sollen es als Abgeordnete des Volkes und nicht der Regierung thun, sie sollen sich von der Politik ihrer Regierung offen lossagen und ihren eigenen Weg als Abgeordnete für ein deutsches Parlament gehen, sie sollen am Ende, wenn alles so klar vorliegt wie der Tag, nicht von Herrn von Schmerling die Parole hinnehmen, vor allem Oesterreicher zu sein, sondern lieber ein kleines und ihnen verbrüdertes Deutschland zu Tag bringen helfen, als keines. Von allem dem aber ist bis jetzt nichts geschehen; soviel Ursache auch schon dazu vorhanden war, so liegt doch kein Protest gegen die Umtriebe der österreichischen Regierung vor, worin sie ihre gute und deutsche Sache von der undeutschen und schlechten ihres Kabinettes getrennt hätten. Viele von ihnen haben im Widerspruch mit ihren früheren Abstimmungen beim Wahlgesetz mit der Linken gestimmt und thun es noch täglich bei anderen großen und kleinen Fragen; sie haben sich auf einen unwürdigen Handel mit Grundsätzen eingelassen und um die Schwächung der Einheit ihre Begriffe von Freiheit verkauft. In der letzten Sitzung kam zum erstenmal die Sache auf der Tribüne zur

Sprache. Die unnatürliche Allianz trat ans Tageslicht, um in demselben Augenblick auch einen tötlichen Stoß zu erleiden. Die Linke stellte den abnormen Antrag, das Wahlgesetz vor der Verfassung definitiv festzustellen; sie verlangte von ihren Alliierten den Kaufpreis im voraus, weil sie ihnen nicht traute, vielleicht um dann diesen eben den Streich zu spielen, den sie befürchtete. L. Simon erklärte, von der Linken beklatscht und unwidersprochen, daß ihnen an der Verfassung und dem Oberhaupt, wenn es doch einmal nicht nach ihrem Sinne ginge, nichts gelegen sei, daß sie daher ihre Stimmen denen anbieten, die am besten dafür mit andern Konzessionen zahlen, und daß sie nur das allgemeine Wahlrecht d. h. in ihrem Sinne, das Mittel, die Verfassung und das Oberhaupt wieder über den Haufen zu werfen, durchsetzen wollen; wenn man ihnen dazu nicht helfe, so sei es ihnen eins, ob Deutschland seine Verfassung von der Nationalversammlung oder von den Fürsten empfange, oder was sonst aus einer zweiten resultatlosen Lesung hervorgehen könne. Auf die moralische Niederlage, die in diesen unverblümten Geständnissen und in Rießers beredten Worten sittlicher Entrüstung lag, folgte auch ein wirklicher Durchfall des Projektes gegen eine glänzende Majorität, wie sie schon lange nicht mehr zustande gekommen war. Die Mehrzahl der Direktorialen stimmte doch im entscheidenden Augenblick gegen die Linke, und gleich nach der Abstimmung soll die Allianz sogar förmlich gekündigt worden sein. Es wäre für die Ehre und sittliche Würde der Nationalversammlung ein großer Gewinn, wenn dies unsaubere Blatt von der vielbesprochenen Koalition aus ihrer Geschichte ganz gestrichen werden könnte. Doch hat dieser Ausgang das Vertrauen wieder erhöht, daß im wichtigen Moment am Ende doch die wahre Einsicht und der wahre Patriotismus in der Nationalversammlung über hohle Theorieen wie über schlechte Intriguen den Sieg davon tragen.

Frankfurt, 12 März. Die neue österreichische Verfassung erwies sich gleich in der heutigen Sitzung als ein Ereignis, das die Sache zur Entscheidung bringen wird. Welcker, bis jetzt das Haupt

der großdeutschen Partei, wurde durch dies Aktenstück völlig bekehrt und stellte heute zur allgemeinsten Ueberraschung eine Reihe von dringlichen Anträgen der allerhöchsten Wichtigkeit, die Verfassung en bloc anzunehmen, den König von Preußen zum erblichen Reichsoberhaupt zu wählen, durch eine große Deputation sogleich davon in Kenntnis zu setzen, die Rechte Deutschlands auf Deutschösterreich sich feierlich für alle Zeit vorzubehalten u. s. f. Das Erstaunen und die Aufregung war so groß, daß der Präsident lange ganz darauf verzichtete, die Ruhe wiederherzustellen. Welcker begründete seinen Uebertritt in einer trefflichen Rede: Er schäme sich nicht, jetzt erst dahin gekommen zu sein; die bisherige Zögerung sei für Deutschland und die neue Krone nur ein Gewinn gewesen; jetzt aber müsse auch im Angesicht der Gefahren des Vaterlandes jeder Zweifel schwinden, was zu thun sei. Die Beratung über den Antrag selbst wurde nach seinem eigenen Wunsch auf eine der nächsten Sitzungen ausgesetzt und die Sitzung wegen der großen Spannung und Aufregung gleich darauf geschlossen.

Schmerling, durch diesen Schritt seiner Regierung vollkommen desavouiert, hat seine Stelle als Bevollmächtigter und als Abgeordneter niedergelegt. Die Oesterreicher beraten heute abend, was sie bei dieser Lage der Dinge thun wollen. Wenn sie nicht ganz austreten, wollen sie jedenfalls dem Bundesstaat keine weiteren Hindernisse entgegenstellen. Löhner, ein Führer der deutschen Linken in Kremsier, ist — als Flüchtling — hier, hat seinen Landsleuten große Vorwürfe über ihr bisheriges Verhalten gemacht und sieht in den Ideen des Gagernschen Programms das Heilsamste für Deutschland und Oesterreich.

Heute abend wird im Weidenbusch über den Welckerschen Antrag beraten, und es werden vielleicht noch im Laufe dieser Woche die entscheidendsten Beschlüsse gefaßt.

Gestern abend fanden lebhafte und wichtige Besprechungen 13. März*).
bei allen Parteien statt. Die Oesterreicher entschieden sich nicht für den Austritt; nur 6 Stimmen waren dafür; die Mehrzahl

---

*) Zu demselben Bericht wie vom 12. gehörig.

sprach sich dahin aus, sie wollen bei der zweiten Lesung für den Bundesstaat und alle seine Konsequenzen stimmen, sich dagegen bei der Oberhauptsfrage der Abstimmung enthalten. Doch wurde kein förmlicher Beschluß gefaßt. Es scheint, die meisten wollten nicht im ersten Eifer wichtige Beschlüsse fassen, ehe weitere Nachrichten — und vielleicht Instruktionen — von Wien eingelaufen wären. Die Olmützer Abgesandten, Heckscher u. s. f., brachten eine neue Note von Oesterreich mit, worin ein Eintritt des gesamten Kaiserstaates in den deutschen Bund zugesagt sein soll, wenn man das Volkshaus streichen und bloß eine Vertretung der Länder, ein Länderhaus, einrichten wolle u. s. f. So viel steht bereits fest, wir sind trotz dem gestrigen Enthusiasmus noch keineswegs am Ziel und es wird uns noch manches in den Weg geworfen werden. Im Weidenbusch wurde zunächst beschlossen, heute eine Vertagung bis Donnerstag eintreten zu lassen und indessen den Welckerschen Antrag und die Verfassung, die jetzt in zweiter Lesung vollständig vorliegt und sich in den Händen der Mitglieder befindet, gründlich vorzuberaten. Der Linken liegt alles allein am Wahlgesetz. Sie will für die Verfassung mit Haut und Haar, mit Erbkaiser und absolutem Veto stimmen, wenn das Wahlgesetz so, wie es aus der ersten Lesung hervorgegangen, auch mit in die Verfassung und diese Annahme en bloc herein genommen werden. Die Rechte und das Centrum werden sich aber dazu nicht verstehen, wenn gleich manche dazu raten; die Forderung ist auch um so unbegründeter, weil schon bei der ersten Lesung nur eine unbedeutende Minderzahl für allgemeine, direkte, geheime Wahlen, die große Mehrzahl dagegen für Beschränkungen war, und jenes Resultat nur wieder durch den Eigensinn und die Querköpfigkeit derjenigen herbeigeführt wurde, die gerade nur für die Beschränkung, die ihnen passend schien, und gegen alles andere stimmten. Das Wahlgesetz in seiner jetzigen Gestalt ist eine Unmöglichkeit.

Frankfurt, 14. März. Gestern abend hat der Verfassungsausschuß mit 14 gegen 6 Stimmen (Schüler, Wigard, Schreiner, Römer, Lassaulx, Ahrens) beschlossen, den Welckerschen Antrag, also

die Annahme der ganzen Verfassung en bloc und die erbliche Uebertragung der Kaiserkrone an Preußen der Nationalversammlung mit der Modifikation zu empfehlen, daß auch das Wahlgesetz hierin als Teil der Verfassung behandelt und wie es aus der ersten Lesung hervorgegangen — nur öffentliche und mündliche Abstimmung statt geheime — mit angenommen werde. Der nächste Reichstag soll befugt sein, noch Aenderungen im einfachen Wege der Gesetzgebung, nicht unter den erschwerten Formen, die sonst die Verfassung vorschreibt, mit Einwilligung des Kaisers vorzunehmen. Dieser Antrag des Ausschusses, der Alles auf Eine Karte setzt, das ganze Werk der letzten zehn Monate in einer Abstimmung abschließen will, ist von so unabsehbarer Bedeutung, hat so große Mängel und Vorzüge, daß ich mir noch kein entscheidendes Urteil darüber zutraue. Der erste Eindruck ist jedenfalls eher der des Schreckens und Mißtrauens, ob wirklich der wahre Mut und staatsmännische Gründe einen so verzweifelt großartigen und doch auf der andern Seite wieder nachgiebigen Entschluß eingegeben haben. Heute um zehn Uhr wird im Weidenbusch darüber beraten werden.

Der Ausgang läßt sich noch nicht voraussagen; die eigentliche Linke, die meisten Bayern und Oesterreicher werden dagegen stimmen; von der Westendhall dagegen sollen unter dieser Bedingung, daß das Wahlgesetz mit aufgenommen werde, viele für das Ganze zu stimmen bereit sein; von den Bayern sind mehrere: Graf Giech, Rotenhan, Paur, Pötzl, Reitmaier zu uns übergetreten; von den Oesterreichern sollen mehrere von der Linken, Giskra, Berger, Schneider u. s. f. sogar für den Erbkaiser stimmen wollen.

Die Nachricht, daß Schmerling auch als Abgeordneter ausgetreten sei, war irrig. Gestern wurde gesagt, Graf Stadion werde selbst hieher kommen. Die neue österreichische Note wird in der Lage der Dinge und an der Stellung der Parteien kaum das Geringste ändern; dieser Vorschlag, hinter dem noch vieles andere verborgen ist, was man jetzt noch nicht sagt, z. B. Aufhebung der Grundrechte, der eine gemeinsame Ver-

tretung nur will, wo es nützlich ist u. s. f., wird wohl gar nicht mehr auch nur in ernstliche Erwägung gezogen werden.

Indessen wird der Ausbruch des dänischen Krieges am 26. März und die Beteiligung Rußlands dabei mit jedem Tage wahrscheinlicher. Dazu die Besorgnis, ob in Berlin wirklich guter Wille und Kraft genug ist, um alles auf sich zu nehmen, was die Entwicklung der Geschicke Deutschlands mit sich bringen wird.

Frankfurt, 14. März. a. Der jetzt erstattete Bericht des Verfassungsausschusses über den vom Abgeordneten Welcker in der Sitzung vom 12. März gestellten Antrag — Berichterstatter: Abgeordneter Riesser — enthält in einer ausführlichen Motivierung als das Wichtigste, folgendes: Während der Ausschuß sich mit der Beratung dieses Antrages beschäftigte, ist ihm durch das Präsidium der Nationalversammlung eine von einem österreichischen Bevollmächtigten dem Präsidenten des Reichsministeriums mitgeteilte Note der K. K. Regierung vom 9. d. M. zugekommen, deren Inhalt zu der dem Ausschusse gestellten Aufgabe in naher Beziehung steht. Wenn die für den österreichischen Gesamtstaat gegebene Verfassung jede Einwirkung einer deutschen Gesetzgebung und einer deutschen Regierungsgewalt auf das deutsche Oesterreich durch Stillschweigen ausschließt, so wird in jener Note jede weitere Verhandlung über ein Bundesverhältnis mit Deutschland an die vorgängige Bedingung des vollständigsten Verzichtes auf eine Volksvertretung für den zu gründenden Bundesstaat geknüpft; nur Abgeordnete der Staaten werden für zulässig erklärt. Da diese Forderung eine der wesentlichsten, unerläßlichsten Grundlagen des Baues, den wir auszuführen vom deutschen Volke den Auftrag haben, schlechthin für Oesterreich zurückweist, so ist für jetzt die weitere Untersuchung darüber zwecklos, welche Zweige des Staatslebens dann etwa noch auf der übriggelassenen Basis gemeinsame werden könnten; eine Frage, über welche die Note keinerlei Aufschluß giebt. So viel aber ist klar, daß Oesterreich auch in die auf solche Weise gebildete, auf eine Vertretung durch ständige Ausschüsse zurückgeführte Verbindung nur in seiner

Gesamtheit eintreten will und es ablehnt, derselben mit seinen deutschen Provinzen allein anzugehören. Es bedarf keiner Ausführung, daß ein solches Verlangen ungerechtfertigt ist und sogar den alten, von Oesterreich selbst früher angerufenen Bundesverträgen widerspricht, sowie daß seine Gewährung selbst auf dem Grunde des alten Bundesverhältnisses die größten, an Unmöglichkeit grenzenden Schwierigkeiten mit sich führen würde. Das aber ist vollkommen gewiß, daß das deutsche Volk nicht auf eine Bundesform eingehen wird, die entweder eine völlig machtlose, dem Einheitsbedürfnis des deutschen Volkes auf keine Weise entsprechende sein, oder, wenn sie Macht gewänne, die deutsche Entwicklung von einem überwiegend undeutschen Einfluß abhängig machen würde. Aus der entschiedenen Ablehnung der Volksvertretung allein geht schon die traurige Unmöglichkeit, für jetzt zu einer gemeinsamen Verfassung mit Deutsch-Oesterreich zu gelangen, mithin die Notwendigkeit hervor, unser Werk vorerst unabhängig von den Beziehungen, in welche Oesterreich zu demselben treten wird, zum Abschluß zu bringen. Wenn die Note darauf hindeutet, daß nunmehr die Bedingung, an welche die bekannte Erklärung vom 27. November die Regelung des Verhältnisses Oesterreichs zu Deutschland naturgemäß und notwendig geknüpft habe, „durch die Einigung des großen Kaiserstaates in sich zu einem auf neue Grundlage wohlgeordneten Ganzen," nach einer Seite hin erfüllt sei, so ist es immerhin unsere Sache, dieselbe Bedingung nach ihrer anderen, damals in gleicher Weise ausdrücklich anerkannten Seite hin durch die Einigung Deutschlands „in neuen und festen Formen" zu erfüllen. Hat die österreichische Regierung es für eine Pflicht gegen den Kaiserstaat erachtet, jenes Werk der Einigung in vollster Unabhängigkeit ohne die mindeste Rücksicht auf Deutschland durchzuführen, so wird sie sicher auch Deutschland dasselbe Recht zuerkennen; und erst wenn Deutschland in voller Selbständigkeit von diesem Rechte wird Gebrauch gemacht haben, wird die Gleichheit hergestellt und wird der Zeitpunkt in Wahrheit eingetreten sein, für welchen die eigene Erklärung der österreichischen Regierung

die Bestimmung des Verhältnisses zwischen beiden Ländern — wenn die Wünsche Deutschlands erfüllt werden, eines möglichst engen und innigen Bundesverhältnisses — vorbehalten hat. Wenn in diesem neu eingetretenen Umstande ein neuer Grund der Beschleunigung unseres Verfassungswerkes liegt, so erkennt der Ausschuß zugleich an, daß der durch den Antragsteller hervorgehobene Grund der Besorgnis vor fremder Einsprache gegen die von der deutschen Nation zu begründende Verfassung volle Beachtung fordert. Er findet in der allgemeinen politischen Lage Deutschlands und Europas dringende Veranlassung, um das Verfassungswerk zu einem möglichst schleunigen Abschluß zu bringen, zu einem Abschluß, welcher dem Vaterlande Sicherheit nach außen, Vertrauen und Zuversicht im Innern gewährt. Der Ausschuß ist auch darin mit dem Antragsteller einverstanden, daß die Erreichung dieses Zweckes durch die schleunigste Annahme des vorliegenden Verfassungsentwurfes vermittelst eines einzigen Gesamtbeschlusses der Nationalversammlung, sowie durch die Uebertragung der in der Verfassung festgestellten erblichen Kaiserwürde an Seine Majestät den König von Preußen unter den gegenwärtigen Umständen allein könne gesichert werden.

Der Vorschlag des Ausschusses ist demnach auf folgenden Beschluß gerichtet, welchen derselbe als ein Ganzes, über welchen durch eine einzige Abstimmung zu entscheiden sein wird, betrachtet. 1. Die gesamte deutsche Reichsverfassung, so wie sie jetzt nach der ersten Lesung und nach möglichster Berücksichtigung der Wünsche der Regierungen durch den Verfassungsausschuß redigiert vorliegt, durch einen einzigen Gesamtbeschluß anzunehmen; jedoch mit den Modifikationen, daß a) nunmehr § 1 folgende Fassung erhalte: Das Deutsche Reich besteht aus dem Gebiet des deutschen Bundes unter folgenden näheren Bestimmungen: „den österreichischen Bundeslanden wird der Zutritt offen gehalten;" „die Festsetzung der Verhältnisse des Herzogtums Schleswig bleibt vorbehalten;" b) daß, so lange die österreichischen Bundeslande dem Bundesstaate nicht beigetreten sind, die nachfolgenden Staaten eine größere Anzahl von Stimmen im

Staatenhause erhalten, nämlich: Bayern 20, Sachsen 12, Hannover 12, Württemberg 12, Baden 10, Großherzogtum Hessen 8, Kurhessen 7, Nassau 4, Hamburg 2. — 2. Dem nächsten nach Einführung der Verfassung zusammentretenden Reichstage das Recht vorzubehalten, in seiner ersten Sitzungsperiode Aenderungen einzelner Bestimmungen der Verfassung in Gemeinschaft mit der Reichsregierung in den Formen der gewöhnlichen Gesetzgebung zu beschließen. 3. Durch denselben Gesamtbeschluß auch das Wahlgesetz, so wie dasselbe in erster Lesung angenommen wurde, nunmehr definitiv zu genehmigen, jedoch mit den beiden Modifikationen, daß a) so lange die österreichischen Bundeslande dem Bundesstaate nicht beigetreten sind, in § 7 die Zahl von 100,000 auf 75,000, und dem entsprechend in den §§ 8 und 9 von 50,000 auf 40,000 herabgesetzt werde, auch die Punkte sub 6 und 7 der Reichswahlmatrikel, sowie die besondere Bestimmung wegen Lübeck in § 9 wegfallen; b) daß in § 13 die früher vom Verfassungsausschuß vorgeschlagene Fassung: ‚das Wahlrecht muß in Person ausgeübt, die Stimme mündlich zu Protokoll abgegeben werden,' angenommen werde. 4. Die in der Verfassung festgestellte erbliche Kaiserwürde Seiner Majestät dem König von Preußen zu übertragen. 5. Das feste Vertrauen auszusprechen, daß die Fürsten und Volksstämme Deutschlands großherzig und patriotisch mit diesem Beschlusse übereinstimmen und seine Verwirklichung mit aller Kraft fördern werden. 6. Zu erklären, daß, sofern und solange der Eintritt der deutsch-österreichischen Lande in den deutschen Bundesstaat und seine Verfassung nicht erfolgt, die Herstellung eines möglichst innigen und brüderlichen Bundes mit denselben zu erstreben sei. 7. Zu beschließen, daß die Nationalversammlung versammelt bleibe, bis ein Reichstag nach den Bestimmungen der Reichsverfassung berufen und zusammengetreten sein wird.

I. Minoritätserachten: Die Nationalversammlung wolle über den Welckerschen Antrag zur Tagesordnung übergehen (Schüler aus Jena, Schreiner, Wigard, Römer).

II. Eventueller Antrag: Diejenigen Teile der Reichsverfassung, bei welchen eine zweite Lesung noch nicht stattgefunden hat, werden in der Weise bei der zweiten Lesung zur Annahme oder Verwerfung gestellt, daß jede Diskussion über den Inhalt der einzelnen Paragraphen ausgeschlossen ist, dagegen über jeden Paragraphen und die hiezu gestellten Minoritätserachten und sonstigen Verbesserungsanträge die besondere Abstimmung erfolgt (Wigard, Ahrens, Schüler aus Jena, Römer, Schreiner).

III. Minoritätserachten: Die Unterzeichneten, in Erwägung, daß die deutsche Verfassung auf die Integrität des Deutschen Reiches gegründet werden müsse, welche auch in dem deutschen Bunde gewahrt wurde, daß keinem Bundesland das Recht zur Ausscheidung eingeräumt werden könne, beantragen, den § 1 so zu fassen: „Das Deutsche Reich besteht aus dem Gebiete des bisherigen deutschen Bundes. Die Festsetzung der Verhältnisse des Herzogtums Schleswig bleibt vorbehalten" (Ahrens, Wigard, Schüler aus Jena, Schreiner).

IV. Minoritätserachten: Die Unterzeichneten beantragen, daß die in dem Vorschlage, das Wahlgesetz in die Gesamtabstimmung über die Verfassung aufzunehmen, enthaltene Ausnahme hinsichtlich des öffentlichen Stimmabgebens bei den Wahlen nicht angenommen werde (Ahrens, Wigard, Schreiner, Mittermaier).

V. Eventuelles Minoritätserachten: Für den Fall, daß die Mehrheit der Nationalversammlung nach dem Welckerschen Antrag beschließt, die deutsche Kaiserkrone dem König von Preußen erblich anzutragen, möge diesem Anerbieten die Bedingung hinzugefügt werden: „daß die einzelnen Provinzen des preußischen Staates sich zu eben so vielen besonderen, zum deutschen Reich gehörigen Staaten konstituieren" (Schüler, Wigard, Ahrens, Römer, letzterer namentlich im Hinblick auf das Mißverhältnis der Stimmen der fabriktreibenden Staaten im Staatenhause, Gülich, Schreiner).

VI. Eventueller Antrag: Es möge bei dem Vorschlag wegen Abänderung der Stimmenzahl im Staatenhause der vom Abgeordneten Zell und Genossen, auf Seite 6 der Mini-

sterialerklärung zur Vorlage für die zweite Lesung der deutschen Reichsverfassung gestellte Antrag zu § 95 aufgenommen werden (Wigard, Schüler, Ahrens, Römer, Schreiner).

VII. Sondergutachten: Die deutsche verfassungsgebende Nationalversammlung beschließt: 1. Angesichts der wiederholten öffentlichen Nachrichten von fremder Einsprache gegen die von der deutschen Nation zu beschließende Verfassung, gegen solche Eingriffe Auswärtiger in das heiligste Urrecht freier Völker ihre Entrüstung, gegen jeden Deutschen aber, sei er Fürst oder Bürger, welcher landesverräterisch solche Eingriffe hervorrufen möchte, den tiefsten Abscheu und zugleich die feste Erwartung auszusprechen, daß die deutsche Nation wie Ein Mann ihre Ehre verteidigen und deren Verletzung zurückweisen werde. 2. In Betracht, daß die vom österreichischen Ministerium octroyierte Verfassung für die Gesamtmonarchie Oesterreichs nicht nur eine Verleugnung der dem ganzen deutschen Volke durch die Nationalversammlung gewährleisteten Grundrechte, sondern auch eine landesverräterische Losreißung der deutsch-österreichischen Lande vom Deutschen Reiche in sich schließt, diese Verfassung in so weit für null und nichtig zu erklären, als ihre Bestimmungen auf die deutsch-österreichischen Lande sich beziehen. 3. In Betracht, daß der an Robert Blum verübte Mord und die hiedurch an den Tag gelegte Verhöhnung des Reichsgesetzes vom 30. September 1848 betreffend das Verfahren im Falle gerichtlicher Anklagen gegen Mitglieder der verfassungsgebenden Reichsversammlung, bis heute durch die Bestrafung der Schuldigen nicht nur nicht gesühnt worden ist, sondern seitdem die allen Deutschen durch das Reichsgesetz vom 27. Dezember 1848 verbürgten Grundrechte in den deutsch-österreichischen Landen auf die schnödeste Weise fort und fort verletzt werden, dem Reichsministerium aufzugeben, unverweilt auf die Bestrafung der Urheber und Teilhaber sowohl an dem Morde Robert Blums, als an den übrigen seither an den deutschen Reichsbürgern in Deutsch-Oesterreich verübten Mordthaten und Freveln zu bestehen. 4. Dem Reichsministerium aufzugeben, diejenige Truppenstärke an der österreichischen Grenze

sofort aufzustellen, welche erforderlich ist, die Rechte des Deutschen Reiches auf die deutsch-österreichischen Lande mit Nachdruck zu wahren und das loyale deutsch-österreichische Volk, welches sich den Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung als dem rechtmäßigen Ausdruck des Gesamtwillens der deutschen Nation anschließen will, in seinem Widerstreben gegen den jetzt in Oesterreich herrschenden Militärdespotismus zu unterstützen. 5. Dem Reichsministerium Vollmacht und Auftrag zu erteilen, die Beschlüsse unter 2 und 3 mit bewaffneter Hand zur Geltung zu bringen, falls das österreichische Ministerium nicht unverzüglich diesen Beschlüssen nachkommt. 6. Einen Aufruf sowohl an die Bewohner der deutsch-österreichischen Lande, wie an das gesamte Volk mit der Aufforderung zu einer allgemeinen Volksbewaffnung zu erlassen, um, wenn es die Gefahr des Vaterlandes erheischt, auf den Aufruf der Nationalversammlung sich wie Ein Mann zu erheben, und im Anschlusse an das deutsche Reichsheer die inneren und die äußeren Feinde der Freiheit, Einheit und Unabhängigkeit der deutschen Nation zu besiegen. 7. Dem Reichsministerium aufzugeben, über die Ausführung und den Erfolg vorstehender Beschlüsse Bericht an die Nationalversammlung einen Tag über den andern zu erstatten. 8. Endlich aber in Betracht, daß die Nationalversammlung sich wird ohnedies angelegen sein lassen, das Verfassungswerk in möglichster Beschleunigung zu Ende zu führen, so weit dieses ohne Beeinträchtigung einer gründlichen Beratung thunlich ist, und daß die Annahme einer Verfassung über Bausch und Bogen nicht nur der Würde der Nationalversammlung widerspricht, sondern auch diese von der Mehrheit des Ausschusses vorgeschlagene Annahme über Bausch und Bogen um so bedenklicher ist, als der Ausschuß die wesentlichsten Veränderungen in vielen von der Nationalversammlung bei der ersten Lesung gefaßten Beschlüssen vorgenommen und neue Anträge aufgenommen hat, und zwar in dem einen wie andern Falle meistens nur mit einer oder einigen Stimmen Mehrheit bei einer Anwesenheit von durchschnittlich nur 16, 18 bis 20, höchst selten 24 Ausschußmitgliedern, so daß also bei der Annahme der Verfassung

über Bausch und Bogen die Stimme nur eines oder einiger wenigen Ausschußmitglieder in den wichtigsten Bestimmungen der Verfassung allein maßgebend sein würde, — über den Antrag des Abgeordneten Welcker unter 2—8 zur Tagesordnung überzugehen (Wigard, Schüler aus Jena).

Heute wurde der Bericht des Verfassungsausschusses über den Welckerschen Antrag in einer zahlreichen Versammlung von Abgeordneten im Weidenbusch beraten. In einer sehr bewegten Beratung schwanden alle großen und kleinen Bedenken gegen einen so großen Entschluß zuletzt vor der durchschlagenden Rücksicht auf die Gefahren des Vaterlandes, auf den Drang des Augenblickes, auf die Notwendigkeit einer endlichen, großen Entscheidung, und bald war die ganze Versammlung von einem Enthusiasmus ergriffen. Wir sind nun entschlossen, alles auf Einen Wurf zu setzen und hoffen, damit durchzudringen, selbst wenn die Oesterreicher alle dagegen stimmten. Es muß zwar dem einfachen Gefühl und Verstand als eine rechtliche und moralische Unmöglichkeit erscheinen, daß die österreichischen Abgeordneten bei jetziger Lage der Dinge, ohne gegen die neue Verfassung einen Protest einzulegen, ohne weiteres eine Verfassung noch verhindern helfen, von der sie wissen, daß sie jedenfalls für ihr Vaterland nicht gelten soll; allein wir wollen und können ihnen nicht vorschreiben, was sie zu thun haben, und überlassen es ihrem eigenen politischen Gewissen und Rechtsgefühl, was sie beschließen wollen. Uebrigens werden genau alle einzelnen Stimmen voraus ermittelt, auf die wir rechnen können, und nur, wenn eine Mehrheit gesichert ist, wird der große Schritt gewagt werden. Die neue österreichische Note erregt überall die größte Indignation; es liegt eine große Verachtung der Nationalversammlung in diesem ganzen Auftreten des österreichischen Kabinettes, daß man nur mit solchen Dingen zu kommen wagt, daß man den Drang der Nation nach Einheit mit solchen Anerbietungen stillen zu können glaubt. Oesterreich soll in dem neuen Reich der Mitte 38, das ganze übrige Deutschland zusammen 32 Stimmen haben; jeder der 6 Kreise, die unter den 6 Königen stehen, soll sou-

Frankfurt, 14. März. b.

verän sein, eigene Vertretung im Auslande haben u. s. f. Die deutschen Kreise sollen nur in Zoll- und Handelssachen unter sich näher verbunden werden dürfen, als sie mit Oesterreich verbunden sind (zugleich die Erklärung, daß Oesterreich vorderhand seine Zollgrenzen gegen Deutschland nicht fallen lassen will!). Daß Oesterreich kein Volkshaus haben will, drückt die Reichstagszeitung, ein Organ der Linken, die sich der Note annimmt, mit einem echt diplomatischen Euphemismus aus, „daß es sich gegen das Zweikammersystem erkläre!"

Es herrscht seit den letzten Tagen hier überall eine gehobene Stimmung, ein Vorgefühl großer Entscheidungen; entweder werden wir scheitern an dem Werke, oder es muß auch noch eine Märzerrungenschaft werden; länger wird weder die Nation noch die Versammlung die ungeheure Spannung ertragen. Man hat auch Grund zu der Besorgnis, Oesterreich gehe im Bunde mit einigen königlichen Kabinetten damit um, uns eine Gegenverfassung zu octroyieren. Dazu die Aussicht auf einen nahen nordischen Krieg, den Anfang eines allgemeinen Weltbrandes. Es ist die höchste Zeit, zu schaffen, daß es ein deutsches Vaterland giebt.

In der Donnerstagssitzung wird das Auswanderungsgesetz beraten werden müssen, da Dienstags der Welckersche Antrag noch gar nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden konnte. Freitag wird die Beratung beginnen und Samstag oder Montag die Abstimmung erfolgen. Bis diesen Abend sind es 227 Stimmen, die sich schriftlich verbindlich machten, für den Ausschußantrag zu stimmen; 12 bis 15 weitere Stimmen, die sich schon jetzt fast namentlich aufzählen lassen, werden die Mehrheit machen. Dabei ist gerechnet, daß alle Oesterreicher mitstimmen, und zwar gegen uns. Würde man, wie es von Rechts wegen der Fall sein sollte, die Oesterreicher gar nicht rechnen, so wäre die Majorität eine sehr große.

Frankfurt, 18. März.

Wenn in meinen letzten Briefen sich einige Widersprüche oder Irrtümer finden sollten, so muß ich's nachträglich mit dem großen Wechsel der Stimmungen entschuldigen, der von einer solchen Spannung und Aufregung der Gemüter unzer-

trennbar ist. Den einen Tag rechnet man eine große, sichere Mehrheit heraus, den andern werden wieder erhebliche Zweifel dagegen vorgebracht; den einen hofft, den andern fürchtet man. Daraus geht jedenfalls hervor, daß der Ausgang noch keineswegs gesichert ist. Die Berechnung ist dadurch besonders erschwert, daß die Gesamtzahl der Abgeordneten zur Nationalversammlung jeden Tag zunimmt und in den letzten 10—12 Tagen von 460 auf 520 gestiegen ist. Die Zahl der erforderlichen Stimmen wird also jeden Tag größer, und es handelt sich besonders darum, diese neueintretenden Stimmen von Neugewählten oder Ersatzmännern zu erforschen und zu rubrizieren. Es sind viele Oesterreicher darunter, die infolge der neuen Parforcewahlen in Böhmen und Mähren jetzt als Succurs ihrer Regierung und ihrer Landsleute eintreffen. Was Besorgnisse einflößt, ist vorzüglich das, daß diejenigen von der Linken, die aus der alten Koalition eventuell zu uns herübertreten, vor oder nach der Annahme des Hauptantrages irgend einen Zusatz mit ihren alten Freunden durchsetzen, der das Ganze wieder verderbt oder unmöglich macht. So liegt es im Sinne der Erbkaiserlichen, daß Preußen in seine Provinzen zerfallen, als selbständiger Staat in den wesentlichsten Beziehungen aufhören solle, und dies würde auch geschehen müssen; allein es jetzt als eine sogleich auszuführende Bedingung hinzuzufügen, heißt das Ganze im Keime ersticken und soll vielleicht auch nichts anderes heißen. Es ist kläglich, wie unsere Gegner vollends jetzt ganz ausschließlich aufs Negieren und Verderben reduziert sind; was sie Positives sagen, von neuem auf Unterhandlungen mit Oesterreich zu warten oder Krieg anzufangen und Deutsch-Oesterreich mit Gewalt zu erobern, das ist doch entweder so schmählich oder so kindisch, daß es kaum ernstlich gemeint sein kann. — Die Beratung wird wohl noch einige Tage dauern und die Abstimmung vor Mittwoch nicht erfolgen. Indessen werden noch alle Mittel versucht werden, um auf die Mehrheit einzuwirken. Dazu gehören namentlich falsche Gerüchte, die von beiden Seiten ausgesprengt zu werden scheinen. Das plumpste derselben war die telegraphische Bot-

schaft, daß der König von Preußen den Welckerschen Antrag mit Entrüstung zurückgewiesen habe. Ebenso falsch scheint aber auch die andere Nachricht zu sein, daß Oesterreich den Dänen zur Aufkündigung des Waffenstillstands geraten habe.

Frankfurt, 21. März*). Der Antrag auf Tagesordnung über den Welckerschen Antrag wurde mit 272 gegen 267 Stimmen verworfen, sodann aber der Antrag des Verfassungsausschusses, der dem Welckerschen in allen Hauptpunkten zustimmt, mit 283 gegen 252 Stimmen ebenfalls verworfen. Hierauf wurde die Sitzung vertagt, und die weitere Abstimmung wird erst morgen erfolgen; doch wird sie schwerlich noch zu einem Resultat von Bedeutung führen. In diesem Falle wird dann eben über die einzelnen Paragraphen der Verfassung wahrscheinlich ohne Diskussion abgestimmt werden. Schmerling hatte noch eine große Zahl Oesterreicher auf den Platz geschafft, die alle gegen uns stimmten. Die Gesamtzahl der Stimmenden ist auf 539 gestiegen.

Frankfurt, 22. März. Gestern abend hat das gesamte Reichsministerium infolge der gestrigen Abstimmungen dem Reichsverweser seine Entlassung eingereicht. — Die Koalition der Großdeutschen und Linken hat beschlossen, heute für den Heckscherschen Antrag zu stimmen. (Annahme der ganzen Verfassung mit dem siebenköpfigen Direktorium und wechselndem Präsidium zwischen Oesterreich und Preußen, dabei als Köder für die Linke das unveränderte Wahlgesetz und Suspensivveto.) Es ist übrigens nicht sehr wahrscheinlich, daß alle, die gestern gegen uns stimmten, sich heute hiefür einigen, da sie bis jetzt nur im Negieren einig waren. Wenn aber dieser Antrag durchgeht, so wird es das Ende der Nationalversammlung sein und die Einheit auf anderem Wege erstrebt werden müssen. Die norddeutschen Staaten und Preußen werden keine Lust haben, sich von Schmerling und seinen 120 Oesterreichern eine Verfassung octroyieren zu lassen, die für ganz Deutschland gelten soll, nur für Oesterreich selbst nicht. Die 250 Kaiserlichen werden dann auch zu entscheidenden Schritten gedrängt werden und alles

*) Als Nachschrift durch expresse Mitteilung gebracht.

auseinander gehen. Auch im andern Fall, wenn die heutige Sitzung resultatlos ist, wird in nächster Zeit eine Krisis eintreten müssen, denn wir können mit den Oesterreichern keine Verfassung machen, und sie haben kein Recht mehr, mit uns fortzuberaten. Da wir aber keine Majorität haben, sie auszuschließen, sofern die Oesterreicher selbst immer wieder dabei mitstimmen, so liegt ein Konflikt vor, der auf ordentlichem Wege nicht mehr zu lösen ist. Es ist gegen alle Natur, Vernunft und Ehre, was hier vorgeht. Von Rechtswegen hatten wir gestern eine Majorität von 70 Stimmen. Es sind in den letzten Tagen 40—50 österreichische Abgeordnete eingetroffen, zum Teil solche, die von vier oder fünf Wahlmännern gewählt wurden, während die ganze tschechische Bevölkerung und der ehrenhafte Teil der Deutschen gar nicht wählte. Das Gewissen der Nation sollte aufschreien über solches Unrecht, aber da ruft man uns immer wieder zu: Ihr wollt Deutschland zerreißen und preußisch machen, ihr wollt die Oesterreicher hinausjagen, diese gemütlichen, biederen Oesterreicher; ihr gebt das adriatische Meer auf und die prächtigen Donauländer! — O sancta simplicitas! O armes, deutsches Vaterland.

Frankfurt, 23. März.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde wieder ein kleiner Sieg erfochten oder vielmehr eine große Niederlage abgewendet. Wir hatten uns vereinigt, für den Eisenstuckschen Aenderungsantrag zu stimmen, der ein bloß formeller Abkürzungsantrag für die zweite Lesung war. Die Koalition wollte diesen verwerfen und dagegen das Heckschersche Direktorium u. s. f. annehmen. Wir siegten mit 277 gegen 246, so daß dann der letztere Antrag gar nicht mehr zur Abstimmung kam und von heute an nun über die einzelnen Paragraphen ohne Beratung abgestimmt wird. Also sind jetzt 246 für ein Direktorium, und auch von den andern Stimmen dürften noch einige hinzukommen, so daß nun endlich zwei Parteien von ungefähr gleicher Stärke, die Erbkaiserlichen und die Direktorialen, einander gegenüber stehen, letztere freilich aus Oesterreichern, aus Partikularisten von Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg, aus einer kirch-

lichen und demokratischen Partei zusammengesetzt. Da diese Partei aber nur durch gegenseitige Zugeständnisse zusammengehalten wird, so ist doch große Hoffnung, daß wir bei den Abstimmungen über die einzelnen Paragraphen alle wesentlichen Punkte des Bundesstaates und wohl auch ein einheitliches Oberhaupt durchsetzen. Die Erblichkeit und das Veto dagegen sind die zwei Punkte, um die es sich hauptsächlich handeln wird, sowie die §§ 1 bis 3, die gleich heute zur Abstimmung kommen. Die zweite Lesung kann im Laufe der nächsten Woche noch vollendet werden.

Gestern soll Römer zum Reichsverweser berufen worden sein, um ein großdeutsches Ministerium zu bilden. Es ist ein offener Widerspruch, daß diejenige Partei, deren Mehrzahl entweder gar nicht mehr zu Deutschland gehört oder den Bundesstaat nicht will, wie die Bayern und Sachsen, deren Regierungen die Flottenbeiträge nicht bezahlen, die Truppen nicht marschieren lassen u. s. f., daß diese nun Deutschland regieren, Krieg führen, Schiffe bauen will. Wird man einem Ministerium, das diesen antipreußischen Charakter trägt, das aus Württembergern und Bayern u. s. f. besteht, in Berlin wohl sehr entgegenkommen? Oesterreich ist faktisch ganz ausgetreten; Bayern, Sachsen und Hannover fügen sich nicht, nun stoßt man auch noch Preußen und die Staaten der Kollektivnote ab durch ein Ministerium aus der österreichischen Partei; mit welchen Mitteln hofft man denn zu regieren? Wie will man den dänischen Krieg führen? In der Nationalversammlung aber wird ein großdeutsches Ministerium, da es an der Link n keinen Halt haben wird, wenn es nicht ganz aus ihrer Mitte genommen ist, nur von der Gnade und dem Patriotismus seiner Gegner ein kümmerliches Leben fristen, wenn es überhaupt je geboren wird. Die Umstände sind so, daß man zweifelhaft sein kann, ob es überhaupt recht und notwendig war, daß Gagern abtrat, soviele Gründe auch dafür sprechen mochten. Denn ein Ministerium, wie es jetzt geboten ist, das den Gegensatz gegen Preußen an der Stirne trägt, und doch an den Staaten, die Preußen gegenüberstehen, gar keinen Halt hat,

weil sie die Centralgewalt selbst gar nicht gelten lassen, ein solches Ministerium ist ein jammervolles Wesen, und man hätte vielleicht Deutschland den Jammer ersparen sollen, die Centralgewalt so verenden zu sehen. Allein es giebt so viele, die nur durch traurige Erfahrung klug werden können, und so wollen wir denn auch noch diese Erfahrung machen, es ist vielleicht die letzte.

Frankfurt, 27. März*).

Heute früh wurde das suspensive Veto auch für Verfassungsänderungen durch Verbindung der Oesterreicher und Ultramontanen mit der Linken mit etwa 270 gegen 240 beschlossen und dadurch der Verfassung ein Flecken angehängt, der sie für ein einheitliches Oberhaupt unannehmbar macht.

Soeben wurde der Antrag des Ausschusses: die Würde eines Reichsoberhauptes wird einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen, somit das einheitliche fürstliche Oberhaupt mit 279 gegen 255 Stimmen festgestellt.

Frankfurt, 28. März.

„Das Glück hat sich gewandt und Sonnenschein ist wieder." Nach vielen großen und kleinen Niederlagen in der letzten Zeit haben wir gestern Abend in den Hauptfragen gesiegt und werden heute den König von Preußen zum erblichen Kaiser der Deutschen wählen. Wir wollen kein Triumphlied über diesen Sieg anstimmen und wissen wohl, daß diese Entscheidung, wie sie das Ziel und Ende schwerer Kämpfe war, so auch der Anlaß und Anfang neuer Gefahren und großer Verwicklungen sein wird. Es wird große Opfer kosten, bis diese Verfassung in Deutschland und Europa gilt und sicher gestellt ist, und Jahre mögen noch darüber hingehen; aber es ist doch etwas unendlich Großes damit geschehen, und der gestrige Tag wird einen neuen Abschnitt machen in der Geschichte. Ein deutsches Vaterland ist kein Traum und leeres Ideal mehr, sondern es ist da; das Kind ist geboren und lebensfähig, und wir wollen sorgen, daß es auch wachse und stark werde. Die Nationalversammlung und mit ihr die Nation hat ihre Ehre und ihren Namen

*) Als Nachschrift „Durch Expressen."

vor der Mit- und Nachwelt gerettet. Wir haben, das dürfen wir sagen, seit zehn Monaten, von der Nation nur wenig unterstützt, mit den größten Schwierigkeiten gekämpft, die je eine Versammlung, je ein Volk zu überwinden hatte, und würden das nicht verdient haben, ohne Resultat wieder auseinander zu gehen. Die Mutlosigkeit war noch gestern Mittag sehr groß; wir hatten bei dem Welckerschen Antrag nicht am Sieg und nach dessen Fall nicht an der Niederlage gezweifelt. Die gestrige Abstimmung über das suspensive Veto bei Verfassungsänderungen hatte dadurch, daß dieselben Männer, die sonst die konservativsten nach ihrer Ueberzeugung sind, daß die Verteidiger des Abelschen Absolutismus, Philipps, Lassaulx, Döllinger, daß Schmerling mit allen Oesterreichern für eine Bestimmung votiert hatten, die nach ihrer Ueberzeugung keine andere Folge haben konnte, als das Oberhaupt schwach zu machen und die Annahme der Verfassung zu erschweren, die größte sittliche Entrüstung und die größte Niedergeschlagenheit darüber, daß in unserer Versammlung solches möglich sei, hervorgerufen. Um so größer war dann auch die Freude, als wir das einheitliche Oberhaupt und den wichtigsten Punkt, die Erblichkeit, wenn auch nur mit vier Stimmen durchsetzten. Die Verfassung hat große Mängel, das Wahlgesetz bringt große Gefahren, aber das Wesen der Sache, die mächtige einheitliche Spitze ist gerettet. Die Annahme in Berlin wird und muß erfolgen; der König kann sich, auch wenn er wollte, dieser Sache nicht entziehen. Daß es aber dabei noch viele Anstände und Schwierigkeiten geben wird, ist sehr wahrscheinlich. Der Welckersche Antrag hat dazu beigetragen, die Stimmung und Teilnahme des Volkes zu wecken und ins Licht treten zu lassen; von allen Seiten kommen Beweise, daß dieser Antrag beim Volke großen Anklang, sein Durchfallen große Trauer erregt hatte. Selbst die demokratische Partei hat uns in der letzten Zeit nicht mehr mit der Erbitterung, nicht mit den Waffen bekämpft, die sie sonst zu führen pflegte. Vielen ist's in der Stille recht, daß wir siegten, und die meisten sehen ein, daß es hier wirklich hieß: einen preußischen Erbkaiser oder nichts, aut Caesar, aut

nihil. Auch hat die Linke wirklich viel mehr von ihren Prinzipien in die Verfassung hereingebracht, als sie hoffen durfte und als heilsam sein mag. Wir haben in der That ein demokratisches Kaisertum geschaffen; neben einer erblichen monarchischen Spitze alle denkbaren republikanischen Freiheiten. Es ist somit aller Grund vorhanden, daß zur Durchführung dieses Werkes nun auch alle Parteien sich die Hand reichen, und daß auch die demokratische Partei bei sich überlege, ob sie nicht, wenn sie diese Form der Einheit bekämpft, auch damit die errungenen Freiheiten gefährdet.

Frankfurt, 9. April*).

Die Deputation ist von Berlin mit einer Antwort zurückgekehrt, die unter allen überhaupt möglichen Antworten weitaus die schlimmste und ungenügendste war. Zwar wollte man die Sache selbst, die Oberhauptswürde, keineswegs zurückweisen, vielmehr läßt sich von dieser Weigerung sagen, was von Cäsar gesagt wurde, als er das Diadem ausschlug: recusantis specie ardentissime flagrabat, „unter dem Scheine der Weigerung glühte er vor Begier"; aber man wollte die Sache nicht in dieser Form. Der König will die Krone nicht aus der Hand einer Versammlung, die einer Revolution ihren Ursprung dankt, deren Ansprüche nur auf einem Akte der Revolution beruhen; er will sie von den gekrönten Häuptern, nicht von der Nation empfangen. Was er selbst noch von seiner Persönlichkeit zu den offiziellen Worten hinzufügte, durch den Ton, mit dem er das Aktenstück las, durch die Aeußerungen gegen einzelne Abgeordnete zeigte er seinerseits die Absicht, es uns fühlen zu lassen, daß es eine Anmaßung sei, wenn eine Versammlung von Volksabgeordneten eine Krone schaffen und

---

*) Unterdessen wollte der Erzherzog Reichsverweser Johann von Oesterreich zurücktreten und hatte eine Deputation von 33 Abgeordneten der Nationalversammlung dem König von Preußen die deutsche Kaiserkrone angetragen. Unter diesen Abgesandten war auch Rümelin, der bei der Vorstellung auf die Frage des Königs nach seiner Heimat Nürtingen jene bedeutungsvolle, vom geographischen auf den politischen Sinn hinüberspielende Antwort gab. (S. Einl.)

geben wolle. Durch die schroffste Aufstellung des Vereinbarungsprinzipes in einer Weise, wie es bisher noch von keiner Seite, namentlich von der preußischen Regierung nicht, aufgefaßt war, würde die ganze Verfassung zu einer Vorarbeit, zu einem Entwurf für einen Kongreß der Regierungen herabsinken. Dieser Streit um die Vereinbarung ist aber keineswegs bloß ein Streit um eine Form, um die Kompetenz der Versammlung, um das Prinzip der Volkssouveränität, sondern um die Sache selbst. Wir wollen die Verfassung allein und endgültig feststellen, nicht um einen abstrakten Lehrsatz über unsere Souveränität durchzuführen, nicht aus Uebermut und Selbstüberhebung, sondern in der Ueberzeugung, daß dies der einzige Weg zum Ziel sei, daß unter 38 souveränen Regierungen keine Vereinbarung über eine befriedigende Einheit möglich ist, daß insbesondere die vier königlichen Höfe der Mittelstaaten darauf ausgehen werden, die Reichsgewalt möglichst schwach, die Einzelstaaten möglichst selbständig zu erhalten. Wenn die ganze Sache in diese Hände kommt, wenn die Fürsten endgültig darüber entscheiden, so ist sie eben damit für jetzt und vielleicht für lange aufgegeben und verloren. Insofern ist durch die Antwort des Königs und die Zirkularnote das ganze Werk wieder in weite Ferne gerückt und sogar alles von neuem in Frage gestellt. In Wahrheit aber steht es nicht so hoffnungslos, als es den Anschein hat und viele bereits glauben. Was eine Nation will, kann und darf an der Individualität eines einzelnen Menschen nicht scheitern. Wir haben den König von Preußen nicht wegen, sondern trotz seiner Persönlichkeit zum Oberhaupt machen wollen, und die Sache wird auch trotz derselben zum Ziele geführt werden. Der König hat noch durch nichts von allem, was er gethan, sein Volk und auch diejenigen Teile desselben, die sonst am entschiedensten auf seiner Seite standen, verletzt, wie durch diesen Schritt. Das Heer, die Beamtenwelt, die Preußenvereine selbst, sehen es als einen Mangel an Mut an, ein solches Anerbieten auszuschlagen. Es hat sich ein Sturm von Petitionen und Adressen aus allen Teilen des Landes erhoben, dem der König schwer widerstehen

wird. Es ist ferner Hoffnung vorhanden, daß die beiden Kammern in Berlin Adressen an den König richten, worin zwar das Prinzip der Vereinbarung formell nicht aufgegeben, aber das Verlangen gestellt wird, die Regierung solle materiell keinen Gebrauch davon machen, sondern die Verfassung, wie sie liegt, annehmen und alle etwaigen Ausstellungen für eine künftige verfassungsmäßige Revision vorbehalten. Dies wäre ein Schritt von entscheidender Bedeutung, mit welchem vieles gut gemacht werden kann. — Die Nationalversammlung aber hat die einfache Aufgabe, an der Verfassung, wie sie nun ist, mit allen ihren Bestimmungen — so mißliebig einzelne derselben dem einen oder andern sein mögen — unter allen Umständen festzuhalten, für den Augenblick eine abwartende Stellung einzunehmen, extreme Zumutungen abzuweisen, keine Veränderung mehr von irgend einer Seite zuzulassen und im äußersten Fall an die Nation zu appellieren. Wir glauben, daß sich für diese Politik eine hinreichend starke Majorität wird vereinigen lassen, um sowohl gegen die Regierungen, als gegen die österreichisch-bayerische Partei und gegen die Konventgelüste der Linken standzuhalten. An dem Mut und Vertrauen aber, das begonnene Werk trotz allen Hindernissen von oben und unten durchzuführen, werden wir unerschüttert festhalten, und die Nation wird ihre Einheit und Freiheit in diesen letzten entscheidendsten Stunden zu schützen wissen.

Frankfurt, 24. April.

Die Stuttgarter Vorgänge, diese einmütige Erhebung des Volkes für die Reichsverfassung, die entschlossene Haltung des Ministeriums und der zweiten Kammer bilden das allgemeine Tagesgespräch und den Gegenstand der ungeteiltesten Freude und Bewunderung. Die Anerkennung ist um so größer und gerechter, als man wohl weiß, daß gerade die Lösung der Oberhauptsfrage im ganzen dort nicht volkstümlich ist, daß überhaupt die Schwierigkeiten, die Opfer weit größer sind, als in Hannover und Sachsen. Wir Landsleute aber dürfen stolz sein auf unser kleines Vaterland, das auch hier, wie einst, des Reiches Sturmfahne voranträgt, und hören sein Lob aus jedem Munde. Es liegt sehr viel daran, wenn in

Württemberg der Volkswille siegt, und wird für Hannover, Dresden und Berlin ein beschämender und anregender Vorgang, es wird sogar auf die östlichen Nachbarstaaten von großem Einfluß sein und unser Land wird die Ehre und den Ruhm in der deutschen Geschichte haben, mit der größten Selbstverleugnung unter allen Staaten an der Sache des Reichs und der Nation gehalten und zur Entscheidung ein Großes beigetragen zu haben. Es zeigt sich zugleich jetzt offenbar, was so lange verkannt wurde, welche Bestimmungen der Verfassung den Fürsten der Einzelstaaten die unwillkommensten und schwersten, und das heißt für die Einheit des Ganzen die entscheidendsten sind; es ist die Unterordnung unter ein starkes monarchisches, erbliches Oberhaupt. Mit allem andern konnten sie hoffen, wieder fertig zu werden; hierin liegt aber eine Kraft, gegen welche die Rheinbundssouveränität nicht wieder aufkommen kann. So stehen die Erbkaiserlichen zwar in dem Kreuzfeuer doppelter Mißliebigkeit nach oben und unten, aber sie gerade haben das schwerste Stück an der deutschen Einheit fertig gebracht. Auch sonst erweist sich nun vieles, was anfangs als Uebel erschien, wieder als ein Gut. Die Weigerung des Königs in Berlin war der Anlaß, daß mit um so größerem Eifer die Nation das ergriff, was die Fürsten zurückwiesen: daß in der Verfassung nicht eine einzige Partei durch alle Bestimmungen hindurch gesiegt, sondern jede einige wesentliche Punkte durchgesetzt hat, daß dieselbe somit ein Kompromiß der beiden politischen Hauptrichtungen ist, macht eine einmütige Erhebung der Nation für dieselbe allein möglich; es verpflanzt die Gegensätze der Parteien auf das Gebiet des gesetzlichen, verfassungsmäßigen Kampfes, indem jede innerhalb des Reichsgrundgesetzes festen Boden fassen kann. Der Streit zweier Richtungen, der jedenfalls unvermeidlich war, und der überhaupt die Bedingung eines gesunden politischen Lebens ist, erhält dadurch sein natürliches Feld, auf dem er für die Einheit und Wohlfahrt des Ganzen minder gefährlich ist. —

In den nächsten Tagen muß auch von Berlin endlich

eine Entscheidung kommen; auch dort ist Ministerkrisis infolge des Rodbertusschen Antrages. Camphausen ist zurückgetreten, weil er die Instruktionen des Ministeriums Brandenburg nicht ausführen wollte. Radowitz wurde gestern durch den Telegraphen nach Berlin berufen; sogar er wird zur unbedingten Annahme der Verfassung raten. Die Minorität, welche gegen den Rodbertusschen Antrag stimmte, ist keineswegs gegen die Sache, d. h. gegen die Anerkennung der Verfassung, sondern nur gegen die Form des Antrages; nach jenem unseligen Eigensinn, der in Berlin vor lauter haarspaltendem Parteiwesen auch bei großer Uebereinstimmung in der Hauptsache keine einmütigen Beschlüsse zustande kommen läßt. Die Nationalversammlung aber kann bei der dermaligen Sachlage nichts thun, als die weiteren Erfolge des Volkswillens in den einzelnen Staaten abwarten; durch extreme Maßregeln, wie durch Einsetzung eines Vollziehungsausschusses, würde sie sich selbst schwach und lächerlich, die Gegner aber stark machen. Es braucht solche Dinge nicht, wenn die Nation für die Verfassung ist und ihre Schuldigkeit thut, wie in Württemberg und in vielen anderen Staaten. Wenn es nötig werden sollte, an das Volk zu appellieren und alle Kräfte für die Verfassung ins Feld zu rufen, so wird es an Mut und Entschlossenheit dazu nicht fehlen. Wir sind gewiß, unser Werk durchzuführen, selbst wenn der Widerwille gewisser Personen noch um vieles größer wäre, als er ist. — Im Anfang der heutigen Sitzung wurde ein Antrag von Vischer und Fetzer mit allgemeiner Acclamation für dringlich erklärt und angenommen.

Frankfurt, 27. April.

Beckerath ist von Berlin nur mit unbestimmten Hoffnungen und Zusagen ohne irgend ein festes Resultat zurückgekommen. Die Stimmung für die Reichsverfassung sei zwar im allgemeinen bei dem Volk und dem Hofe im Wachsen, aber von einer unbedingten Annahme wird unter diesem Ministerium nach Brandenburgs dreifachem Niemals keine Rede sein können, wiewohl dasselbe fast jeden Tag in der deutschen Frage seinen Standpunkt wechselt. Ob es aber vor den wiederholten Mißtrauensvoten der Kammer und des ganzen Volkes sich endlich

zurückziehen wird, ist immer noch unbestimmt, obgleich fast jeden Tag die Nachricht verbreitet wird. Von den Elementarpflichten einer konstitutionellen Regierung ist bei diesen Ministern keine Rede; man regiert mit Belagerungszustand und einfältig brutalen Redensarten; man setzt seinen Stolz darein, dem Willen der Nation zum Trotz den des königlichen Gebieters durchzuführen. Und an dem kurzsichtigen Starrsinn eines kleinen Kreises soll nun die Entscheidung darüber hängen, ob die deutsche Revolution geschlossen und auf gesetzliche Bahnen hinüber geleitet werden kann, oder ob sie jetzt erst beginnen und in ihrem ganzen furchtbaren Ernste auftrete. Es ist in jenen Kreisen Berlins auch nicht das entfernteste Verständnis der deutschen Zustände; die Frankfurter Versammlung betrachtet man mit der dummen übermütigen Sicherheit, welche die äußere Physiognomie Berlins unter Wrangels Säbelregiment einflößt, als einen Jakobinerklub, der von der Berliner Gnade sein Leben friste. Das sind die „Blüten des Konstitutionalismus," mit denen man den Dämon der Revolution bannen, für die Monarchie gegen die Republik Propaganda zu machen hofft. Trotz alledem haben wir es gestern über uns vermocht, den gerechten Zorn zu unterdrücken und noch einmal die gemäßigten, besonnenen Beschlüsse den weiter gehenden vorzuziehen; wir wollen dort für Jakobiner und hier für Schlafmützen gelten, wenn es der Sache, der wir dienen, frommt. Im Laufe der nächsten acht Tage muß endlich in Berlin ein entscheidendes Wort gesprochen werden, und bei der seltsamen Eifersucht, welche die Berliner zweite Kammer auf die hiesige hat, ist es unserer Sache günstiger, wenn wir den Kampf um diese Entscheidung in erster Linie der Vereinigung deutsch gesinnter Fraktionen in jener Kammer überlassen.

Die Stuttgarter Ereignisse werden ohne Zweifel wie in ganz Deutschland, so auch in Berlin die Entwicklung beschleunigen. Die Freude über den glücklichen Ausgang in Württemberg ist hier zwar nicht ganz allgemein, denn viele sagten oder dachten bei der Nachricht: o weh, wir haben gewonnen; aber um so größer ist sie bei denen, welche von einer

neuen, republikanischen Erhebung in Süddeutschland im gegenwärtigen Augenblick nur einen völligen Bruch mit dem Norden und eine traurige Störung der Entwicklung unseres Verfassungswerkes erwarten mußten. — Die bayerische Erklärung hat wenig Aufsehen gemacht, weil von dort niemand etwas anderes und besseres erwartet hatte; auch dort wird die Regierung einen schweren Stand haben gegen den Volkswillen, zumal in Franken und der Pfalz, und man hofft, auch bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der zweiten Kammer auf eine große Majorität für die deutsche Sache.

Durch die neuen Staatsstreiche in Berlin und Hannover*) ist der Stand der Dinge wieder vollkommen verändert. Man glaubte schon nahe am Ziele zu sein, und man durfte es glauben; die Revolution konnte durch einen großen patriotischen Akt der Völker und Fürsten geschlossen werden, und es fehlte nur noch an wenigen, nur da, wo es von Anfang an am wenigsten hätte fehlen sollen. Nun aber liegt der Plan einer Kontrerevolution von seiten des Berliner Kabinettes offen vor Augen; nun ist die ganze Bewegung des Jahres 1848 mit allen ihren Errungenschaften gefährdet, die Brandfackel des Bürgerkrieges ins Vaterland geworfen und die Revolution muß von neuem beginnen. Und warum das alles? Weil es dem König Friedrich Wilhelm dem Vierten also gefällt, weil er sich für das vom Himmel auserkorene Werkzeug hält, um stets das Gegenteil von dem zu thun, was die Zeit und Nation fordert, um jedesmal in den entscheidendsten Augenblicken den schlechtesten Ratschlägen zu folgen, weil er unfähig ist, über seinen romantischen Absolutismus hinaus zu kommen. Jetzt ist alles, auch was schon sicher errungen schien, wieder zweifelhaft geworden; selbst die Oberhauptsfrage, das Verhältnis zu Oesterreich kann von neuem und anders entschieden werden; es ist alles wieder im Flusse. Zunächst hängt die Zukunft davon ab, ob das preußische Volk mittelst einer großartigen Erhebung für die deutsche

Frankfurt, 1. Mai.

*) Auflösung der zweiten Kammer.

Sache eine Revolution in Berlin, eine Bewegung in Norddeutschland, wenn auch nicht gleich, doch ähnlich der württembergischen vollbringt, aber das wird wohl nicht so schnell und nicht so vollständig geschehen, als es nötig wäre. Deswegen ist die Gefahr, daß Süddeutschland sich vom Norden lostrennt, jetzt größer als jemals, und es wird schwer sein, dort den Strom der Bewegung so zu leiten, daß die Kluft gegen den Norden nicht allzu groß ist. Es gäbe nur Ein Mittel, das die Spaltung und das Unglück Deutschlands abwehren könnte, die Abdankung des Königs von Preußen. So lange dieser Mann auf diesem Throne sitzt, wird in Deutschland auch die Revolution nicht zum Schlusse kommen.

In der gestrigen Sitzung hat die Nationalversammlung durch ihre Beschlüsse mit der preußischen Regierung offen gebrochen und das Volk zu Demonstrationen gegen die Regierung aufgefordert. Weitere Beschlüsse sollen, wenn der Termin — 3. Mai — abgelaufen ist, bis zu welchem das Reichsministerium Bericht erstatten soll, erfolgen. — Was von Ansammlung preußischer Truppen in der Umgegend Frankfurts gesagt wird, ist unbegründet; es ist auch gar nicht wahrscheinlich, daß man gegen das Parlament mit Gewalt etwas versuchen wird; wenigstens würde man zuerst andere Mittel, Abberufung der Abgeordneten und Diätenentziehung anwenden. In den nächsten Tagen wird eine Erklärung von Berlin erwartet. Gestern hieß es, Radowitz sei Premierminister geworden; ein Ministerwechsel unmittelbar nach einem solchen Akte wäre sehr auffallend; doch ist man gewohnt, von Berlin das Auffallende und Widersprechende zu hören. Radowitz würde die Sache wenigstens mit mehr Vernunft und Anstand treiben, als die jetzigen Minister, welche ihre heillosen Maßregeln auch noch in der brutalsten Form einführen.

Frankfurt, 2. Mai. Die neue preußische Note läßt nun keine weiteren Zweifel mehr zu; die Wahl ist als definitiv abgelehnt zu betrachten, und die Reichsverfassung hat nach derselben für Preußen noch keinerlei rechtliche Existenz. Die Note ist ein schlau und formell gut abgefaßtes Aktenstück, auf das Selbstgefühl des preußi-

schen Volkes gut berechnet und geeignet, einen gewissen Eindruck besonnener Mäßigung und guten Willens hervorzubringen. Der Hauptpunkt im ganzen, die preußische Vorstandschaft, wird als etwas sich von selbst Verstehendes stillschweigend hingenommen und höchstens von den Opfern gesprochen, die dabei zu bringen seien; dagegen werden einige materielle Ausstellungen gemacht in Beziehung auf das suspensive Veto, den § 1, das Wahlgesetz, lauter Punkte, in welchen auch hier eine große Partei anderer Meinung war, offenbar nur in der Absicht, der Weigerung der Nationalversammlung, auf irgend eine Aenderung einzugehen, den Schein des Eigensinns und Starrsinns, der wider sein eigenes, besseres Wissen handelt, zu geben. Denn daß die Versammlung wirklich, selbst wenn sie wollte, an der Verfassung gar nichts mehr ändern kann, daß sie gebunden ist, daß ihre ganze Ehre und ihr Ansehen auf dem Spiele stünde, das weiß man in Berlin natürlich so gut wie hier, und der Vorschlag einer ferneren Vereinbarung kann gar nicht mit dem Gedanken an seine Möglichkeit gestellt worden sein. So hat denn diese Note bei aller scheinbaren Rücksicht auf die Nationalversammlung, bei aller Bereitwilligkeit zu weiteren Verhandlungen in der That nur den Sinn und die Absicht, mit der Nationalversammlung zu brechen oder in ihr selbst eine Spaltung hervorzubringen. — Die Frage, was nun zu thun sei, beschäftigt natürlich alle Gemüter. Ich kann Ihnen einen Antrag mitteilen, über welchen man sich gestern abend in einer aus Mitgliedern verschiedener Parteien der Nationalversammlung zusammengesetzten Vorversammlung vorläufig geeinigt hat. Neben einer Aufforderung an die Nation, für die Anerkennung und Verwirklichung der Reichsverfassung aus allen Kräften thätig zu sein, enthält dieser Antrag geradezu ein Ausschreiben der Wahlen und eine Einberufung des Reichstages auf bestimmte Termine. Ueber die Tage selbst hat man sich noch nicht ganz geeinigt, wahrscheinlich 15. Juli oder 1. August. Die Bestimmung der Verfassung, daß die Wählerlisten vier Wochen in jeder Gemeinde ausliegen sollen, sowie die Notwendigkeit des Beisammenseins der Stände, zur

Wahl des Staatenhauses, was in Preußen, Hannover, Sachsen verfassungsmäßig vor 60 Tagen nicht geschehen kann, lassen keinen kürzeren Termin zu. Mit dem Augenblicke der Eröffnung des Reichstages hört die Nationalversammlung und die provisorische Centralgewalt auf. Solange Preußen die Verfassung nicht anerkannt hat, tritt dann der Regent desjenigen Staates, welcher unter den im Reichstag vertretenen Staaten die größte Seelenzahl hat, unter dem Namen eines Statthalters an die Stelle des verfassungsmäßigen Oberhauptes. Mit dem Augenblick der unbedingten Anerkennung der Verfassung von seiten der Krone Preußens dagegen soll der zur Zeit dieser Anerkennung regierende König von Preußen an die Spitze des deutschen Bundesstaates eintreten. Die Beschickung des Volks- und Staatenhauses gilt als faktische Anerkennung der Verfassung. Die Nationalversammlung, welche durch das Ausschreiben der Wahlen und die Regelung des Provisoriums der Thätigkeit und Agitation des Volkes ein bestimmtes Ziel gesetzt hat und eine fernere Thätigkeit in Beziehung auf organische Gesetze in dem zwischenliegenden Zeitraum nicht wohl ausüben kann, würde sich dann vielleicht, wenn die Umstände es zulassen und die Hauptparteien sich darüber verständigen können, auf mehrere Wochen vertagen. Ein Antrag, im wesentlichen dieses Inhalts, wird in der morgenden Sitzung, sei es vom Dreißiger-Ausschuß oder von einzelnen, gestellt und wahrscheinlich auch angenommen werden, wenn auch vielleicht mit verschiedenen Modifikationen.

Frankfurt, 4. Mai. Gestern ist abermals ein neues preußisches Aktenstück bekannt geworden, eine Cirkularnote, worin die deutschen Regierungen zu einem Ministerkongreß in Berlin eingeladen werden, auf welchem ein Gesetzentwurf einer Verfassung gefertigt, der Nationalversammlung zur Zustimmung vorgelegt, und, wenn sie dazu nicht bereit ist, octroyiert und einem künftigen nach einem ebenfalls octroyierten Wahlgesetze gewählten Reichstag zur Revision vorgelegt werden soll. Dabei spricht die preußische Regierung ihre offene Absicht aus, der Revolution Deutschlands in ihrer Weise ein Ziel zu setzen und ver-

spricht den übrigen Staaten für alle Eventualitäten die wirksamste Hilfe.

Der erste Teil des Planes, die Octroyierung einer neuen Verfassung, ist sehr ungefährlich; die Regierungen, welche ihre Zustimmung zur Reichsverfassung schon ausgesprochen haben, können sich unmöglich einem schwankenden ratlosen Einzelwillen zu lieb, der jeden Monat einen anderen Weg in der deutschen Sache einschlägt und schon oft eben das dennoch gethan hat, was er vorher nie thun zu wollen erklärt hat, so wegwerfen, daß sie zur Octroyierung einer anderen und neuen Verfassung mitwirken. Mit Bayern, Sachsen und Hannover aber wird sich Preußen über den wichtigsten Punkt, die Oberhauptsfrage, nie verständigen; denn so naiv ist jene Note, das einheitliche Oberhaupt, das Ausscheiden Oesterreichs als sich von selbst verstehende Grundlage der neuen Verfassung hinzustellen. Das Ganze wird nur dazu dienen, die beschränkte Politik des preußischen Kabinettes in ihrer plumpen Kurzsichtigkeit noch mehr zu prostituieren, als es schon geschehen ist. — Die Nationalversammlung wird diesen drohenden Angriffen durch einen Schritt zu begegnen suchen, der wie gewöhnlich der Halbheit angeklagt werden, den einen zu schroff, den andern zu mild erscheinen wird, der der Form nach ein revolutionärer, in der Sache aber ein gemäßigter ist, durch Ausschreiben der Wahlen für den künftigen Reichstag. Der Wydenbrugksche Antrag ist von der Mehrheit des Dreißigerausschusses mit der kleinen Aenderung angenommen, daß der Termin für die Wahlen der 15. Juli, statt des 1. August, für den Zusammentritt des Reichstages der 15. August, statt des 22., ist. Die linke Minorität des Ausschusses wird einen Gegenantrag stellen, dessen wesentlichste Punkte die Ernennung eines Statthalters oder Präsidenten an die Stelle des Kaisers, die Vereidigung aller Behörden und Truppen auf die Verfassung und eine Art Kriegserklärung an Oesterreich und Rußland ist. Der Hauptdifferenzpunkt ist die Vereidigung der Truppen, denn die anderen Punkte stehen wohl nur des Prinzips wegen als hoffnungslose Forderungen da. Wir haben uns aus überwiegenden Gründen

gegen eine solche Vereidigung erklärt. Einmal befindet sich die Verfassung, die in einem der wesentlichsten Punkte, dem Oberhauptskapitel, unausgeführt und für jetzt unausführbar ist, gar noch nicht in dem Stadium, daß sie beschworen werden kann. Es könnte hier nur heißen zur Verwirklichung der Verfassung thätig sein zu wollen; das widerspricht aber der Natur eines Fahneneides, welcher immer ein Gelöbnis des verfassungsmäßigen Gehorsams gegen eine bestimmte exekutive Behörde sein muß. Eine solche exekutiv verfassungsmäßige Behörde existiert aber hier nicht. Es wäre in Wahrheit nur eine Vereidigung auf Gehorsam gegen die Nationalversammlung oder den Reichsverweser. Sodann würde ein solcher Akt der deutschen Sache keineswegs neue Kräfte zuführen, sondern nur solche, die sie schon hat, unsicher und zweifelhaft machen. In den norddeutschen Staaten, die nur mit, aber nicht gegen Preußen die Verfassung festhalten wollen und können, käme der Befehl nicht zur Vollziehung, und man würde eben dadurch einen Bruch mit denselben herbeiführen, der sie zum Anschlusse an die preußische Kabinettspolitik treiben würde. Ueberhaupt aber ist daran gar nicht zu denken, daß der Süden dem Norden, daß die kleinen Staaten den großen mit Gewalt die Verfassung aufdrängen. Im Wege des Bürgerkrieges kann und soll die deutsche Einheit nicht verwirklicht werden. Endlich weiß man mit Bestimmtheit, daß der Reichsverweser einen solchen Beschluß nicht vollziehen und eher abtreten wird, wozu er ja überhaupt schon längst Lust hat. Die Auflösung der Centralgewalt aber, des einzigen staats- und völkerrechtsgültigen, von den Regierungen anerkannten Organs von Deutschland würden wir für ein großes Unglück halten, das die Zerreißung von Deutschland, die Auflösung der Nationalversammlung zur Folge haben könnte. Noch eine neue Wahl vorzunehmen und ihre Anerkennung durchzusetzen, wären außerordentlich schwere, wo nicht unmögliche Aufgaben, die wir uns nicht ohne Not zu allen übrigen noch aufladen wollen. Es muß allen Freunden der deutschen Einheit alles daran gelegen sein, daß die provisorische Centralgewalt, und zwar, daß eben der Erzherzog

Johann bis zu einem Definitivum auf seinem Platze bleibt. Man darf nur an den Krieg mit Dänemark denken, um in den Abgrund von Verwirrungen zu sehen, der mit ihrer Auflösung entstünde. Wenn daher die Truppenvereidigung heute beschlossen würde, so würde das Ministerium Gagern sogleich seine Entlassung einreichen. Es wird mit der heutigen Abstimmung wieder eine neue Stellung der Parteien eintreten. Manchen von der Rechten sind diese Beschlüsse zu revolutionär; sie werden sich der Abstimmung enthalten oder fehlen; einige sind schon in der Stille abgereist, andere werden folgen, zumal wenn, wie leicht möglich, unser heutiger Beschluß eine Abberufung der preußischen Abgeordneten zur Folge haben sollte. Doch werden immer so viele übrig bleiben, um die Versammlung nicht in den wilden, sich überstürzenden Revolutionsstrudel hineingeraten zu lassen. Man glaubt es zwar immer erst, wenn es zu spät ist, aber es ist im gegenwärtigen Augenblick die ernsteste und größte aller Wahrheiten, daß wir unsere Sache durch nichts so sicher verderben, als durch extreme Maßregeln und Beschlüsse, oder durch ein Losschlagen im Süden. Man paßt mit Sehnsucht in Berlin auf solche Dinge, man wünscht Exzesse im Süden, den man dann einige Zeit seinem Schicksale überlassen würde, um zur geeigneten Stunde als Schützer und Retter aufzutreten. Die Agitation im preußischen Volke ist im Wachsen; sie wird, wenn auch langsamer als wir wünschen, aber doch sicher mit diesem Ministerium fertig werden; alle Gewaltmaßregeln aber können uns hierin nur schaden und den Norden zurückstoßen. Die Nationalversammlung muß auch ferner noch, wie schon seit einem ganzen Jahre, sich von beiden Seiten schelten lassen; für den Süden zu lau, für den Norden zu hitzig zu sein; es ist eine undankbare Rolle, aber die einzige, die das Ganze zusammenhielt und ferner zusammenhalten wird.

Frankfurt, 7. Mai.

Die Vereidigung der Truppen ist in der Nationalversammlung das Losungswort der Linken, daran soll nun auf einmal alles gelegen sein. Der Antrag wird in der heutigen und wahrscheinlich in jeder folgenden Sitzung wiederholt werden.

Wäre dies bewilligt, so würde natürlich ganz die gleiche Agitation mit einer weiteren Forderung entstehen, mit jenen allgemeinen Gründen, man müsse handeln, man müsse Mut und Energie zeigen, man müsse sich an der Spitze der Bewegung halten, wenn man von ihr nicht überholt werden wolle, man dürfe das Volk nicht zur Selbsthilfe treiben, es nicht zu einem völligen Bruch mit der Linken und zu einem Sonderparlament derselben kommen lassen. Mit diesen Gründen läßt sich alles und nichts beweisen. Wenn man einmal darauf sich einläßt, wenn wir der Linken in der folgenden Sitzung bewilligen, was wir in der vorigen verweigerten, bloß weil sie es dringender und ungestümer verlangte, dann sind wir ganz rettungslos und kopfüber jenem Revolutionstaumel verfallen, der in raschem Prozesse uns und unser Werk ruiniert, den Gegnern die Waffen in die Hand giebt und einen Bürgerkrieg entzündet, dessen Ausgang nicht im mindesten zweifelhaft sein kann, denn alle konservativen Elemente im Volke, die jetzt auf Seite der Nationalversammlung und der Reichsverfassung stehen, und diese sind weit mächtiger und zahlreicher sogar im Süden selbst, als man uns glauben machen will, würden dann abfallen und auf die Seite der organisierten Gewalten treten, womit der Kampf schon entschieden wäre. Den alten Vorwürfen der Feigheit, der Unthätigkeit, werden wir doch niemals entgehen, solange wir nicht alles thun, was die äußersten Parteien wollen; darum gilt es hier wenn irgendwo, principiis obsta, widersteh dem Anfang! Wir haben mit dem Ausschreiben der Wahlen allerdings auch einen Schritt gethan, dessen gesetzliche Berechtigung zweifelhaft sein kann. Es sollte der wirkliche Anfang des neuen Reiches gemacht, dem Volk und seinen Parteien ein legales Ziel ihrer Agitation gesetzt und zugleich für die Regierungen durch einen neuen Reichstag ein Organ geschaffen werden, durch welches einzelne Punkte der Verfassung im verfassungsmäßigen Wege etwa noch hinzugefügt oder weggenommen werden können. Die Versammlung nahm das Ausschreiben selbst vor, weil bei dem Mangel eines Oberhauptes verfassungsmäßig niemand dazu berechtigt und doch

ein Anfang notwendig war. Aber wir hatten dabei keineswegs im Sinn, uns darüber hinaus von einem Beschluß zum andern fortreißen zu lassen, ohne daß neue Notwendigkeiten eintreten. Die Lage der Dinge ist keineswegs der Art, daß an einen Kampf der kleinen Staaten gegen Preußen und Bayern zu denken wäre; es ist nur ein Kampf in Verbindung mit dem größeren Teile des preußischen Volkes gegen das Ministerium Brandenburg, und in diesem Kampfe ist unser Sieg notwendig, wenn wir unsere Verbündeten, nämlich das Volk und die öffentliche Meinung in Preußen nicht von uns stoßen. Es sind überhaupt für uns hier nur zwei Gefahren wirklich groß: die eine, daß durch Resignation des Reichsverwesers, der ohnedies mit dem Ministerium und der Versammlung in mancherlei Differenzen steht, die Centralgewalt aufhört und eine neue nicht mehr zustande kommt; die andere, wenn von der rechten Seite so viele weggehen, teils weil ihnen das hier Beschlossene schon zu viel ist, teils weil sie an der Sache kleinmütig verzweifeln oder wenigstens sich derselben entziehen wollen, daß die Linke zur Majorität kommt und ihre Revolutionsmaßregeln durchsetzt, denn damit wäre auch die Nationalversammlung zu Ende. Bei dieser Vereidigung der Truppen sind übrigens auch noch eine Menge Hintergedanken, die sich besser erraten als veröffentlichen lassen.

Man hält es für möglich, daß durch die hier anwesenden Märzvereine die Linke rascher zu entscheidenden Schritten gedrängt werden könnte, als sie selbst will und in ihrem Interesse gelegen wäre. Ob es geschieht, muß die allernächste Zukunft lehren, denn lang kann diese Spannung des Augenblickes nicht dauern.

Die heutigen Abstimmungen werden für das Schicksal und die Stellung der Nationalversammlung entscheidend sein. Nach mehreren stürmischen, unwürdigen Sitzungen sind wir wenigstens soweit, daß der Punkt, um den es sich jetzt handelt, in seiner ganzen prinzipiellen Reinheit zur Sprache kommt. Soll die Reichsverfassung auch mit Gewalt oder nur im Wege der gesetzlichen Agitation zur Geltung gebracht werden? Die

Frankfurt, 9. Mai.

Linke will das eine, die Centren und das Ministerium das andere. Dem Antrag von Simon und Vogt gegenüber, der eine ausdrückliche Unterstützung und Förderung der pfälzischen und sächsischen Bewegung verlangt, will das Ministerium nach dem Programm, das heute vorgelegt werden wird, alle gewaltsamen Mittel zurückweisen. Es ist auf diese Weise doch wenigstens alles Halbe und Schwankende beseitigt; entweder muß die Nationalversammlung in Deutschland die Revolution und den Aufstand organisieren und den Kampf gegen die renitenten Regierungen unternehmen, oder sie muß streng auf der gesetzlichen Bahn bleiben und von einer fortgesetzten friedlichen Agitation im Volke mit den Mitteln, welche die Grundrechte und die Landesverfassungen darbieten, die Erreichung ihres Zieles erwarten. Welchen Weg das Ministerium und die bisherige Mehrheit der Nationalversammlung hier einschlagen wird, konnte zum voraus niemand zweifelhaft sein. Es ist an sich ein Widerspruch, durch Bürgerkrieg zur Einheit kommen zu wollen; es ist geradezu lächerlich, mit den militärischen Kräften der kleinen zustimmenden Staaten einen Zwang gegen die renitierenden auszuüben; abgesehen von dem ungeheuren Mißverhältnis der Kräfte, würden die kleinen Staaten ihre Truppen zu dem Zwecke eines Krieges gegen Preußen gar nicht zur Verfügung stellen und sie im eigenen Lande nicht einmal entbehren können. Die physischen Volkskräfte aber, die man aufbieten sollte, die Freischaren, würden das Ziel ihrer Thätigkeit gar nicht außerhalb, sondern innerhalb der eigenen Staaten suchen; denn das wird wohl niemand mehr leugnen wollen, das wird man offen und ehrlich endlich auch von der anderen Seite aussprechen, daß es sich bei der demokratischen Partei keineswegs bloß um die Reichsverfassung handelt, sondern auch noch um ganz andere Dinge. Alle wichtigen Bestimmungen der Verfassung sind im Widerspruch mit der Linken durchgesetzt worden; woher sollte auf einmal da der aufrichtige Eifer, daran festzuhalten, kommen! Die Reichsverfassung ist nur der Vorwand, die ausgehängte Fahne. Das Ziel ist eine oder mehrere südwestdeutsche Republiken,

die deutschen Abdrücke des römischen und florentinischen Originals. Ob die Nationalversammlung solche Experimente, die unvermeidliche Lostrennung von Süddeutschland, verhindern kann, weiß ich nicht, aber dazu helfen wird sie in ihrer bisherigen Mehrheit unter keinen Umständen. Der andere Weg der gesetzlichen Agitation hingegen führt sicher und zuverlässig zum Ziel und ist der einzig gerechte, dem Zweck angemessene, eine Dauer des Werkes versprechende. — Welche Ansicht heute siegen wird, läßt sich insofern noch nicht mit Bestimmtheit sagen, als sich eine linke Fraktion des Weidenbusches, der sogenannte Nürnberger Hof, mit etwa 30 Mitgliedern bis jetzt noch nicht mit dem rein legalen Prinzip einverstanden erklärt hat. Von diesem neuen Klub hängt so ziemlich heute oder in den nächsten Tagen die Entscheidung ab. Wenn das Reichsministerium für sein Programm keine Majorität in dieser Frage hat, so tritt es ab und mit ihm die ganze ministerielle Partei des Hauses aus der Versammlung. Daß im anderen Falle, wenn das Ministerium siegt, die Linke austritt, ist nicht wahrscheinlich, weil es nicht in ihrem Interesse läge und sie Hoffnung hat, bei einer anderen Gelegenheit noch zur Majorität zu kommen. Uebrigens verhehlen wir, die sogenannten Erbkaiserlichen, uns keineswegs, daß wir in einer sehr mißlichen, nicht lange mehr haltbaren Stellung sind. Im offenen Konflikt mit der preußischen Macht, welche nach unserer Meinung die Grundlage Deutschlands werden sollte, im Widerspruch mit der herrschenden Stimmung im südlichen Deutschland, können wir uns nicht verhehlen, daß wir keine genügende Stütze unserer Stellung mehr haben, daß auch die Centralgewalt und das Ministerium, mit dem wir stehen und fallen, nicht mehr lange zu halten ist. Wir werden auf unserem Posten bleiben, so lange noch eine Möglichkeit eines heilsamen Wirkens denkbar ist; wenn die Nationalversammlung ein Konvent werden soll, treten wir ab und räumen der Linken das Feld. Es wird dann auf anderen Wegen dennoch im wesentlichen das geschehen, was wir hier erstrebt haben.

Vom 9. Mai, vormittags 10 Uhr. Ich kann meinem

soeben auf die Post gegebenen Briefe noch einiges nachtragen. Der Reichsverweser hat das vom Ministerium vorgelegte Programm noch nicht unterzeichnet und eine 24 stündige Bedenkzeit gewünscht, um sich darüber zu entscheiden, in welchem Verhältnis überhaupt die Centralgewalt zur Verfassung stehe, ob und wie er zur Durchführung derselben mitwirken werde und könne. Nach dem Gesetz vom 28. Juni ist nämlich von der Errichtung des Verfassungswerkes die provisorische Centralgewalt ausgeschlossen. — Gagern wird infolge dieser Erklärung im Namen des Ministeriums eine Vertagung der heutigen Diskussion auf morgen verlangen, was ohne Zweifel bewilligt wird, so daß die Entscheidung um 24 Stunden verzögert wird. Die Stellung des Reichsverwesers zur Verfassung und zum Ministerium ist schon lange eine schwierige und wird jetzt endlich hoffentlich klar werden.

Frankfurt, 10. Mai. Vormittags 9 Uhr.

Der Reichsverweser hat das Programm des Ministeriums nicht angenommen, er erklärt, daß er nach dem Gesetz nichts mit Durchführung der Verfassung zu thun habe, sondern es den einzelnen Regierungen überlassen müsse, ob sie zustimmen wollen oder nicht. Infolgedessen hat das Ministerium Gagern seine Entlassung eingegeben, der Reichsverweser hat sie angenommen. Heute früh wurde die Stadt durch das falsche Gerücht, der Reichsverweser sei in der Nacht entflohen, alarmiert.

Frankfurt, 10. Mai.*)

In der heutigen Sitzung nahmen Vogt und Simon ihren Antrag zurück und vereinigten sich mit dem von Reden u. A. gestellten, der dahin geht: 1. Dem schweren Bruch des Reichsfriedens, welchen die preußische Regierung durch unbefugtes Einschreiten im Königreich Sachsen sich hat zu schulden kommen lassen, ist durch alle zu Gebote stehenden Mittel entgegenzutreten. 2. Neben Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit sind diejenigen Bestrebungen des Volkes und seiner Vertreter, welche zur Durchführung der endgültig beschlossenen Reichsverfassung geschehen, gegen jeden Zwang

*) Als Nachschrift durch Mitteilung auf expressem Wege.

und Unterdrückung in Schutz zu nehmen. Die provisorische Gewalt ist zur Ausführung dieser Beschlüsse aufzufordern.

Gegen ihn stand ein anderer Antrag der Weidenbusch-Partei, der die legalen Mittel schärfer hervorhob, den Protest gegen das Verfahren von Preußen in gemäßigten Ausdrücken aussprach. Der Antrag von Reden erhielt eine Majorität von etwa 40 Stimmen.

Gleich darauf wurde beschlossen, durch eine Deputation den Reichsverweser auffordern zu lassen, daß er zur Ausführung dieses Beschlusses alsbald ein Ministerium ernennen möge. Der Reichsverweser antwortete ungefähr: er werde ein den Zuständen des Vaterlandes entsprechendes Ministerium in kürzester Zeit ernennen und allen Ungesetzlichkeiten mit Nachdruck entgegentreten. Die Sitzung ist soeben wieder eröffnet. — Die Partei des Weidenbusches ist durch die obige Abstimmung als gesprengt zu betrachten. Der obige Beschluß ist entweder eine bloße Phrase oder es muß mit bewaffneter Macht in Sachsen gegen die preußischen Truppen eingeschrittten werden und der Bürgerkrieg beginnen. Dresden ist in der Gewalt der Truppen.

Frankfurt, 13. Mai.

Die Lage der Dinge hat sich in den letzten 48 Stunden nur wenig verändert; der Reichsverweser hat noch immer kein Ministerium ernannt und es ist möglich, daß er eines ernennt, das seinen Grundsätzen entspricht und zugleich eine Majorität in der Nationalversammlung hat. Die bisherige Mehrheit ist durch Uebertritt der einen und Austritt der andern zur Minderheit geworden, die nur noch stark genug ist, extreme Beschlüsse zu verhindern. Die Linke hat übrigens bis jetzt von ihrer Gewalt nur mäßigen Gebrauch gemacht; die von ihr selbst gestellten Anträge auf Absetzung des Reichsverwesers, Einsetzung eines Vollziehungsausschusses, Aufstellung eines Reichsheeres u. s. f. wurden im Dreißigerausschusse, sobald einige Mitglieder der Rechten ausgetreten und die von der Linken in der Majorität waren, insgesamt zurückgezogen, nur die Vereidigungsanträge eingebracht und später auch diese teils zurückgenommen, teils modifiziert, zum Beweise, wie viel leichter

und bequemer es ist, Anträge zu stellen, wenn man in der Minorität ist und sicher weiß, daß sie durchfallen, als wenn man die Aussicht vor sich hat, sie ausführen zu sollen.

Im ersten Schrecken über den Bürgerkriegsbeschluß vom 10. sind etwa 30, fast lauter Preußen, ausgetreten, die Uebrigen bleiben und werden nur gemeinschaftlich handeln. Die Austrittsfrage wurde sehr lebhaft und gründlich durchgesprochen, aber die weit überwiegende Meinung war, daß die gefaßten Beschlüsse, das bloße Ueberstimmtwerden, in dieser Sache kein Grund sei, und man jedenfalls so lange bleiben müsse, bis die Versammlung unzweifelhaft ihre rechtliche Stellung überschreiten und einen verbrecherischen Charakter annehmen sollte. Wenn es uns nur gelingt, noch wenige Wochen die Bewegung in den notdürftigen Schranken des Gesetzes zu erhalten, kann sich die Lage der Dinge noch schnell und unerwartet zu gunsten der Verfassung wenden.

Das preußische Kabinett kann sich, namentlich nach den Vorgängen in den Rheinlanden, nicht mehr lange behaupten, außer wenn man durch Drohungen mit Bürgerkrieg, durch neues Aufstacheln des glücklicherweise schon vergessenen Stammeshasses, durch republikanische oder kommunistische Schilderhebungen das preußische Volk in den östlichen Provinzen und die besitzenden Klassen in ganz Deutschland auf die Seite der Gegner treibt. — Der Berliner Verfassungskongreß macht, wie man hört, sehr schlechte Geschäfte und namentlich ist Stüve mit Radowitz keineswegs einverstanden. Man wird sich bald von der Erfolglosigkeit auch dieses Auswegs überzeugen. Ein angriffsweises gewaltsames Unterdrücken der in den übrigen Staaten errungenen Freiheiten durch die preußische Regierung, was man vielfach als die Hauptgefahr hinstellt, halten wir für ganz unmöglich, auch wenn man in Berlin Lust dazu haben sollte. Auf heute ist hier ein Krawall angesagt; es werden nachmittags viele Turnvereine zusammenkommen, doch sind große Vorsichtsmaßregeln getroffen, und es ist nicht wahrscheinlich, daß es hier zu einem Konflikte von Bedeutung kommen kann.

Die Nationalversammlung eilt mit raschen Schritten einem unaufhaltsamen traurigen Untergang entgegen. Die durch Parteiintriguen der Reichsverfassung angehängten wirklichen Mängel, die schlechte Politik des preußischen Kabinettes, der Mangel einer raschen und eifrigen Teilnahme an der deutschen Sache im nordöstlichen Deutschland, die Aufstände in Sachsen, Baden und am Rhein, in welchen die Reichsverfassung nur als revolutionäres Agitationsmittel für andere Zwecke benutzt war, und die Desorganisation der seitherigen Mehrheit sind die zusammenwirkenden Ursachen dieses Verfalls. Die friedlichen Mittel zur Durchführung der Verfassung waren in der aufgeregten Zeit rasch erschöpft; die Gewalt von der einen Seite rief die stärkere Gewalt von der andern hervor; zwischen beiden Extremen stand die seitherige Mehrheit, wie zwischen dem brutalen Kerkermeister und dem tollen Mortimer, und hatte nur noch Eine Möglichkeit einer positiven Politik vor sich, mit den revolutionären Kräften des südwestlichen Deutschlands den bewaffneten Kampf und Widerstand gegen das übrige Deutschland zu beginnen und von dem Teile aus das Ganze zu revolutionieren. Sie konnte nach ihren Grundsätzen die Einheit Deutschlands nicht in der Organisation des Bürgerkrieges suchen, sie mußte es für ein sinnloses und unheilvolles Unternehmen ansehen, mit den dissoluten Kräften des in völliger anarchischer Auflösung begriffenen Teils des Südwestens den streitbaren, wohlorganisierten übermächtigen Norden erschüttern zu wollen. So kam es, daß schon seit mehreren Wochen der Gedanke an eine Auflösung, Vertagung oder einen massenhaften Austritt wiederholt und nach allen Seiten durchgesprochen wurde. Da die beiden ersten Mittel keine Mehrheit finden konnten, handelte es sich hauptsächlich um den Austritt der ganzen Partei, die seit dem 9. Mai zur Minorität geworden war. Es wurde dafür im Hinblick auf die oben bezeichnete Lage der Dinge geltend gemacht, es sei besser, eine unhaltbare Stellung freiwillig aufzugeben, die Thätigkeit der Versammlung durch einen freien Akt der Selbstbestimmung zu vernichten, statt sie an einer langsamen oder galoppierenden Schwindsucht hinsterben

Frankfurt, 22. Mai.

zu lassen. Es werde dieser Schritt zwar vielen als eine Desertion erscheinen, aber man müsse diesen Schein, wie so vieles andere, auf sich nehmen. Man hinterlasse zwar das Vaterland in einer verworrenen und für den Augenblick trostlosen Lage; diese könne aber durch Fortbestehen der Versammlung um nichts verbessert, wohl aber verschlimmert werden, zumal da diese bereits durch mehrere, teils unausführbare, teils die Gewalt provozierende Beschlüsse eine falsche und unheilvolle Bahn betreten habe. Dagegen glaubten besonders diejenigen Abgeordneten der rechten Seite, welche aus verfassungstreuen Staaten hierhergesandt waren, es gerade im Hinblick auf die Lage dieser Staaten nicht verantworten zu können, wenn sie das einzige Bindemittel derselben völlig aufgeben, oder ihrerseits dazu mitwirkten, die konservativen Elemente aus der Versammlung zu entfernen, und dadurch die Regierungen ihrer Staaten den zerstörenden Beschlüssen einer zurückbleibenden Minorität preiszugeben. Sie sahen wenigstens noch in dem Versuch einer Vertagung ein Mittel, die Nationalvertretung für veränderte Verhältnisse aufzubewahren und wollten ihrerseits so lang als möglich die Herabsetzung der beschlußfähigen Zahl von Mitgliedern als eine gerade für den Südwesten gefährliche Maßregel verhindern. Sie wußten aber wohl, nachdem die große Masse ihrer Parteigenossen und darunter die hervorragendsten Männer der Versammlung ausgeschieden war, daß ihr fernerer Widerstand ein fruchtloser sein und darum ihr Austritt auch in wenigen Tagen nachfolgen würde. Die Linke wird jenen Beschluß über die Herabsetzung der beschlußfähigen Mitgliederzahl, wenn sie es wirklich ernstlich will, durch Einberufung ihrer Abwesenden durchsetzen können und hat überhaupt Gelegenheit, zu zeigen, ob sie den Mut und die Fähigkeit hat, die revolutionären Kräfte, von denen sie so viel gesprochen, wirklich aufzubieten und zu leiten. Vielleicht wird sich schon in wenigen Wochen bewähren müssen, ob Baden und die Pfalz ein Ungarn oder ein Parma und Toskana sind, ob die Führer dieser Bewegung einem Kossuth oder Guerazzi gleichen.

Nachdem das preußische Kabinett von Bayern und Oesterreich schmählich hinters Licht geführt worden, ist es entschlossen, mit Hannover und Sachsen allein in der deutschen Sache vorzugehen und wenigstens einstweilen ein Norddeutschland zu machen. Am letzten Sonntage in später Abendstunde soll die neue zu octroyierende Reichsverfassung in Berlin von den drei Bevollmächtigten unterzeichnet worden sein und jeden Tag kann sie im Staatsanzeiger erscheinen. Von den meisten norddeutschen Staaten soll der Beitritt schon jetzt sehr wahrscheinlich sein. Diese Angaben beruhen auf guter Quelle und haben auch viel innere Wahrscheinlichkeit, allein bei dem großen Schwanken in Berlin, bei der Mannigfaltigkeit von Einflüssen und Ansichten, durch die oft am folgenden Tage zurückgenommen wird, was am vorhergehenden schon feststand, ist auch diese Nachricht erst glaubwürdig, wenn die neue Verfassung schwarz auf weiß zu lesen ist. Frankfurt, 31. Mai*).

Die Intervention in Baden und der Pfalz wird in den nächsten Tagen beginnen. Zwar soll es keine eigentliche Intervention sein, denn die Absicht und der Auftrag Peuckers gehen nur dahin, sich in den Besitz von Rastatt zu setzen und die Besatzung von Landau zu verstärken, durch Baden und die Pfalz also nur durchzumarschieren, ohne irgend eine Feindseligkeit zu eröffnen. Allein dabei wird es natürlich nicht bleiben; man wird sie nicht ungehindert ziehen lassen, und der Kampf wird sich von selbst entspinnen. — Bekanntlich ist dies bereits geschehen. — Die große Tagesfrage ist, ob Württemberg sich halten, oder auch in den Strudel hineingezogen wird, ob es sich namentlich auch dann noch halten wird, wenn Reichstruppen in Baden eingerückt sein werden, und wenn das Rumpfparlament in Stuttgart residiert. Dieser

*) Nachdem Rümelin am 24. seinen Austritt aus der Nationalversammlung erklärt und diese die Verlegung nach Stuttgart beschlossen hatte.

Dieser Bericht, sowie die 3 letzten sind ohne Zweifel von Rümelin, obschon sie ein anderes Zeichen, als das Dreieck führen.

Beschluß von gestern, durch welchen die Nationalversammlung der Paulskirche auch äußerlich geschlossen ist, war eine notwendige Konsequenz für die zurückgebliebene Partei; er kann nur den Sinn haben, aus Württemberg, Baden und der Pfalz einstweilen ein revolutionäres Kernreichsland zu bilden und hier eine feste Position, sei es zum Angriff oder zum Widerstand, einzunehmen. Die württembergische Regierung wird durch diese Uebersiedlung genötigt werden, aus ihrer neutralen Stellung herauszutreten und entweder mit dem Rumpfparlamente und der badischen Bewegung, oder gegen beide zu stehen. Hat Württemberg die genügenden Kräfte des Widerstandes, so wird Baden und die Pfalz dem einschreitenden Reichsheer gleich beim ersten Anlauf unterliegen. Im andern Fall, wenn auch Württemberg in die Bewegung hineingerissen würde, wäre das Mißverhältnis der Kraft zwar nicht so groß und die Sache nicht so ganz hoffnungslos, doch wäre der Ausgang auch dann nicht zweifelhaft.

Frankfurt, 10 Juni*). Nun ist es endlich unzweifelhafter Ernst mit dem Einschreiten in Baden und der Pfalz, und die nächsten acht Tage werden vermutlich schon die Entscheidung bringen. Der Grund des Zögerns von Preußen war teils, daß man eine stark überlegene Macht zusammenziehen wollte, die der Sache mit Einem Schlage ein Ende machen könne, teils daß Preußen nicht im Auftrage der Centralgewalt handeln, sondern selbständig als Bundesgenosse des Großherzogs von Baden und im Einverständnis mit Bayern mit völliger Umgehung des Reichsverwesers einschreiten wollte und die Verhandlungen darüber längere Zeit erforderten. Nun ist man wenigstens mit Baden so weit ins reine gekommen, daß der Großherzog die preußische Hilfe förmlich nachgesucht und dagegen Anschluß an Preußen, Aufgeben der Centralgewalt und Anerkennung der octroyierten Verfassung zugesichert hat. Die bisherigen

*) Nachdem sich Rümelin schon am 3. der Aufforderung zu einer Zusammenkunft in Gotha angeschlossen hatte, „um die Durchführung der Reichsverfassung vom 28. März auf friedlichem Wege zu erstreben“.

Minister Bekk, Mathy und Dusch u. s. f., die nicht so über Hals und Kopf sich in die preußische Politik und die neue Verfassung hineinstürzen, sondern gemeinsam mit den übrigen 29 Staaten in dieser Sache handeln wollten, haben ihre Entlassung nachgesucht und erhalten. Das neue Ministerium besteht aus vormärzlichen Namen: Marschall (Inneres), Regenauer (Finanzen), Stabel (Justiz); an einem Kriegsminister fehlt es noch, da Hoffmann sich bestimmt weigerte, in das neue Kabinett mit überzutreten. Preußische Truppen werden ohne Zweifel längere Zeit in Baden bleiben und Baden wird wie Sachsen eine halb preußische Provinz werden. Das Einverständnis mit Bayern scheint weniger gelungen zu sein, oder überhaupt gelingen zu können, doch ist es wenigstens für diesen bestimmten Zweck des Einschreitens in der Pfalz, und Baden erzielt worden. Die verschiedenen hier zusammengezogenen Truppen geben nun ein sehr getreues Bild von der ganzen Konfusion unserer deutschen Zustände. Die vier preußischen Divisionen, die in zwei Armeecorps zu je 20—25000 Mann, das eine für die Pfalz, das andere für Baden geteilt sind, stehen unter dem Kommando eines preußischen Generals Hirschfeld und kümmern sich nicht das mindeste um das Reichsministerium. Die Reichstruppen, Hessen, Nassauer, Württemberger, Mecklenburger, an der hessischen Grenze stehen unter dem Reichsgeneral Peucker und unter der Centralgewalt. Die 12000 Mann Bayern, die in den nächsten Tagen unter dem Kommando des Fürsten Taxis eintreffen, werden sich nicht unter Peuckers Befehle stellen, aber doch mit dem Reichsministerium in Rapport treten. Es sind somit eigentlich dreierlei befehlende Gewalten da. Nimmt man noch dazu, daß die zwei hiesigen österreichischen Bataillone sich weigerten, einem Befehle Peuckers, der doch vom Reichsverweser ernannt ist, zu folgen und auf die Weisung des Grafen Rechberg, des österreichischen Bevollmächtigten, hier in Frankfurt zurückbleiben, so sieht man die ganze trostlose Verworrenheit der augenblicklichen Lage in einem treuen Spiegelbild. Wir haben dermalen drei deutsche Centralgewalten, eine legale, aber unmächtige in Frankfurt, eine illegale und unmächtige in

Stuttgart, eine illegale, aber mächtige in Berlin, überdies noch zwei Staaten, die sich um keine dieser drei Gewalten kümmern, Oesterreich und Bayern.

Der Reichsverweser hat einen sehr fulminanten Protest gegen die Stuttgarter Regentschaft und eine Aufforderung an die Regierungen erlassen, dieser Usurpation ein schnelles Ende zu machen. Der Reichsverweser selbst aber vertritt seit dem Ministerium Wittgenstein nichts mehr als die österreichischen Intriguen; durch seinen Bruch mit der Nationalversammlung hat er die Sympathieen der Nation, durch den preußischen Sonderbund die Mittel einer effektiven Gewalt eingebüßt und dient nur noch dazu, die Konfusion und Schwierigkeit unserer Lage zu vergrößern. — Der octroyierten preußischen Verfassung sind bis jetzt Mecklenburg, Braunschweig, Baden und wahrscheinlich auch bereits Hessen-Darmstadt beigetreten; die kleineren Staaten warten nur auf Vorgänge der größeren; Kurhessen und Nassau werden nachfolgen; es ist die Neigung da, aber nicht der Mut. Die Politik und Ehre hätten es den 29 verfassungstreuen Staaten geboten, in dieser Sache gemeinschaftlich zu handeln, die Berufung auf einen neuen Reichstag anzunehmen, sich aber die Entscheidung über das Wahlgesetz, nach welchem das Volkshaus beschickt werden soll, vorzubehalten. Es ist dies ja überhaupt der einzige praktische Ausweg aus der heillosen Verwirrung, daß alle, die es mit der Einheit des Vaterlandes wohlmeinen, und die unsere Lage als Politiker, nicht als Prinzipienreiter auffassen, sich vereinigen, wieder einen Reichstag mit Volks- und Staatenhaus zusammen zu bringen, der aus den drei oder vier Verfassungen, die wir schon haben oder noch erwarten müssen, eine einzige machen soll. Die Annahme des preußischen Wahlgesetzes, auch wenn man zugiebt, daß es bei allen seinen Mängeln noch besser ist, als das Reichswahlgesetz, läßt sich in den verfassungstreuen, zumal den süddeutschen Staaten, nicht erwarten oder durchsetzen. Wenn es dagegen jedem Staate überlassen bleibt, entweder nach seinem Landeswahlgesetz oder nach dem Reichswahlgesetz oder nach dem octroyierten oder irgend

einem anderen zu wählen, so ist doch wenigstens die Grundlage zu einer Verständigung gewonnen.

Die Versammlung hat sich zahlreicher zusammengefunden, als erwartet werden konnte; bis jetzt sind etwa 150—160 eingetroffen, und von den bekannteren Namen und Führern der Partei fehlt kaum ein Einziger. Von den preußischen Beamten haben diejenigen, welche die Gothaer Versammlung als Grund ihrer Reise anführten, keinen Urlaub erhalten. Gotha, 28. Juni.

Der gestrige erste Tag ging mit den gewöhnlichen Vorbereitungen und Einleitungen vorüber; es wurden zwei Entwürfe von Erklärungen, die eine von den einladenden, in Frankfurt zurückgebliebenen Mitgliedern, die andere von Beckerath und anderen vorgelegt. Beide stimmen darin überein, daß sie auf den neuen, von den drei Regierungen vorgeschlagenen Weg, eine Verfassung zustande zu bringen, eingehen, das Zustandebringen eines Reichstages auf alle Weise befördern und auf dem Reichswahlgesetz nicht bestehen wollen; sie weichen besonders darin ab, daß der Frankfurter Entwurf den Einzelstaaten das Wahlgesetz freistellen will, der Beckerathsche nur Modifikationen des Berliner Wahlgesetzes verlangt, daß jener von den beitretenden Regierungen zum voraus nur die Anerkennung der in beiden Verfassungsvorlagen übereinstimmenden Punkte, dieser die vorläufige Annahme aller Bestimmungen des Berliner Entwurfes erwartet; daß überhaupt dieser dem Entwurf der drei Regierungen sich mehr anschließt, als jener. Es wurde nun eine Kommission zur Prüfung beider Vorlagen erwählt, welche aus beiden eine neue dritte Fassung zusammengesetzt hat, die den heutigen Beratungen zu Grunde liegen wird. Ebenso wurde eine Kommission niedergesetzt, um über eine mögliche Organisation der Partei durch ganz Deutschland Bericht zu erstatten; auf diese beiden Punkte wird sich jedenfalls die ganze Thätigkeit beschränken. Es braucht wohl nicht erst der Versicherung, daß es den Versammelten nicht einfällt, sich irgend eine Autorität beizulegen, welche über die einer Privatversammlung hinausginge, daß der Gedanke eines Nachtagens, einer Fortsetzung parlamentarischer Thätigkeit allen

vollkommen ferne liegt. Dies wollte man schon auch dadurch ausdrücken, daß man nicht Gagern oder Simson, sondern Becker von Gotha zum Vorsitzenden wählte und durchaus niemand als die Eingeladenen zuließ. Der Gegensatz der Ansichten ist, obwohl nur Mitglieder der Centren eingeladen waren, doch groß genug, um sehr lebhafte Erörterungen hervorzurufen und die endliche Einigung sehr schwer zu machen. Namentlich die hannoverschen Abgeordneten sind am wenigsten geneigt, den von den drei Regierungen eingeschlagenen Weg zu betreten, und selbst die hannoversche Regierung soll von der Neigung, sich wieder los zu machen, nicht ganz frei sein. In Berlin wird von der österreichischen und russischen Diplomatie Himmel und Erde in Bewegung gesetzt, Preußen von einer selbständigen deutschen Politik abzubringen und zu einem Bündnis mit den absolutistischen Mächten zu bewegen, weshalb besonders die preußischen Abgeordneten dringend raten, die dargebotene Hand zu ergreifen und die Regierungen mit ihren Zusagen beim Worte zu nehmen. Nach den Berichten der verschiedenen Abgeordneten über die Stimmung in ihren Bezirken ist in ganz Norddeutschland das Verlangen nach Ruhe und endlicher Feststellung der Verfassung, der Ekel und Widerwille gegen das Treiben unserer süddeutschen Demokraten so stark, daß bei einem Zurückweisen der jetzt von der preußischen Regierung gemachten Anerbietungen das ganze Werk der Einigung wieder auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werden könnte. Es ist der von der Nationalversammlung beschlossenen Reichsverfassung nichts so nachteilig gewesen, als die Bewegungen in Sachsen, Baden und der Pfalz, wo die reine Fahne der deutschen Einheit und Freiheit durch ein wüstes, alle Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung erschütterndes Treiben besudelt wurde.

Der Schluß der hiesigen Versammlung ist einstweilen zum voraus auf morgen festgesetzt, so daß es in den zwei Sitzungstagen von heute und morgen jedenfalls zu endgültigen Beschlüssen kommen wird.

Nachstehend folgt das Programm, welches das Resultat der Gothaer Besprechung war: „Die schweren Bedrängnisse des Vaterlandes, die Gefahren eines Zustandes, welcher keine Bürgschaft des Friedens im Innern, der Stärke nach außen bietet, haben es den Unterzeichneten zum Bedürfnis gemacht, ihr Urteil über die gegenwärtige Lage der Dinge gemeinsam festzustellen und sich über den Weg zu verständigen, auf welchem jeder Einzelne von ihnen in Erfüllung seiner Pflichten gegen das Vaterland dazu mitwirken kann, daß ein der Nation Einheit und Freiheit gewährender Rechtszustand hergestellt werde. Das Ergebnis der darüber in Gotha vom 26., 27. und 28. Juni d. Js. gehaltenen Besprechungen fassen sie in nachstehenden Sätzen zusammen: 1) Innig überzeugt, daß die deutsche Nationalversammlung, als sie am 28. März d. Js. die deutsche Reichsverfassung verkündigte, derjenigen Stellung gemäß gehandelt hat, welche die Lage der deutschen Dinge ihr anwies, dürfen die Unterzeichneten doch die Augen vor der Thatsache nicht verschließen, daß die Durchführung der Reichsverfassung ohne Abänderung zur Unmöglichkeit geworden ist. Dahingegen ist in der Verfassungsaufstellung, welche die Berliner Konferenz bietet, neuerdings ein Weg eröffnet, auf welchem sich der verlorene Einigungspunkt möglicherweise wieder finden läßt. Das Betreten dieses Weges nicht zu verschmähen, mahnt uns das von inneren und äußeren Feinden schwer bedrohte und vom Bürgerkrieg zerfleischte Vaterland, ebenso dringend aber der Inhalt jenes Entwurfes, der, wie entschieden man auch einzelne seiner Bestimmungen verwerfen möge, dennoch die unerläßlichen Grundlagen des deutschen Bundesstaates, namentlich ein erbliches Reichsoberhaupt in der Person des Regenten des mächtigsten rein deutschen Staates, ein Staatenhaus und ein Volkshaus — und somit den Kern der Reichsverfassung in sich aufgenommen hat. 2) Den Unterzeichneten stehen die Zwecke, welche durch die Reichsverfassung vom 28. März erreicht werden sollten, höher als das starre Festhalten an der Form, unter der man dieses Ziel anstrebte. Sie betrachten die von den drei Königreichen dargebotene Verfas-

Gotha, 28. Juni.

sung als eine der Nation erteilte unverbrüchliche Zusage und erkennen an, daß der von denselben eingeschlagene Weg zu dem vorgesteckten Ziele führen kann, unter der Voraussetzung, daß alle deutschen Regierungen, welche zur Berufung eines Reichstages auf obiger Grundlage mitwirken, dem Reichstage in einer jede einzelne Regierung bindenden Form als Einheit gegenübertreten, und daß die dem Reichstage vorbehaltene Revision sich nur auf solche Verfassungsbestimmungen erstreckt, welche in der Reichsverfassung vom 28. März und dem Entwurfe vom 28. Mai nicht wörtlich oder wesentlich übereinstimmen. 3) Erscheint es daher als politisch notwendig, daß die anderen deutschen Staaten — abgesehen von dem den deutschen Bundesstaat verneinenden Oesterreich — sich an jene Verfassungsvorlage in bindender Weise baldigst anschließen und die schleunige Berufung eines Reichstages möglichst befördern, so erwächst auch für die Einzelnen die Verpflichtung, in ihren Kreisen und nach ihren Kräften zur Vollendung des großen vaterländischen Werkes beizutragen. 4) In diesem Sinne wird es von den Unterzeichneten als die hauptsächlichste Aufgabe betrachtet, für das Zustandekommen eines Reichstages, also auch für die Beteiligung bei den Wahlen zu wirken. Was die Wahlen zum Volkshause betrifft, so sind dem in Frankfurt beschlossenen, die unmittelbare Durchführung der Reichsverfassung voraussetzenden Wahlgesetze nicht zu beseitigende Hindernisse entgegengetreten, und daher erfordert es das Wohl des Vaterlandes, daß für die Wahlen eine andere gesetzliche Norm maßgebend werde. In dieser Rücksicht erkennen die Unterzeichneten es als das Angemessenste an, wenn in jedem einzelnen Staate auf landesverfassungsmäßigem Wege das Wahlgesetz für den nächsten Reichstag festgestellt wird. Wenn dies aber unter den obwaltenden Umständen nicht erreichbar sein sollte, so würde doch — wie dies schon in der Berliner Denkschrift in Aussicht gestellt ist — den Einzelstaaten überlassen bleiben müssen, bei Ausführung des mit dem Verfassungsentwurf vorgelegten Wahlgesetzes die durch ihre abweichenden Verhältnisse gebotenen Modifikationen anzu-

ordnen, und jedenfalls glauben die Unterzeichneten nicht verantworten zu können, wenn sie durch ihre Haltung dazu beitragen sollten, das Zustandekommen des ganzen Werkes an den Bedenken gegen ein Wahlgesetz scheitern zu lassen. Demnach halten die Unterzeichneten, in Erwägung der schwer bedrohten Lage des Vaterlandes, dessen gemeinsame politische Existenz ohne das Betreten dieses Weges gegenwärtig aufs höchste gefährdet ist, sich für verpflichtet, unter den angeführten Voraussetzungen 1) soviel an ihnen ist, auf den Anschluß der noch nicht beigetretenen Staaten an den von der Berliner Konferenz vorgelegten Entwurf hinzuwirken; und 2) an den Wahlen zum nächsten Reichstag sich zu beteiligen*).

Bei dem Programm hatten zwar anfangs gegen 30 Mitglieder, meist Hannoveraner, ihre Unterschrift verweigert oder nur bedingt zugesagt. Dennoch wurde zuletzt noch große Uebereinstimmung erzielt. Am 30. hielten die Zurückgebliebenen noch eine Besprechung über die Organisation der Parteien. Es wurde einstweilen auf Grund des Programms zur Einwirkung auf die Wahlen ein Komitee niedergesetzt, bestehend aus Heinrich und Max v. Gagern, Hergenhahn, Reh und Mathy. Eine eigentliche Kluborganisation nach Art des Centralmärzvereines wurde ausdrücklich verworfen. Es wurde nur beschlossen, daß die in Gotha Zusammengekommenen unter sich durch dieses Komitee in Verbindung bleiben.

---

*) Hier folgen die Namen der 130 Unterzeichner.

Aufsätze.*)

Unsere Lage.

I.

Wenn man an die Presse eines Landes mit Recht die Forderung stellen darf, daß sie, je wichtiger und schwerer eine öffentliche Frage ist, um so weniger an ihr vorübergeht, und wo sie die öffentliche Meinung nicht vertreten will oder kann, dieselbe zu bekämpfen und zu bilden versuche, so darf man sich über unsere Landespresse billig wundern, wenn sie die Frage über die Politik Württembergs in der deutschen Verfassungssache so viel als völlig unbesprochen läßt. Seit vielen Jahren hat sich unser kleines Vaterland in keiner so eigentümlichen, verwickelten Lage befunden; auf lange Zeit wird wohl die Entscheidung der nächsten Monate auch das zukünftige Schicksal des Landes bestimmen, und doch erinnern wir uns nicht, daß irgend eine Ansicht über die Sache in irgend einem Blatte wäre aufgestellt und ausführlicher begründet worden, noch daß die Kammer den Gegenstand zur Sprache gebracht oder die Regierung selbst Auskunft gegeben hätte über den Weg, den sie hierin teils schon eingeschlagen hat, teils ferner einzuschlagen gedenkt. Und so sei es wenigstens gestattet, den Anfang einer solchen Besprechung zu machen; nicht sowohl in der Hoffnung,

---

*) Diese fünf Aufsätze, welche dem Anschluß an das Dreikönigsbündnis das Wort reden, erschienen mit Rümelins Unterschrift im Beiblatte des Merkurs, der „Schwäbischen Kronik,“ am 1., 4., 5., 6. und 7. September 1849.

daß die hier vorgebrachten Gründe viele überzeugen werden; denn es ist die unpopulärste unter den möglichen Ansichten, die hier vertreten ist, als um wenigstens den Anlaß zu einer allseitigen und dem Ernste des Gegenstandes angemessenen Beurteilung zu geben. Wir werden jenes Stillschweigen aller Organe der Oeffentlichkeit wohl nicht unrichtig auslegen, wenn wir es auf die verschiedenen Ursachen zurückführen; einmal haben sich die meisten nach der Wendung, welche die Verfassungsangelegenheit und die deutschen Zustände überhaupt seit dem Frühling dieses Jahres genommen, getäuscht in ihren Planen und Hoffnungen, mißmutig und verzweifelnd von der warmen Teilnahme an dem Gang der Dinge abgewandt und erwarten entweder gar nichts Gutes mehr oder nur von einer neuen durchgreifenden Revolution; andere dagegen, wenn auch ihre Teilnahme nicht erloschen ist, sehen doch keinen Ausweg aus dem Labyrinth und können sich für keinen unter allen den verschiedenen Wegen, die uns offen stehen, entscheiden; viele endlich, auch wenn sie wohl wissen, was sie wollen, getrauen sich doch noch nicht, es öffentlich auszusprechen, oder sehen in dem Schweigen für den Augenblick die beste, die allein praktische Politik, die des Aufschiebens und Zuwartens. Unter diesen Ursachen ist die erste, die Abstumpfung und Gleichgültigkeit der Gemüter, die beklagenswerteste und verderblichste; sie wird, wie es schon bei den Wahlen geschehen, auch in dieser wichtigen Entscheidung ihre schlimmen Wirkungen nicht zu äußern verfehlen. Wie konnte man auch hoffen, ein so großes Werk so rasch und leicht zum Ziele geführt zu sehen! Es hat ja in der That gleich im März vorigen Jahres wenig Scharfblick dazu gehört, zu prophezeien, daß das deutsche Volk um die großen Güter seiner Einheit und Freiheit vieljährige Mühen und Kämpfe werde zu bestehen haben. Wie lang haben die Engländer, Franzosen, Holländer, Nordamerikaner gebraucht, welche tiefen Erschütterungen aller Zustände haben sie durchgemacht, wie folgten auch dort auf die Flitterwochen, auf die Rosenzeit der Revolution lange Zeiträume der Enttäuschung, des Mißmuts, des ernsten und nachhaltigen Kampfes, bis zuletzt auch

nur ein Teil von dem errungen war, was die Edelsten im Volke erstrebt hatten. Und worauf wollten wir unsern Anspruch stützen, rascher und leichter als jene großen Völker zum Ziel zu kommen? Sind wir ihnen etwa an politischer Reife und Bildung überlegen, oder waren die Schwierigkeiten der Aufgabe kleiner, die zu überwinden waren? Aus 38 souveränen Staaten, worunter zwei, bis dahin absolut regierte europäische Großmächte, einen Bundesstaat mit Volksvertretung und starker Vollziehungsgewalt zu gründen, war ein Werk, mit dem nicht einmal die Phantasie, wenn sie frei schalten und walten darf, geschweige denn die praktische Staatskunst auf dem engen Felde des Ausführbaren zustande kommt. Die deutsche Nation aber, das darf man offen behaupten, hat die Erwartungen von ihrer Reife und politschen Tüchtigkeit im Laufe des verflossenen Jahres eher getäuscht als überboten. Denn gerade wenn wir alles das, was sich die verschiedenen politischen Parteien, wie die verschiedenen Volksstämme gegenseitig, sei es mit Recht oder Unrecht, vorwerfen, vollständig ausgleichen, wenn wir gegen niemand eine besondere Anklage erheben, so bleibt um so mehr an der ganzen Nation im Großen der Vorwurf haften, daß es ihr an dem Bedürfnis der Einheit, wie an der nötigen Einsicht und Mäßigung in gleichem Maße gefehlt hat. Uebrigens kann es bei allem dem keinen größeren Irrtum geben, als wenn man das Gesamtergebnis des verflossenen Jahres nur in einer zu Boden geschlagenen Erhebung des Volkes, wenn man nur negative Erfolge sieht, und in den jetzigen Zuständen nur das Alte oder noch Schlimmeres als das Alte erkennen will. Freilich darf man zur Beurteilung der gegenwärtigen Lage nicht die Hoffnungen und Pläne des vorigen Sommers als Maßstab mitbringen, sondern das, was seit Jahrzehnten die freisinnigsten und einsichtigsten Patrioten als das Wünschenswerte und Erreichbare für Deutschlands Zukunft erstrebt haben. Der treibt schlechte Politik, der sich in nutzlosen Klagen über Vergangenes verliert, mit Starrsinn an vereitelten Plänen festhält, statt das Thatsächliche und Gewordene zu erkennen und daran in seinem Sinne fortzubauen. Dieser Thatsachen

aber, die der Rückblick auf das verflossene Jahr uns vor Augen stellt, die als die notwendige Grundlage jedes ferneren Wirkens zu betrachten sind, gibt es sehr viele und sehr wichtige, und die zu erkennen und zu würdigen, das thut zunächst und vor allem anderen not.

II.

Solche geschichtliche Thatsachen unserer deutschen Gegenwart, welche jeder politischen Berechnung als Grundlage dienen müssen, sind vor allem, daß die Versuche, auf dem Wege der Revolution ein ideales Deutschland ohne Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse zu konstruieren, völlig gescheitert sind, daß auch die Nationalversammlung, welche jene Rücksicht nicht außer Auge gelassen hatte, durch eigene und fremde Schuld zu Grunde ging, daß dagegen die Bedeutung der zwei großen Einzelstaaten in noch erhöhterem Maße wieder zur Geltung gekommen, und ihr Verhältnis zu einander wie zu den übrigen Staaten das unbedingt entscheidende Moment für die Gestaltung Deutschlands geworden ist. Nur ist in diesem Verhältnisse beider Staaten zu einander eine wesentliche Aenderung eingetreten, welche allein hinreicht, das Jahr 48 zu einem Wendepunkt der deutschen Geschichte zu machen. Früher gingen beide Mächte zusammen. Preußen war der Sekundant des Metternichschen Systems in Deutschland; der vereinigte Druck beider Staaten bildete das Wesen des alten deutschen Bundes. Die Märzbewegung hat diesen Bund gesprengt, hat Oesterreich in tiefe Zerrüttungen gestürzt, Preußen auf eigene Füße gestellt, und das verschiedene Wesen beider Mächte, den halb- und außerdeutschen Charakter der einen, den nationalen Beruf der andern ans Licht gestellt; sie hat Oesterreich schwächer und Preußen trotz großer Mißgriffe und großer Erschütterungen stärker gemacht. In betreff Oesterreichs kann auch der Ausgang des ungarischen Krieges dies Urteil nicht wesentlich ändern. Oesterreichs Macht hat einen Stoß erlitten, von dem es sich nicht so schnell wieder wird erholen können. Und dies selbst abgesehen von der an sich schon natürlichen Erschöpfung

nach so großen Anstrengungen, wie von der Notwendigkeit, auch fernerhin einen großen Teil seiner Macht rein zum Schutz und zur Niederhaltung der bezwungenen Provinzen zu verwenden. Oesterreich ist von der Höhe einer europäischen Großmacht dadurch herabgestiegen, daß es mit eigenen Kräften nicht imstande war, Aufstände in seinen Provinzen zu unterdrücken, daß es fremde Truppen über die Grenze gegen die eigenen Unterthanen berufen hat. Die schwere Bedeutung eines solchen Schrittes ist nicht beseitigt, wenn auch die Russen wieder in die Heimat zurückgekehrt sein werden. Und sie sind noch nicht zurückgekehrt; sie haben, wie leicht vorauszusehen war, die Rolle des Verbündeten mit der des Vermittlers und Schiedsrichters vertauscht; sie haben bereits angefangen, ein doppeltes Spiel zu spielen, und ihre Absicht wird dahin gehen, Ungarn eine gewisse Selbständigkeit zu sichern, sich selbst als die Gründer und Garanten einer neuen Verfassung hinzustellen, dadurch fernerhin Anlaß zu Einmischungen und Vermittlungen zu finden und so allmählich Ungarn und Siebenbürgen zu anderen Donauprovinzen zu machen, das einst in Polen mit so vielem Erfolg geübte Intriguenspiel zu erneuern. Oesterreich aber, durch seine ungarischen Länder mit Rußland, durch seine deutschen mit Preußen, die italienischen mit Frankreich im Konflikt, fast aus lauter Provinzen zusammengesetzt, deren Schwerpunkt jenseits der Grenzen des Reiches liegt, wird hinfort nicht mehr imstande sein, allein eine selbständige große Politik in Europa zu treiben; es wird gezwungen sein, sich an eine andere Großmacht anzulehnen. Es wird ein Verbündeter sein müssen entweder von seinem natürlichen Feinde Rußland oder seinem natürlichen Freunde Deutschland. Im ersten Falle wird es im Dienst und Auftrag des russischen Gebieters allem aufbieten, die Gründung eines deutschen Bundesstaates unter preußischer Leitung zu verhindern. Auf diesem Wege liegt, wenn Preußen nachgiebt und in die Trias der absoluten Mächte des Ostens wieder einlenkt, die Wiederherstellung des alten Systems nach innen und außen; wenn Preußen dagegen auf seiner selbständigen Politik beharrt, ein Kampf zwischen Nord- und

Süddeutschland, ein Bürgerkrieg, der, wie der 30jährige, die fremden Heere über die Grenzen rufen und Deutschland wieder zum europäischen Schlachtfelde machen wird. Der andere, auch jetzt noch offen stehende Weg, der Weg des Heils und der Rettung, ist die in dem Olmützer Manifest angedeutete, in dem Gagern'schen Programm klar hingestellte, von der Mehrheit der Nationalversammlung bei der Gründung eines preußischen Reichsoberhauptes beabsichtigte, von der preußischen Regierung angebotene Stellung Oesterreichs zu Deutschland. Sie besteht darin, daß Oesterreich die Gründung eines deutschen Bundesstaates unter Preußens Vorsitz nicht ferner erschwert und seinerseits ebenso die verschiedenen Länder durch das Band einer föderativen Verfassung umschlingt; daß diese zwei Bundesstaaten zu einander in ein Bündnis gegenseitigen Schutzes, einer politischen und kommerziellen Verbrüderung eintreten, daß somit zwischen dem kriegerischen Osten und Westen von Europa ein großer Völkerbund des Friedens und der bürgerlichen Freiheit trete. Dieser so oft als ein doktrinäres Hirngespinst verschrieene Gedanke ist immer noch der größte, fruchtbarste und praktischste unter allen, welche die Bewegungen des verflossenen Jahres in Deutschland hervorgerufen haben. Seine Zukunft ist die Zukunft Deutschlands. Die Eintracht zwischen Preußen und Oesterreich ist die Bedingung der deutschen Wohlfahrt, ihre Feindschaft der Fluch des Vaterlandes. Zu dieser Eintracht gehört aber, daß Oesterreich den Beruf Preußens in Deutschland anerkennt, ja sogar in seinem eigenen Interesse darauf hinwirkt, daß auch die süddeutschen Staaten durch ihren Beitritt dem deutschen Bundesstaat seinen speziell preußischen Charakter nehmen und ihn zu einem deutschen erweitern, daß es so seine Bundesgenossen selbst in das Lager des vermeintlichen Feindes treibt. Die Beendigung des ungarischen Krieges ist eher ein Grund für als gegen eine solche Politik. Wenn Oesterreich sich aus der russischen gefahrvollen Freundschaft losmachen will, so muß es sich Preußen wieder nähern, und es scheint sogar, daß die österreichischen Staatsmänner jetzt schon Schritte thun, um sich diesen Weg nicht ganz zu ver-

schließen. Wenn so Oesterreich durch die Ereignisse des letzten Jahres an Kraft und Selbständigkeit verloren hat und in auch jetzt noch unübersehbare Verwirrungen gestürzt ist, so findet bei Preußen das gerade Gegenteil davon statt. Es ist zwar schwer, über diesen Staat in unserem Lande ein unbefangenes Urteil zu fällen. Denn so geteilt und verworren sonst die öffentliche Meinung über unsere innere und äußere Politik ist, im Widerwillen gegen Preußen, im Zurückweisen von allem, was von dort geschieht und geboten wird, herrscht eine auffallende Uebereinstimmung. Demnach ist es gerade hier unerläßlich, unbeirrt durch alle Vorurteile für und wider, das Thatsächliche, den offenbaren und unleugbaren Sachverhalt hinzustellen. Man kann mit voller Wahrheit sagen, daß die preußische Politik im verflossenen Jahre nach außen ängstlich, nach innen gewaltthätig, nach beiden Seiten widersprechend, zweideutig und unzuverlässig war, daß unter den ersten Schritten auf der neuen, selbständigen Bahn sehr viele Fehltritte waren, aber selbst wenn alle diese Fehler noch in zehnfach höherem Maße wären begangen worden, als es wirklich der Fall war, so würde für den Beruf Preußens, für seine Stellung zu Deutschland, seine Macht und Bedeutung nicht das Mindeste daraus folgen. Denn es kann sich hier nicht um Einzelheiten, um vorübergehende Zufälligkeiten, nicht um die Person des Königs und seiner Minister, auch nicht um das badische Standrecht, das jetzt von allen Seiten so eifrig als Agitationsmittel benützt wird, handeln, sondern nur um die Natur des Verhältnisses von Preußen und Deutschland an und für sich, um das Ziel, das die preußische Politik im ganzen und großen verfolgt hat und verfolgen wird. Und hier kann man ebensogut das Licht des Tages selber als die Thatsache leugnen, daß Preußen durch die Revolution aus seiner Allianz mit den östlichen Mächten herausgerissen, auf eine eigene deutsche Politik sogar unwillkürlich hingedrängt wurde, daß es eben damit Oesterreich an Macht und Einfluß in Deutschland entschieden überflügelt hat, ja daß es, während viele noch vor kurzem seinen Untergang, seine Auflösung in Provinzen prophezeien,

ja sogar dekretieren zu können meinten, nicht nur mit unerschütterter, sondern mit erhöhter Kraft und Bedeutung aus allen diesen Stürmen hervorgegangen ist. Die Irrtümer und Sünden selbst haben nur dazu gedient, zugleich für die jugendliche Lebenskraft zu zeugen. Die Bedrängnis Oesterreichs, wie die Unmacht der Kleinstaaten, drängten ihm durch die Macht der Ereignisse selbst die Rolle auf, die es von den Vertretern der Nation zurückweisen zu müssen geglaubt hat. Es ist möglich, daß das von Preußen jetzt betriebene Werk der Einigung für jetzt an der Wandelbarkeit seiner Urheber, an dem Einfluß des Stockpreußentums, an dem Widerstand der süddeutschen Staaten, an den versteckten Partikularismen und der Zweideutigkeit seiner Verbündeten scheitert; Preußen wird sich aber dann nur genötigt sehen, ganz auf eigenen Füßen zu stehen, seine geschichtliche Aufgabe statt an der Spitze eines Bundesstaates und mit einer der Nation verantwortlichen Gewalt sofort mit der Kraft des Einzelstaates durch die ihm zu Gebote stehenden Mittel zu verfolgen. Was nun für das Ganze, wie für die kleineren Staaten, ihre Sicherheit und Wohlfahrt hievon das Zuverlässigere ist, darum wird sich's vor allen Dingen handeln.

III.

Wenn es sich darum handelt, welchen Weg Württemberg in der deutschen Sache einschlagen soll, so ist die erste Frage, welche Wege sind überhaupt möglich, zwischen was steht uns noch eine Wahl frei. Denn das ist eben bei uns der größte Uebelstand, daß die meisten gleich fertig damit sind, dieses oder jenes zu verwerfen, aber selbst entweder gar nichts anderes, oder wenigstens nur etwas ganz Unausführbares dafür anraten. Wir müssen vor allen Dingen bescheiden sein, die Bedeutung unseres kleinen, kaum den größten Gefahren entronnenen Landes nicht überschätzen, wir müssen erkennen, daß man keine Nesenbacher Politik treiben, kein Deutschland nach unserem Bedürfnis und Zuschnitt sich zurecht machen kann, sondern mit anderen gemeinsam handeln, an den Mächtigeren sich anlehnen muß. Und da ist an der gegenwärtigen Lage ge-

genwärtig das gut, daß sie klar und einfach ist, daß man nicht ein buntes Heer von Möglichkeiten, sondern eine sehr beschränkte Wahl, ein sehr entschiedenes Entweder-Oder vor sich hat. Dieses Entweder-Oder heißt nämlich: Entweder Anschluß an den Dreikönigsentwurf oder eine bayerisch-württembergische Liga und Sonderstellung mit Anlehnung an Oesterreich. Alles andere sind Unausführbarkeiten und Hirngespinste, mit denen man nur unnötige Zeit verliert und seine Ohnmacht nur noch kläglicher an den Tag legt. Zu diesen Unausführbarkeiten rechnen wir vor allem die Frankfurter Reichsverfassung selbst, sei es nun mit oder ohne die Oberhauptsfrage. Abgesehen davon, daß dieselbe durch die Ablehnung des preußischen Königs an sich zur Unmöglichkeit geworden ist, steht Württemberg mit seiner erzwungenen Anerkennung jetzt vollkommen allein; die übrigen 28 Staaten treten zum Berliner Entwurf über; Bayern und Oesterreich waren nie beigetreten. Was soll das also noch heißen, wenn von unserer Regierung verlangt wird, sie soll auf der Reichsverfassung beharren, vorbehältlich der Lösung der Oberhauptsfrage? — Allein auch alle jene großdeutschen Pläne auf einen, das ganze Deutschland umfassenden Bundesstaat mit einem Direktorium an der Spitze, halten wir für vollkommen beseitigt. Ebensowenig als Oesterreich auf einen preußischen Erbkaiser, wird Preußen jemals auf ein solches Direktorium eingehen, worin es nichts anderes als die Handhabe für österreichisch-bayerische Rivalitäten und Intriguen sehen wird. Vollends jetzt nicht, nachdem Preußen seine eigene Wahl schon getroffen und auf seinem Wege schon große Erfolge errungen hat. Entweder wird Preußen dies Errungene behaupten, oder wenn sich der bestehende Bund wieder auflösen sollte, so wird es allein seinen eigenen Weg gehen und seinen Einfluß auf Deutschland faktisch durch seine Macht und Größe zu sichern wissen; und da wird ihm wenigstens die nördliche Hälfte Deutschlands nicht entgehen können, was ihm immerhin lieber sein wird, als in einem Direktorium durch Oesterreich und Bayern sein ganzes Gewicht in Deutschland neutralisieren zu lassen. Aber auch Oesterreich selbst wird auf diese Projekte

nicht eingehen wollen und können. Zwar auf das Direktorium an sich wohl und mit allem Eifer, denn das ist ja im wesentlichen nur der alte Bundestag; aber auf den Bundesstaat selbst, auf den Reichstag, eine umfassende, den Einzelstaat in den wichtigsten Beziehungen beschränkende Reichsgewalt nie und nimmermehr. Vielmehr ist dies Direktorium überhaupt nur von anfang an die spezifisch bayerische Politik gewesen. Es war der Weg, auf dem Bayern neben Oesterreich und Preußen als Vorkämpfer der Kleinen, als Vermittler der Großen emporkommen wollte. Es ist aber durchaus keine Aussicht vorhanden, daß Bayern damit durchdringen wird; weder Preußen noch Oesterreich, noch die nördlichen Kleinstaaten selbst werden ihm dazu behilflich sein. In Wien nicht weniger als in Berlin ist man gesonnen, den bayerischen Anmaßungen, wie man dort diese Vermittlungsrolle nennt, kräftig entgegenzutreten.

Wenn nun aber alle diese Entwürfe einer Gestaltung des ganzen Vaterlandes unausführbar sind, so wäre doch außer dem obigen Entweder-Oder eins noch denkbar, nämlich eine Unabhängigkeit, eine isolierte Stellung Württembergs, ohne mit Bayern, Oesterreich und Preußen in eine nähere Verbindung einzutreten, ein Zusehen und Abwarten günstigerer Umstände. Als vorübergehendes Auskunftsmittel für die nächsten Wochen und Monate läßt sich dies nun wohl denken und hat bei der Schwierigkeit einer Entscheidung auch viel Natürliches; aber eine besondere Politik, ein fester Ausweg ist dies dann gar nicht, sondern nur ein einfaches Hinausschieben der Entscheidung und kann als solches neben den anderen Möglichkeiten gar nicht in Betracht kommen. Eine Sonderstellung Württembergs dagegen als dauernde Politik wird niemand beabsichtigen oder für möglich halten, denn es ist weder das Bedürfnis und der Wunsch nach dem Anschluß an ein größeres Ganzes so schwach und klein, daß das württembergische Volk eine solche Trennung auf die Dauer ertragen würde, so stark und tiefgewurzelt auch der Partikularismus und die Abneigung gegen auswärtigen Einfluß bei uns ist, noch sind unsere Hilfsmittel derart, um den Bedrohnissen der Zukunft gegenüber irgend eine Sicherheit

zu gewähren, noch auch werden wir leicht imstande sein, ein wichtiges Band, das uns mit einem großen Teil von Deutschland bereits faktisch verbindet, den Zollverein, aufzulösen, oder den natürlichen Konsequenzen davon uns zu entziehen. Ueberdies hätten dann vor allem unsere Demokraten zu bedenken, daß, wenn ein kleiner Staat in einer gefährlichen Lage sich von mächtigeren Nachbarn unabhängig erhalten will, notwendig seine Regierung nach innen stark und sicher sein muß, daß, um fremde Einmischung abzuwehren, das Volk keine republikanischen Majoritäten in den Landtag wählen, daß man dann nicht an Abschaffung oder ansehnliche Verminderung des stehenden Heeres, oder an andere die Staatsgewalt schwächende Maßregeln denken darf, daß vielmehr bereite Mittel, eine strenge Handhabung der Gesetze im Innern, eine besonnene gemäßigte Haltung des Volkes und seiner Vertreter die Grundbedingungen sind, um auch nur kurz und vorübergehend eine unabhängige Stellung zu behaupten.

Nach allen diesen Ausführungen, denen sich noch manches hinzufügen ließe, kommen wir auf unser obiges Dilemma, als die einzige thatsächlich vorliegende Wahl zurück. Entweder Anschluß an den norddeutschen Bundesstaat und Preußen, oder eine süddeutsche Sonderstellung mit Bayern und Anlehnung an Oesterreich. Ein drittes giebt es nicht; ein ganzes Deutschland als geschlossener Bundesstaat, der Oesterreich und Preußen in sich schließt, ist eine Unmöglichkeit. Wir haben also nur die Wahl zwischen zwei Uebeln; die ganze Aufgabe ist, das geringere Uebel, das relativ Bessere, das der Einigung von ganz Deutschland am nächsten Kommende zu finden und zu wählen. Etwas ganz Befriedigendes ist nicht vorhanden, und wenn es vorhanden wäre, so könnte Württemberg es nicht ins Leben rufen.

IV.

Wenn Württemberg in Verbindung mit Bayern und gestützt auf Oesterreich eine unabhängige Sonder- und Mittelstellung des südwestlichen Deutschlands erstrebt, so ist es vor allem schwer, sich hiebei etwas Deutliches und Positives zu

denken. Den negativen Teil dieses Bündnisses begreift man wohl, denn der besteht darin, daß man sich dem von den drei Königreichen dargebotenen Bundesstaat nicht anschließt, gegen die preußische Politik ankämpft und ein Gegengewicht zu bilden versucht. Das ist aber auch der einzige feste Punkt in diesem süddeutschen Dreikönigsbund, alles Uebrige ist vollkommen unklar und nebelhaft. Wir können nicht einmal von der bayerischen, noch geschweige denn von der württembergischen Regierung denken, daß sie weiter nichts als diesen Gegensatz gegen Preußen, diese Spaltung Deutschlands im Auge hätte, daß sie nicht auch irgendwie eine Einigung des Ganzen, eine positive Gestaltung der deutschen Verhältnisse erstrebte. Was ist dies aber dann? Wo ist ein Plan, der auch nur die Einwilligung Oesterreichs, geschweige denn die Preußens zu erwarten hätte? Hat man irgend eine Aussicht, daß Oesterreich ein Volkshaus, eine Ausdehnung der Bundesgewalt, wie sie der Bundesstaat notwendig erfordert, zugestehen wird? Wird Oestereich jetzt, nach der Besiegung von Ungarn und Italien, geneigter oder leichter im stande sein, den Kern seiner Monarchie, die deutschen Bundesstaaten in den allerwichtigsten Beziehungen einer deutschen Reichsgewalt unterzuordnen, die es nicht selber, nicht ausschließlich bildet, auf die es nur einen Drittels- oder Viertelseinfluß hat? Selbst wenn es im günstigsten und sehr unwahrscheinlichen Fall dieser süddeutschen Liga gelänge, Preußen die bereits errungenen Erfolge wieder zu entreißen, den Dreikönigsbund wieder aufzulösen, was ist damit gewonnen? Preußen würde dadurch um nichts geneigter, sich einem deutschen Bundesstaat nach österreichisch-bayerischem Zuschnitt unterzuordnen, es würde dann unfehlbar eben seinen eigenen Weg gehen und seinen Einfluß auf Deutschland thatsächlich durch seine unabhängige Entwicklung seiner Macht und Größe gewinnen. Im andern Fall aber das Zustandekommen eines Bundesstaates, wie ihn Preußen beabsichtigt, vorausgesetzt, ohne Zutritt Württembergs und Bayerns, wie wollen sich diese Staaten dazu stellen? Man hat schon daran gedacht, daß für diesen Fall Bayern, wie Oesterreich, zu diesem engeren Bunde in das Verhältnis eines

weiteren Bundes eintreten könne, und daß dann durch die Entwicklung dieses weiteren, übergeordneten Bundesverhältnisses jener engere preußische Bund neutralisiert würde. Allein eine so wichtige Stellung, neben Oesterreich und einem die größere Hälfte Deutschlands umfassenden preußischen Bund als dritte, gleichberechtigte Macht dazustehen, wird man nicht nur nicht von preußischer, sondern nicht einmal von österreichischer Seite Bayern mit Württemberg einräumen wollen. Und selbst wenn dies erreichbar wäre, was für eine Rolle würden wir, würde Württemberg in einem solchen Bunde mit weit überlegenen Mächten spielen? Was für ein Glück läge darin, als Sekundant von Bayern, einer Macht, die selber keine Bürgschaft ihres Bestehens in sich hat, einen Schein von Unabhängigkeit zu retten, der gerade durch den Widerspruch von Schein und Wesen der Sache unsere Ohnmacht in ein nur um so kläglicheres Licht stellen würde? Was haben denn wir auf diesem Wege zu gewinnen, und welche Bürgschaften unserer Freiheiten, unserer Unabhängigkeit wären da geboten? Auch daran läßt sich denken, daß Bayern und Württemberg ebenso zu Oesterreich, wie die norddeutschen Staaten zu Preußen, in das Verhältnis einer bleibenden politischen und kommerziellen Union treten, dem norddeutschen Bund einen ähnlich gegliederten süddeutschen Bund entgegenstellen sollen. Allein was Bayern will, ist ja gerade eine selbständige unabhängige Stellung ebenso gut von Oesterreich, als von Preußen; ja den unmittelbaren Nachbar wird es für gefährlicher halten, als die entferntere Macht. Und wie wollte man sich denn die Sache denken? Einen süddeutschen Reichstag, gemeinschaftliche Gesandte, Zölle, Heere mit Oesterreich? Wer wird das für ausführbar, wer für wünschenswert halten? Was würden vollends diejenigen zu einer politischen Union mit Oesterreich sagen, welche die Freiheit über die Einheit setzen und mit vollem Recht wenigstens die Bewahrung der konstitutionellen Freiheiten unter allen Umständen fordern? Furcht und Haß ist zwar hier vorzugsweise gegen Preußen gerichtet, weil seine Waffen die Republik und Anarchie bezwungen haben, weil von dort der Rückschlag gegen die

deutsche Revolution ausgegangen ist. Wenn es sich aber darum handelt, beide Großmächte darin unbefangen zu vergleichen, in welchem Staat das konstitutionelle System gesicherter, wo das Volk dafür reifer, die öffentliche Meinung ausgesprochener, die Rückkehr zum absoluten System unmöglicher ist, wenn man die Thaten des Ministeriums Brandenburg mit denen von Schwarzenberg, Schmerling und Stadion vergleicht, so wird niemand verkennen, daß es in Oesterreich, wo Studenten und Ausländer die ganze Bewegung des vorigen Jahres gemacht haben, nicht aber der Kern des Volkes, wo die Bildungsstufe der Massen, die Mannigfaltigkeit der Sprachen, Nationen und Provinzen ein wahres parlamentarisches Leben gar nicht zulassen, an allen Bedingungen politischer Freiheit in unendlich höherem Maße fehlt, als in Preußen, wo dieselbe vielmehr zu einer ganz unabweislichen Forderung geworden ist, wiewohl es an gewaltsamen Uebergriffen weder von der einen noch von der andern Seite gefehlt hat? Was sodann unsere materiellen Interessen betrifft, die bei der Verbindung mit Preußen verlieren, bei der mit Oesterreich gewinnen sollen, so höre man doch endlich einmal auf, sich in allgemeinen Redensarten darüber zu ergehen und unbestimmte Folgerungen daraus zu ziehen, sondern man verhandle offen die bestimmte Frage: Soll Württemberg aus dem Zollverein austreten oder nicht; soll es mit Bayern oder mit Bayern und Oesterreich in eine Zollvereinigung eintreten? Das ist allein der praktische entscheidende Punkt bei der Sache. Die Frage ist zu groß und umfassend, um hier gründlich nach allen Seiten erörtert werden zu können, aber an zwei Folgerungen wollen wir diejenigen jedenfalls erinnern, die von einem solchen Wechsel des Zollsystems als von einer leicht ausführbaren empfehlenswerten Maßregel reden. Die eine ist, was jeder Sachkundige zugeben wird, ein Ausfall von mindestens einer Million jährlich in unseren Finanzen, sowohl bei einer Vereinigung mit Bayern allein als mit Bayern und Oesterreich. Die andere Folge wäre, daß die Zollgrenze zwischen Württemberg und Baden hineinfiele, daß wir also an dieser ganzen langen und meist sehr schwer zu

bewachenden Grenze eine Maut hätten mit allen den davon unzertrennlichen Schikanen, mit einem gerade bei hohen Schutzzöllen unausbleiblichen Schmuggelhandel, der den unsoliden Kaufmann auf Kosten des soliden bereichert und die ganze Grenzbevölkerung demoralisiert, mit einer unvermeidlichen Lähmung der Neckarschiffahrt, die schon bisher genug unter der badischen Nachbarlichkeit gelitten hat. Daß aber Baden nicht mit uns gehen, sondern beim Zollverein bleiben würde, geht nicht bloß aus seiner jetzigen politischen Stellung zu Preußen, sondern ebenso aus seiner ganzen Lage am Rhein und seiner Erstreckung von Süden nach Norden, dem Lauf seiner Eisenbahnen und seinem Verhältnis zu Württemberg hervor. Ebenso müßte Bayern zum mindesten die Rheinpfalz im Zollverein lassen. Auch hier handelt es sich also, gerade wie in der Politik, nicht darum, was uns konvenieren würde, sondern was ausführbar ist, welches von verschiedenen Uebeln das kleinere ist. Ist es nun aber ratsamer, aus dem Zollverein nicht auszutreten, so wäre das gewiß der unvorteilhafteste Weg, unsern Interessen bei den Zollverhandlungen Geltung zu verschaffen, wenn wir politisch uns in eine feindliche Stellung zu Preußen versetzen wollten. Ueberhaupt, wenn der norddeutsche Bundesstaat zu stande kommt, so werden auch die Zollsachen Gegenstand der Reichsgesetzgebung, und es ist nicht abzusehen, auf welche Weise dann Staaten, die diesen Reichstag gar nicht beschicken, ihre Ansprüche vertreten sollten. Schließlich wollen wir nur an einen Punkt im Vorbeigehen noch erinnern: kann im Ernst irgend jemand an eine aufrichtige und uneigennützige Freundschaft und Bundesgenossenschaft Bayerns mit uns glauben? Wenn es sich darum handelt, die Selbständigkeit unseres Staates so weit als möglich zu retten, und dies ist doch offenbar bei den meisten das letzte Motiv bei der ganzen Sache, von welcher Seite würde derselben beim Eintritt irgend einer Krisis größere Gefahr drohen, als gerade von unserem östlichen Nachbar, der einen so unverkennbaren Hang der Großstaatsucht hat, der aber nach keiner Seite hin sich vergrößern kann, als nach der unsrigen.

V.

Alle die genannten Schwierigkeiten und Mißstände einer isolierten südwestdeutschen Politik werden aber durch eine Rücksicht weit überboten, die für den wahren Vaterlandsfreund die allein entscheidende sein muß. Alle diese Projekte geben uns kein Deutschland; sie erschweren und verneinen nur, aber sie können nichts schaffen; sie dienen nur dazu, die Trennung von Deutschland in Süden und Norden zu verewigen. Diese Scheidung ist von allen darum die gefährlichste, weil sie die durch Interessen und Vorurteile, durch politische und konfessionelle Gegensätze begründetste ist. Die Unterschiede sind zwar an sich nicht größer, als zwischen den verschiedenen Teilen Englands, Belgiens, der Schweiz, der Vereinigten Staaten, ja selbst Frankreichs, aber doch sind sie bei dem deutschen Sondergeiste groß genug, daß das Vaterland davon zu Grunde gehen kann. Ob diese Spaltung eintreten, ob eben damit die Hoffnungen auf ein ganzes und einiges Deutschland vernichtet werden sollen, diese Entscheidung ist unstreitig jetzt in die Hände der zwei süddeutschen Staaten Bayern und Württemberg gelegt, und die Geschichte Deutschlands wird von ihnen einst die Rechenschaft dafür fordern. Allerdings hat Bayern die geschichtliche Aufgabe, den Gegensatz von Preußen und Oesterreich, von Nord und Süden zu vermitteln und zu versöhnen, aber nicht dadurch, daß es mit Ueberschätzung seiner Kraft und Stellung sich aufbläht, wie der Frosch in der Fabel und die dritte deutsche Großmacht werden will, sondern dadurch, daß es sein ganzes Gewicht in diejenige Wagschale wirft, auf welcher die Hoffnungen für Deutschland die größten sind, daß es sich als das stärkste der vermittelnden Glieder dem Ganzen einfügt. Wenn Bayern dem Dreikönigsbund beitritt, so wird er eben dadurch aus einem norddeutschen und preußischen ein deutscher; das spezifische Preußentum kommt dadurch in demselben in die Minderheit; dem Gegensatz gegen Oesterreich wird dadurch die Spitze abgebrochen. Oesterreich selbst wird über kurz oder lang genötigt, den deutschen Bundesstaat als eine fertige Thatsache anzuerkennen und ihm in seinem eigenen

Interesse die Hand zum Bruderbunde zu reichen. Bayern hat eine große Aufgabe und Bedeutung in dem deutschen Bundesstaat vor sich; eine kleine und traurige Zukunft aber außerhalb desselben. Und so klein auch Württemberg neben dem mächtigeren Nachbarn steht, so liegt in diesem entscheidenden Wendepunkt doch ein Großes auch in seiner Hand. Bayern ist ohne uns nicht Süddeutschland, sondern bloß Bayern; es wird einem deutschen Bundesstaate nicht lange ferne bleiben können; ein Reichstag in Frankfurt oder Erfurt, auf welchem die Vertreter von 27 Millionen deutscher Brüder tagen, wird auf seine neuen Provinzen, wenigstens auf Pfalz und Franken, wirken, wie der Magnetberg in der Sage auf die Schiffe, die in seine Nähe kamen.

Wenn es sich nun aber fragt, was Württemberg thun soll, um im Interesse des allgemeinen, wie des besonderen Vaterlandes zu handeln, so sprechen wir unbedenklich das mißliebige Schreckenswort aus: es soll dem Dreikönigsbund beitreten, es soll, wenn man durchaus der Sache diesen Namen geben will, sich dem Hause Hohenzollern unterordnen. Wir halten es für ein vollkommen müßiges Geschäft, dessen wir uns billig überheben, diese Berliner Verfassung mit der Frankfurter zu vergleichen. Denn die Wahl steht ja nicht zwischen der Frankfurter und Berliner Verfassung, sondern zwischen dieser und gar nichts. Wer aber dies auch jetzt noch nicht einsieht, daß die Sache also steht, oder wer eine Verfassung, die 30 Millionen Deutscher durch eine einheitliche verantwortliche Bundesgewalt und durch ein deutsches Parlament, mit allen bürgerlichen Freiheiten, die irgend ein freies Volk genießt, vereinigt, bloß darum für schlechter als nichts hält, weil sie von Berlin, statt von Frankfurt kommt, von drei Königen, statt von der Nationalversammlung octroyiert ist, dessen Patriotismus müssen wir noch weit niedriger stellen, als seine politische Einsicht. Nur Ein Punkt verdient besondere Erwähnung. Was man so oft an diesem Entwurf tadeln und von der Masse blind nachsprechen hört, daß er nämlich die Vorrechte des Adels wiederherstelle, ist eine so klägliche, aus

der Luft gegriffene Behauptung, daß sie kaum auch nur den Namen eines Mißverständnisses verdient. Denn ganz abgesehen davon, daß dieser Berliner Entwurf ja eben nur ein Entwurf ist und dem künftigen Reichstag vorgelegt wird, abgesehen von der Frage, ob mit Annahme jenes Entwurfes diejenigen Punkte der Grundrechte, welche in denselben nicht mit übergegangen sind, für Württemberg aufgehoben sind, unterscheiden sich ja beide Fassungen in Bezug auf Adelsvorrechte nur dadurch, daß in der Berliner jener unklare, nichtssagende Satz, der in der That der gesetzgeberischen Thätigkeit der Nationalversammlung nicht zur besonderen Ehre gereicht: der Adel als Stand ist aufgehoben, weggeblieben ist, während die wesentlichsten Bestimmungen: daß vor dem Gesetz kein Unterschied der Stände ist, daß alle Standesvorrechte abgeschafft sind, unverändert beibehalten wurden. Es steht in der Denkschrift zum Entwurf eine unklare Stelle, die einige Bedenken erregen konnte und zu diesem ganzen Alarmruf den willkommenen Anlaß gab; wer aber auch nur den Schatten eines Beweises dafür beibringen kann, daß durch den Beitritt zum Dreikönigsbund die württembergische Gesetzgebung genötigt wird, an ihren Ablösungs- und anderen hierher gehörigen Gesetzen etwas zu ändern, oder verhindert wird, das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz auch sonst nach allen Beziehungen durchzuführen, der hätte dies wenigstens vorher auch nur versuchen sollen, ehe er irrige und gehässige Behauptungen in die Welt hinauswirft. Allein selbst wenn dem so wäre, glauben wir denn, daß ein Anschluß an Oesterreich, wo der Adel allmächtig war und ist und wieder ferner sein wird, für die Abschaffung der Vorrechte günstiger sein wird, als an Preußen, wo die Gesetzgebung gerade hierin früher und vollständiger als in Württemberg die drückendsten Mißbräuche entfernt hat? Oder gar der Anschluß an Bayern, das ja auch die Frankfurter Grundrechte gar nie anerkannt hat und nie anerkennen wird? Wozu kann das überhaupt noch dienen, sich jetzt über einzelne Punkte der Verfassung oder Grundrechte herumzustreiten? Man hat oft das Gleichnis

von den sibyllinischen Büchern angeführt. Jetzt liegt in der That die Sache so. Die Ware ist kleiner geworden und der Preis größer; aber wir müssen den Preis zahlen, wenn wir nicht die ganze Zukunft und Größe des Vaterlandes unwiederbringlich verloren sehen wollen. Wir müssen endlich aus diesem Politisieren in allgemeinen Redensarten und in schiefen Einzelheiten heraus; der deutschen Einheit, statt sie als allgemeinen Wahl- und Trinkspruch neben kurzsichtigem Eigensinn fortzuführen, praktische Opfer an Vorurteilen und untergeordneten Interessen bringen, wir müssen die Dinge ansehen, wie sie sind, nicht wie wir sie gerne haben möchten, und darnach uns entscheiden.

Es ruht auf unserem kleinen Lande eine große Verantwortung. Werden wir uns zum zweitenmal dem Ruf des Vaterlandes entziehen? Vor 34 Jahren war es ebenso in Deutschland. Preußen war es auch damals, es waren Preußens und Deutschlands beste und einsichtsvollste Staatsmänner, Stein, Humboldt, Gneisenau u. a., die einen deutschen Bundesstaat gründen, das Deutsche Reich wiederherstellen wollten. Oesterreich erkannte schon damals, wiewohl ihm die Kaiserkrone in diesem Reich nicht entgangen wäre, daß es seine Staaten einem deutschen Bundesstaat nicht einfügen kann. Aber nicht Oesterreich, sondern Bayern und Württemberg waren es, die den ersten, hartnäckigsten Widerspruch erhoben, die die Rheinbundspolitik auch in das neue Deutschland herübertrugen, denen wir die Mängel der Bundesakte vorzüglich verdankten. Jetzt ist es das zweitemal, daß der Genius Deutschlands an unsere Thore klopft und Einlaß begehrt. Werden wir ihm auch zum zweitenmale die Thüre weisen?

Personen- und Sachenverzeichnis.

Rümelin, Gustav,

Aus der Paulskirche Berichte an den Schwäbischen Merkur aus den Jahren 1848 und 1849

Stuttgart 1892